Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis … in drei Bänden Band 12/2

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat





Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1949 bis …
Band 12/2

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung:
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Inhaltsverzeichnis Band 12/2	**Seite**
Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 2	3-77
Vom Naturrecht zu den Pseudo-Menschenrechten der totalitären Neuen Weltordnung (NWO) Die Entwicklung des Naturrechts Gründung einer "Neuen Weltordnung" Der Völkerbund Der NWO-Moloch "Vereinte Nationen" (UN) Angriffe auf das Naturrecht Altbewährte kommunistische Gleichschaltungs- und Umformungsmethoden Genderismus Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. "Neue Weltordnung"	78-191
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 1 Der Niedergang des Christentums Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems Die Gender-Ideologie Die Abschaffung der traditionellen Familie Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 1	192-370
Inhaltsverzeichnis Band 12/3	**Seite**
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 2 Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 2 Friedliche Nutzung der Kernenergie Rettung des Weltklimas Die "Energiewende" Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands → BRD + DDR = DDR 2.0 Die repräsentative deutsche Scheindemokratie: Fremdbestimmte Parteien und Politiker bzw. verdeckte Herrschaft der Wirtschaftslobbyisten	3-171
Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018	172-198
Das NWO-Geheimprojekt: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands" 1. – 7. Phase des NWO-Geheimprojektes: … Schlüsselereignisse von 1914-2020	199-345
Das Widerstandsrecht der Deutschen: Die Hoffnung stirbt zuletzt - Noch ist Deutschland nicht verloren	346-362
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	363-371

Bildnachweis	

Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 2

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.

Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen. …

Europaweite Probleme

... Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. …

Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. ...

III. Deutsche Probleme

... Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands

Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapituliert hatte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozeß teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung und die NATO einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. - Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. …

Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäischen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner heraushauen zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".
Seither wächst mit jedem Hilfspaket für Portugal, Irland und nochmals Griechenland der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos".
Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.
Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher auch ohne den Euro …
... Bisherige Hilfspakete zerstören Europa
Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt. …
Kein Völkergefängnis
Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten unter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. ...
Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende
... Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. …
Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmacherei, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten. ...<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Juli 2011: >>**Die EU als Transferunion**
Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?

Dieses Buch "Deutschland, Zahlmeister der EU" … ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union und das Reizthema Transferunion.
Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettozahlungen durch Deutschland. ...
Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.
Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettozahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt. Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettozahler nach ihrer Wirtschaftskraft. ...
Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**
Deutschlands große Lüge
Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000 Milliarden Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.
... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.
Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...
Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.
Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...
Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.
Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms

nicht weiter aufgestockt wurde. ...<<
Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. … Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise …
"Nach meiner festen Überzeugung wird das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisender Ansatz als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaates vergangener Jahrhunderte", referierte Schäuble vor den Bankern.
"Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten in der Lage sind und in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Nr. 14 im Lissabonvertrag so aufzubauen, daß wir daraus die Grundzüge einer Fiskalunion schaffen …".
So einfach ist das, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht, mit diesem neuen Europa, das künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Staaten der Euro-Zone übernehmen soll.
Und wer das so formuliert wie der Finanzminister, der vermittelt den Eindruck, als handele es sich bei dem, was Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy planen, um eine ganz normale, fast schon alltägliche Änderung politischer Abläufe.
Ein Wandel historischen Ausmaßes
Dabei geht es um einen historischen Wandel, dessen Ausmaß vielen Bürgern wohl noch gar nicht bewußt ist.
"Die planen die Wiedereinsetzung eines Wiener Kongresses in Brüssel", ereiferte sich der SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag in Berlin, ohne auf Interesse zu stoßen.
"Alle halbe Jahre kommen 17 Regierungschefs hier zusammen, tagen hinter verschlossenen Türen, teilen anschließend ihren erstaunten Untertanen mit, worauf sie sich meistens nicht verständigt haben, und das nennen sie Wirtschaftsregierung. Ich meine, wir leben nicht in Zeiten des Feudalismus", schimpfte er.
Der von Schulz angestellte Vergleich ist nicht falsch. Tatsächlich wird Europa neu geordnet, und zwar nicht nur finanzpolitisch, sondern machtpolitisch und geographisch.
Wie beim Wiener Kongreß 1814/1815
Nichts anderes geschah 1814/1815 im Wiener Palais am Ballhausplatz. Und noch eine Parallele drängt sich auf: Damals wie heute mißachten die Herrschenden die Freiheits- und Selbstbestimmungsbedürfnisse der Menschen.
In diesem neuen Europa soll der Euro-Raum näher zusammenrücken, die Briten könnten an Einfluß und Bedeutung verlieren. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM wird ein weiteres Herrschaftsinstrument geschaffen.
Aber beseitigt das die Ursachen der Krise? Wer dieser Tage etwa 200 Experten im Berliner Hotel "Adlon" am Brandenburger Tor zugehört hat, der mag das kaum glauben. …
Anders als in der Politik ging die Debatte soweit, daß sogar das Geldsystem als solches in Frage gestellt wurde. …
In der Summe stehen diese Eindrücke, angefangen von Schäubles Rede vor den Bankern über den Vergleich mit dem Wiener Kongreß bis hin zu den Überlegungen zum Geld im "Adlon" in einem seltsamen Kontrast zu den täglichen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft.
Sie offenbaren etwas, das vordergründig nicht in Erscheinung tritt. Fast scheint es zwei Wirklichkeiten zu geben. Die eine wird als Projektion von Gipfelbildern und Fensterreden wahrgenommen. Die andere bleibt meist verborgen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...):

>>**Eingelullt und passiv geworden**
Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten
Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen". …
Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit - etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out-Klausel" - und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.
Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel … der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.
Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.
Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen - zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas -: "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer, von 1998-2005 Außenminister: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**
Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz … schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.
Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.
Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die

Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. …
Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012 über ein Gespräch mit dem deutschen Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider: >>**"Damit ist die Grenze überschritten"**
… Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?
Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.
Und warum ist das ein Problem?
Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lissabon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat. …
Der "Münchner Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."
Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreich ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird. …<<
Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>**Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA**
Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen. ...
Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.
Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.
Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Franreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten

die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierer Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs- Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schieren Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. …

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über die Größe Frankreichs, sagte Monnet später über die unmittelbare Nachkriegszeit." Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Größe Frankreichs geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?**

Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem großen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen. …

Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warnschilder nicht zu übersehen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht. Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt. …

Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom

"EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. …

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen. …

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten", denn der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche, andererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfsgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg. Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds …

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. ...

Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger. Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt. ...

Europäische Zentralbank

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout-Klausel"(§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. ...

Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik – anders als die unabhängige

Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt allerdings wenig Gutes ahnen.
Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte – positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und – negativ formuliert – "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel vollenden. ...
Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.
Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. ...
Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.
Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht. …

Was ist zu tun?

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen Bürger müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.
Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

Volksabstimmung
Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die deutschen Bürger von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 9. Januar 2013 (x892/…): >>**EU-Diktatur: Gesetz gegen Kinderbücher**
Die totalitären EU-Parlamentarier haben festgestellt, daß viele Kinderbücher den Kindern sehr schaden und insbesondere die Karrierechancen der Mädchen behindern. Deshalb haben sie auch gleich ein Gesetz vorbereitet, das, wie in kommunistischen Ländern, verbieten soll, daß "Genderstereotypen" in Kinderbüchern vorkommen. Vorhandene Kinderbücher müssen dann vermutlich entweder umgeschrieben oder verbrannt werden.
Laut einem Bericht der englischen "Daily Mail" finden sich in zahlreichen Kinderbüchern ganz böse "Genderstereotypen" Beispiel dafür sind "Fünf Freunde" von Enid Blyton, oder Peter Pan oder "Paddington Bär".
Daß schon einige Generationen von Jungen und Mädchen die Blyton-Bücher gelesen und wohl kaum Schaden daran genommen, spielt keine Rolle. Die Genderideologen wissen es viel besser.
Das sogenannte "Komitee für Frauenrechte und Gendergleichheit" der teuren Schwatzbude für europäische Ideologen, genannt Europäisches Parlament, hat ein Dokument vorbereitet, das eine europaweite Gesetzgebung vorschlägt, die festlegt, wie Kinder in Medien und Büchern dargestellt werden müssen.
In dem Papier heißt es: "Kinder sind in sehr jungen Jahren mit den Geschlechterstereotypen konfrontiert durch Fernsehserien, Fernsehwerbung, die ihre Wahrnehmung beeinflussen, wie sich die Geschlechter verhalten sollen." Mit "speziellen Erziehungsprogrammen" - ähnlich wie in der Sowjetunion und Nordkorea - will die Europäische Union nun ihrerseits Kinder beeinflussen.
Die Genderideologie dient freilich auch der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft und ihren Konzernen. June O'Sullivan … teilte gegenüber der "Daily Mail" ihre Sorgen mit, daß die Wirtschaft im Euroraum stottere und sich auf die Einbeziehung der Kinder in die Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren müsse.
Wenn kleine Mädchen von Anfang an zum technischeren Denken erzogen werden, indem sie die "traditionellen" Spielzeuge der Jungen bekommen, sollen sie auch für technisch-pragmatische Berufe aufgeschlossener werden. Das erhofft sich zumindest die europäische Führung.
Sehr bedenklich findet Frau O'Sullivan außerdem: "Frauen sorgen sich um die Kinder, während Männer hinausgehen, um zu arbeiten. Man braucht nur am Eingang der Schulen zu stehen, um das zu sehen.
Es sind Stereotypen, weil sie eine mehrheitliche Situation widerspiegeln. Kinder sind nicht leicht hereinzulegen - sie sehen, was sie sehen." Und das ist natürlich sehr schlimm, wenn es auch seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt nicht anders war. Die Genderideologen, die noch schlimmer sind als die ärgsten Kommunisten, wissen es besser. Oftmals sind diese Ideologen natürlich kinderlos, sonst hätten sie vielleicht etwas Erfahrung damit gesammelt wie es bei einem Mädchen ankommt, wenn es mit einem Bagger spielen soll und wie Jungen darauf reagieren, wenn ihnen statt eines Baggers eine Barbiepuppe geschenkt wird.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Februar 2013 (x892/…): >>**Wie die EU die moralischen Grundlagen der Staaten zerstört**
Um ihre freimaurerische Politik der Entchristlichung Europas und der Auslöschung aller

naturrechtlichen Fundamente, auf denen die europäischen Staaten einst gegründet wurden, durchzusetzen, ist den Eurokraten jedes Mittel recht. Ein aktuelles Beispiel ist die Durchsetzung der naturrechtswidrigen künstlichen Befruchtung in Polen, wobei die Freigabe der Abtreibung und die Gleichstellung widernatürlicher Partnerschaften mit der Ehe folgen werden. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel Anfang dieses Monats wurde Polen 107 Milliarden Euro zugesprochen. Der liberale Regierungschef Polens, Donald Tusk sagte freudig: "Polen ist der größte Nutznießer der EU", allerdings will die EU Gegenleistungen sehen.
Zu diesen Gegenleistungen gehören an erster Stelle die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und ihre rechtliche Gleichstellung mit der Ehe. Der strenge Schutz, den ungeborene Kinder in Polen derzeit noch genießen, soll ebenfalls beseitigt werden und ein EU-Standardabtreibungsgesetz durchgesetzt werden. Man wird in den kommenden Jahren sehen, wie derartige Unrechtsgesetze in Polen durchgesetzt werden. …
In Europa sind … solche Vorgehensweisen schon länger an der Tagesordnung. Die Rede von einer Eurodiktatur ist gewiß keine Untertreibung, sondern alltägliche Realität. Die Durchsetzung des Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche in Deutschland ist nur eines der vielen Beispiele, wie an den Parlamenten vorbei krankhafte und naturrechtswidrige Verordnungen und Gesetze durchgesetzt werden.
Die Eurokraten kaufen sich die Regierungschefs mit hohen Geldzuweisungen, stützen deren Macht und bekommen dafür als Gegenleistung die Durchsetzung der EU-Agenda zur Zerstörung der europäischen Grundwerte und des Naturrechts.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):
>>**Deutsche sollen noch mehr bluten**
Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen
Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.
Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. ...
Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.
Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.
Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere, wie z.B. Aktien und Anleihen maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingehen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.
Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.
Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 2013: >>**EZB-Studie Deutsche belegen beim Vermögen den letzten Platz**
Ausgerechnet die Zyprer gehören zu den reichsten Bürgern der Euro-Zone, Deutschland steht am Ende der Rangliste. Das geht aus einer Studie der EZB hervor. …
Denn nach den Erhebungen der Zentralbanken der Euro-Zone sind die Zyprer das zweitreichste Volk überhaupt. Das Durchschnittsvermögen der Haushalte auf der Insel, der so genannte Median, liegt bei 267.000 Euro. Nur die Luxemburger kommen mit 398.000 Euro auf einen noch deutlich höheren Wohlstand.
Median-Vermögen: Deutschland belegt laut EZB-Studie letzten Platz
Deutschland steht dagegen mit einem Durchschnitt von mageren 51.400 Euro ganz am Ende der Rangliste. Und auch andere wichtige Geberländer wie die Niederlande, Österreich oder Finnland liegen unter dem Euroland-Median von 109.200 Euro, Frankreich nur knapp darüber.
Schließlich soll der Bundestag in der kommenden Woche das Rettungspaket für Zypern absegnen. Die Hilfe für die als Schwarzgeld-Paradies verschriene Insel war von Anfang an politisch besonders umstritten. Daß die Zyprer nun zu den reichsten Europäern gehören sollen, dürfte Gegner der Stütze nur noch bestärken. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. Juni 2013: >>**"Die EU nimmt Züge einer aufgeklärten Diktatur an"**
Die EU ist dabei, Demokratie und Rechtsstaat abzuschaffen, und die deutschen Bürger schauen nur zu, wundert sich Roger Köppel, Chefredakteur des Schweizer Nachrichtenmagazins "Weltwoche" im Interview mit der morgen erscheinenden Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT.
Nicht nur der Euro, die ganze EU sei eine intellektuelle Fehlkonstruktion, was aber Legionen von Journalisten, die eine Schwäche für intellektuelle Konstruktionen hätten, nicht sehen wollten, so Köppel. Die EU habe sich durch ihre Entwicklung zum Staat in einen unaufhebbaren Selbstwiderspruch begeben. Es sei keine handlungsfähige staatliche Ordnung denkbar, in der sich die Völker Europas gleichermaßen wiedererkennen könnten. "So etwas konstruieren zu wollen, ist größenwahnsinnig, eben eine intellektuelle Fehlkonstruktion", meint Köppel.
Mehr als die Regierungen hätten allerdings die Medien bei den Themen "Euro und EU" versagt. "Heute setzt sich die EU immer wieder über rechtsstaatliche, demokratische Traditionen hinweg, und wieder schlafen die deutschen Journalisten", erklärt Köppel. Dies geschehe zwar nicht aus Bösartigkeit, sondern um die EU in der Krise handlungsfähig zu machen. Dennoch nehme die EU Züge einer "aufgeklärten Diktatur" an, wenn Staatschefs bei Abendspaziergängen Milliarden genehmigten.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

… Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden … Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit zögernd zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft.

Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. …

Es gab zu viele Bedenken. Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out-Klausel" sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert. …

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.

Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. …

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf. Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblassende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt. Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können:

Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist. Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein. ...

Meinungsbildung und Volksabstimmung

... Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem OMT-Anleihekaufprogramm der EZB auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro.

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen Bürger jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. …

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat. …

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs von 1861-1865 besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten. ...

Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. …

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben? ...

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horrorvision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>**Zypern gewährt Grundeinkommen**

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung,

Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.
Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. November 2013 (x887/...): >>**Euro-Austritt als letzte Chance?**
Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National
Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?
Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank, der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.
Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindsüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.
Im Nacken sitzen dem Industrieminister … allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. …
Von Mitterand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<
Die Webseite "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 22. November 2013 über die Europäische Union (x903/…): >>**Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"**
Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher *Richard Graf Coudenhove-Kalergi* (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).
I.
Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)
In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den

Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen. Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Retinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedenstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und

zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speechers of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung" - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?, S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichsten zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit eine Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskommitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: *"*Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar*:*

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in

Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."
Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:
"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."
Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.
Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.
In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:
"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:
"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. … Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber…
Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. … Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden ..."
Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.
Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde. Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der ´Tripple Entente‘ (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.
"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt

unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) *den Austritt erlaubt, absichtlich ´vergessen`. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".*
Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:
"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) *werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."*
Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.
Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:
"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, … Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."
Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen … "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.
EU - Vision
Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?
Sie schwemmen mit Konsum Europas Fluren,
Ersticken seiner Völker Hochkulturen
Und schlagen ihren Geist in feste Banden.
Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,
Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.
Sie haben es in Normen eingeschlossen,
In denen es sich innerlich zerreibt.
So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.
Die äußre Leibes-Sicherheit verdeckt,
Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;
Unendliche Verordnungsflut bedeckt
Europaweit des Menschen eig'ne Wege.
Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.
(hl)<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Mai 2014: >>**George Soros. Der umstrittene US-Investor mischt auch gerne politisch mit**
Der Pate
Er hat 24 Milliarden Dollar auf dem Konto, eine 42 Jahre jüngere Drittfrau und ein 16-Zimmer-Appartement in New York. Sein Einfluß reicht von der US-Ostküste einmal rund um

den Globus. Er bezeichnet sich selbst als Spekulant und "gescheiterter Philosoph". Die Rede ist von George Soros. Der mittlerweile 83jährige Hedgefonds-König ist trotz seines unermeßlichen Reichtums gerngesehener Interviewpartner in den mehrheitlich marktfeindlich eingestellten Redaktionsstuben Deutschlands.
Woran liegt das? Der Mann hat eine politische Botschaft, die einem großen Teil der Meinungselite hierzulande gefällt: Er will erstens den Euro mit Eurobonds retten und Schulden vergemeinschaften und zweitens die Nationalstaaten in einer supranationalen EU aufgehen lassen: "Für mich ist die Europäische Union das ideale Modell einer offenen und freien Gesellschaft", bekennt Soros im Gespräch mit Spiegel-Journalist Gregor Peter Schmitz, das dieser zu dem Buch "Wetten auf Europa. Warum Deutschland den Euro retten muß" ausgewalzt hat und nun häppchenweise auf Spiegel Online an das Internetpublikum verfüttert.
Deutschland solle, so des Investors Idee, als "wohlwollender Hegemon" Europas seinen Wohlstand unter den europäischen Völkern verteilen und so die politische Union vorantreiben.
Soros wuchs im kosmopolischen Haushalt des jüdischen Rechtsanwalts Theodor Schwartz in Budapest auf, der sich später in "Soros" umbenannte. …
Nebenher wirbt der Multimilliardär … für die offene Gesellschaft, engagiert sich für Demokratie - sprich "Zivilgesellschaft" - in Osteuropa, etwa 2004 für die "Orangene Revolution" in der Ukraine. Oder er spendet für Klimaschutz und die Legalisierung von Marihuana.
Daß sich Soros' Utopien mit denen der politisch Mächtigen, der Eine-Welt-Ideologen und Gleichheitsapostel decken, ist kein Zufall. Tatsächlich sind die "Finanzmärkte", auf denen Soros mit staatlichem Monopolgeld jongliert, längst keine Märkte mehr, sondern Finanzierungsinstrumente überschuldeter Wohlfahrtsstaaten. Der Staatsmonopolkapitalismus triumphiert gegenwärtig über die marktwirtschaftliche Ordnung …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>**Der Krieg der Werte**
_ von *Ulrich Schacht*
Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.
Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.
Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.
Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?
Gegenläufige Entwicklungen
Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen System.
Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.
Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximili-

en de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?
Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionseliten in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.
Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.
Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumanipulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

Totalitäres Menschenexperiment

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist genau der Unterschied.
Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.
Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte, dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.
Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus,

die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist sozusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.

Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider … Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

Eurokraten im Niemandsland

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

Eine Bitte an Rußland

Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.

Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwartspolitik.

Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"

Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vorredner Valentin Falin wäre, der geäußert hat: "Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.

Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Souveränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht

nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.
Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.
_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwilk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.
Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag …). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Juni 2015 (x892/…): >>**EU-Parlament: Erneuter Angriff auf Ehe und Familie**
Trotz europaweiter Massenproteste gegen die Versuche des linken EU-Parlaments zur Diskriminierung von Ehe und Familie, liegt jetzt wieder ein neuer "Bericht" vor, der vom Parlament verabschiedet werden soll. Diesmal ist es die linksradikale bayrische SPD-Abgeordnete Maria Noichl, eine unauffällige Hinterbänklerin.
… Es geht wieder Mal um die Durchsetzung der Gender-Agenda.
Im Zentrum des neuen Berichts steht die Durchsetzung der Freigabe der Tötung ungeborener Kinder und die Diskriminierung von Ehe und Familie durch die Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Der Frauenausschuß des Parlaments hat den Bericht bereits mit 20:12 Stimmen durchgewinkt und so kann der Bericht nun ins Parlament eingebracht werden.
Gefordert wird eine neue Strategie zur Bekämpfung einer angeblichen Diskriminierung von Homos und anderen Personen mit seltsamen Sexualpraktiken, die unter der Abkürzung LGBT zusammengefaßt werden. Tatsächlich handelt es sich um eine Diskriminierung von Ehe und Familie. …
Menschenleben sind diese aus unseren Steuergeldern hochdotierten Zerstörern von Ehe und Familie und damit unseres Gemeinwesens, nichts wert. Sie wollen, wie schon Lenin und Stalin, jede Bastion gegen den linken Terror schleifen.
Die linke Hinterbänklerin will die Abtreibung ausdrücklich als Dimension der Entwicklungshilfe durchsetzen. Schon heute bekommen Entwicklungsländer, die Abtreibung nicht legalisieren, keine Entwicklungshilfe mehr. Auch im "Noichl-Bericht" wird wieder die Abtreibung als Menschenrecht proklamiert. Da sieht man was es mit den sogenannten "Menschenrechten" auf sich hat: Massenmord als Menschenrecht!
Und dann geht es weiter mit der ideologischen Gender-Mainstreaming Indoktrination von der Kindertagesstätte bis zur Schulentlassung. Die EU soll "Modelle für bewährte Verfahren für die Sexualerziehung junger Menschen in ganz Europa entwickeln". Dazu sollen Umerziehungsprogramme für Schulen entwickelt werden, damit junge Menschen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung bekommen. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sollen vollständig nivelliert werden, durch einen Unterricht, der den Kindern eintrichtert, daß alle Unterschiede nur anerzogen sind und durch soziale Rollen durchgesetzt werden. Linksfaschismus in Reinkultur!

Die linksradikale bayrische Familienzerstörerin kritisiert dann sogar in ihrem Bericht allen Ernstes, daß die EU-Kommission bisher zu wenig zur diktatorischen Durchsetzung der Gender-Ideologie getan hat. In allen Bereichen des Lebens, von der KITA, über Schule und das gesamte Erziehungswesen, in der Wirtschaft, Kulturpolitik und Außenpolitik, überall soll die Gender-Ideologie zum Maßstab der Tätigkeit der Politik werden. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/…): >>**"Monokulturelle Staaten ausradieren!"**

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-Entschließung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren.

Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behaupte, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...): >>**Horror für Brüssel**

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, SPD, sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". ...

Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...): >>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Ein-

fluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums
Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.
Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...
Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurzsichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. ...
Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016: >>**Grundlegendes zur EU**
Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner
Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. …
Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?
Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Währung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?
Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.
Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirt-

schaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.
Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).
Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).
Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.
Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldmann Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.
Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". …
Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?
"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte …."
"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."
Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Bankenkrisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zu-

strom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. … Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. …

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes

Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. … Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben … Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-)Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten

transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).
Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." …

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. … US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. …

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außendepartement spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten

der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.
Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.
Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. …" (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).
Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird …

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstreiche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.
Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte …

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichten.
Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).
Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.
Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.
In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University … 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. …<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... **Immer mehr Rentner müssen arbeiten**

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben 11,7 Prozent Rentner noch einen Job.

… Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen.

Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung." …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. August 2016: >>**Hacker enthüllen Strategien von George Soros**

Die von George Soros gegründete Stiftung für eine offene Gesellschaft fordert die Schaffung von Gleichheitsbehörden in allen EU-Mitgliedsstaaten, damit die Brüsseler Direktiven zur Gleichberechtigung durchgesetzt werden können. "Diese Behörden müssen unabhängig, gut ausgestattet und mit großer Macht versehen sein, um auf nationaler Ebene potentielle Diskriminierungsmaßnahmen überwachen zu können", heißt es in einem Strategiepapier der OSF.

Die amerikanische Webseite DC Leaks hat 2.576 Dokumente von den Lobbyorganisationen des Multimilliardärs George Soros veröffentlicht. Die Unterlagen belegen, wie weit das Netz des Amerikaners gespannt ist. Seine Kritiker werfen ihm Aufbau einer internationalen, politisch stark linksgerichteten Lobbyorganisation vor. …

Soros, ein ungarisch-amerikanischer Geschäftsmann, war ein erklärter Gegner von George Bush und langjähriger Unterstützer Hillary Clintons, deren Wahlkampf er mit mehreren Millionen US-Dollar finanziert hat. Sein weltweites Netzwerk besteht außerhalb der USA vor allem aus pro-westlichen Vereinen im ehemaligen Ostblock. Viele Unterlagen beziehen sich auf Moldawien und die Ukraine, wo pro-westliche Organisationen 2013/14 an einem Re-

gimewechsel gegen Viktor Janukowitsch beteiligt waren. …
Ein anderes Dokument schildert, wie Lobbyisten im EU-Parlament Kontakt zu Entscheidern suchen: Sie bringen nahestehende Abgeordnete zu einer sogenannten Intergruppe zusammen. Der anonyme Autor läßt durchblicken, daß er selbst von 2009 bis 2014 eine solche Lobbygruppe für die Durchsetzung von Homosexuellenrechten geführt habe. Zudem habe er für seine 21seitige Abhandlung Kontakt zum "Europäischen Netzwerk gegen Rassismus" gesucht, um deren "Erfahrungen und Erwartungen" berücksichtigen zu können. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**
Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...
So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. …
Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Offenbarungseid in Brüssel ...**
Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen ersonnen, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:
Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...
Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**
... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...
2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.
Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**
Deutschlands Sparern gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:

>>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

*von Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "bösartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des

"War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.
Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.
1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.
Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nikkel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.
Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.
1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendants, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.
Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.
Abschaffung der historischen Nationen Europas
Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.
In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.
Vom Spaltpilz zum Atompilz
Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"
Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato

habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.
Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.
Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"
Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."
Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.
Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.
Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.
Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, … wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.
Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, … seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, … man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, … alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."
Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist
Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".
In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Sealord Churchill sehr erfreuten.
Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine

Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.
Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.
Leo Trotzkis Analyse zum Ersten Weltkrieg
Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.
"… die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.
Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert …"
"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg
Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.
Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.
Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.
Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.
Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.
Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 …<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtete am 22. November 2016:

>>**Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten**

von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos

Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."

Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.

Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fronten ab:

- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;
- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;
- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische De-Konstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroyieren.

Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellschen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):

>>**Billionen-Dispo für die Eurozone**

Wegen offener Forderungen: Deutsche Berufstätige profitieren nicht vom Exportüberschuß

Die Schulden, die andere Euro-Notenbanken bei der Bundesbank angehäuft haben, nähern sich der 1.000-Milliarden-Euro-Grenze. Das Geld wird nicht verzinst. Daß es je zurückkehrt, ist zumindest nicht sicher. Echte Werte als Sicherheit gibt es nicht. Anlagevermögen, welches

andere Länder mit großem Exportüberschuß wie das Ölland Norwegen für ihre Überschüsse erwerben, kauft Deutschland für das Geld auch nicht. …
Auf dem Papier als Echtzeitverrechnungssystem zwischen den Euro-Zentralbanken konzipiert, hat sich Target2 so zu einem Dispokredit für ganze Volkswirtschaften entwickeln können. Als Resultat geht die Bundesbank zumindest für einen Teil der deutschen Exporte in die Eurozone als Kreditgeber in Vorleistung. Quasi zwangsweise stellt sie einen Kreditrahmen zur Verfügung, der sich inzwischen langsam der 1.000-Milliarden-Euro-Marke nähert.
Somit finanzieren die Deutschen die Bezahlung für die von ihnen hergestellten und exportierten Waren selbst, ohne sicher sein zu können, den Betrag jemals wiederzusehen. Möglicherweise liegt hier auch eine Ursache dafür, daß die Deutschen in ihrer Lohnentwicklung nur wenig sehen von Deutschlands Rang als "Exportweltmeister". Sie bezahlen einen Gutteil ihrer Ausfuhrerlöse quasi selbst. …
Angesichts der Regelbrüche im Zuge der bisherigen "Euro-Rettung" kann zumindest bezweifelt werden, daß diese ausstehenden Rechnungen jemals beglichen werden. Daher werden Experten langsam nervös. Bislang fordern aber nur einzelne Ökonomen und Politiker Änderungen beim Target-System oder eine Risikovorsorge.
Der Volkswirt Thomas Mayer bezeichnete es in einem Beitrag für die "Wirtschaftswoche" als denkbar, daß die Bundesbank Druck ausübt, "indem sie beispielsweise ihre Mitgliedschaft bei Target2 einfriert und den Interbankenzahlungsverkehr separat in einem System abwickelt, das zum Ausgleich der Salden zwingt".
Eine andere Möglichkeit wäre es, sich Sachwerte etwa in Form von Gold oder Staatsbesitz der Schuldnerländer übertragen zu lassen. Norwegen hat mit seinen Ölexporterlösen einen gewaltigen Staatsfonds aufgebaut. Warum tut dies nicht auch Deutschland mit Hilfe seiner Ausfuhrüberschüsse?
Die Goldreserven der Bundesbank etwa gehen auf die deutschen Exporterfolge der frühen Nachkriegsjahrzehnte zurück. Damals wurden die Exportüberschüsse im goldgedeckten Weltwährungssystem mit dem Edelmetall ausgeglichen - wobei zurzeit umstritten ist, ob dieses Gold wirklich vollständig vorhanden ist.
Heute indes ist die einzige Währung, welche die Deutschen für den gewaltigen Erlös ihrer Ausfuhren verlangen - Vertrauen. Vertrauen, das die Deutschen selbst gegenüber ihren Schuldnern aufbringen sollen. Dieses Vertrauen könnte auf Sand gebaut sein. Dann hätten die Deutschen für nahezu 1.000 Milliarden Euro quasi umsonst gearbeitet.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):
>>**Die Zeit der Wahrheit**
Ausgerechnet der "Europäer" Macron wird das EU-Gebälk zum Zittern bringen
Das Aufatmen in Berlin wird nicht lange anhalten. Macron muß die Deutschen mit maßlosen Forderungen konfrontieren. …
Als Zuckerstück für die reformunwilligen Franzosen betreibt Macron die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten und fordert ein EU-Finanzministerium sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Das heißt: Vor allem die Deutschen sollen dafür zahlen, daß in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche, seinem Sozialstaat, seiner Schuldenpolitik und seiner vergleichsweise weniger wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglichst wenig verändert werden muß.
Die derart zur Kasse gebetenen Deutschen werden ihre Politik bald fragen, warum sie die Last der Hartz-Reformen ertragen und dem Wegschmelzen ihrer Ersparnisse zu Gunsten der Staatskasse per Nullzins zugesehen haben, wenn die Früchte ihrer Entbehrungen nun über den Rhein getragen werden. Der Appell an ihre "europäische Solidarität" muß da wie Hohn klingen, der Hinweis, sie profitierten ja in Wahrheit am meisten, wie eine dreiste Lüge.
Die Politik der Einheitswährung und der sinnlosen "Umverteilung" in Europa, die erst zu dem

heftigen Aufeinanderprallen der so unterschiedlichen Volkswirtschaften geführt hat, ächzt immer vernehmlicher unter den eigenen Widersprüchen. Der "Europäer" Macron könnte es sein, der das morsche Gebälk an seine Belastungsgrenze führt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. September 2017: >>**Nächster Schritt zur Schuldenunion**

Seit über sieben Jahren versuchen die Euro-Staaten ihre politische Ideologie einer gemeinsamen Währung gegen die Gesetze der Wirtschaftswissenschaften aufrechtzuerhalten.

Die Illusion einer gemeinsamen Währung trotz stark abweichender Wettbewerbsfähigkeiten in den Volkswirtschaften der Euro-Zone ist jedoch bereits seit Mai 2010 gescheitert, als die Maastricht-Kriterien erstmals gebrochen und Griechenland aus der Patsche geholfen wurde. Seither sind zunächst mit dem EFSF und später mit dem ESM immer neue Haftungs- und Schuldenvergemeinschaftungsmodelle geschaffen worden. Gebracht hat es nichts. Die griechischen Staatsschulden sind höher als je zuvor. In Griechenland, Spanien und Italien ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit trotz der EZB-Geldschwemme weiter auf Rekordniveau.

Bezahlen durften das Spiel mit dem Feuer bisher vor allem deutsche Sparer, die Milliardenverluste durch die Niedrigzinspolitik zu verzeichnen haben. …<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/…): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißsaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF*)* und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann",* existiere.

Die Initiative für einen solchen Rahmen solle man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.

Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.

Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, "*für eine Stärkung der Exeku-*

tive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen." Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.

Kaiser Karl wurde "*von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."*

Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 "*von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. … Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*

Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)

Er war … ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.

Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung, also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.

Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.

Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte … das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.

Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste "*katholischer Lehre und Praxis"* erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen "*Gewähr dafür bieten, daß*

kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie." (Wikipedia)
Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.
Während und nach seinem Studium … kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahlreichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. "*Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere …*
Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, "*Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren."*
Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen … dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.
"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. …
Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.
Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" geförderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.
Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)
Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißsaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszeremonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 … in Rom … statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.
Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger

Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.
Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.
Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißsaal der EU" bezeichnete.
Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.
Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. … Innozenz X. war Papst von 1644-1655.
Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.
Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)
Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtige Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anläßlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.
"*In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfaßte am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte."* (Wikipedia)
Was drückt sich in dieser Symbolik aus?
Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert.* … Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: "*Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*

Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus … einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt, eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte … Bedrohung der Kirche.
Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.
Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. "*Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde",* sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken."*
Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.
Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. …
'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals *der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'*
Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. …
Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. …
Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. …
Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."
Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigen Körper,* deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen

sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus*, der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.



Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfange, den weiter zu spenden, er kraft göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch-katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen auftürmt und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, "*einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist."* (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergebrochen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat. Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäi-

schen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade bedarf.
Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.
Es handelt sich um die wüsteste Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulsierte Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*
Nachbemerkung:
Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule* (La Providence, in Amiens) *auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>**SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union**
… In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. …
Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 9. Dezember 2017: >>**Martin Schulz will bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa gründen. Die meisten Deutschen sehen die Idee laut einer aktuellen Umfrage kritisch.**
Nicht einmal jeder dritte Deutsche ist für die Vereinigten Staaten von Europa. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die "Bild am Sonntag" befürworten nur 30 Prozent der Deutschen den Vorstoß von SPD-Parteichef Martin Schulz. 48 Prozent lehnen es dagegen ab, die EU bis 2025 zu Vereinigten Staaten von Europa umzubauen. 22 Prozent waren sich unsicher oder machten keine Angabe.
Schulz hatte die Idee am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag formuliert. Er will erreichen, daß die Europäische Union bis 2025 einen gemeinsamen Verfassungsvertrag formuliert. Die EU-Mitglieder, die dieser föderalen Verfassung nicht zustimmen, müßten dann die EU verlassen.
Der Vorstoß war in Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Kanzlerin Angela Merkel ließ ihre Skepsis durchblicken, bezog aber nicht klar Stellung. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt wies den Vorstoß schroff zurück und nannte den SPD-Chef einen "Europaradikalen". "Schulz spaltet damit Europa", sagte er.
Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA gibt es schon weitaus länger als die Europäische Union. Die Sozialdemokraten haben sich bereits 1925 erstmals dafür ausgesprochen. Schulz nennt jetzt aber einen konkreten Zeitpunkt, bis zu dem dieses Ziel realisiert werden soll: 2025 - genau 100 Jahre nach dem ersten Beschluß der SPD zu die-

sem Thema.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Dezember 2017: >>**Zum Schaden Deutschlands**

Daß Martin Schulz von Freund und Feind sonderlich ernst genommen wird, hat noch niemand behauptet. Ein tiefer Denker ist er nicht, und wenn er Gedachtes referiert, wirkt er geschwätzig. Er gilt als leidenschaftlicher Europäer, wobei nicht klar ist, worauf sich seine Leidenschaft konkret bezieht.

Auf dem SPD-Parteitag in der ersten Dezemberwoche forderte er ein Eurozonenbudget und einen Euro-Finanzminister und sprach sich dafür aus, "spätestens" im Jahr 2025 die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. EU-Mitglieder, die dann nicht mitmachen wollen, sollen - so stellt Schulz sich das vor - automatisch die EU verlassen. …

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker … möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.

Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU

Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD: Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück." Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.

Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehabe.

Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen. …<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 31. Januar 2018: >>**Ein unglaublicher Verrat an den Völkern Europas ist im Gange**

Von Eva Maria Griese

Die deutsche Kanzlerin setzt seit Jahren eine Agenda um, die weder dem Wohle des deutschen Volkes dient noch dem Europas. Und auch nicht der Zukunft jener, die auf Merkels Einladung hin ihr Heil in Germoney suchen.

Die Flüchtlinge sind nur Manövriermasse für die Eliten - auf deren Verschiebebahnhof für den Zug in Richtung "Neue Weltordnung".

Migration als Waffe: "Laut der Studie im gleichnamigen Buch der US-Politikwissenschaftlerin Kelly Greenhill funktioniert diese Art politischen Drucks besonders gut gegenüber liberalen Demokratien, die Menschenrechte schützen wollen und dann zwischen diesem Anspruch

und dem Unmut der eigenen Bevölkerung zerrieben werden." (SZ)
Auch Sarkozy ist mit von der Partie. …
Der ehemalige Französische Präsident hatte schon 2008 dieselbe Agenda: Hier wird alles gesagt - in den eineinhalb Minuten einer Rede zu Chancengleichheit und Vielfalt:
"Was ist das Ziel? Das ist die Rassenvermischung!
Das ist keine Wahl - das ist zwingend! Eine Verpflichtung … Deshalb müssen wir uns alle wandeln. … Wenn es das Volk nicht freiwillig macht, werden wir zwingende Maßnahmen ergreifen. ...
Auch interessant: die Sichtweise eines Außenstehenden
Ein Deutsch-Argentinier mit klarem Blick sagt in diesem Straßeninterview in wenigen Minuten ganz deutlich, wie der Plan abläuft. Die Migration ist ein Betrug am Volk für die "Neue Weltordnung". … Die Flüchtlinge sollen die deutsche Identität zerstören. … Die Politiker von A-Z sind Betrüger. Die Journalistin läßt ihn erstaunlicherweise ausreden… (Sechs lohnenswerte Minuten) …
Die Islamisierung des alten Kontinents ist schon bald unumkehrbar. …

Denn Brüssel bastelt an einem Brandbeschleuniger - das EU-Parlament will das Asylrecht massiv ausweiten

Der österreichische Rechtsanwalt Dr. Tassilo Wallentin warnt in der Kronenzeitung: "Auf unser Land könnte ein noch nicht da gewesener Ansturm von Asylwerbern aus aller Welt zukommen. Denn das EU-Parlament will das Asylrecht ändern: Künftig soll nicht mehr der erste sichere Drittstaat, in den ein Asylwerber eingereist ist, für das Asylverfahren zuständig sein. Künftig soll der Staat zuständig sein, in dem bereits Angehörige des Asylwerbers leben.
Mehr noch: Die "bloße Behauptung" einer Familienverbindung soll ausreichen, um ein Visum etwa nach Österreich zu erhalten. In dem Entwurf des EU-Parlamentes, das dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vorliegt, heißt es: "Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche Ankerpersonen befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig". Sollte dieses Gesetz beschlossen werden, wäre dies das Ende Österreichs, wie wir es kennen."
Ebenso auch das Ende für Deutschland und dank der Freizügigkeit das vieler anderer Nationen Europas.

Die EU-Kommission ist schon länger auf Migrations-Kurs - bis in den letzten Winkel des Planeten

Im Oktober 2015 rief Frans Timmermans als Vize-Präsident der Europäischen Kommission alle Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "einzelne, monokulturelle Staaten auszuradieren". Er legte besonderen Nachdruck auf die Wichtigkeit, auch nicht den entlegensten Orten auf dem Planeten zu erlauben, die kulturelle Vielfalt zu verweigern.
Die Zuwanderung nach Europa hält nach wie vor an. Die Medien aber berichten nur mehr verhalten über die Zahlen, außer über jene bei "Rettungsaktionen". Die Grenzschutzagentur Frontex und deutsche Marineschiffe nehmen den Schleppern schon kurz außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer die Arbeit ab und bringen die Migranten nach Europa.
Das Statistische Jahrbuch 2017 liefert die Fakten für den Genozid - die Masseneinwanderung wird unweigerlich zum Aussterben der autochthonen Bevölkerungen Europas führen
Viele Aspekte der großen Migration sind bereits bekannt. Doch jetzt lassen sich die Auswirkungen der Völkerwanderung auch schwarz auf weiß nachlesen, im Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes. Die Zahlen bestätigen, das u.a., daß bereits fast 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren Migrationshintergrund haben.
Das waren noch Zeiten … Angela Merkel wußte mal ganz genau, wie man "zum Wohle des deutschen Volkes" regiert. Ein AfD-taugliches CDU-Wahlprogramm des Jahres 2005 machte sie zur Kanzlerin:

Identität Deutschlands bewahren
Kunst und Kultur pflegen
Zuwanderung steuern und begrenzen
Sicherheit für alle - überall in Deutschland
Kriminalität und Gewalt entschlossen bekämpfen
Freiheit und Recht gegen den Terror verteidigen
Noch im Jahr 2007 konstatierte der Spiegel: "Mekka Deutschland - die stille Islamisierung" - Man hatte also die Entwicklung vorausgesehen. …
"Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!" verkündete die Kanzlerin 2010 in Potsdam auf dem Parteitag der Jungen Union.
In den folgenden Jahren betreibt die Kanzlerin eine Politik, welche dieser Erkenntnis diametral entgegengesetzt ist. Irgendwo auf den langen Fluren des Bundestages oder im Gewusel der Parteigremien dürfte diese Einsicht also verloren gegangen sein. Vielleicht ist sie auch bei einem Arbeitsessen mit dem Globalisten Barack Obama oder dem Mentor der Massenmigration George Soros unter den Tisch gefallen.

Der Massenansturm 2015 ist kein Zufall, denn die Deutsche Welle hatte in den Herkunftsländern Werbung gemacht - in den jeweiligen Landessprachen

Der pakistanische Journalist Shams Ul-Haq hielt sich unmittelbar vor Beginn der "Flüchtlingswelle" persönlich in den genannten Ländern auf und spricht diese Sprachen. Er konstatierte, daß die Einladung der Deutschen Welle in Arabisch, Urdu oder Paschtu damit warb, daß Deutschland dringend Zuwanderer brauche, und Merkel sich dafür verbürge, daß jeder bei Ankunft gleich ein eigenes Haus bekommt. Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede. Und Familien sollten sofort bei Ankunft 5.000 Euro bekommen, Alleinreisende 3.000. Merkel wolle bis 2017 drei Millionen Flüchtlinge.
Ein gesellschaftspolitisches Experiment der Superlative beginnt …
Kaum zwei Legislaturperioden später findet sich das Volk der Dichter und Denker dank Merkels eigenmächtiger Preisgabe des Staatsgebietes mitten in einem fatalen Feldversuch.
Die damals chaotischen Zustände an den Grenzen können maximal als mildernde Umstände geltend gemacht werden, die Kontrolle über den Zustrom in das Land ausgesetzt zu haben. Sie hätte zumindest nach wenigen Tagen wieder in Kraft gesetzt werden müssen.
Falsche Versprechungen sind auch Verrat an den Migranten, die ihre Heimat verlassen haben. Und ebenso an jenen Ländern, aus denen sie abgewandert sind und wo sie zum Wiederaufbau gebraucht würden. Die enttäuschten Migranten sind wütend:
… In Syrien hat man gehört, daß man bei Ankunft gleich ein Haus bekommt! Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede … bin nach Deutschland geflüchtet, um mir ein neues Leben aufzubauen. Aber es beruht auf falschen Versprechungen … wir haben Heimweh und fühlen uns erniedrigt, wenn ich wieder in Bagdad bin, werde ich die Erde küssen … ich gehe lieber wieder nach Hause und sterbe im Kampf gegen den IS, als hier zu bleiben. …
Dieser Feldversuch, eine archaische und kämpferische Kultur mit einem religiösen Herrschaftsanspruch in eine moderne und friedliebende Gesellschaft einzugliedern, ist fast flächendeckend gescheitert.
Seit Merkels lapidarer Feststellung "der Islam gehört zu Deutschland" haben sich auch Parallelgesellschaften, Kriminalität und Terror in jener Nation häuslich eingerichtet, die in aller Welt für Beschaulichkeit, Sicherheit und Ordnung bekannt war. Und in welche viele Menschen geflohen sind, um genau dem zu entgehen.
Die vom Staatsrechtler Professor Karl Albrecht Schachtschneider ausgearbeitete Verfassungsbeschwerde gegen die rechtswidrige Asylpolitik der Bundesregierung wurde abgewiesen.
Nach wie vor wird kaum zwischen berechtigten Asylsuchenden und Einwanderern in das Sozialsystem unterschieden, von den Asylwerbern noch immer nicht zwingend ein Nachweis der

Identität gefordert.
Im Deutschland des Jahres 2018 weiß niemand mehr genau, wie viele sogenannte Schutzsuchende überhaupt im Land sind. …
Auch nicht, wer sie wirklich sind, und ob sie überhaupt Anspruch auf jene großzügigen Zuwendungen haben, deretwegen sich viele von ihnen - inzwischen allerdings vorwiegend Glücksritter männlichen Geschlechts aus Afrika - überhaupt erst auf den Weg gemacht haben.
Auch weiß man längst, daß Integration hauptsächlich deswegen funktioniert, weil die "schon länger hier Lebenden" inzwischen auch Weltmeister in der Disziplin "Toleranz bis zur Selbstaufgabe" sind und sich vor den Neuankömmlingen mehr oder weniger in den Staub werfen.
Die Polizei bekam vom Innenminister anstatt Verstärkung und dringend benötigter Ausrüstung Samthandschuhe und einen Maulkorb verpaßt.
Von den streichelzarten Urteilen einer auf politisch korrekt gebürsteten Justiz ganz zu schweigen. …
Die Gesinnungspolizei der EU und des deutschen Innenministers mit seiner Digital-Gestapo leisten ganze Arbeit. Meinungsfreiheit war gestern, heute wird zensiert im Namen einer politischen Korrektheit, die von oben verordnet wurde. Die Politik fürchtet das Erstarken der rechten Parteien und die virtuellen Wutausbrüche der Bürger in den sozialen Medien mehr als den realen Verlust der Sicherheit durch Messerstecher, Vergewaltiger und Anschläge.

Ein neues Zensurgesetz und strengere Strafen warten auf Kritiker

Die EU hat schon vor Jahren einen Entwurf für ein Statut zur Förderung von Toleranz veröffentlicht, der zur Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten gedacht ist. Bei Verstößen droht Inhaftierung, für Jugendliche Umerziehung. Der European Council on Tolerance and Reconciliation (ECTR) ist - anders als die Bezeichnung suggerieren mag - eine Nicht-Regierungs-Organisation, welche den EU-Bürgern nun auch Toleranz gegenüber jeglicher Minderheit in Bezug auf Rasse, Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexuelle Neigung verordnet. Man beachte, daß "der besondere Schutz, den Mitglieder verletzbarer und benachteiligter Gruppen genießen, deren Bevorzugung erfordern kann.

Die Mehrheitsgesellschaft gerät unter die Räder der Minderheiten

Vor lauter Toleranz gegenüber den Minderheiten sind die Rechte der Mehrheit immer mehr vernachlässigt worden. Sie darf sich noch nicht einmal zur Wehr setzen, weil eine neu etablierte Gesinnungsdiktatur Kritik bereits im Keim erstickt. Diese Zensur kennt keine Toleranz gegenüber berechtigten Unmutsäußerungen, Formulierungen, die noch vor wenigen Jahren umgangssprachlich absolut üblich waren, fallen heute unter "Haßrede" und werden geahndet. Goebbels hätte mit dieser Gesinnungs-Gestapo seine helle Freude gehabt.

Diese Politiker werden niemals mehr Politik für das eigene Volk machen

Man kann von diesen mutwilligen Verursachern wohl kaum die Lösung der Probleme erwarten. Deutschland wurde noch nie am Hindukusch verteidigt, seit Merkel noch nicht einmal mehr an den eigenen Staatsgrenzen. Ein eventueller Einsatz im Inneren wäre gegen das eigene Volk gerichtet.
Die Zukunft unserer Kinder und der Nationen Europas werden wir leider nicht auf Facebook oder in den Kommentarspalten der etablierten Medien retten können. Sondern nur, indem diese Mehrheit der Deutschen, solange sie noch eine ist, auf die Straße geht und die Verräter aus ihren Ämtern jagt.
So müßte es gehen … das Volk läßt von sich hören!
Denn sonst könnte Merkel schon bald von ihren heimlichen Chefs zur "Mitarbeiterin des Jahrzehnts" gekürt werden! Für ihre unermüdliche Arbeit bei der Umsetzung einer "Neuen Weltordnung" …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 18 berichtete am 31. Juli 2018: >>**Der souveräne Staat ist unverzichtbar - besonders in einer globalisierten Wirtschaft**

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Mit dem Begriff "Nationalstaat" tun sich manche Zeitgenossen schwer: Das Festhalten am eigenen Staat in einer "globalisierten", entgrenzten Welt wird heute zuweilen mit Engstirnigkeit, Abschottung nach außen bis hin zur Ablehnung anderer Nationen und Kulturen verknüpft. Eine solche negative Besetzung des Begriffs wird jedoch der tatsächlichen Bedeutung des Nationalstaates in keiner Weise gerecht. Wir können ihn übrigens auch "souveräner Staat" nennen, dann wird die Abneigung gewisser Kreise dagegen klarer durchschaubar.

Einem Kleinstaat wie der Schweiz zum Beispiel, dessen Bevölkerung mit starken direktdemokratischen Instrumenten an der Souveränität, der größtmöglichen außenpolitischen Unabhängigkeit und der optimalen Freiheit der Bürger festhält, können Großmächte wie die USA und die EU nur schwer ihre Machtpolitik beziehungsweise die Interessenpolitik ihrer Konzerne aufzwingen.

Peinlich wird es, wenn Schweizer Politiker, Rechtsprofessoren, Diplomaten und Think tanks die Souveränität des eigenen Landes in einer "globalisierten Welt" für obsolet erklären, also den Ast, auf dem auch sie komfortabel sitzen, absägen wollen.

Um so erfreulicher ist es, daß vermehrt auch andere Stimmen zu hören sind, die dem souveränen Nationalstaat gerade in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zumessen, so der Schweizer Sozialwissenschaftler und Publizist Beat Kappeler und der Harvard-Ökonomieprofessor Dani Rodrik im *Schweizer Monat* vom März 2018, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehr ähnlichen Resultaten kommen.

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch. Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt." (Beat Kappeler)

"Die Freiheit und der Fortschritt hängen an der Ordnung des Nationalstaats"

Beat Kappeler definiert den Staat als "Regelbindung einer Einwohnerschaft durch Geschichte und Willen, auf umgrenztem Territorium". Dies entspricht den drei klassischen Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt als Voraussetzungen des Staates: Eine Bevölkerung, die auf einem Territorium mit festen Grenzen lebt und sich - im Falle der Schweiz jedenfalls - "durch Geschichte und Willen" (oder einen "Gesellschaftsvertrag", wie Jean-Jacques Rousseau es nannte) einer Staatsgewalt unterstellt, deren oberste Kontrolle im demokratischen Staat das Volk selbst, der Souverän ausübt.

Die Notwendigkeit des Nationalstaates erklärt Kappeler so: "Der Nationalstaat ist Garant der Grundrechte, der Durchsetzung vor Gerichten, der Rechtssetzung sowie der Renten, der Organisation des Territoriums, der Sozialpolitik, der Bildung, der Infrastrukturen und deren Versorgung und Entsorgung."

Vordringlichste Aufgabe des Staates ist demnach der Schutz der rechtlichen und sozialen Sicherheit seiner Bevölkerung - und nicht etwa der Interessen ausländischer Mächte und Konzerne. Der souveräne Rechtsstaat entscheidet im weiteren selbst, welche Verträge er mit anderen Staaten abschließen will: "Er (der Nationalstaat) leistet, was keine übernationale Organisation zu leisten vermag. Übernationaler Regelungen bedarf es nur dann, wenn der eine souveräne Staat auf andere Nationen einwirkt."

Warum der Kleinstaat Schweiz einem Großgebilde wie der EU überlegen ist

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU

als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch.
Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt. Zu einem gedeihlichen Zusammenleben gehört nach Kappeler auch die "Solidarität" der Bürger, womit nicht eine "wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung" gemeint sein darf, sondern, daß "jeder nach seinen Kräften beizutragen hat, und nicht, daß einige nur beziehen, andere nur bezahlen".
Auch das so verstandene Solidaritätsprinzip funktioniert im kleinräumigen Gemeinwesen, insbesondere in den Gemeinden, weit gerechter und kontrollierter als beim Verteilen mit der großen Kelle aus Milliarden-Fonds in Brüssel. Aber auch in der Schweiz muß zum Beispiel die Berechtigung zum Bezug sozialer Leistungen wie Invalidenrenten oder Arbeitslosengelder zunehmend strenger kontrolliert werden, um Mißbräuche auf Kosten der Steuer- und Versicherungsprämienzahler möglichst zu verhindern. In einem zentralistischen Großstaat oder einem bürokratischen Koloß wie der EU ist dies kaum möglich.
Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fortschritt hängt eng mit dem Nationalstaat zusammen
Besonders erfreulich ist die klare Stellungnahme von Dani Rodrik in derselben Ausgabe des *Schweizer Monat* - für einen Ökonomieprofessor an der Harvard University und der London School of Economics and Political Science keine Selbstverständlichkeit. Er vertritt die überzeugende Meinung, daß der Nationalstaat gerade in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftswelt unverzichtbar ist. Er werde zwar "innerhalb der Intelligenzija … mehrheitlich als untauglich abgetan - moralisch irrelevant, ja reaktionär -, den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu begegnen".
Dies ist für Dani Rodrik ein fataler Fehler: "Eine solide begründete Verteidigung des Nationalstaates würde mit der Annahme beginnen, daß Märkte Regeln brauchen. … Alles, was über einen einfachen Austausch zwischen Nachbarn hinausgeht, braucht Investitionen in Transport, Kommunikation und Logistik, braucht Durchsetzung von Verträgen, Bereitstellung von Informationen und Vorkehrungen gegen Betrug, braucht ein stabiles und verläßliches Tauschmittel, braucht Arrangements für eine sozialkonforme Verteilung der Erträge und vieles mehr."
Märkte benötigen nach Rodrik auch Institutionen, welche "kritische Funktionen hinsichtlich Regulierung, Umverteilung, monetärer und fiskaler Stabilität und Konfliktregelung erfüllen. Diese Aufgaben wurden bislang im wesentlichen von Nationalstaaten getragen".
Wenn diese Anforderungen durch die einzelnen souveränen Staaten nicht erfüllt werden oder nicht durchgesetzt werden können, kann dies, wie wir wissen, schreckliche Folgen für die Bevölkerung haben, und lokale Unternehmen können nicht überleben, weil es nicht möglich ist, ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaften.
"Wo Nationalstaaten scheitern, sind wirtschaftliche Einbrüche und Bürgerkriege die Folge"
Wenn wir diesen Gedanken Rodriks weiterspinnen, heißt das umgekehrt: Großmächte, die vorsätzlich gut funktionierende Staatswesen mit Kriegen und Chaos überziehen, haben nicht einen prosperierenden internationalen Handel von gleich zu gleich zum Ziel, sondern verfolgen andere Interessen (Rüstungs- und Drogenhandel, Zugang zu begehrten Ressourcen, Land grabbing usw.).
Auf dem Territorium von Staaten, deren Regierungen, Parlamente und Gerichte durch paramilitärische Banden und Warlords geschwächt sind und ihr Recht nicht durchsetzen können, besteht viel Raum für ausländische Mächte und Konzerne, um sich im Widerspruch zu Landes- und Völkerrecht und in Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte selbst zu bedienen. Wirtschaftliche Unternehmen dagegen, die von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent ehrlichen Handel betreiben wollen, sind auf starke Rechtsstaaten angewiesen.
"Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse. Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf,

die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." (Dani Rodrik)

Vorteile einer uneinigen Weltgemeinschaft

Professor Dani Rodrik weist darauf hin, daß die einzelnen Nationalstaaten nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte und des Handels verschieden angehen, sondern auch die Herstellung wichtiger sozialer Kompromisse: "Die Welt ist sich nicht einig, wie Gleichheit und Chancen gegen einander abzuwägen sind, Volksgesundheit und Umweltrisiken gegen technologische Neuerung, Stabilität gegen Dynamik, Profite gegen gesellschaftliche und kulturelle Werte." Eine uneinige Weltgemeinschaft "ermöglicht Experimente und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen institutionellen Konzepten sowie gegenseitiges Lernen".

Hier denkt der Leser unwillkürlich an die grundlegenden Unterschiede zwischen dem direktdemokratischen, föderalistischen Kleinstaat Schweiz und der zentralistisch geregelten und autoritär geführten EU. Im Wettbewerb der institutionellen Konzepte schneidet die Schweiz praktisch auf jedem Gebiet besser ab, zum Beispiel bei der Staatsverschuldung oder den Arbeitslosenquoten und ganz besonders in bezug auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund ihrer starken Mitentscheidungsrechte.

Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse

Schließlich kritisiert Rodrik die Kreise, welche Kritik an internationalen Handelsabkommen damit abtun, die Kritiker seien zu wenig weltoffen, um sich einer offenen Diskussion zu stellen: "Sich (aber) hinter Weltoffenheit zu verschanzen, ist nur ein schwacher Ersatz dafür, politische Debatten auf der Sachebene für sich zu entscheiden." Sein Fazit: "Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse.

Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." …

Verbundenheit mit dem eigenen Land

Der souveräne Staat - besonders in der direkten Demokratie - lebt durch die aktive Beteiligung von uns Bürgern. Unsere Jugend an diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe heranzuführen, ist Sache von uns Erwachsenen, den Eltern und Lehrern. …

Gleichberechtigte souveräne Staaten als Grundlage für eine friedliche Welt

Die größte, ja, für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe der souveränen Staaten ist ihr Beitrag zum Frieden in der Welt. Jeder Staat ist durch die Uno-Charta dazu verpflichtet, auch gegen außen Ordnung zu halten, sich gegen Übergriffe anderer Staaten zu verteidigen, Angriffe gegen diese zu unterlassen und sich auch nicht ungebeten in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Auftrag der Uno ist es, alle notwendigen und möglichen Schritte zur Erhaltung des Friedens einzuleiten und zu begleiten. Dazu wäre allerdings die in der Charta festgelegte Behandlung aller souveränen Staaten als gleichberechtigte Glieder der Weltgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzung.

Dem steht heute der fundamentale Fehler im System der Vereinten Nationen im Wege: die Sonderstellung der fünf Vetostaaten. Die Großmächte China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA können mit diesem Instrument zum einen völkerrechtswidrige Angriffskriege absegnen und zum anderen die Verurteilung von ihnen nahestehenden Aggressor-

staaten verhindern, weil das Uno-System ihnen keine Verpflichtung zur Stimmenthaltung auferlegt.
Nur eine fundamentale Revision des Uno-Systems kann diese stoßende Ungleichbehandlung der Staaten beheben. Zur Förderung des Friedens und damit zum Wohle aller Völker muß eine gerechtere Weltordnung angedacht und überall diskutiert werden.<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtete am 23. April 2019: >>**Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"**
Buchbesprechung von Rita Müller-Hill
In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."
Erläuterung zum Buchtitel
Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte.
Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: … "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinstes."
Öffnung der Archive
Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. … Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.
Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."
Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellensuche.
Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemacht hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Mar-

schall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.
"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.
Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.
Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, bestimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen. Wegen der Eindrücklichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.
Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"
Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."
Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."
Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."
Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?
An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?

Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi, Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."
Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.
Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.
Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.
Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch, hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/…): >>**Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie**
Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) …

Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)

Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflußreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloß er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company "*und gewann bei dieser Gele-*

genheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard (und von 1914-1946 Direktor der Bank of England)*, der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft.*
Monnet stieg jetzt in den großen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, "daß er eine doppelte Treuepflicht empfindet, gegenüber England und den USA."
Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudsons's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maitre Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. "*So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden. In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."*
Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so daß Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung erhielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.
Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren *"interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten.*
1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungs-Konkurrenz zwischen den Verbündeten."
Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Außenminister John Foster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet.
Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (*Monnet, Murnane & Co., New York),* in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflußreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of Amerika) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.
"*Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhattan Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations* (von wo aus die US-Außenpolitik bestimmt wird)*. 1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten.*
Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den ´New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefaßt ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu

verhelfen."

Die Vereinigten Staaten in Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. …

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "*in dem er"*, wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, *"Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."*

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "*daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."*

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "*Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist.*

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier

Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.
"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."
Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird.
Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.
So ist es folgerichtig, daß "*weder die Richter* (des EuGH) *noch die Europäische Kommission* (welche die Gesetzesinitiative hat) *demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt.*
Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."
Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.
Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:
"*Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."*
Darin komme ein prinzipielles Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"*Von Anfang an"*, resümiert Gerald Brei, *"ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde* (eine Institution). *... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos.*

Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt)*: Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multiunkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."*

1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu.* Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) …<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/…): >>**Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie**

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) …

Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)

Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflußreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloß er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company "*und gewann bei dieser Gelegenheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard* (und von

1914-1946 Direktor der Bank of England), *der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft.*
Monnet stieg jetzt in den großen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, "daß er eine doppelte Treuepflicht empfindet, gegenüber England und den USA."
Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudsons's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maitre Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. "*So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden. In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."*
Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so daß Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung erhielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.
Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren *"interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten.*
1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungs-Konkurrenz zwischen den Verbündeten."
Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Außenminister John Foster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet.
Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (*Monnet, Murnane & Co., New York),* in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflußreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of Amerika) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.
"*Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhattan Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations* (von wo aus die US-Außenpolitik bestimmt wird). *1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten.*
Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den ´New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefaßt ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu verhelfen."

Die Vereinigten Staaten in Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. …

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "*in dem er"*, wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, *"Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."*

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "*daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."*

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "*Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist.*

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Perso-

nen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.
"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."
Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird.
Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.
So ist es folgerichtig, daß "*weder die Richter* (des EuGH) *noch die Europäische Kommission* (welche die Gesetzesinitiative hat) *demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt.*
Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."
Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.
Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:
"*Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."*
Darin komme ein prinzipielles Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen",* heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"*Von Anfang an",* resümiert Gerald Brei, *"ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde* (eine Institution). *... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos.*
Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Eu-

ropa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)
Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*
Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.
In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:
"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.
Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt)*: Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multiunkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."*
1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu.* Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:
>>**Bilderbergs Europa: Die Drahtzieher der neuen EU-Spitze**
_ von Daniell Pföhringer
Die Spitzenposten der EU wurden im Hinterzimmer ausgekungelt. Fraglich ist allerdings, ob dies wirklich auf dem letzten Gipfel in Brüssel geschah - oder schon viel früher und noch heimlicher.
Am 16. Juli läuft Nigel Farage in Straßburg zur Hochform auf. In der ersten Sitzung des neuen Europäischen Parlaments wettert die Brexit-Ikone über die "Mauschelei", mit der Ursula von der Leyen als Kandidatin für den Kommissionsvorsitz ausbaldowert wurde. Dennoch sei er "erfreut" über dieses erneute Beispiel Brüsseler Demokratieverachtung. Schließlich werde dadurch der EU-Austritt Großbritanniens noch populärer. "Gott sei Dank verlassen wir diese Union", ruft der englische Haudegen ins Plenum.
Daß die vormalige deutsche Verteidigungsministerin an diesem Tag dann - allerdings sehr knapp, nämlich mit nur neun Stimmen über dem Durst - zur Nachfolgerin Jean-Claude Junkkers gewählt wird, liegt auch daran, daß sie die Zustimmung der Abgeordneten der polnischen Regierungspartei PiS, von Viktor Orbans Fidesz und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung

erhält.
Was die Euroskeptiker dazu bewogen hat, ausgerechnet einer linientreuen Kosmopolitin in den Sattel zu helfen, ist unklar. Kompetenzgründe können es kaum gewesen sein. Von der Leyens Bilanz als oberste Dienstherrin der Bundeswehr prädestiniert sie nicht gerade für höhere Weihen: Sie hinterläßt eine Truppe mit Personalmangel und mangelhafter Einsatzfähigkeit, die Kostenexplosion bei der Sanierung der "Gorch Fock" geht auf ihre Kappe, die Berateraffäre hat sie schwer belastet.
Ohnehin erscheint das Prozedere ihrer Kür mehr als rätselhaft. Als Königsmacher gilt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der von der Leyen wenige Tage zuvor in einer Nachtsitzung der EU-Staats- und Regierungschefs als Kompromißkandidatin aus dem Hut gezaubert haben soll, nachdem klar war, daß weder der christsoziale Manfred Weber noch der Sozialdemokrat Frans Timmermans ausreichende Rückendeckung erhalten würden.
Doch möglicherweise ist hier nur ein politisches Theaterstück aufgeführt worden, während hinter den Kulissen längst ausgemacht war, daß weder der Bayer noch der Holländer auf den Thron gehoben werden sollen, sondern die Niedersächsin.

Audienz in der Alpenfestung

Szenenwechsel. 11. Juni 2015: Das Interalpen-Hotel Tyrol in Telfs-Buchen gleicht einer Festung. Schwer bewaffnete Einsatzkräfte der österreichischen Polizei schirmen das von Wald umgebene Luxus-Ressort ab, Hubschrauber umkreisen das nahe dem beliebten Tiroler Urlaubsort Seefeld gelegene Bergplateau in 1.300 Metern Höhe, während schwarze Nobelkarossen mit verdunkelten Scheiben vorfahren.
Aus einem der gepanzerten Wagen steigt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus. Schnellen Schrittes eilt sie ins Fünf-Sterne-Haus, wo schon andere Gäste warten. Eingeladen hat ein elitärer Klub, der die Öffentlichkeit scheut und seine jährlichen Treffen als private Zusammenkünfte deklariert, obwohl sich dort die internationalen Spitzen aus Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Medien und Hochadel die Klinke in die Hand geben.
Es war das erste Mal, daß von der Leyen an einer Konferenz der Bilderberg-Gruppe teilnahm - und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Auch 2016 in Dresden, 2018 in Turin und dieses Jahr in Montreux saß die Merkel-Vertraute am runden Tisch jener Geheimniskrämer, über die der Managementprofessor und Machtforscher Andrew Kakabadse sagt: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will."
Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner, so der Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge. Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."
Tatsächlich haben sich die Konferenzen der elitären Nadelstreifentruppe - auch für deutsche Politiker - oft als Karrieresprungbrett erwiesen. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte. Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 zur Konferenz nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate danach ins Kanzleramt einziehen.
Von der Leyen ist nicht die einzige neue EU-Spitzenfunktionärin, die vorher bei den Bilderbergern vorstellig wurde. Auch der künftige Ratspräsident Charles Michel nahm 2015 als belgischer Ministerpräsident an der Konferenz in Telfs-Buchen teil, die designierte Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, machte dem diskreten Machtzirkel als Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2013 im britischen Watford und 2014 in Kopenhagen ihre Aufwartung.

Auch in diesen Fällen kann kaum davon die Rede sein, daß nur die Besten für Brüssel ausgewählt wurden. Michel scheiterte als Regierungschef, Lagarde wurde 2016 von einem französischen Gericht wegen Korruption und Vorteilsgewährung in ihrem früheren Amt als Wirtschaftsministerin verurteilt. Auf eine Strafe wurde allerdings - seltsam genug - wegen ihrer "Persönlichkeit" und ihres "internationalen Ansehens" verzichtet. Offenbar gab auch hier den Ausschlag, daß beide eingefleischte Eurokraten sind - und das liegt genau auf Bilderberg-Linie.

Geburtshelfer Rockefeller

Der verschwiegene Klub der Reichen und Mächtigen war nämlich von Anfang an treibende Kraft hinter der sogenannten europäischen Integration. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Warwick, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee on United Europe (ACUE) gegründet. Der britische Telegraph berichtete im Jahr 2000: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich stellt fest: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwikkelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen."

Die Frankfurter Rundschau ließ ihre Leser am 7. Juni 2010 wissen: "So ist bekannt, daß auf Anraten David Rockefellers bei einer Bilderberg-Konferenz die Trilaterale Kommission gegründet wurde, eine Denkfabrik zur Zusammenarbeit der Wirtschaftsräume Nordamerika, EU und Japan. Laut den Memoiren des Ex-US-Botschafters in Berlin, George McGhee, kam Bilderberg zudem bei der Mitgestaltung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eine wichtige Rolle zu. Und laut dem Ehrenvorsitzenden des Zirkels, dem belgischen Unternehmer Étienne Davignon, geht auch der Euro auf Bilderberg zurück."

Schulden- und Migrantenunion

Ist es nun an von der Leyen, Lagarde und Michel, als unheilige Allianz die Eurofizierung und Entnationalisierung im Sinne der Bilderberger voranzutreiben? Diese Vermutung liegt nahe. Mit der Französin an der Spitze der EZB scheint der Weg in Hyperinflation und Enteignung vorgezeichnet. Schon als IWF-Chefin befürwortete sie eine ultralockere und durchpolitisierte Geldpolitik.

So wurde erst vor wenigen Monaten unter ihrer Ägide eine Studie veröffentlicht, in der unter anderem vorgeschlagen wird, daß im Falle der Festsetzung eines negativen Leitzinses durch die Zentralbank auch das Bargeld im gleichen Maße entwertet werden soll. Das veranlasste den früheren Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zu der Bemerkung, daß "es für Deutschland Zeit" wäre, "den Euro aufzugeben".

Der Liberale Charles Michel trat im Dezember 2018 als belgischer Ministerpräsident zurück, als seine flämisch-nationalistischen Koalitionspartner von der Nievw-Vlaamse Alliantie verhindern wollten, daß Belgien im tunesischen Marrakesch den UN-Migrationspakt unter-

schreibt. Mit dieser Haltung ist der Liberale ein idealer Spießgeselle von der Leyens, die gleich nach ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin das europäische Asylsystem in Frage stellte. "Ich habe nie wirklich verstanden, warum Dublin mit der einfachen Gleichung begann: Wo ein Migrant zuerst europäischen Boden betritt, muß er oder sie bleiben", sagte die Christdemokratin und fügte hinzu: "Wir müssen Dublin reformieren, um mehr Fairneß und Lastenverteilung zu erreichen."
Lagarde als Schöpferin der totalen Schuldenunion, Michel und von der Leyen als Vollstrecker der totalen Migrantenunion - die Bilderberg-Vision der Vereinigten Staaten von Europa nimmt Gestalt an.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2019 im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/80-82): >>**Der Freimaurer-Versteher**
_ *von Jonas Glaser*
Wie kaum ein zweiter Autor nutzt Dan Brown in seinen Kriminalromanen Geheimgesellschaften wie die Illuminaten oder Freimaurer zur Erzeugung von Spannung. Geht es ihm dabei lediglich um den Effekt - oder transportiert er eine Botschaft?
Dan Brown versteht sich auf die Wollust des Schreckens.
Freimaurer sind Pop. Auf gleicher Stufe mit den Illuminaten. Wie langweilig wäre Populärkultur ohne dunkle Mächte. Geheimbünde verleihen dem Dasein existentiellen Thrill, liefern mythischen Rohstoff, der jedes Szenario über die Alltagsödnis erhebt. Tod nach Krankheit, im Alter oder bei einem Unfall? Mord aus Habgier, Eifersucht, Haß? Wie langweilig! Wie gewöhnlich! Verschwindet hingegen jemand, weil er verborgenes Wissen eines sinistren Ordens ausplaudern wollte, klingt eine andere Saite an: Geheimnis und Suspense wirken sinnstiftend. Mögen Teufel und Dämonen verstorben sein - eine Gruppe düsterer Kuttenträger tut's im Notfall auch.
Der Nervenkitzel, der Schock, die Gänsehaut sind die Orgasmen einer sinnentleerten Gesellschaft. Mythenumrankte Strippenzieher haben die Funktion finsterer Aphrodisiaka. Soll Mozart etwa mit 36 Jahren an elenden Lebensumständen verstorben sein? Klingt drittklassig! Knalliger kommt es, wenn er ermordet wurde, weil er seine Zauberflöte mit Freimaurerverweisen gefüllt hatte.
Ebenso Stanley Kubrick: Starb der Starregisseur an einem banalen Herzinfarkt? Nicht doch, zwei Tage zuvor hatte er den Schnitt für Eyes Wide Shut abgeschlossen: Ein Erotikdrama, das (auch) von einer Geheimloge handelt, angeblich voller Verweise auf Freimaurer-Riten… Wer mag Kubricks Tod da noch für Zufall halten? So bekommen Film und (Ab-)Leben des Filmemachers eine zusätzliche Dynamik.
Die Pyramiden von Washington
Jemand, der diese Dramaturgie beherrscht wie kein Zweiter, ist der US-Schriftsteller Dan Brown. Seine "Aufwertung" der Realität durch geheime Zeichen, Verweise, Andeutungen und Verschwinden verleiht selbst Hochburgen der Langeweile frischen Glanz. Der Erfolg gibt ihm recht: Seine Werke bringen die Kassen der Buchhändler und Kinobesitzer zum Überlaufen, obwohl er auf direkte Erotik verzichtet. Brown sagt: "Ich schreibe nur über Themen, bei denen ich Experte bin." Dafür versteht er sich auf die Wollust des Schreckens. Nachdem der Autor in Illuminati (2003) den heute wohl bekanntesten Geheimbund literarisch verwertet hatte, knöpfte er sich für *Das verlorene Symbol* (2009) die Freimaurer vor.
Wie *Sakrileg* (2004) - 2006 unter dem Originaltitel *The Da Vinci Code* verfilmt - behandelt auch dieser Roman ein spirituelles Thema: Die Logen, so heißt es, hüteten jahrtausendealtes Wissen über ungehobenes Potential im Menschen. Zu Beginn kommt der Symbologe Robert Langdon nach Washington D.C., um dort einen Vortrag über Freimaurersymbolik zu halten. Dabei zeigt der geheimnisvolle Mal'akh (meint so viel wie: göttlicher Bote) übermäßiges Interesse an der verborgenen Überlieferung. Um die Mithilfe des Forschers bei der Recherche

zu erpressen, entführt er dessen Kollegen und Gastgeber Peter Solomon. Die Deadline ist ultraknapp: Eine Nacht hat Langdon Zeit…

"Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten."

Dan Brown

Kurz darauf wird in der zentralen Rotunde des Kapitols eine abgetrennte Hand entdeckt, deren Zeigefinger bedeutungsvoll in die Höhe weist. Auf ihr finden sich rätselhafte Tattoos. Mehr noch, die Hand gehört dem entführten Kollegen Solomon, der - wie Langdon erfahren muß - den Freimaurern angehört. Der Symbologe entziffert die Bedeutung der Tätowierung, die ihn direkt ins Senate Basement unter der alten Krypta des Kapitols verweist.

Damit ist der Startschuß für eine klassische Schnitzeljagd à la Dan Brown gefallen: Schnell stellt sich heraus, daß eine Pyramide in der US-Hauptstadt den Schlüssel zur Lösung enthält. Aber wie finden? Washington ist voll von Pyramiden! Am Ende der 700-seitigen Nacht in Laboren und Bibliotheken landet Langdon auf der Spitze des Obelisken, des Washington Monument. Dessen Grundstein birgt des Rätsels Lösung: Die antike Forderung "Erkenne Dich selbst" findet ihre Antwort darin, daß Gott in jedem Menschen sei.

Auch hartgesottene Dan-Brown-Fans müssen zugeben, daß dies ein allzu simples, grausig enttäuschendes Dénouement darstellt. Wieso diesen Satz über Generationen hinweg geheim halten? Weshalb ihn so aufwendig verbergen? Oder hat dieser Absturz ins Banale, ins allzu Bekannte eine dramaturgische Bedeutung?

Entmythisierung des Obskuren

Schon in Illuminati erweist sich der titelgebende Geheimbund keineswegs als gefährlich. Zwar heißt es zu Beginn, er wolle die katholische Kirche zerstören, weil der neue Papst sich allzu sehr den modernen Wissenschaften annähere, und auch Rom präsentiert sich wie Washington als Stadt sprechender Symbole und Artefakte - so die Engelsstatue, die auf die Illuminatenkirche zeigt. Dennoch stellt sich am Schluß heraus, daß das Komplott aus den Reihen des Vatikan kam - eine False-Flag-Aktion, die man den Illuminaten in die Schuhe schieben wollte.

Ähnlich verfährt Brown mit den Freimaurern. Der Autor schildert deren tempelartiges Gebäude, am Eingang von steinernen Sphinxen flankiert, und innen voll seltsamer Zeichen, Codes und Zahlen. Den Wein trinkt man dort aus Totenschädeln. Aber jenseits solcher Gruseleffekte erweist sich die Geheimgesellschaft als harmlos, ebenso ihre verborgene Überlieferung. Wieder baut Brown eine riesige Drohkulisse aus Hieroglyphen, bizarren Verbrechen und Geflüster auf, um sie am Schluß krachend einstürzen zu lassen.

Im Falle der Freimaurer wäre eine Dämonisierung auch schwergefallen, da sich zahlreiche US-Präsidenten unter den Mitgliedern befanden. Browns Anliegen war vielmehr, die Bedeutung der Freimaurerei für die amerikanische Geschichte aufzuzeigen. Sein Interview-Statement "The world is a stranger place than we thought" ("Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten") verweist auf diesen Umstand.

Der Autor stellte seinen Roman "Inferno" in der englischen Freemasons Hall vor.

Auch die realen Freimaurer waren über Browns Entmythisierung erfreut. So gestattete ihm die Leitung der englischen Freemasons Hall, in ihrem Gebäude seinen folgenden Roman, Inferno (2013), zu präsentieren. John Hamill, ehemaliger Chefbibliothekar der Vereinigten Großloge von England, begründete diesen Entschluß laut Freimaurer-Wiki so: "Wir wollen den Menschen mit dem Dan-Brown-Abend und mit allen anderen öffentlichen Events bei uns zeigen, daß wir nach außen offen sind."

Zu dieser neuen Öffnung gehöre aber nicht nur Browns Inferno-Präsentation: "Wir sind bereit: Sie können Veranstaltungen ausrichten, Sie können kommen und in dem Gebäude herumschlendern, Sie können die Bibliothek und das Museum benutzen, Sie können Fragen stellen, und die Fragen werden beantwortet. Das paßt alles zu unserem Anliegen, viel mehr an die Öf-

fentlichkeit zu gehen."
Bezüglich Brown erklärte Hamill, daß der Bestsellerautor im persönlichen Gespräch seine Hochachtung vor den Freimaurern bekannt habe: "Wir unterhielten uns über Das verlorene Symbol und den Hype um das Buch, und er sagte, er könne das gar nicht verstehen. Dort, wo er in Amerika aufwuchs, wohnte er vier Straßen von der lokalen Loge entfernt, und so wußte er einiges über die Freimaurer. Er sagte, warum sollte ich eine der wenigen Organisationen, die in der Gesellschaft Gutes tun, schlechtmachen?"
Brown bestätigte diese Haltung im Gespräch mit der Zeitung The Independent : "Ich empfinde nichts als Bewunderung für eine Organisation, die Menschen verschiedener Religionen zusammenbringt. ... Statt zu sagen, "Gott gehört uns", verwenden sie Symbole, mit denen jeder leben kann. ... Freimaurerei ist keine Religion, sondern ein Ort, an dem sich Menschen über die Grenzen ihrer eigenen Religion hinweg treffen können. Sie ermöglicht Begegnungen auf Augenhöhe."

Memento mori

Aber es ist nicht allein die Begegnungsoption, die den Autor an den Freimaurern fasziniert. Mit dieser Geheimgesellschaft teilt er den Wunsch, das schmerzhafte Schicksal alles Existierenden nicht zu verdrängen: die Sterblichkeit. Im Gespräch mit der Bild-Zeitung fragte man ihn nach dem ersten Satz des Romans: "Das Geheimnis liegt darin, wie man stirbt." Was für eine Botschaft, wollte der Interviewer wissen, transportiere er damit?
Browns Antwort: Dieser Satz "ist Teil meiner Lebensphilosophie - und die der Freimaurer: "Memento mori" - Vergiß nie, daß Du sterben wirst! Sie und ich - wir alle werden sterben. Aber wir versuchen jeden Tag, den Tod zu vergessen, zu verdrängen, zu verleugnen. Deshalb müssen wir uns immer fragen: Wofür leben wir?"
Vielleicht ist dieses Memento mori auch Grund dafür, daß Kriminalliteratur und -filme seit Jahren einen Dauerboom erfahren. Schließlich ist dieses Genre neben Horror doch der einzige Bereich, in dem Ängste und Tod ungeschönte Thematisierung finden. Kleine Löcher inmitten der großen Verdrängungsblase.
Ist Dan Brown also ein Aufklärer, der bloß zur Errichtung von Spannungsbögen populäre Verschwörungstheorien verwendet, um sie am Ende spektakulär platzen zu lassen? Zumindest beherrscht er dieses Spiel so geschickt, daß der Leser sich nach der Lektüre ängstlich fragt, ob nicht doch mehr dahinterstecken könnte. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angestrebte Weltregierung der geheimen Machteliten (x949/…):
>>**Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung**
Durch die modernen Kommunikationsmittel können heute die Menschen Anteil nehmen an dem, was fern von ihnen anderen in den entlegensten Gebieten der Erde geschieht. So entwikkeln sie immer mehr ein globales Gesamtbewußtsein und wachsen nicht nur der Idee nach, sondern auch real durch die verschiedensten weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Beziehungen zur einheitlichen Menschheit zusammen, in der alle immer mehr erleben, wie sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind.
Angesichts der damit verbundenen weltweiten Aufgaben und Probleme, insbesondere auch der globalen Kriege, haben sich daher immer wieder Menschen mit der Idee einer Weltregierung und eines Weltstaates beschäftigt.
So sah der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay "Der Weltstaat" von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein,
André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und

750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von 2 Jahren in einem Register als Weltbürger eintragen (Wikipedia).
So verständlich solche idealistischen Bestrebungen sind: Sie stammen aus einem Denken, das die heute gewohnte hierarchische Staatsform, in der - gleich welcher Verfassung - stets eine kleine Elite über die große Masse herrscht, auf die ganze Erde überträgt, in der das Schicksal der ganzen Menschheit der Macht einer kleinen Weltelite ausgeliefert wäre. Das Illusionäre der derzeitigen Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu gewährleisten, würde in einer solchen Weltdiktatur dann auch für den Letzten vollends zutage treten.
Von dieser von unten angestrebten Weltbürgerregierung ist, wie es bei Wikipedia dezent heißt, eine "*von den aktuellen Machtkonstellationen dominierte Weltregierung*" zu unterscheiden. Das wäre eine Weltregierung, die von oben, von den Machteliten der führenden westlichen Staaten auf indirektem Wege ausgeübt und weiter vervollkommnet würde. Dafür gibt es nicht nur Indizien, sondern zahlreiche Belege, und davon soll die Rede sein.

Sukzessive Auflösung der Souveränität der Staaten

Versetzt man sich in die wahnwitzigen Gedanken der Machteliten, die eine Weltregierung anstreben, dann müßte die Entwicklung logischerweise durch die sukzessive Auflösung der Souveränität der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Dies wurde auch bereits auf den Haager Friedens-Konferenzen von 1899 und 1907 durch Pläne einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingeleitet, die man nach dem 1. Weltkrieg im "Völkerbund" institutionalisierte.
Als die Vorbereitungen zur Gründung des Völkerbundes liefen, sagte Rudolf Steiner warnend: *"Überstaaten, Überparlamente begründen, das ist so recht ein Zeichen dafür, daß die Menschen nicht herausschlüpfen mögen aus den alten Denknetzen. … Während man den einzelnen Staat zerklüften muß in seine drei Glieder* (wie in *Der Mensch als Maß* skizziert), *wollen die Menschen das Gegenteil. Sie wollen die ganze Erde … zu einem großen Staat zusammenschweißen. Sie wollen das Gegenteil von dem, was in den Entwicklungskräften der Zeit begründet ist. Deshalb sollte (der Wissende) wirklich einsehen und es auch überführen in sein Wollen, daß ein starkes Anstürmen notwendig ist gegen dasjenige, was heute noch in der ganz entgegengesetzten Richtung geht."*
"*Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staaten durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt",* welche *"die Autonomie der Nationalstaaten systematisch und zum Teil empfindlich beschneiden."*
Zu diesen Institutionen gehören die Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welt-Handels-Organisation (WTO), die EU, die NATO, der Internationale Strafgerichtshof usw.
Dabei muß man sich klar machen, daß die Übertragung nationaler Kompetenzen auf diese Organisationen noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist, sondern ständig weitergetrieben wird und dem internationalen Recht, das dadurch geschaffen wird, stets und ausnahmslos Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht zukommt. Die EU gibt bereits ca. 80 % der nationalen Gesetze vor, die von den USA dominierte NATO beherrscht die Militärpolitik ihrer Mitgliedsländer, und welche Macht der IWF auf verschuldete Länder ausübt, erleben wir gegenwärtig in der europäischen Euro-Krise in drastischer Weise.
"Politische Entscheidungsfindung ist in praktisch allen westlichen Ländern weitgehend aus den dafür vorgesehenen verfassungsmäßigen Gremien ausgelagert worden, indem die Entscheidungsvoraussetzungen … von privaten Stiftungen und Netzwerken oder von supranationalen Institutionen wie EU und UNO erarbeitet werden.
Transparenz ist in solchen Gremien nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt ausgesperrt, und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur

noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluß darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird, es sei denn, sie gehören selbst den genannten Gremien an. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als 'alternativlos' zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist."
Dieses internationale Netz wird von den Regierungen der Staaten geschaffen, also von den Vertretern der Vertreter der angeblich souveränen Völker, über deren Köpfen dies geschieht, ohne daß sie den geringsten Einfluß darauf ausüben könnten.
Die Kompliziertheit des Entscheidungsverfahrens bedeutet, "*daß eine einmal etablierte Ordnung dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner Akteure oder Staaten hin. Staaten, die einmal in ein solches System verstrickt sind, können es nur als Ganzes akzeptieren oder es ganz verlassen - mit allen Nachteilen und Gefahren, die damit verbunden sind."*
Es ist ein internationales System, das nicht nur die Integrität der Völker und ihre Eigenständigkeit allmählich auflösen, sondern, damit verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen und damit jede wahre Demokratie in einem ihm übergestülpten globalen Regelwerk vollends untergehen lassen will.

Welt-Commonwealth

Es liegt auf der Hand, daß eine Weltregierung primär in den Plänen derjenigen liegt, die sowieso durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Macht eine Weltherrschaft anstreben: den anglo-amerikanischen Eliten.
Bereits Cecil J. Rhodes (1853-1902), wichtiger Impulsator des britischen Imperialismus, schwebte eine anglo-amerikanische Union vor, welche *"die Regierung der ganzen Welt antreten"* und "*den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde."*
Der mit ihm befreundete W. T. Stead und, wie er berichtete, sowohl die Liberalen unter Lord Rosebury als auch die Konservativen unter Lord Salisbury nahmen diese Idee auf und ergänzten sie mit der einer Föderation der europäischen Staaten, die letztlich unter der Dominanz der anglo-amerikanischen Union stehen müsse.
In dem elitären Kreis des "Round Table", der von Alfred Milner, dem engsten Freund und geistigen Nachfolger Rhodes 1909 gegründet wurde und der bald wesentlichen Einfluß auf die britische Außenpolitik nahm, pflegte man diese Gedanken weiter.
Insbesondere die Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis "*dachten an die Möglichkeit, … eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen; aus diesem Hintergrund gingen die britischen Initiativen zur Schaffung des 'Völkerbundes' hervor"*, dessen Präsident der Round-Tabler Lord Robert Cecil 1923 wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb.
Die USA wurden nur deshalb nicht Mitglied des Völkerbundes, weil sich der US-Senat in seiner Autorität von Woodrow Wilson übergangen fühlte und die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte, dessen Bestandteil die Satzung des Völkerbundes war (Wikipedia).
Lionel Curtis forderte in seinem Buch "The Commonwealth of Nations" (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen.
Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Philip Kerr förderte diese Idee mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei "die einzige Endlösung der Weltstaat". Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. "*Europa - worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde - könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, was den Beitritt in das künftige Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde."*

Übergang der Führung auf die USA

Im Ersten Weltkrieg verlor Großbritannien seine Weltmachtstellung de facto an die USA. Aber die britischen und amerikanischen Eliten arbeiten nach wie vor eng zusammen. Ableger des britischen "Round Table" gibt es auch in den USA. Und auf höchster Ebene existiert seit Ende des Ersten Weltkrieges die enge institutionelle Verbindung der je einflußreichsten Denkfabriken Chatham House in London und Council on Foreign Relations in New York, von denen die Richtlinien der Außenpolitik ausgehen.

"US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der Deklaration der Vereinten Nationen auf die Prinzipien der Atlantik-Charta." (Wikipedia) Sie wurden 1945 gegründet und haben inzwischen 193 Mitglied-Staaten.

Doch darf man die Bedeutung der UNO nicht überschätzen. Sie ist nur schwer handhabbar, zumal die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, GB, China, Rußland und Frankreich jeweils ein Vetorecht haben, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. Viel effektiver sind die unter strammer US-Führung oder Abhängigkeit stehenden Organisationen wie NATO, IWF und EU für die anglo-amerikanischen Interessen einzusetzen und zum weiteren Souveränitätsabbau der Nationalstaaten in Richtung einer Weltregierung auszubauen. Wie stark dessen Realisierungswille besteht, wird an folgenden Aussagen einflußreicher Persönlichkeiten deutlich.

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft."* (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im *CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974: "Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. … Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen."*

Dazu gehören offensichtlich durch Ausbeutung und Kriege herbeigeführte massenhafte Migrationsbewegungen, die zur Destabilisierung der Staaten, zu Verschmelzungen und Identitätsverlust der Völker führen sollen. Willy Wimmer, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schildert aus seiner Erfahrung in NATO-Übungen, daß Flüchtlingsströme immer Gegenstand militärischer Planung seien.

Von David Rockefeller, 36 Jahre Direktor, 20 Jahre Vizepräsident und 15 Jahre Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations, Gründer der Trilateralen Kommission und Lenker der Bilderberg-Konferenzen, wird vielfach berichtet, er habe beim Bilderberg-Treffen 1991 in Baden-Baden vom 6. bis 9. Juni den Medien dafür gedankt, "daß sie *sich an ihr Versprechen Diskretion zu wahren, beinahe vierzig Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden. Aber die Welt ist jetzt ausgeklügelter und vorbereitet in Richtung auf eine Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."*

Das klingt authentisch, wenn man hinzunimmt, daß er in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen bekennt: *"Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als 'Internationalisten' und*

Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen - die einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf." (Wikipedia)

Eliten-Netzwerk

Es ist auffällig, wie unter den Funktionseliten der westlichen Welt, mit Ausläufern bis in die der Schwellenländer und des postsowjetischen Raums, ein nahezu unangefochtener Konsens über diese Entwicklung besteht. Dabei versteht der größte Teil diese globale Ideologie als Inbegriff der Vernunft, die in Anbetracht der Geschichte alternativlos sei. Die globalen Probleme seien mit den alten nationalen Strukturen überhaupt nicht mehr zu lösen, insbesondere sei der Friede in der Welt nur auf diesem Wege zu erreichen und zu erhalten.

Was einst verheimlicht und als Verschwörungstheorie diskreditiert wurde, wird nun - Rockefeller gab das Signal - offen als notwendiges Mittel zur Bewältigung der weltweiten Krisen ausgegeben. Gideon Rachman, Elitejournalist der *Financial Times* in London schrieb im Leitartikel vom 7.12. 2008: "*Zum ersten Mal in meinem Leben, glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird.*

David Held, Direktor der *London School of Economics*, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung *The Guardian* "*mehr Einfluß auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde"* bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: "*Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet."* An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die neuen globalen Krisen langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung gelöst werden könnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz "Falling Walls" für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

"*Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? … Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen." -*

"Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung … möglich ist.

Wolfgang Schäuble bezeichnet am 11.1.2013 in Heidelberg ebenfalls globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: "*Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir ´Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. … Die Globalisierung hat zur Folge, daß das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch außerhalb Europas an seine Grenzen stößt. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten."*

Auch der ganz auf absoluter Autorität beruhende Vatikan stimmt in den elitären Chor ein. Am 7.7.2009 meldete "Die Welt": "*Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht. … Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, 'um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, eine Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.' Außerdem gehe es darum, eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu ge-*

währleisten und die Migrationsströme zu regulieren."
Sein Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 "*eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, eine politische Weltregierung ("Weltautorität"), die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten."* (FAZ vom 18.6.2015)

Vorstufe "Vereinigte Staaten von Europa"

Wie oben angedeutet, pflegten schon die britischen Eliten Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Bewegung. Mächtigen Einfluß nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich:
"Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles." (Speechers of Winston Churchill, New York 1974)
Ein Jahr später, welch merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP):
"*Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, daß wir zur* ***Weltregierung*** *kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein."* Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.
Der oben bereits zitierte Journalist Gideon Rachman schrieb in dem Leitartikel in der *Financial Times"* vom 8.12.2008 weiter: "*Die Europäische Union hat bereits eine kontinentale Regierung für 27 Länder und könnte ein Modell sein. Die EU hat ein oberstes Gericht, eine Währung, Tausende von seiten des Gesetzes, einen großen öffentlichen Dienst und die Fähigkeit zur Bereitstellung militärischer Gewalt. Könnte sich das europäische Modell weltweit verbreiten?"* Und das "europäische Modell" wird von der derzeitigen EU mittels der herbeigeführten Krisen unerbittlich zum vollen europäischen Staat vorangetrieben.
Und auch Wolfgang Schäuble plädiert in seiner oben angeführten Rede vom 11.1.2013 für die EU als Vorstufe zu einer globalen Regierung: "*Daher lautet meine erste Begründung für die Notwendigkeit einer weiter fortschreitenden europäischen Einigung, daß eben diese den mit Abstand am weitesten entwickelten Ansatz für neue Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen bildet, also eine Form von Governance, die auch die globalisierte Welt als Ganzes entwickeln muß. Diese neuen Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen in Europa sind zugleich ein Beitrag zu unserer globalen Verantwortung, die wir Europäer im Hinblick auf unsere weltgeschichtliche Rolle in den zurückliegenden Jahrhunderten nicht geringschätzen sollten."*
Manfred Kleine-Hartlage zieht am Ende seines zitierten Essays ein ernstes Fazit: "*Die Umrisse einer durchaus nicht kommunistischen oder faschistischen, wohl aber totalitären und, ein-*

mal errichtet, nicht mehr zu beseitigenden globalen Diktatur zeichnen sich deutlich ab. Alle zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Strategien laufen bereits, und dies zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten. Ob dieser Prozeß noch umkehrbar ist? Wenn ich Optimist wäre, würde ich sagen: Es ist 1 Minute vor 12." …<<

Schlußbemerkungen: Infolge einer genialen Vernebelungstaktik wurde jahrzehntelang nicht bekannt, daß die Gründung und die spätere Erweiterung der Europäischen Union in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wurde, um die wieder aufstrebende deutsche Industriemacht zu neutralisieren und um den sowjetischen Einfluß in Europa zu reduzieren.

Die führende US-Ordnungsmacht benötigte die EU und die NATO außerdem unbedingt für die Realisierung ihrer angestrebten Weltmachtpolitik (Schaffung einer "neuen Weltordnung"). Ferner ging es um die Erweiterung von profitablen Absatzmärkten und strategischen US-Direktinvestitionen sowie um die wirtschaftliche Eindämmung und Zerstörung der kommunistischen UdSSR.

Nach der erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Zerstörung der UdSSR im Dezember 1991 ordnete die NWO-Führung schließlich die Ablösung der bisherigen europäischen Nationalstaaten durch den angeblich dringend benötigten EU-Einheitsstaat bzw. die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA an.

Seit 1985 wurden allmählich die staatliche Souveränität und Kompetenzen der Nationalstaaten systematisch reduziert, um die EU in einen zentralistischen Einheitsstaat umzuwandeln. Die Gliederung und die Vorgehensweise der EU-Kommissionen und der EU-Kommissare ähneln nicht umsonst der diktatorischen Politik in der ehemaligen Sowjetunion (UdSSR: "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken").

Die Europäische Union, die ursprünglich eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war, verteidigt schon längst nicht mehr die demokratischen Grundrechte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der Nationalstaaten Europas, sondern setzt sich in erster Linie für die Durchsetzung eines EU-Einheitsstaates, gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für wirtschaftliche NWO-Ziele der Banken und der internationalen Großkonzerne ein.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland müßte aufgrund der erfolgreichen Exportwirtschaft eigentlich zu den reichsten Bürgern Europas zählen, aber aufgrund der EU-Zwangsmitgliedschaft und enormen jährlichen Beitragszahlungen besitzen die Deutschen lediglich geringe Vermögen und belegen laut EZB-Studien gegenwärtig den letzten Platz innerhalb der EU. Angesichts dieses erstaunlichen Ergebnisses muß man die deutsche Zwangsmitgliedschaft in der EU als "Erfolgsgeschichte" der Siegermächte einordnen, denn die Vorgaben der Potsdamer Dreimächte-Konferenz wurden nicht nur erfüllt, sondern sogar wesentlich übertroffen.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des

Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion ...<<
Die gleichgeschalteten Massenmedien behaupten zwar bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig, daß die Europäische Union für die Deutschen lebensnotwendig wäre und vor allem für die Deutschen nur Chancen und Vorteile bieten würde, aber die Realität sieht völlig anders:
Obgleich die deutsche Wirtschaft in den folgenden Jahrzehnten unaufhörlich große Exportüberschusse erzielte, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht verschwenderisch lebte und der Staat außer der Wiedervereinigung von BRD und DDR keine außergewöhnlichen Maßnahmen finanzierte, betrug die **amtliche Schuldenlast** der vermeintlich reichen Bundesrepublik Deutschland **Ende 2010 mehr als 2.000 Milliarden Euro**.
Diese Schuldenlast erhöht sich außerdem um eine **Haftungssumme von vermutlich mehr als 1.000 Milliarden Euro**, die im Rahmen des EZB-Anleihekaufprogrammes entstehen wird.
Eine im April 2013 veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank kam zu dem Ergebnis, daß die Deutschen im Schnitt sogar ärmer sind als z.B. die Bevölkerung der EU-Krisenstaaten Spanien, Italien, Griechenland oder Zypern.
Angesichts der enormen deutschen Exportüberschüsse stellt sich die Frage, wo eigentlich die Milliardenüberschüsse des deutschen Staates seit 1959 geblieben sind und wie die enorme Schuldenlast entstanden ist.
Ungeachtet der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges besaß die Bundesrepublik Deutschland Ende 1958 bereits wieder einen Überschuß in Höhe von 2,9 Milliarden DM (x069/215).
Ein beträchtlicher Teil der deutschen Überschüsse wurde offensichtlich durch die EU konfisziert, um einen systematischen Wohlstandstransfer bzw. verdeckte Reparationen an die zahlreichen Nettoempfänger der EU vorzunehmen.
Die europäischen Nationalstaaten sollen demnächst zu Provinzen eines neuen zentralistischen EU-Bundesstaates werden: Schaffung eines EU-Haushaltes und eines EU-Finanzministers, Vergemeinschaftung der Schulden. Der Europäische Gerichtshof soll für sämtliche Bereiche des EU-Rechts zuständig werden. Dieser linkslastige EU-Einheitsstaat scheint um jeden Preis die Nachfolge der gescheiterten kommunistischen Diktatur in der ehemaligen UdSSR anzustreben. In dieser EU-Diktatur werden demokratische Freiheitsrechte, Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Kreativität, die bisher die einzelnen Nationalstaaten auszeichneten, schnell spurlos verschwinden.
Aufgrund der permanenten politischen Entmündigung und planmäßigen Ausplünderung der deutschen Bevölkerung sowie der geplanten Liquidierung des deutschen Nationalstaates ist es unumgänglich, die EU sofort zu verlassen, um diese völkerrechtswidrige Unterdrückung und perfide Ausbeutung endlich zu beenden.
Der sofortige EU-Austritt dürfte völkerrechtlich unproblematisch sein, weil der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. Ruhrstatut gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU, von Anfang an nichtig und damit unwirksam.

Vom Naturrecht zum Pseudo-Recht der totalitären Neuen Weltordnung (NWO)

Die Entwicklung des Naturrechts

> Recht ist der Wille zur Gerechtigkeit.
> *Gustav Radbruch (1878-1949, deutscher Jurist)*

Die NWO-Säkularisten und Atheisten behaupten zwar unentwegt, daß das Naturrecht eine "christliche Erfindung" sei, aber wesentliche Grundlagen des Naturrechts wurden bereits im Altertum durch Heraklit, Aristoteles, Cicero und vor allem durch das Römische Recht begründet. Augustinus und Thomas von Aquino und andere sahen später im Naturrecht das von Gott der menschlichen Vernunft eingeschriebene Gesetz.
Nach jahrzehntelangen kontroversen Debatten entwickelten spanische Theologen und Rechtsgelehrte im Jahre 1573 die ersten Grundsätze des Menschen- und Völkerrechts. Die spanische Krone beendete damals gleichzeitig die Conquista in Lateinamerika.
Bartolomé de Las Casas (1476-1566, Dominikaner, kämpfte gegen die Versklavung der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas durch die Spanier) und Francisco de Vitoria (1483-1546, katholischer Theologe und Völkerrechtler sowie Begründer der Spanischen Spätscholastik) galten damals als die personifizierten "Gewissen Spaniens" und zählen heute zu den Begründern der modernen Völkerrechtswissenschaft.
Der niederländische Jurist Hugo Grotius (1583-1645, Begründer des modernen Völkerrechts) veröffentlichte im Jahre 1625 sein Hauptwerk "De jure belli ac pacis" ("Über das Recht des Krieges und des Friedens").
In diesem Buch präsentierte Grotius erstmalig ein systematisches, vom Naturrecht ausgehendes, Völkerrecht. Er trat während des Dreißigjährigen Krieges angesichts der aktuellen Kriegsgreuel für eine grundlegende Humanisierung der Kriegsführung ein, um vor allem die Zivilbevölkerung zu schützen. Ferner forderte er gerechte Friedensverhandlungen, die dauerhaften Frieden gewährleisten sollten.
In seinem Buch "De jure belli ac pacis" hieß es (x194/134): >>... Das Recht ist nie ganz unwirksam, auch wenn es ihm noch so sehr an Macht gebricht. ...<<
Der deutsche Historiker Ernst Sauer berichtete später über die Publikation des niederländischen Völkerrechtlers (x128/290): >>Seine einzigartige Bedeutung beruht darauf, daß er im Augenblick der größten Not des Dreißigjährigen Krieges die Bemühungen der Theologen, Philosophen und Juristen zusammenfaßte, welche sich seit langem für die vernünftige Regelung zwischenstaatlicher und rechtlicher Beziehungen eingesetzt hatten. Gewiß ließ Grotius dem ius voluntarium, dem völkerrechtlichen Gewohnheitsrecht, Raum, jedoch nur so lange, als es mit dem von der Vernunft diktierten natürlichen Völkerrecht in Einklang zu bringen war. Im Falle eines Widerspruchs mit dem Naturrecht hatte das Gewohnheitsrecht zu weichen.
...
Nun war das Völkerrecht in ein wissenschaftlich einwandfreies und vernünftiges System gebracht, an dem kein Herrscher und kein Diplomat vorbeigehen konnte. Vor Grotius wäre es möglich gewesen, die politische Macht als solche wirken zu lassen. Jetzt wurde es ein zwingendes Gebot für jeden Staatsmann, sich gegenüber seinen Kollegen vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen. ...<<
Immanuel Kant erläuterte im Jahre 1795 in seiner Schrift "Zum Ewigen Frieden" die Möglichkeiten des Völkerrechts (x128/292): >>... So muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den Friedensbund nennen kann, der vom Friedensvertrag darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu erledigen suchte.
...
Die Huldigung, die jeder Staat dem Rechtsbegriffe, wenigstens dem Worte nach, leistet, be-

weist doch, daß eine noch größere, obzwar zur Zeit schlummernde moralische Anlage im Menschen anzutreffen sei, über das böse Prinzip in ihm (was er nicht ableugnen kann) doch einmal Meister zu werden und dies auch von anderen zu hoffen; denn sonst würde das Wort Recht den Staaten, die sich einander befehden wollen, nie in den Mund kommen, es sei denn, bloß um einen Spott damit zu treiben, wie jener gallische Fürst es erklärte:
Es ist der Vorzug, den die Natur dem Stärkeren über den Schwächeren gegeben hat, daß dieser ihm gehorchen soll. ...<<
In der Renaissance (Mitte des 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts) und besonders während der sogenannten Aufklärung (geistige Strömung des 17. und 18. Jahrhunderts) lösten Bartolomé de Las Casas, Francisco de Vitoria, Hugo Grotius, Baruch de Spinoza, Samuel Freiherr von Pufendorf, Immanuel Kant und andere) das Naturrecht aus der Verbindung zur Theologie und entwickelten es zu einem rationalen Rechtssystem. Danach mußten staatliche Gesetze in Rechtsstaaten mit der christlich inspirierten Naturrechtslehre im Einklang stehen und gerecht sein.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über das Naturrecht (x816/-146): >>Vernunftrecht (Naturrecht, philosophisches Recht), der Inbegriff der Rechtsgrundsätze, welche durch Nachdenken als die der Rechtsidee entsprechenden gefunden werden. Im engeren Sinn faßt man unter Vernunftrecht oder Naturrecht auch wohl diejenigen Rechte zusammen, welche dem Menschen als solchem und abgesehen von besondern staatlichen und gesellschaftlichen Zuständen zukommen und gewissermaßen angeboren sein sollen.
Den Gegensatz zu diesem Vernunftrecht bildet das positive Recht der einzelnen Staaten. Dies allein als der Ausdruck des staatlichen Gesamtwillens, welchem sich der Einzelwille fügen muß, kann praktische Geltung beanspruchen, welche dem Vernunftrecht um des willen versagt werden muß, weil gerade auf dem rechtsphilosophischen Gebiet die Ansichten sehr weit auseinander gehen.
Auf der andern Seite ist aber die Rechtsphilosophie, d.h. die philosophische Untersuchung über Begriff und Wesen von Recht und Rechtsverhältnis, als eine wichtige Grundlage der Rechtswissenschaft anzusehen, wie sie zugleich einen integrierenden und wichtigen Bestandteil der Philosophie überhaupt bildet. Denn wie es im allgemeinen die Aufgabe der letzteren ist, aus den äußeren, wechselnden Erscheinungen und Zuständen des menschlichen Lebens das diesen zu Grunde liegende Gesetz und ihren letzten Grund zu erforschen, so liegt es ihr auch ob, durch Feststellung der Idee des Rechts eine sichere Norm für die Beurteilung der bestehenden angeblichen Rechte und Rechtsordnung zu gewinnen.
Auf diese Weise wird zugleich dem Recht eine tiefere Begründung gegeben und die Möglichkeit eröffnet zur Fortentwickelung der bestehenden Gesetzgebung im Geiste der Rechtsidee. Während das Altertum die geistvollen Ausführungen eines Platon und eines Aristoteles über den letzten Grund von Staat und Recht und über die idealen Zwecke der Staats- und Rechtsordnung aufzuweisen hat, ist im Mittelalter eine völlige Nichtbeachtung jener philosophischen Grundlage und ein starres Festhalten am Buchstaben des Gesetzes vorherrschend.
Erst Hugo Grotius stellte den Grundsatz von der Vernunftmäßigkeit desjenigen Rechts, das aus der Geselligkeit der Menschennatur entspringt, und die Möglichkeit der Ableitung einer Rechtswissenschaft aus der Natur des Menschen (Naturrecht) auf, weshalb man ihn wohl den Vater des Vernunftrechts genannt hat. Ihm folgten Pufendorf, Thomasius, Locke, Wolf, Montesquieu, Rousseau und Kant, Fichte, deren Nachfolger, die sogenannten Naturrechtslehrer (Rotteck u.a.), die Philosophie als die ausschließliche Grundlage der Rechtswissenschaft hinstellten oder doch das philosophische Moment in einseitiger Weise hervorhoben.
Dies veranlaßte die Reaktion der sogen. historischen Schule, welche unter Hugos Führung mit der philosophischen den Kampf aufnahm und die Einseitigkeit der letzteren mit einer ähnlichen auf der rechtshistorischen Grundlage erwiderte, bis besonders durch Savignys Wirken

die gleichmäßige Bedeutung von Philosophie und Geschichte für die Rechtswissenschaft zur Anerkennung und Würdigung gelangte. …<<

Gründung einer "Neuen Weltordnung"

> Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.
> *Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild)*

Die ersten Schritte zur Gründung einer "Neuen Weltordnung" wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet.
Am 23. Dezember 1913 setzte US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921, 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Dezember 2013: >>**Die Kreatur von Jekyll Island**
Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. Dabei verlief das Gesetzgebungsverfahren für den Federal Reserve Act transparent ab. Beide Kammern des US-Kongresses stimmten nach monatelangen Anhörungen und Abstimmungen mit überwältigender Mehrheit zu. Am 23. Dezember 1913 setzte der demokratische Präsident Woodrow Wilson das Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft.
Weit weniger durchsichtig ist die Vorgeschichte der Fed. Der US-Dollar war bereits seit 1785 die Währung der Vereinigten Staaten. Bis 1811 fungierte die private First Bank of the United States in Philadelphia als Notenbank. Ihr folgte die zu einem Fünftel in Regierungsbesitz befindliche Second Bank, die 1836 - nach Betrugs- und Korruptionsaffären - ihren Notenbankstatus verlor und 1841 liquidiert wurde.
Schwankendes Vertrauen in den Papierdollar
Der staatliche Finanzbedarf im 1861 ausgebrochenen Bürgerkrieg beendete dann die "Free Bank-Ära" und beförderte in den Jahren bis 1864 die Legal Tender und National Bank Acts zur Schaffung von US-Nationalbanken. Sie durften vom US-Finanzministerium abgesicherte und gedruckte grüne Banknoten ausgeben - aus 150 Millionen wurden bald 450 Millionen Dollar in "Greenbacks".
Das verfolgte Ziel einer einheitlichen Währung in allen Bundesstaaten wurde damit erreicht - doch das Vertrauen in den Papierdollar schwankte stark. Auf den Bürgerkrieg folgten Krisen und Bankzusammenbrüche. Der Gold Standard Act von 1900 verordnete schließlich einen Fixkurs von 20,67 Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm). Doch die Börsenkrisen nahmen kein Ende.
Das durch Gerüchte befeuerte Ende der Knickerbocker Trust Company und die darauffolgende legendäre "Bankers' Panic" vom Herbst 1907 überzeugten wichtige US-Politiker davon, was Bankchefs wie der aus Frankfurt/Main stammende Jacob Schiff (Kuhn, Loeb & Co.) seit Jahren energisch forderten: wie in den europäischen Ländern einer Zentralbank die Kontrolle über die Kreditbeschaffung zuzugestehen.
Geheimtreffen mit Großbankern
Der Kongreß berief zur Vorbereitung 1908 die National Monetary Commission, die bis 1912 unter Leitung des republikanischen Senatsführers Nelson Aldrich 30 Reporte erstellte. Zugleich untersuchte der Wirtschaftsanwalt Samuel Untermyer für das Pujo-Komitee den Einfluß des "Money Trust" auf die Wirtschaft. Das entscheidende Geheimtreffen fand allerdings weit ab von Washington statt, auf einer Insel vor der Küste Georgias:

Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).
Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. Details des Treffens verarbeitete der US-Autor Eustace Mullins 1954 in seinem umstrittenen Buch "The Secrets of The Federal Reserve". G. Edward Griffin von der rechtslibertären John Birch Society konzentriert sich in seiner Analyse der "Kreatur von Jekyll Island" vor allem auf die wirtschaftspolitischen Aspekte.
Doch das Fed-Gesetz, das Untermyer entscheidend mitformulierte, mußte zunächst warten. Präsident William Taft, der mit 90 Anti-Trust-Regulierungen dem "US-Big Business" Einhalt gebieten wollte, widersetzte sich den Jekyll-Island-Plänen. Der Republikaner leistete jedoch indirekte Vorarbeit: Mit dem unter ihm eingeführten 16. Zusatzartikel zur US-Verfassung erhielt der Kongreß das Recht, Bundeseinkommensteuern zu erheben. Das erleichterte es, die Geldhoheit an die Privatbanken zu delegieren.

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. Sie werden vom US-Präsidenten ausgewählt und vom Senat ernannt. Erster Fed-Chef war Vizefinanzminister Charles Hamlin. Benjamin Strong wurde Präsident der New Yorker Fed, der mächtigsten Regionalbank, die den Handel mit US-Staatsanleihen abwickelt und einen Großteil der Goldreserven einlagert. Seit 2009 hat William Dudley (zuvor Goldman Sachs) diesen Posten inne, weil Vorgänger Timothy Geithner als Barack Obamas Finanzminister in die Politik zurückkehrte.
Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. Etwa ein Drittel der privaten Geschäftsbanken sind derzeit Fed-Aktionäre. Ursprüngliche Aufgabe der Fed war, bei Finanzkrisen die Privatbanken mit genügend Dollars zu versorgen. Doch schon bald nach ihrer Gründung wurde die Fed kriegsverpflichtet, um ungedecktes "Fiat money" bereitzustellen.
Strong verantwortete mit dem zweiten Fed-Chef William P. G. Harding die zeitweise Abkoppelung vom Goldstandard. Die Fed brachte nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg "Liberty Bonds" (Kriegsanleihen) unters Volk, was die Inflation anheizte.
In den zwanziger Jahren alimentierte die Fed den Börsenrausch - bis die Spekulationsblase am 25. Oktober 1929, dem "Schwarzen Freitag", platzte. Die US-Notenbank erhöhte die Leitzinsen und verknappte so das Geld. Doch dem Tritt auf die finanzielle Bremse folgte Deflation: die Preise fielen, der Kapitalverkehr versiegte. 1931 begann die "Great Depression", Präsident Herbert Hoover installierte 1932 den Bankenrettungsfonds RFC, der mit Fed-Milliarden faule Kredite und Papiere aufkaufte.

Goldbesitzverbot und finanzielle Repression

Um den so geschwächten Dollar zu stützen, erließ Franklin D. Roosevelt 1933 die Executive Order 6102 - das berüchtigte Goldbesitzverbot. Alle US-Bürger mußten ihr Gold für 20,67 Dollar pro Unze bei der Fed abliefern. Die neue Goldparität wurde bei 35 Dollar festgelegt. Die Goldbestände der Fed stiegen auf Kosten der Privaten, die bis auf eine Freigrenze von 100 Dollar teilenteignet wurden. Das Goldbesitzverbot wurde erst Ende 1974 aufgehoben.
Trotz des gewonnenen Zweiten Weltkriegs drückten die USA 1945 Staatsschulden von über 115 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung (BIP) - eine Quote, die selbst unter Obama noch nicht erreicht wurde. Die Fed drückte die Zinsen unter die Inflationsrate. Die finanzielle Repression zu Lasten der Sparer ließ den Schuldenberg real auf zwei Drittel des BIP abschmel-

zen. Wirtschaftsaufschwung, Vollbeschäftigung und mit der Inflation steigende Löhne hielten die US-Bürger bei Laune.
Präsident John F. Kennedy unternahm 1963 mit seiner Executive Order 11110 den Versuch, Silber-Dollars parallel zu den formal goldgedeckten Greenbacks zu etablieren. Doch unter seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson wurde dies nicht weiterverfolgt. Die einschneidendste Entscheidung traf dann Richard Nixon, der 1971 die Goldbindung aufhob.
Was die Fed in punkto Geldwertstabilität leistete, illustriert ein Blick auf die Preise von "Nathan's", dem berühmten Hot-Dog-Imbiß auf der New Yorker Coney Island: 1916 bekam man für 4,30 Dollar dort 86 Frankfurter. In den sechziger Jahren waren es nur noch zwölf. Im hundertsten Jahr der Fed ist es nur noch ein Würstchen. Dennoch ist der US-Dollar weiter die Weltreserve- und Handelswährung Nummer eins.<<
US-Präsident Thomas Woodrow Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte damals einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).
US-Präsident Wilson gab am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollten, und forderte zur friedlichen Regelung von internationalen Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren Wiederholung gesichert war.
Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.
Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgeist gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.
Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:
I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.
II. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...
III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.
IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.
V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...
VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...

VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...
VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder hergestellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.
IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenlinien bewirkt werden.
X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...
XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...
XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...
XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.
XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<
Zu den einflußreichsten Gründern der europäischen "NWO-Integrationsbewegung" zählten Jean Monnet und Graf Richard von Coudenhove-Kalergi.
Der französische Unternehmer Jean Monnet (1888-1979, koordinierte während des Ersten Weltkrieges maßgeblich die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, 1919 Mitglied der französischen Delegation in Versailles, von 1919 bis 1923 stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, danach in führenden Stellungen bei US-Banken tätig, Gründer einer US-Investmentbank, die auch Geschäftsbeziehungen mit Hitler und der NSDAP unterhielten, beschäftigte sich seit 1938 mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Zweiten Weltkrieg, koordinierte während des Zweiten Weltkrieges ab 1940 in den USA die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, erstellte nach dem Zweiten Krieg den sog. " Schumann-Plan", von 1952 bis 1955 erster Präsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, gründete 1955 mit US-Unterstützung das "Aktionskommitee für die Vereinigten Staaten von Europa") wurde später "Vater eines vereinten Europa" genannt.
Der Freimaurer Graf Richard von Coudenhove-Kalergi (1894-1973, österreichischer Schriftsteller, Vorkämpfer für die Bildung eines europäischen Staatenbundes, 1923 Gründer und erster Präsident der Paneuropa-Bewegung in Wien), veröffentlichte u.a. im Jahre 1923 "Pan-Europa" und 1953 "Die Europäische Nation".
Die bedeutenden Freimaurer und Förderer des paneuropäischen Gedankens Aristide Briand,

Gustav Stresemann und US-General George Marshall wurden später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.
Dem Völkerbund (Gründung: 1919) folgten die Uno (Gründung: 1945) und später zahlreiche internationale NWO-Organisationen, wie z.B. NATO, EU, Internationaler Strafgerichtshof, IWF und Weltbank, Welthandelsorganisation, Atlantik-Brücke (fördert seit 1952 u.a. erfolgversprechende Nachwuchspolitiker), Bilderberg-Konferenzen (seit 1954 finden jährlich informelle Treffen von einflußreichen Personen aus Politik und Wirtschaft statt).

Der Völkerbund

> Die Welt muß begreifen, daß Staatsmoral ebenso lebenswichtig ist wie Privatmoral.
> *Franklin Delano Roosevelt (1882-1945, nordamerikanischer Politiker)*

Am 28. April 1919 wurde die Satzung des Völkerbundes durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wurde damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.
Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.
Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren damals die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.
Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.
Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Koppelung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.
Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).
Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache. Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.
Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals

nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).
US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).
Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen.
Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.
Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.
Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.
Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10.33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.
Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.
Organe des Völkerbundes:
1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.
Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.
Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.
Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<

Der NWO-Moloch "Vereinte Nationen" (UN)

> Der Teufel bremst die Menschen so lange er kann; wenn er aber sieht, dass er das nicht mehr vermag, dann schiebt er sie mit solcher Gewalt, dass sie vornüber stürzen. ... Das hauptsächliche Mittel, das der Teufel verwenden wird ... ist dies: Er wird den unklugen Eifer der Christen fördern, um sie in diese drei Extreme, in die Schwärmerei, in den Aberglauben und in die übermäßige Härte gegen Widersacher, zu drängen.
> *Jonathan Edwards (1703-1758, nordamerikanischer Prediger)*

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten in Washington 26 Nationen - einschließlich UdSSR - den Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).

Im Pakt der "Vereinten Nationen" hieß es z.B. (x106/150): >>... Die unterzeichneten Regierungen ... sind überzeugt, daß ein vollständiger Sieg über den Feind von größter Bedeutung für die Verteidigung der Existenz, Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, die Erhaltung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in ihren eigenen wie in den anderen Ländern ist, die jetzt im gemeinsamen Kampf gegen die wilden und brutalen Kräfte stehen, die die Welt zu unterjochen drohen.

Sie verpflichten sich ... ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel gegen die Mitgliedsstaaten des Dreimächtepaktes, mit denen sie im Kriege stehen, einzusetzen und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Pakt der "Vereinten Nationen" (x306/60-62): >>**What to do with Germany?**

Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg ist die traurige Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der "öffentlichen Meinung" frei zu entfalten vermag. …

Das Außenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren durchschlagendstes Argument war, daß sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Außenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteresse vertrete.

Roosevelt entzog die Außenpolitik dem Einflußbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloß und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen, die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner stellten fest, daß sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei. Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schließen. Im übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantik-Charta.

Als Churchill im Weißen Haus gerade in der Badewanne saß, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegskoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.

Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weißen Haus durch die vier Großmächte, durften die übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Außenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Troß, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Daß der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikani-

schen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, daß die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, daß eine entsprechend ausgewählte amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde.
Für den ersten "Tag der Vereinten Nationen" sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet:
"Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten.
Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können.
Amen." …
Während der Konferenz von Bretton Woods (1.07. bis zum 22.07.1944) gründeten 44 Staaten der "Vereinten Nationen" einen internationalen Währungsfonds, um nach dem Kriegsende ein Weltwährungssystem zu errichten.
Im Verlauf der Konferenz von Dumbarton Oaks (21.08. bis zum 7.10.1944) empfahlen Nordamerika, England, die UdSSR und China die Auflösung des "Völkerbundes" und die Gründung der "Vereinten Nationen".
Die USA, Großbritannien, UdSSR und China vereinbarten während der Konferenz von Dumbarton Oaks (in der Nähe von Washington) am 9. Oktober 1944 die Gründung der "Vereinten Nationen" (Ersatz für den gescheiterten Völkerbund).
Im Verlauf der Jalta-Konferenz (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim beschlossen "Die Großen Drei" u.a. die Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen". Jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.
Am 16. Juni 1945 wurde das Statut der Vereinten Nationen veröffentlicht (x058/377-378):
>>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.
Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:
1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und

4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.
Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenen Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...
Artikel 4:
1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<
Die UN-Satzung begann mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).
Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.
Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:
Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizule-

gen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.
Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<
Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückte der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 sämtliche Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<
In Den Haag trat am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichteten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sah der UNO-Gerichtshof nicht vor.
Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilte den Auftrag, einen Verbrechenskodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die "Anerkennung oder Revision der Oder Neiße-Linie" (x028/180-182): >>... Was unter "endgültiger Regelung" zu verstehen sei, ging aus einer Äußerung von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, hervor. Er schrieb in diesem Jahr (1946): "Versuchsweise haben sich die vier Mächte auf den Oderlauf als neue Ostgrenze Deutschlands geeinigt. ... Wenn der Frieden diese vorläufige Entscheidung zur endgültigen machen sollte, würden sie ein Unrecht fortsetzen und sozial und wirtschaftlich einen schweren Fehler begehen, der unweigerlich dauernde Spannung und Unsicherheit in Europa hervorrufen müßte. ...
Ein großer Teil des Gebiets zwischen der Oder und der westlichen Grenze des einstigen polnischen Korridors ist reicher Agrarboden. Ein Teil mindestens solle den Deutschen zugänglich bleiben, sowohl als Nahrungsquelle wie auch als Wohngebiet. Wenn die neue deutsche Grenze mit Polen mit angemessener Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes festgelegt werden soll, müßte sie ziemlich weit östlich der Oder verlaufen."
Bei diesem Stand der Dinge im November/Dezember 1946 trat der Außenminister-Rat in New York zusammen, um den Frieden mit Deutschland zu erörtern. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloß er, die Ansichten jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen die Achse teilgenommen hatten.
Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas, die bereits in den sowjetischen Bannkreis geraten waren, die Oder-Neiße-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde.
Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn er nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete einschließe, oder, als Alternative, "eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zugänglich gemacht werden".
Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen de facto (vorläufigen) Grenze und lehnte "jeden Versuch ab, große, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln". Andererseits gab die Regierung zu, daß "eine gemäßigte Berichtigung der Grenzen zu Gunsten Polens möglich sein sollte".

Kanadas Regierung empfahl einerseits, daß man nicht einer großen Anzahl Deutscher gestatten sollte, außerhalb der künftigen deutschen Grenze zu leben, bemerkte dann aber, daß "übertriebene Verschiebungen der Bevölkerungen, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernsten Gefahren führen".
Die Regierung von Australien schlug vor, daß "bei der Grenzziehung die Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, daß bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können".
Da die Atlantik-Charta vorschrieb, "keine territorialen Veränderungen" vorzunehmen, "die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen", und da die Charta der Vereinten Nationen besonders den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (Artikel 1 und 55) betont, hätten ja wohl, mindestens nach Ansicht der australischen Regierung, die Millionen Deutschen, die bereits aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben worden waren, und die Millionen, denen dieses Schicksal für 1947 und 1948 noch bevorstand, befragt werden sollen.
Andererseits war der Artikel 107 ("Feindstaatenklausel") in die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich aufgenommen worden, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben. Weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen wurden von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen.
So empfahl also keine der befragten Regierungen eine "restitutio in integrum". Eine solche "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" hätte bedeutet, daß Deutschland die Gebiete östlich von Oder und Neiße zurückerhalten hätte, aber alle waren sich offenbar darin einig, daß ein Teil des Landes für immer Deutschland genommen und Polen gegeben werden solle. Einige Regierungen lehnten es ab, ihre Ansicht über ein Thema zu äußern, das ihnen vermutlich gleichgültig war.<<
Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärte am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...
Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...
Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...
Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >> Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,
In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Ge-

schichte große Verluste zugefügt hat, und
In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,
sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.
Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).
Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch

andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (39/1968) berichtete am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>**Form des Klassenkampfs**
Bonns zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonns dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.
Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.
Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphieren.
Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.
Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...
Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie
- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;
- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.
Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.
Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".
Doch der Schein trog. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.
Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."
Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtet) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der

Kreml "uns in die Knie zwingen".
Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundesrepublik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".
Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch schnell stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."
In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.
Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."
Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".
Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.
Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.
Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.
Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.
Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völkerrechtlers D. B. Lewin·. "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfs."
In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilfesuchend an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.
London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.
Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.
Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.
Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den

russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.
Die Polit-Planer des Auswärtigen Amts haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohltuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik entdeckt.
AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung."<<
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehören.
Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten sind z.B. ermächtigt, bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch einzugreifen.
Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die UN-Feindstaatenklausel (x306/177-179): >>... Überall sind - jahrelang nicht beachtet - Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden. Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwikkelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdachte Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt.
Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Maßstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.
Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107 sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Maßnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gegen die Besiegten getroffen werden.
So konnte anläßlich der Berliner Blockade 1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO Satzung eingewandt werden, daß die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zu Ende gehe, wo Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.
Als ein CDU-Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, daß die deutsche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können.
Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, daß sich die westlichen Alliierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen.
Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954 eine ähn-

liche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Rußland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichterklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten.
Der Art. 53 der UNO-Satzung hat das Ziel, "die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern". Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflußbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetunion nicht zum Vorteil gereicht.
"Wiederaufnahme der Angriffspolitik" ist ein Urteil, das über Maßnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und bloße Gesinnungsäußerungen gleichermaßen gefällt werden kann.
Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, daß das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs dadurch "überholt" wurde, daß man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten ließ. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muß es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, daß er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.
Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8, April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, "daß der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht".
In Art. 5 verpflichten sich die beiden vertragschließenden Parteien, "alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von Seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von Seiten irgendeines Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen". Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, daß dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf.
Nur die deutsche Politik nimmt die großen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die großen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charakteristische "Juristenmonopol" läßt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne daß sie dessen gewahr wird.<<
Der israelische Politiker Abba Eban (1915-2002, von 1948-59 ständiger Vertreter Israels bei der UNO) erklärte am 11. November 1975 zur "Zionismus-Rassismus-Erklärung der UN" (x128/369-370): >>... Die Vereinten Nationen sind als Anti-Nazismus-Bündnis ins Leben getreten, 30 Jahre später sind sie im Begriff, das Weltzentrum des Antisemitismus zu werden. Es

gibt kein anderes Tribunal, von dem sich solche Flut von Schmähreden Jahr für Jahr über die Werte, Ideale und Glaubenssätze ergießt, die das jüdische Volk seit Jahrhunderten verehrt.
Es ist eine erschreckende Wahrheit, daß sich Hitler selbst in einem Forum heimisch gefühlt hätte, daß einem waffentragenden Arafat Beifall spendet und dem mörderischen Idi Amin Gehorsam gehuldigt hat.
Es gibt natürlich keinerlei Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Verneinung des jüdischen Staates. Der klassische Antisemitismus leugnet die Gleichberechtigung von Juden als Bürger innerhalb der Gesellschaft.
Der Antizionismus leugnet die auf seine rechtmäßige Souveränität bezogene Gleichberechtigung des jüdischen Volkes innerhalb der Gemeinschaften der Nationen. Der gemeinsame Nenner für beide Fälle ist die Diskriminierung.
Man hat nichts anderes getan, als das Prinzip der Diskriminierung aus dem Bereich der individuellen Rechte auf den der kollektiven Identität zu übertragen.
Denn der Zionismus ist nicht mehr – auch nicht weniger – als das jüdische Bewußtsein von Ursprung und Bestimmung in dem Land, das mit seinem Namen auf ewig verbunden ist. Mit seiner Hilfe strebt die jüdische Nation nach einer authentischen Erfüllung ihrer selbst. ...
Der Zionismus kann auf mannigfache Weise definiert werden. Ich habe eine knappe Formulierung in Erinnerung, die vor 28 Jahren gemacht wurde, als die arabischen Armeen Israel am Tage seiner Gründung überfielen. Andrej Gromyko sagte im Sicherheitsrat am 21. Mai 1948, daß die militärischen Operationen der Araber "die Unterdrückung einer nationalen Befreiungsbewegung zum Ziele hätten".
Geradeso einfach ist es. Die Wahrheit ändert sich nicht, nur weil diejenigen, die sie proklamieren, ihrer eigenen Wahrheit müde werden. ...<<
Ein US-Politiker berichtete im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165): >>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtete am 2. Januar 1989: >>**Die Menschen- und Bürgerrechte**
Die französische Nationalversammlung deklarierte am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte; sie umfassen insgesamt 17 Artikel:
Die als Nationalversammlung eingesetzten Vertreter des französischen Volkes haben in der Erwägung, daß eine Unkenntnis, ein Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Korruption der Regierungen sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen darzulegen, damit diese Erklärung allen Teilen der Gesellschaft immer vor Augen steht und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der legislativen und exekutiven Gewalt zu jeder Zeit mit dem Zweck jeder politischen Einrichtung verglichen können und dadurch entsprechend geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger von heute an auf einfachen unbestreitbaren Grundsätzen beruhen und immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Glück aller hinzielen.
Demzufolge anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutz des Höchsten Wesens nachstehende Menschen- und Bürgerrechte:
Artikel I: Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.
Artikel II: Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.
Artikel III: Die Nation bildet den hauptsächlichen Ursprung jeder Souveränität. Keine Körper-

schaft und kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von der Nation ausgeht.
Artikel IV: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was dem anderen nicht schadet. Somit hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen nur die Grenzen, die anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte garantieren. Diese Grenzen können nur gesetzlich festgelegt werden.
Artikel V: Dem Gesetz allein obliegt es, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was nicht gesetzlich verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.
Artikel VI: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken; es soll für alle gleich sein, mag es beschützen, mag es bestrafen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, haben sie entsprechend ihren Fähigkeiten auch gleichermaßen Zugang zu allen Würden, Stellungen oder öffentlichen Ämtern, ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugend oder ihrer Talente.
Artikel VII: Kein Mensch kann anders als in den gesetzlich verfügten Fällen und den vorgeschriebenen Formen angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden. Wer willkürlich Befehle verlangt, ausfertigt, ausführt oder ausführen läßt, muß bestraft werden; wenn ein Bürger auf Grund des Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß er sich sofort beugen, durch Widerstand macht er sich schuldig.
Artikel VIII: Das Gesetz soll nur unbedingte und offensichtlich notwendige Strafen festlegen. Niemand kann auf Grund eines Gesetzes bestraft werden, das nicht vor der Tat erlassen und verkündet wurde und zur Anwendung gekommen ist.
Artikel IX: Da jeder Mensch nur so lange für unschuldig gilt, wie er nicht für schuldig befunden ist, soll, wenn eine Verhaftung unumgänglich ist, jede unnötige Härte zur Versicherung seiner Person gesetzlich streng verboten sein.
Artikel X: Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst religiöser Art, belangt werden, solange die Äußerungen nicht die gesetzlich festgelegte öffentliche Ordnung stören.
Artikel XI: Der freie Austausch von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei schreiben, reden und drucken.
Artikel XII: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine Streitmacht, die zum Vorteil aller eingesetzt wird und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut ist.
Artikel XIII: Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muß unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden.
Artikel XIV: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu überprüfen, sie in freier Entscheidung zu bewilligen, ihre Verwendung zu kontrollieren, die Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.
Artikel XV: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft über seine Verwaltung zu fordern.
Artikel XVI: Jede Gesellschaft, in der die Garantie dieser Rechte nicht erfolgt und die Gewaltenteilung nicht festgeschrieben ist, hat keine Verfassung.
Artikel XVII: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, ein gesetzlich fundierter öffentlicher Bedarf macht dies unumgänglich und eine gerechte Entschädigung wird vorher festgelegt.<<
Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtete im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914):

>>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**

Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?

Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".

Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:

1. Gleichheit

Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus.** Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.

Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zu Gunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."

Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".

Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.

Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben.

"Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild.**

Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensberg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."
"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend".
Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?
Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.
Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sündenknechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)
Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir ent-

weder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.
Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).
Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).
Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) Brüderlichkeit

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesternschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete,** ist keine Bruderschaft.
Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).
Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).
Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.
Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1990 (x853/...): >>**Diktat- oder Verständigungsfrieden?**
Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schreibt: "Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man

den Gegner nach einem siegreichen Krieg zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selbst erwartete" (Peloponnesischer Krieg).
Diese Weisheit scheint heute vergessen. Dabei sollte doch Versailles daran erinnern, daß Friedensdiktate, die einem Volk seine Würde rauben und ihm unerträgliche Bedingungen auferlegen, Unversöhnlichkeit und Haß säen. Man spricht von einer polnischen Westgrenze, als ginge diese nicht mitten durch deutsches Land. Kein Pole würde auch nur auf einen Quadratmeter polnischen Heimatbodens verzichten.
Und das deutsche Volk sollte sich tatsächlich auf Dauer damit abfinden, nahezu ein Drittel unseres Territoriums preiszugeben? Der Bund der Vertriebenen hat bereits 1950 jeglicher Gewalt, Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt. Er fordert aber "Frieden durch freie Abstimmung". Es geht ihm um einen gerechten Ausgleich, der dem deutschen wie dem polnischen Volk eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem freiheitlichen Europa sichert.
Wenn selbst Versailles in mehreren Fällen Abstimmungen der betroffenen Bevölkerung vorsah, erscheint im Zeichen eines geeinten Europa die Forderung nach einer freien Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße vernünftiger und gerechter als der "freiwillige" Verzicht eines Großteils von Deutschland in den Grenzen von 1937.
Nach den Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen sollten die Betroffenen in den deutschen Ostgebieten darüber abstimmen, ob diese Gebiete künftig zu Deutschland, zu Polen bzw. der Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen.
Auf jeden Fall müsse allen Volksgruppen eine umfassende Selbstverwaltung und allen Menschen das Recht auf die Heimat gewährleistet werden. Nie wieder dürfe es Unterdrückung und Vertreibung geben. Wenn die Menschen in den deutschen Ostgebieten in gesicherter Freiheit leben sollen, könne dies nur durch einen gerechten Interessenausgleich, die Überwindung der Unrechtsfolgen und einen völkerverbindenden Wiederaufbau geschehen. Die Politiker, die so großzügig nahezu ein Drittel urdeutschen Landes abtreten wollen, sollten sich den deutsch-französischen Friedensvertrag von 1871 vor Augen halten. Die einschlägigen Passagen lauten folgendermaßen:
Artikel I, Absatz 1: "Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze gelegen sind."
Artikel I**,** Absatz 3, Satz 1: "Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollen Souveränitäts- und Eigentumsrechten besitzen" (Reichsgesetzblatt 1871, S. 215). Frankreich mußte nur ein Dreißigstel seines Gebietes mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung abtreten, das dazu jahrhundertelang zu Deutschland gehört hatte. Doch schon nach 2 Jahren setzte eine hemmungslose Revanchepolitik ein. Sollten wir aus der Geschichte nichts gelernt haben?<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>**Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem**
Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.
Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn

man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.
Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.
Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."
Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.
Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.
- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.
- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.
Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.
Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.
Aber Priester kommt von Prexbyteros, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.
Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.

- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)
Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!
Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?
Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.
In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos.*
Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").
Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.
So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.
Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...
Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?) eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.
Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren

materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...

Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.

Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.

Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.

Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel *"One Man: One Vote"*, ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.

So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.

Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.

Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".

Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")

Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?
Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.
Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.
Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.
Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.
Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.
Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei",* also "Diener der Diener Gottes" ist.

Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen phersü kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)
- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.
So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)
Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.
Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"
- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.
Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmärtyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."
Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".
Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.
Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.
- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.

Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?
Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungrige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."
Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.
In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?
Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.
Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.
Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos*, das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<
David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärte im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. …<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Februar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1998 (x853/...): >>**Ehe und Familie, bedroht, bedrängt, belagert**
Wenn wir über die Krise von Ehe und Familie reden, müssen wir uns vor Augen halten, daß diese Tragödie im Rahmen einer spezifischen Kultur und Zivilisation stattfindet. Was aber charakterisiert diese in Euramerika?
Vor allem die Erste und dann die zweite Aufklärung unserer Tage, ferner auch die üble Erbschaft der Französischen Revolution mit ihren sadistischen Greueltaten, die erst im Spanischen Bürgerkrieg und in der Chinesischen Kulturrevolution ihre Nachahmer fanden. Der Hauptideologe der Französischen Revolution, der Marquis de Sade, war in dieser Beziehung nicht nur "Philosoph", sondern auch "Praktikant". Dieser radikal linken Revolution entstammen unsere Demokratie, der Nationalismus, der Nationalsozialismus und der Internationalsozialismus mit allen deren Abarten. (Der Rassismus des 19. Jahrhunderts kam erst durch die Geburtshilfe des Darwinismus richtig auf die Welt)
Wir erwähnten den Begriff "links". Was ist nun aber wirklich "links"? Hier müssen wir daran denken, daß wir mit einem Sektor des Tierreichs einen "animalischen" Herdentrieb gemeinsam haben, dank dessen uns die Gesellschaft gleichrassiger, gleichnationaler, gleichaltriger,

gleichgeschlechtlicher, gleichweltanschaulicher, gleichinteressierter und mit gleichem Geschmack begabter Menschen angenehm und kongenial ist. Man ist ganz "unter sich". So wie ein Schaf in seiner Herde oder eine Ameise in ihrem Bau.
Da wir aber Menschen … sind, haben wir auch den Trieb zur Vielfalt, der dem Tierreich fehlt. Darum genießen wir die Gesellschaft des anderen Geschlechts, die Abwechslung in der Nahrung, die Debatte mit Andersdenkenden, und vor allem das Reisen in ferne Gegenden, die in jeder Hinsicht eine totale Abwechslung bieten und auch "abenteuerlich" sind. Der "diversitären" Sehnsucht nach Vielfalt stehen die "identitären" (und "egalitären") Triebe der Einfalt gegenüber. (Zehn Zehnpfennigstücke sind "gleich" einer Mark, aber sie sind mit ihr nicht identisch.
Das Einmarkstück ist aber identisch und gleich jedem anderen Markstück desselben Prägungsjahres.) Dieser Einfalt entstammen Wunschträume von Ländern mit nur einer Sprache, einer Rasse, einer Klasse, einer Partei, einer Ideologie, einem Schultyp, einer Kleidung, einem Bildungsgrad. (Robespierre hatte schon die Uniformierung aller Franzosen und die Zerstörung aller "undemokratisch" hohen Kirchtürme geplant, was da und dort auch durchgeführt wurde. Auch an die physische Vernichtung der Elsässer dachte man, da diese sich nicht der "republikanischen Sprache" bedienten.
In seinem Testament sagte der heilige Ungarnkönig Stefan dem heiligen Emmerich: "Mein Sohn, ein Reich von nur einer Sprache und einer Sitte ist zerbrechlich und dumm", wohl ein Ausspruch, den der moderne Mensch in seiner phantasielosen Einfalt kaum verstehen könnte. Alle "Unterschiede" erscheinen ihm politisch, administrativ, wirtschaftlich und moralisch belastend.
Nun muß man einmal die Problematik der Ehe und der Familie im Rahmen unseres zutiefst "linken" Zeitalters, das gottlos oder nur noch vom Geruch einer leeren Flasche lebt, und nicht isoliert im luftleeren Raum betrachten. 1989 wurde die linke ökonomisch geschlagen. Nun aber rüstet sie sich zum biologischen Kampf.
Da ist nicht nur die Frage zu beantworten, was der Mensch ist, sondern auch was es bedeutet, ein Mann oder eine Frau zu sein. Der Mensch hat einen dreifachen Aspekt: Er ist einerseits als Ebenbild Gottes geschaffen (Genesis, 1, 27), andererseits aber ist sein Sinn von Kindheit an auf das Böse gerichtet (Genesis, 8, 21) und überdies ist er durch die Erbsünde in seiner Natur verwundet.
Männer und Frauen sind jedoch körperlich und seelisch völlig verschieden. Zwar sind ihre geistigen Eigenschaften nur "statistisch" anders gelagert; so könnte man zum Beispiel sagen, daß Männer eher brutal und Frauen eher grausam sind, doch kann man keine Regel daraus ableiten. Man nehme nur einmal 12 Farbtuben; mit diesen kann man völlig verschiedene Bilder malen, wobei auch die Farben quantitativ und nicht nur lokativ ganz anders verteilt sind. Die neuere Forschung, auch stark durch den Feminismus angeregt, hat in den letzten Jahren immer weitere, zusätzliche Geschlechtsunterschiede wissenschaftlich festgestellt, die aber schon immer geahnt wurden.
Von den hormonalen Unterschieden wissen wir längst, vom männlichen "Y" in jeder Zelle aber erst mit Sicherheit seit 1958. Nun wurde in den letzten 20 Jahren viel Hirnforschung betrieben und auch da wieder taten sich Abgründe auf. Daß Frauen gewisse Dinge wohl tun, andere aber kaum bewältigen können, wurde von naiven Gemütern oft mit der jahrtausendlangen Unterdrückung der Frau begründet, dabei aber vergessen, daß jede Frau einen "ungebundenen" Vater und jeder Mann auch eine "geknechtete" Mutter hatte, also das Generationsargument völlig haltlos ist.
Frauen komponieren nur in den seltensten Fällen (doch hätte auch in der Vergangenheit niemand einem jungen Mädchen ein Notenheft aus der Hand gerissen), Mathematikerinnen von Weltruf sind äußerst selten, ebenso Schachmeisterinnen und Philosophinnen.

Männer lieben das Abstrakte, Frauen das Detail und das Konkrete. Wer Säuglinge betreut, darf nicht in den Wolken schweben. In den bildenden Künsten sind Frauen nur in Ausnahmefällen extrem hoch produktiv, aber sprachlich sind sie äußerst begabt (nicht nur im gesprochenen, sondern auch im geschriebenen Wort) und was sie durch reine Intuition und Inspiration vermögen, ist anscheinend außerhalb jeder wissenschaftlichen Forschungsmöglichkeit.
Nur dumme Männer verachten das weibliche Geschlecht oder legen ihm (wie der arme Strindberg) ungerechterweise männliche Maßstäbe an.
Es geht hier also (wie bei den Rassen) nicht um Über- und Unterlegenheit, sondern um weitgehende Verschiedenheiten, die der Linken nicht behagen. Sie will diese ganz einfach nicht wahrhaben.
Besonders in den Vereinigten Staaten, ursprünglich einer sehr aristokratischen Republik, in der die Demokratie seit 1828 immer größere Siege errang, tobt die Debatte nicht nur um das sehr delikate Thema der Rasseneigenschaften, sondern auch um die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wobei die Feministinnen in der Frage "Natur oder Aufziehung?" alle Geschlechtsunterschiede auf den jahrtausendealten "Patriarchalismus" zurückführen wollen.
Doch die egalitär-identitäre Ideologie unseres Zeitalters will von der Idoneität ("Eignung") der Menschen nichts wissen. Jedermann ist "mündig", jedermann kann über jegliches Ding reden und ein Urteil fällen, alle sind "gleich", alle können wählen, alle sind "auswechselbar". … Unterschiede zu sehen, zu machen oder zu bewerten ist "undemokratisch". Ja, die (angenommene) Gleichheit ist doch eine Grundbedingung im politischen Prozeß. Wenn nicht alle Bürger "gleich" sind, wie kann man sie da nach dem Urnengang addieren?
Nun aber ist die Familie, vor allem die Großfamilie, eine "diversitäre", eine hierarchisch gegliederte Gruppe bestehend aus drei Generationen und zwei Geschlechtern mit einer ganzen Reihe von Beziehungsmöglichkeiten - Großeltern zu Eltern, Eltern zu Kindern, Kinder zu Großeltern, Geschwister untereinander, Onkel-Tanten zu Neffen-Nichten, Vettern und Basen.
Die Familie bedeutet Autorität, Liebe, Tradition, Gehorsam, Treue, Freundschaft, Bindung, Loyalität, Vorfahrenverehrung, Respekt, Aufopferung, Hilfsbereitschaft, aber weder Gleichheit, noch Nämlichkeit, und unterliegt auch nicht dem Zahlenzauber der stets auf Wechsel erpichten Demokratie.
Die alte Ordnung war vertikal, die jetzige, linke, aber ist horizontal. Heute schiebt man die Großeltern gerne ins Altersheim ab, die Kinder in die Ganztagsschule.
So ist die Familie in unserer Zeit ein wahrer "Fremdkörper" geworden, der womöglich durch seinen Autoritätsanspruch für einige gute Leute fast "faschistoid" wirkt. (Der Antiautoritarismus geht ja manchmal so weit, daß ein Wiener "Theologe" von Christi Jüngern als von Seinen "Haberern" d.h. Freunden, Kumpeln, schreibt, doch war Er … der HERR.)
Darum hat die Linke, die auch den stets totaler werdenden Staat beherrscht, mit ihren horizontalen Leidenschaften sich stets gegen die "Exklusivität" der Ehe und Familie gewandt. Und natürlich auch auf der politischen Ebene gegen die Monarchie, die ja auf Ehe und Familie basiert und in der Christenheit (so wie die katholische Kirche) eine übernationale Einrichtung war. Im Jahre 1910 hatten von den souveränen Staaten eigentlich nur Serbien und Montenegro einheimische Dynastien.
(Die Hohenzollern waren keine Preußen, die Romanows waren mit Peter II. ausgestorben und das Haus Savoyen war französisch.) Die "Nationalmonarchien" waren zu gutem Teil Produkte des linken Nationalismus im 19. Jahrhundert.
Freilich war das traditionelle Weltbild Europas patriarchal-elterlich: da war Gott-Vater im Himmel, der heilige Vater in Rom, der Monarch der Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie. Doch da war auch Maria als Königin des Himmels, die regierende Königin oder Kaiserin gelegentlich das Haupt der Dynastie und die Frau und Mutter das Herz der Familie und oft als Witwe die Stelle ihres Mannes übernehmend. Die Kirche gestand ihr eben-

so wie dem Mann immer das Wichtigste zu: die Möglichkeit der Heiligkeit.
Aber hier auf Erden (wo wir alle nur Pilger auf dem Weg in die Ewigkeit sind und keine Bleibe haben) ist die Idoneität, d.h. die "Eignung" im Rahmen der Gesellschaft ausschlaggebend. Das gilt für Männer genau so wie für Frauen. Maurer sollen keine Herztransplantationen ausführen, Chirurgen keine Brücken entwerfen, Schornsteinfeger keine Uhren reparieren und Frauen nicht Scharfrichter, Soldaten, Bergleute oder Kanalräumer werden.
Der Feminismus, den wir heute in Nordeuropa und Nordamerika haben, ist teils die Reaktion auf die Misogynie in diesen Ländern, zu gutem Teil ist er aber auch das Resultat einer abstrusen Verachtung aller positiven weiblichen Werte, also eines sterilen Selbsthasses. Von den Geschlechtern gilt auch weitgehend die ernüchternde Bemerkung Freuds: "Anatomie ist Schicksal".
Der heilige Johannes Chrysosthomus meinte, daß der Mann für die Frau Sicherheit, die Frau aber für den Mann Trost bedeute. Aufgabe der Frau ist es nun einmal, Kinder zu gebären und sie aufzuziehen. Ihre Rolle als Mutter, als Gattin, als Hüterin des Heims, als Quelle der Eingebungen und Ermutigungen ist nicht nur innerhalb des Christentums immer geehrt und bewundert worden.
Die Frau ist für die Völker und daher auch für die Geschichte von größter Bedeutung. Wo man sie ins Abseits drängt, kommt es zum kulturellen Stillstand. Als Brotverdienerin ist sie in einer christlichen Gesellschaft nur in zweiter Linie berufen, und wenn ein Konflikt zwischen ihrer natürlichen Berufung, ihren Pflichten und dem Erwerb für den Götzen "Lebensstandard" entsteht, sollten ihr von Gott (Heiden würden sagen: "von der Natur") gegebenen Aufgaben deutlich den Vorrang haben. Lebensstandard und Lebensqualität sind nicht dasselbe. Niemand wird mir sagen, daß die Menschen in Stockholm glücklicher sind als in Sevilla.
IV.
Die Ehe selbst ist eine "Eidgenossenschaft", aber es ist gerade die feste Bindung, die dem "modernen Menschen" zuwider ist.
Er ist eine Mischung von Papagei und Chamäleon, also ein Papamäleon, oder auch ein Jerk. ein amerikanischer Ausdruck, der wörtlich übersetzt "Ruck" bedeutet, aber für einen jüngeren Mann verwendet wird, der "geschwind", oberflächlich, wurzellos, etwas zynisch, abgeschmackt, ungebildet, unzuverlässig, also keineswegs "ideal" für eine Ehe ist, denn eine Ehe, die auch Kinder in die Welt setzt, ist nun einmal ein äußerst ernsthafter Bund. Im feudalsten Zeitalter war die ganze Gesellschaft auf Treuebündnisse gegründet. Das galt beileibe nicht nur für den Adel, sondern auch für Klerus, Bürgertum und Bauernschaft.
Basis der Ehe ist weltweit (was wir oft vergessen) weder Eros, noch Sexus, sondern die elterliche Vorsorge. Jean Guitton schrieb, daß in den gehobeneren Schichten Frankreichs erst mit Anbruch dieses Jahrhunderts die Liebesehe in den Vordergrund trat. Hermann Keyserling trat für die "Standesehe" ein und betrachtete eine Ehe primär aufgrund einer sexuellen Anziehung als infame Verirrung. Doch auch auf den Eros ist bekanntlich kein Verlaß. Thomas von Aquin erwähnte die Freundschaft als sichere Grundlage und tatsächlich sollten sich Brautleute fragen, ob ihr Partner *ein Freund auf Lebenszeit* sein könnte, denn die Treue gehört wesenshaft zur Freundschaft und nicht zum Eros und schon gar nicht zum Sexus.
Doch die Ehe hatte schon seit jeher ihre Feinde. Da war zuerst einmal der Staat, der immer und überall eine gewisse annexionistische Tendenz hat, besonders in seiner "laizistischen" Form. Es war Frankreich, das durch die Revolution und dem Code Napoleon (1804) die Zwangszivilehe einführte, die dann im Kulturkampf durch Bismarck übernommen, im Dritten Reich weitergeführt und, wie so viele braune Gesetze, von der Zweiten österreichischen Republik wacker als nationalsozialistisches Erbstück beibehalten wurde.
Martin Luther betrachtete zwar die Ehe als "ein weltlich Dinge", aber er hielt dennoch an ihrer Unauflöslichkeit fest und verbot die Wiederverheiratung Geschiedener. (Einmal drückte er

allerdings ein Auge zu). Hier muß man sich immer daran erinnern, daß Luther kein Lutheraner war und der heutige "Lutheranismus" durch die Erste Aufklärung in ihr wahres Gegenteil verkehrt worden ist. Auch die anglikanische Kirche hat bis in unsere Tage die Wiederverheiratung von Geschiedenen offiziell nie gestattet.
Der katholischen Lehre nach ist die Ehe ein Sakrament (das biblische Wort für Sakrament ist my sterion), das sich die Brautleute mit dem Segen der Kirche gegenseitig spenden. Kurioserweise verbieten viele "liberale" Demokratien diesen persönlichen wie auch kirchlichen Akt ohne vorhergehende staatliche Zeremonie.
Doch die Ehe ist eben nicht nur eine biologische, sondern auch eine existentielle und moralische Einrichtung. "Treue bis in den Tod" ist eines ihrer Leitmotive, aber für Treue und Glaube steht im Griechischen und Lateinischen dasselbe Wort (pistis beziehungsweise fides). Auch im Deutschen sind Treue und Trauen wie auch Vertrauen verwandt. … Die Ehe ist sowohl "Hingabe" an einen anderen als auch die Möglichkeit der "Erschaffung" eines neuen Menschen.
V.
Dagegen kämpft die Linke von allen Seiten, sie schießt darauf aus allen Rohren. Sie tut dies durch Gesetze, sie "verstaatlicht" die Ehe, sie beraubt sie ihrer Absolutheit, sie versucht die Familie durch den Versorgungsstaat zu ersetzen, sie bestimmt den Erziehungscharakter der Kinder und nicht zuletzt greift sie ihre biologisch-moralische Grundlage an.
Mit dem Marxismus einst innig verbunden, versucht sie sich nun mit einem veränderten, obwohl nicht ganz neuem Profil. (Der Marxismus hatte einen enormen Anfangserfolg dank seiner wirtschaftlichen Ignoranz, die auf einer ganzen Kette "klarer, aber falscher Ideen" beruhte. Jedoch, je dümmer die Idee, desto größer und schneller der Erfolg bei den Massen. Das Christentum brauchte 300 Jahre bis zum äußeren Erfolg.)
So manchem Linken fällt der Abschied von der kollektiven Staatswirtschaft gar nicht so schwer. Das einst so sozialistische Schweden hat gezeigt, daß der Versorgungsstaat auch den bösen "Kapitalismus" beherbergen kann, und China gibt uns jetzt das schöne Beispiel einer "freien Marktwirtschaft im Sozialismus".
(Die "patriotischen Kapitalisten" hatte Mao nicht nur toleriert, sondern auch gepflegt - wenn sie auch später, während der "Kulturrevolution", mit Lehrern und Bonzen manchmal auf die viehischste Art umgebracht oder sogar, wie in den Provinzen Guangxi und Hunan abgeschlachtet und von terrorisierten Bürgern buchstäblich aufgefressen wurden.
Was die Linke heute anstrebt ist nach wie vor der totale Staat, der allein imstande ist, einen gleichmacherischen Horizontalismus zu fördern und die Freiheit als "liberale" Gegenleistung auf den Unterleib zu beschränken. Daß dies zu einem barbarischen Zustand führt, wußte auch Freud (ein rechtsdralliger Atheist), der dem Christentum dankte, am Ende der Antike den Eros vor dem Sexus gerettet zu haben. Er war ein Gegner der Promiskuität und wußte, daß eine Kultur ohne "Repression" undenkbar ist. Und dieser antieheliche und antifamiliäre Destruktivismus wird grundsätzlich und mit Fanatismus betrieben.
Die neue Regelung der Familiennamen ist nur dem Chaos förderlich, die Demoralisierungsbestrebungen jedoch bilden das weitaus größere Übel. Dank der Abschlachtung der Ungeborenen geht sie bis zum Mord. Als Folge der Amoralpropaganda steigt nicht nur die Anzahl der vorgeburtlich Ermordeten, sondern auch der unehelich Geborenen und damit der existentiell vaterlosen Kinder.
Sie beträgt in den USA bei der weißen Bevölkerung über 30 Prozent, bei den Farbigen über 60, beides mit stark ansteigender Tendenz (wobei freilich die neue Rollenverteilung der Geschlechter ein wichtiger Faktor ist).
Die psychologischen Probleme dieser "vaterlosen" Einzelkinder, die dann später in ihrem Leben an den Folgen ihrer Erziehung schwer leiden werden, dürfen nicht vergessen werden.

Über den Unfug, der mit dem "Sexualunterricht" getrieben wird, können Eltern und Seelsorger ein Lied singen.
Aber nicht genug damit: der gleichgeschlechtlichen "Liebe" wird zunehmend ein offizieller Status gegeben, und homosexuellen Pärchen, die gesetzliche Ansprüche auf steuerliche und andere Eheprivilegien machen, werden Adoptivkinder zugebilligt. (Der "New Yorker" veröffentlichte eine Scherzzeichnung, in dem eine lesbische Mutter einem ungezogenen Kind sagt: "Na, warte nur, du Schlingel, wenn die zweite Mama nach Hause kommt!") Auch die amerikanischen Homosexuellen stehen in der Regel links (wie auch anderswo), denn sie sind ja "identitär". Mit Geschlechtsunterschieden können sie nichts anfangen.
Die kommunistischen britischen Hochverräter, angefangen mit Philby, waren fast alle Homosexuelle und dies obwohl so geartete Unglückliche gerade in der UdSSR brutal verfolgt wurden. Kein Wunder auch, daß Walt Whitman, der große Barde der ursprünglich so unamerikanischen Demokratie, ein Schwuler war, den Thomas Mann mit dem Hinweis auf sein Gebrechen als echten Vertreter einer demokratischen Mentalität zitierte.
Doch bei uns stehen die Dinge auch nicht besser, wenn ein evangelisches Diakoniewerk ein sexuelles Gesellschaftsspiel mit anatomischen Details für Kinder herausgibt oder ein in der Schweiz aktiver holländischer Pastor ein Buch veröffentlicht, in dem die Pädophilie für ihre Praktizierer wie auch für ihre Opfer im Kindesalter als höchst "gesund" dargestellt, ja geradezu empfohlen wird.
Die liberale Demokratie hat ein Janusgesicht mit einem egalitär-identitären und einen freiheitlichen Aspekt. Die Demokratisten wollen alles "demokratisieren", aber in der echten Ehe ist das ebenso unmöglich wie in der katholischen Kirche, in Banken, Kasernen, Schulen, Fabriken, Bauernhöfen oder Atomkraftwerken.
Der liberalen Komponente sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Zellen, die sich unbegrenzt vermehren, muß man auch Schranken setzen, sonst können sie tödlich werden. Völker, die keine Werte haben, sind wertlos und gehen in der Geschichte unter. Sie sterben nur zu oft ganz einfach aus, wenn sie nicht von anderen Völkern überrollt werden.
Die Krise der Ehe und der Familie würde da verhängnisvoll die Weichen stellen. Diese Krise (Krisis heißt ursprünglich "Urteil") kann nicht isoliert behandelt oder gar geheilt werden. Kulturen bilden, wie der menschliche Körper, stets ein Ganzes. Ebensowenig könnte man die Syphilis heilen, indem man die einzelnen Geschwüre herausschnitte und die Wunden dann kosmetisch behandelte.
Diese Krise ist ein einzelner (wenn auch zentraler) Teil einer Un-Ordnung, die vor über 200 Jahren ihren Anfang nahm und immer "kritischer" wird. Im Kern ist sie natürlich ein theologisches Problem, denn nur eine theistische Religion kann dem Menschen eine Antwort auf die Frage des Woher, des Wohin, des Warum und des Wie geben. Auch ein "natürliches Sittengesetz" von Menschen erforscht kann das praktisch nicht, sondern nur Gottes geoffenbartes Wort. …<<
Dr. Wolfgang Thüne, damals stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, schrieb anläßlich des Tages der Heimat 1999 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" am 4. September 1999 (x887/...): >>**Menschenrechte sind unteilbar**
… Seit 2.000 Jahren gilt sowohl für den Staat als auch den Privatmann der hehre Satz des römischen Rechts: Niemand kann mehr Rechte übertragen als ihm selbst gehören. Umgekehrt: Niemand kann auf etwas verzichten, das ihm gar nicht gehört. Die Grundrechte sind Individualrechte, über die der Staat nicht verfügen darf. Er hat sie zu achten und zu schützen, das ist der Auftrag des Bürgers an "seinen" Staat. Wenn der Staat aufgrund seiner Machthoheit absichtlich gegen die eine ihm obliegende Sorgfaltspflicht verstößt, dann macht er sich einer regulären Amtspflichtverletzung seinen Bürgern gegenüber schuldig und ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Bei allen "Ostverträgen" wurde Artikel 25 des Grundgesetzes ignoriert, der besagt, daß das Völkerrecht nicht nur Bestandteil des Bundesrechts ist, sondern ihm sogar im Range vorgeht. Das Recht auf die angestammte Heimat ist ebenso wie das daraus resultierende Recht auf Rückkehr oder das Recht auf Restitution anerkanntes Völkerrecht. Die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 verbietet es dem Besatzer, das Privateigentum einzuziehen und die Menschen kollektiv aus der Heimat zu vertreiben.
Das Nürnberger Militärtribunal kennzeichnete 1945 Deportationen und Vertreibungen nicht nur als Kriegsverbrechen, sondern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bezeichnete die "Prinzipien von Nürnberg" als allgemeingültig und erklärte Vertreibungen generell zu unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch Zwangsumsiedlungen sind Vertreibungen, auch wenn, wie im Potsdamer Abkommen vom August 1945 gefordert wird, sie "human" erfolgen sollten. Es gibt keine "humane" Vertreibung, keinen "humanen" Völkermord!
Der bei den Vereinten Nationen in Genf tätige amerikanische Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas schrieb im Ostpreußenblatt vom 6. September 1991: "Völkerrechtlich gesehen verjähren weder Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch Völkermord. Auch wenn die meisten Täter bereits verstorben sind: Ihre Verbrechen sind nicht verjährt. Was die staatliche Verantwortung bzw. Haftung betrifft, so ist sie keineswegs erloschen. Ferner sind die Menschenrechte der Opfer zu berücksichtigen. Wo Recht gilt, da ist auch Abhilfe zu schaffen ... Es muß eine Reparation für die Opfer geben." …
Vertreibungen hören nämlich dann - und erst dann - auf, wenn sich die Vertreiber nicht länger an den Früchten fremder Arbeit bereichern können, wenn sich Vertreibung erstens nicht lohnt und zweitens vor Menschenrechtstribunalen geahndet und bestraft wird. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt " berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Die Diskriminierung muß weg**
55 Jahre "Feindstaatenklausel" - wie lange noch?
Die Vereinten Nationen stehen für Recht und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, sie stehen für Sicherheit und 55 Jahre nach Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 auch für Kontinuität.
Kontinuität kann bisweilen auch die Ungerechtigkeit und das Unrecht haben. Die Charta beinhaltet für die heutige Zeit unhaltbare weil in hohem Maße ungerechte Regelungen. Artikel 53 Absatz 1 Satz 2,2 und 3. Halbsatz und Absatz 2 sowie Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen erklären beispielsweise Deutschland zum "Feindstaat" und damit für vogelfrei.
Die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der Charta diskriminieren Deutschland, Österreich und Japan, indem Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen gegen diese Länder beschließen können, ohne daß hierdurch gegen die Charta verstoßen würde.
Gemäß VN-Charta gelten die damaligen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg Deutschland, Österreich, Italien, und das verbündete Japan als sogenannte Feindstaaten. …
Bleibt die Feindstaatenklausel rechtlich gültig und mag ihre Anwendung auch noch so sehr theoretischer Natur sein, kann dies nur noch als beabsichtige Diskriminierung verstanden werden.
Aus Sicht deutscher Heimatvertriebener ist die aus der Charta erwachsende Diskriminierung gleich doppelter Natur, da über die Diskriminierung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta hinaus auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Artikel 1 Ziffer 2 der VN-Charta für die Bevölkerung der deutschen Ostprovinzen, die zu Millionen brutal vertrieben wurde, keine Verwirklichung erfährt. Dieser völkerrechts- und menschenrechtswidrige brutale Akt der Vertreibung wird seit den verschiedenen Vertreibungen in den letzten zehn Jahren auf dem Balkan vom Internationalen Strafgerichtshof gewissenhaft verfolgt.

Die Vertreibung der Deutschen bleibt trotz gegenteiliger Erklärungen der Vereinten Nationen ein Ausnahmefall, denn Jahrzehnte nach den Nürnberger Prozessen findet eine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen Angehöriger der Vertreiberstaaten, selbst wenn ihnen individuelles Unrecht im Sinne menschenrechtswidriger Verbrechen nachgewiesen werden kann, nicht statt. …<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung …**

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion … in der alle Menschen übereinstimmen … ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: …"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." …

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

… In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben: …

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt.

An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Januar 2008 (x892/…): >>**Das Naturrecht als Grundlage jeder staatlichen Ordnung**

Was versteht man unter Naturrecht?

Wenn man heute in verschiedenen Kreisen das Wort "Naturrecht" gebraucht, stößt man nicht selten auf völliges Unverständnis. Das Verständnis des überlieferten Naturrechts scheint in der

Tat vollständig aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwunden zu sein. Man assoziiert damit so etwas wie die Ordnung von Naturvölkern, das "Recht des Stärkeren" und ähnliches. Man erkennt hieran einmal mehr, wie schnell ein grundlegender politischer und sozialer Begriff verschwinden kann, wenn bestimmte interessierte Kreise alles daran setzen, ihn zu unterdrücken und durch etwas anderes zu ersetzen. …

Alle Menschen sind Menschen und keine Kühe, oder Hühner, oder Regenwürmer. Dasjenige, was den Menschen zum Menschen macht, das, wodurch er sich von allen anderen Geschöpfen unterscheidet und wodurch er eben ein Mensch ist, nennt man die Natur des Menschen.

Und was ist diese Natur des Menschen, was zeichnet ihn vor allen anderen Geschöpfen aus? Der Mensch ist eine leib-seelische Einheit. Der Mensch ist das animal rationale, wie man im Mittelalter sagte, das vernunftbegabte, geistige, rationale Lebewesen. Er ist weder reiner Geist wie die Engel noch einfach ein Lebewesen wie die Tiere und Pflanzen. Es ist vor allem anderen der Geist, die Vernunft, die den Menschen von allen anderen Lebewesen auf der Erde unterscheidet. Und was ist mit dem Geist genauer gemeint? Insbesondere zwei Fähigkeiten sind es, die den Geist charakterisieren: durch seine Geistigkeit kann der Mensch etwas als etwas erkennen.

Die menschliche Erkenntnis ist nicht einfach so, daß sie z.B. irgend etwas bloß wahrnimmt was ihr auf seinem Weg durch einen Raum im Wege steht, oder nur insofern wahrnimmt, als es zu seiner Lebenserhaltung notwendig ist wie beim Tier, sondern der Mensch nimmt z.B. wahr, daß der Stuhl dort aus Holz ist, daß der Himmel heute bedeckt ist und Regen verheißt. Durch die Vernunft kann der Mensch zudem erkennen, was gut ist und was schlecht ist, was böse ist. Er sieht z.B. nicht bloß einfach, daß ein junger Mensch einer älteren Dame die Tasche aus der Hand nimmt, sondern er sieht damit auch ein, daß diese Handlung böse ist. Und die zweite Fähigkeit des Geistes ist der Wille.

Dadurch kann sich der Mensch frei, ohne inneren und äußeren Zwang für das Gute entscheiden. Er kann durch den Willen auch eine naheliegende Befriedigung zu Gunsten einer höheren Befriedigung zurückstellen, und das nicht nur einige Minuten, sondern tage-, wochen- und oft jahrelang; er kann seine natürlichen Triebe unterdrücken, umlenken und umformen.

Aus der kaum zu leugnenden allgemeinen Tatsache der leib-seelischen Einheit, die der Mensch ist, ergeben sich nun ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die mit dem Wort "Naturrecht" zusammengefaßt werden, z.B. das ganz einfache Gesetz, daß bei allem was der Mensch tut, das Geistige gegenüber dem leiblichen vorherrschen soll. …

Wir können gegen Naturgesetze praktisch gar nicht verstoßen ohne zumindest schweren Schaden davon zu tragen. Wer die Gesetze der Schwerkraft nicht beachtet, fällt sogleich heftig auf die Nase und wird deshalb z.B. alles tun, möglichst nicht aus dem fünften Stock eines Hauses zu springen. Im Prinzip kann man auch gegen das Naturrecht nicht verstoßen, ohne schweren Schaden zu verursachen, doch tritt dieser Schaden nicht immer sofort ein und ist oftmals auch nicht sogleich zu erkennen.

Die Gesetze des Naturrechts sind nämlich moralische Gesetze, Gesetze die ein Sollen beinhalten, was von den Naturgesetzen der Physik zweifellos nicht gesagt werden kann. Man kann gegen das Naturrecht verstoßen, sich darüber hinwegsetzen und anderes tun, als vom Naturrecht vorgesehen. Wir können uns z.B. unseren Begierden überlassen, uns von einer Wut beherrschen lassen und auf Rache aus sein. Dann herrscht das Animalische in uns über das Geistige. …

Neuerdings werden das Recht auf freie sexuelle Orientierung, das Recht auf Abtreibung, das Recht auf Selbstmord usw. als Menschenrechte gefordert. Allein durch den bloßen Hinweis auf das Grundprinzip des Naturrechts, daß Rechte sich aus Pflichten ergeben, würden alle diese angeblichen Rechte mit einem Schlag erledigen. Gibt es eine Pflicht zur Homosexuali-

tät? Eine Pflicht gezeugte Kinder umgehend zu ermorden oder sich selbst, im angemessenen Alter und bei Hilfsbedürftigkeit zu erhängen? Man sieht hier, wie lächerlich der Begriff der Menschenrechte ist. Menschenrechte sind der Kampfbegriff der Freimaurerei gegen die Rechte Gottes.
Wenn alle Rechte in Pflichten begründet sind, dann bedeutet das natürlich auch, daß derjenige, der größere Pflichten hat, auch mehr Rechte daraus ableiten kann. Eltern haben natürlich mehr Pflichten und damit auch Rechte als ihre Kinder, und ein mittelständischer Unternehmer, der die Verantwortung für sein Unternehmen und dreihundert Mitarbeiter hat, hat selbstverständlich auch mehr Rechte als seine Mitarbeiter. …
Seit Jahren werden in Deutschland ganze Wahlkampfschlachten um den Begriff der Gerechtigkeit geführt. Keine schwachsinnige Talkshow ohne Diskussion um "soziale Gerechtigkeit". Haben Sie in diesen Jahren auch nur einmal von einem Politiker, egal ob CDU-Politiker, Sozialdemokrat oder Linkssozialist jemals gehört, was überhaupt Gerechtigkeit bedeutet, nämlich "Jedem das Seine"? Natürlich nicht! Gerechtigkeit bedeutet für diese Ideologen "allen das Gleiche". Der Kommunismus ist keineswegs mit dem Zusammenbruch des Ostblocks untergegangen. Er findet sich heute mitten in der liberalen Gesellschaft. …
Das Naturrecht ist ewiges Recht, von Gott selbst erschaffen und dem Menschen gegeben, damit er sein ewiges Ziel erreichen kann. Niemand, keine Gewalt auf dieser Erde und auch nicht die freimaurerische UNO, kann dieses Recht außer Kraft setzen. …
Wo die menschliche Natur schwer beeinträchtigt ist, wo der Mensch in seinem natürlichen Wesen bedroht und entwurzelt ist, dort besteht nur noch geringe Hoffnung, daß er sein ewiges Ziel, die glückselige Anschauung Gottes, erreicht.
Starke Drogenabhängigkeit, sexuelle Perversionen in großem Ausmaß, Heimat- und Bindungslosigkeit, mit schwer zerrütteten Familien und ausgeprägter Egoismus mit starken gesellschaftlichen Spaltungen sind heute keine Ausnahmeerscheinungen mehr. Je mehr derartige Phänomene zunehmen, desto schwieriger wird es für die Kirche ihrer Aufgabe noch nachzukommen, daß Evangelium zu verkünden, die Menschen und die Gesellschaft zu Christus zu führen. Und diese Aufgabe ist die Aufgabe jedes Christen, nicht nur der Ordensleute, Priester und Bischöfe. …
Der liberal-individualistische Staat ist seinem Wesen nach auf die Isolierung, Atomisierung und Individualisierung des Menschen gerichtet und zerstört so aus seinem inneren Wesen heraus die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft, die für den Liberalismus nichts anderes ist als ein nachträgliches Phänomen, eine Aktiengesellschaft. Dieser Zerstörung der menschlichen Natur, die sich mehr und mehr rächen wird, dürfen wir nicht weiter tatenlos zusehen. Alle Menschen guten Willens, besonders aber wir Christen, sind zum Widerstand gegen die Zerstörung der menschlichen Natur aufgerufen.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>**Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik**

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.
Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw.

bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.
Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.
Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.
Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.
Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren. Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).
Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.
Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.
Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).
Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.
Rechtstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Mon-

tesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.
Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.
Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?
Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.
Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.
Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?
Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders.
Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?
Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.
Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein Fait accompli gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?
Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militä-

risch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.
Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.
Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.
Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.
Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!
Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.
Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.
Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr

viel Geld zu verdienen gibt.
Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.
Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.
Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.
Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.
Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.
Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.
Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.
Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?
Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.
Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir

getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.
Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.
Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.
Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:
Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.
…
"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."
Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:
1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.
Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme,

welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.
7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:
Artikel 1
1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.
Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<
Der schweizerische Theologe Martin Hohl-Wirz berichtete im Jahre 2013 über die Freimaurerei und die Weltpolitik (x910/…): >>**… 5.1.4. … Weltpolitik**
… Verschiedene Gruppen und Gesellschaften einflußreicher Persönlichkeiten, die auf höchster Ebene Einfluß auf die Weltpolitik nehmen, sollen mit der Freimaurerei in Verbindung stehen. So unter anderen der Club of Rome, die Trilaterale Kommission, der Council on Foreign Relations (CFR), die 'Bilderberger', die Round-table Gruppen, die B'nai B'rith sowie engeren Kreise um die Familien Rothschild und Rockefeller.
Diese informellen Gruppen sollen hierarchisch, wie eine Pyramide, geordnet sein. Eine solche Pyramide ist, zusammen mit dem 'allsehenden Auge Gottes' und anderen FM-Symbolen, auf der US 1 $ Note abgebildet. Zur Weltfreimaurerei sollen rund 100 Organisationen gehören.
Im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Völkerverständigung steht auch der Einsatz für den Frieden. Die Zeitschrift 'Alpina' (Nr. 12, 1986, S. 298) nennt die folgenden Freimaurer, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden:
1902 Elie Ducommun (1833-1906), 1906 Theodore Roosevelt (1858-1919), 1911 Alfred Hermann Fried (1864-1921), 1913 Henri de la Fontaine (1854-1943), 1920 Léon Victor Auguste Bourgeois (1851-1925), 1926 Gustav Stresemann (1878-1929), 1929 Frank B. Kellogg (1856-1937), 1935 Carl von Ossietzky (1889-1938), 1953 George C. Marshall (1880 1959). Der 'Marshall Plan' hat nach dem zweiten Weltkrieg bekanntlich wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und damit Europas beigetragen.
In der FM-Literatur nicht genannt ist, möglicherweise weil er der Schwedischen Lehrart angehörte: 1930 Nathan Söderblom (1866-1931), Mitbegründer der ökumenischen Bewegung.

5.2. Einfluß in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik

Der Einfluß der Freimaurerei auf die Arbeitsethik in den westlichen, protestantischen Ländern scheint mir außerordentlich groß aber unabschätzbar zu sein. Die Konzentration auf das Dies-

seits, auf 'Taten statt Worte', und die Pflege eines 'Kultes der Arbeit' haben sicher den 'Geist des Kapitalismus' stark geprägt. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden dem Herrschaftsbereich der Kirchen entzogen, verselbständigt und von jeglicher religiösen Auseinandersetzung 'befreit', 'neutralisiert'. Sie sollten ihrerseits Maßstab für Sinn, Wahrheit und Erfolg werden.
Das Kirchliche, Religiöse wird stark relativiert, aus der Alltagswirklichkeit verbannt, und bekommt seine Geltung höchstens noch am Sonntagvormittag. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sind scheinbar 'wertfrei', über jede geistige Auseinandersetzung erhaben. Die Hauptaufmerksamkeit gilt nicht nur dem diesseitigen Tun, sondern auch dem Erleben aller Art, dem Beschaffen und Konsumieren von Erlebnissen. Diese heutige Realität atmet wohl eindeutig und deutlich auch den Geist der Freimaurerei.
Die Freimaurerei erhebt denn auch den Anspruch, in dieser Welt der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Orientierung zu ermöglichen. "Die Freimaurerei entwickelt die ethischen Normen, die Wissenschaft und Technik erst zu Werkzeugen des Menschen statt zur Gefahr der Menschlichkeit machen."

5.2.1. Die Eroberung der Welt

Wir haben gesehen, daß der freimaurerische Arbeitsraum eine diesseitige, dem Menschen zugängliche Welt (bzw. Welten) symbolisiert, in der sich der Mensch nach seinen Maßstäben orientiert: Nach Osten und Westen, Norden und Süden, nach Sonne, Mond und Sternen sowie nach anderen Menschen (Meister vom Stuhl) richtet sich der Blick, die Aufmerksamkeit, die Orientierung.
Die folgenden Namen zeigen, daß erstaunlich viele derjenigen, die das Diesseits erobern wollten, Freimaurer waren. Dazu sollen auch die Abenteurer aller Art gezählt werden. Freimaurer waren die Arktisforscher Ronald Amundsen und Robert F. Scott. Der Antarktisforscher Admiral Richard E. Byrd gründete zusammen mit 60 von 85 Teilnehmern einer Expedition 1935 die 'Antarctic Loge No. 777'. Der Erfinder des Heißluftballons, Jacques Etienne Mongolfier, sowie der Flugpionier Charles August Lindbergh besuchten eine Loge.
Von den amerikanischen Astronauten waren die folgenden sicher Freimaurer: L. G. Cooper jun., John H. Glenn, Grissom, Eisele, Aldrin, Stafford, Schirra. Eroberer von altertümlichen Schätzen war der bekannte deutsche Altertumsforscher und Kaufmann Heinrich Schliemann (1822-1890), der u.a. Troja entdeckte.
Wesentlich wichtiger und einflußreicher als die realen Abenteurer sind die phantastischen Abenteuer der Helden freimaurerischer Schriftsteller und Filmemacher, auf die wir noch zu sprechen kommen werden (von Goethes Faust und Peter Schlemihl bis z.B. zu Gullivers Reisen, Tom Sawyer und Huckleberry Finn, Sherlock Holmes, Ben Hur, Kiplings Dschungelkind Mowgly, Micky Maus & Co., die Filmhelden von Charlie Chaplin und viele andere mehr).

5.2.2. Wer steuert die Wirtschaft?

In Verschwörungstheorien erscheinen die Freimaurer oft als die geheimen Drahtzieher des wirtschaftlichen Geschehens. Hitler pflegte in diesem Zusammenhang die Freimaurer in einem Atemzug mit den Juden zu nennen. Aus unserer Sicht sind es natürlich sicher nicht die Freimaurer, die die Welt regieren. Hinter allem Geschehen stehen geistige Mächte, und der Mensch meint höchstens, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst gestalten und kontrollieren zu können.
Ein solcher Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen selbst zu gestalten, sind die sogenannten 'Service Clubs' (Rotary, Lions, Kiwanis u.a.m.), von denen die meisten erwiesenermaßen mit der Freimaurerei in einem direkten Zusammenhang stehen.
Sie gelten auch als ein Missionsfeld der Freimaurerei, indem bei Leuten, die in diesen Klubs noch nicht die wichtigen und richtigen Kontakte haben anknüpfen können, inoffiziell die Erwartung geweckt wird, bei den Freimaurern seien die wirklich einflußreichen 'Freunde' zu fin-

den. "1905 rief der Hochgradfreimaurer Paul Harris in Chicago 'Rotary International' ins Leben, 1917 folgte in derselben Stadt Melvin Jones mit den 'Lions International'."
Böni verteidigt in seinem Artikel 'Rom und die Rotarier' die Rotarier vehement gegen einen 'Erlaß der katholischen Kirche gegen die Rotarier'. Er schreibt: "Freimaurer standen an der Wiege des Rotary-Klubs." Und es gibt "eine große Zahl von Rotariern, die zugleich Freimaurer sind." Die Rotarier haben ähnliche Ideale wie die Freimaurer. Im Gegensatz zu den Freimaurern ist aber die 'Erweiterung des Bekanntenkreises' ausdrückliches Ziel.
Beiden gemeinsam ist das Bekenntnis zu einem allgemeinen Menschentum unabhängig von Konfession, Religion und Parteizugehörigkeit sowie das Bestreben 'hitzige' geistige Auseinandersetzungen zu vermeiden.
"Politische und religiöse Gespräche von Partei gegen Partei oder Religion gegen Religion werden bei ihnen ebensowenig wie in unseren Logen gehalten." Ähnliches kann von den Mitgliedern des Lions Club (Liberty Intelligence Our Nations Safety) gesagt werden: Viele Lions sind zugleich Freimaurer. Melvin Jones (1880 1961), der Gründer des Lions Club, "war Mitglied der 'Garden City Lodge No. 141' in Chicago". Älter und heute wohl weniger einflußreich ist der 1803 in London gegründete Odd Fellow Orden, der noch direkter und offizieller mit der Freimaurerei verbunden ist. Dieser wollte (und will) eine 'Pflanzstätte der Menschlichkeit und der Wohltätigkeit' sein.
Von den in der Wirtschaft wirklich maßgebenden Personen und Firmengründern scheinen mir relativ wenige Freimaurer gewesen zu sein, bzw. zu sein. In der freimaurerischen Literatur werden die folgenden Firmengründer und Unternehmer genannt: Henry Ford (Autos), Charles C. Hilton (Hotels), John Jacob Astor (Hotels), Frank G. Hoover (Staubsauger), George Mortimer Pullman (Eisenbahn-Schlafwagen), Samuel Colt (Feuerwaffen), Pierre Samuel du Pont de Nemours (Chemie u.a.m.), Eberhard Faber (Schreibmaterial), King Camp Gillette (Rasierapparate), Anton Philipp Reclam (Verleger).
Die Rothschilds sollen seit 1809 den deutschen, französischen und englischen Logen angehören. In der Schweiz sind Jakob Rieter (Spinnereimaschinen) und Philippe Suchard (Schokolade) zu nennen.
Auch unter den wissenschaftlichen Ökonomen scheint es relativ wenige Freimaurer zu geben. Bekannt ist, daß der deutsche Volkswirt Friedrich List (1789-1846) Freimaurer war.

5.2.3. 'Humane' Wissenschaft und Technik

In der freimaurerischen Literatur werden auch sehr wenige Wissenschaftler und Techniker genannt, die Freimaurer waren oder sind. Erwähnenswert sind: Alexander Fleming, der Entdecker des Penicillins, der Zoologe Alfred Edmund Brehm ('Brehms Tierleben'), der Physiker Albert Abraham Michelson sowie verschiedene Ärzte. Der größte Teil der von Itor in dieser Rubrik genannten Personen sind Ärzte.
Von den Ärzten seien erwähnt: Christoph Wilhelm von Hufeland (1762-1836), Charles Richet (1850-1935), der 1913 den Nobelpreis für Medizin erhielt. Auffallend ist der relativ große Anteil der 'Alternativ-Mediziner': Freimaurer war der Arzt und Magnetiseur Anton Mesmer (1734-1815), "der Begründer des Mesmerismus, des animalischen Magnetismus und anderer Heilmethoden jenseits der Schulmedizin."
Der Begründer der Homöopathie, Christian Friedrich Samuel Hahnemann (1755-1843) war ebenfalls Freimaurer. Zu den Freimaurern gehörte auch der englische Arzt Bach, der die heute in esoterischen Kreisen berühmte und beliebte 'Bach-Blüten-Therapie' entwickelte. Der Psychoanalytiker Carl Gustav Jung war Sohn und Enkel führender schweizerischer Freimaurer".

5.3. Einfluß auf die Gesellschaft

Seit der Aufklärung entwickelt sich ein gesellschaftlicher Bereich als eine von Kirche und Staat unabhängige Lebenssphäre. Der Mensch 'emanzipiert' sich von kirchlicher und staatlicher Bevormundung und organisiert sich sein Gesellschafts- und Privatleben selbst. Er schafft

sich seine eigenen Beziehungen und Vereine, wählt sich seine eigene Kirche und Religion aus, er erzieht und bildet sich selbst, er erdenkt und erdichtet sich seine eigenen Welten, und er sorgt für die eigene Unterhaltung.
Nicht zuletzt versichert er sich selbst und hilft er sich selbst bei allen Wechselfällen des Lebens. Freimaurer haben bei der Verselbständigung und Ausgestaltung dieses gesellschaftlichen Lebensbereiches wesentlich mitgewirkt. Der Mensch schafft sich die Regeln des Zusammenlebens selbst: Der Verfasser des Werkes 'Über den Umgang mit Menschen', Adolph Freiherr von Knigge (1752-1796) war Freimaurer.

5.3.1. Sozietäten und Vereine

Nach Im Hof ist die Freimaurerei ein Teil der 'umfassenden Sozietäts- oder Gesellschaftsbewegung', die im 18. Jahrhundert entstand und bis heute nachwirkt. Die wissenschaftlichen Akademien und gelehrten Gesellschaften, die literarischen Gesellschaften und Lesegesellschaften, die gemeinnützigen Gesellschaften, die ökonomisch landwirtschaftlichen Gesellschaften sowie die patriotisch politischen Gesellschaften wirkten als 'Beförderer von Reform und Aufklärung'. In ihnen wirkte ein humanitär liberal aufgeklärter Geist, der mit dem freimaurerischen Geist eng verwandt war.
"Ähnlich wie in vielen Sozietäten wurde der internationale Zusammenhang gepflegt. Schließlich war die Freimaurerei den Sozietäten gleich in der Betonung der Gleichheit innerhalb der Gesellschaft. Adelige und Bürgerschaft fanden sich hier auf gleichem Fuß als 'Brüder' einem höheren Ideal, dem Tempelbau, unterstellt." Sozietäten wie Freimaurer pflegten zudem die Geselligkeit und die Gemeinschaft, was auch für die heute blühenden Vereine gilt, die ebenfalls eine gemeinsame menschliche Aktivität (Turnen, Schießen, Wandern, Kegeln, Singen etc.) verbindet.
Die Gesellschaften standen miteinander in Beziehung, und es gab stets viele Doppel- und Mehrfachmitglieder. "Darum finden wir Freimaurer stets und oft führend in verschiedenen Sozietäten. Man war oft nicht nur Mitglied einer Loge, sondern auch der lokalen gemeinnützigen, literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaft." "Zum Beispiel sind in der Helvetischen Gesellschaft mindestens 22 Freimaurer nachweisbar, darunter drei Präsidenten der Gesellschaft."

5.3.2. Schule, Erziehung, Pfadfinderbewegung

Wir haben bereits gesehen, daß die 'Selbsterziehung' und die 'Beförderung des sittlichen Lebens' zu den Hauptanliegen der Freimaurer gehören. Die 'Erziehung des Menschengeschlechtes' (Lessing) soll vor keiner Kategorie von Menschen Halt machen. Stets waren wohl viele Erzieher und Lehrer Freimaurer.
Der Schweizer Pädagoge Heinrich Pestalozzi war nicht Freimaurer, aber Illuminat. Der Orden der Illuminaten war mit der Freimaurerei geistig und personell eng verbunden. Sie wollten politisch aktiver … und "klarer als die Freimaurerei, für Aufklärung und Moral wirksam sein … Pestalozzi - eines der wenigen Schweizer Mitglieder - hatte den Namen Alfred."
Die internationale Pfadfinderbewegung ist eindeutig auf freimaurerischem Boden entstanden und gewachsen. "Das Pfadfindertum ist freimaurerischen Ursprungs. Sein Gründer, Sir Baden Powell, war ein bedeutender Freimaurer." Für Rothkrantz ist die "internationale Pfadfinderkonföderation nachweislich ein Logeninstrument."

5.3.3. Wohltätigkeit und Religion

Wir haben gesehen, daß die Freimaurerei eine sittliche Bewegung sein will, die Nächstenliebe nicht nur predigt, sondern auch praktiziert. Ihre 'Religion' ist die sittliche Tat nicht nur den Brüdern, sondern auch den 'Profanen' gegenüber. "Da alle Freimaurer Brüder sind, müssen sie einander helfen und sich gegenseitig Beistand leisten, wenn dies notwendig ist. Das ist ein Grundsatz, den fast sämtliche Obödienzien mit fast den gleichen Worten in ihren Statuten und Gelöbnissen formulieren. Die elementarste Form der Anwendung dieses Prinzips ist die frei-

maurerische Wohltätigkeit.
Jede Loge der französischen Obödienzien besitzt ihren Bruder Almosenier, dessen Kasse getrennt von jener des Bruders Kassiers geführt wird, und jede Obödienz hat ihren Groß Almosenier … Es gibt darüber hinaus Waisenhäuser und Spitäler, die von Freimaurern unterhalten werden, und das Wohltätigkeitsbudget vor allem der angelsächsischen Freimaurerei ist gewaltig." Die Freimaurerei bot eine Form von Sozialversicherung an, was besonders zu Zeiten, als es noch keine staatliche Sozialversicherung gab, ein wichtiger Grund für ihre Attraktivität gewesen sein mochte. Der Freimaurer fühlte sich durch die Solidarität der Brüder gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Unfall etc. versichert.
In der Schweiz "ist z.B. der 'Verein zur Verbreitung guter Schriften' eine Freimaurer Gründung. Ebenso sind es verschiedene Brockenhäuser, Wohltätigkeitsvereinigungen, Altersheime, Armen und Krankenkassen usw."
Freimaurerischer Geist weht wohl durch weitere, auch internationale, Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen der verschiedensten Art. So zum Beispiel entstand das 'erste Pestalozzi Kinderdorf Europas' in Trogen zur Zeit, als der Trogener Pfarrer J. Böni Großmeister der Schweizer Großloge 'Alpina' war.
Nach Deiters und Naudon war der Gründer des Roten Kreuzes Henri Dunant (1828-1910) ein Freimaurer. In der freimaurerischen Literatur selbst wird er jedoch nicht aufgeführt. (Nach Dr. Gabriel Mützenberg hat man bis heute kein Dokument gefunden, das die Zugehörigkeit Dunants zu einer Freimaurerloge beweisen würde).
Böni empfiehlt in seinem Aufsatz *'Moralische Aufrüstung und Freimaurerei'* seinen Brüdern, bei der Moralischen Aufrüstung mitzumachen. Es bestünde eine 'Geistesverwandtschaft', und es gebe viele Berührungspunkte. "Beide verfolgen das Ziel einer besseren Menschheit, und beide stehen außerhalb des konfessionellen Streites. Wir können viele weitere Berührungspunkte finden, wenn wir auf die Grundsätze schauen."
Ökumene: Der Geist der Ökumene steht dem der Freimaurerei sehr nahe. Der Mitbegründer der ökumenischen Bewegung Nathan Söderblom (1866-1931) soll Hochgradfreimaurer gewesen sein, ebenso Willem Adolph Visser't Hooft, der 1948-1966 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen war. Carl Friedrich von Weizsäcker soll Hochgradfreimaurer des 33. Grades sein.
Noch eine Bemerkung zum Thema Religion: Eine Zeitschrift der amerikanischen Freimaurer trägt den Titel 'The New Age'. Die zum 'Lucis Trust' in Genf gehörende 'Arkanschule' soll von Freimaurern geleitet sein und sich als 'magnetisches Zentrum' der Freimaurerei betrachten.

5.3.4. Philosophen, Dichter, Schriftsteller

Auffallend viele bekannte Philosophen, Schriftsteller und Dichter waren Freimaurer. Bekannt ist die Mitgliedschaft bei den deutschen Idealisten und Klassikern wie J. W. Goethe, G. E. Lessing, J. G. Herder, J. G. Fichte, C. M. Wieland, E. von Kleist, F. G. Klopstock, Matthias Claudius. Dazu kommen Autoren wie Adalbert von Chamisso, Heinrich Heine, Georg Büchner, G. A. Bürger, Friedrich Rückert, Johann Heinrich Voss, Ferdinand Freiligrath, Felix Salten, Kurt Tucholsky.
Im französischen Sprachbereich sind neben den genannten Montesquieu und Voltaire zu erwähnen: Alexandre Dumas, Stendhal (Henry Beyle), Victor Hugo. Freimaurer war auch der russische Dichter A. S. Puschkin. Aus dem angelsächsischen Kulturbereich sind zu nennen: Sir Arthur Conan Doyle, Robert Burns, Walter L. Scott, Jonathan Swift, Oscar Wilde, Laurence Sterne, Rudyard Kipling, Mark Twain, Lewis Wallace.

5.3.5. Unterhalter; Musiker und andere Künstler

Sehr viele bekannte Musiker, nicht nur Klassiker, sondern zum Beispiel auch Jazz-Musiker, waren Freimaurer. Folgende Namen sind bekannt: Johann Nepomuk Hummel, Leopold Mozart, Wolfgang Amadeus Mozart (Die 'Zauberflöte' gilt als das klassische Werk der Freimau-

rerei.), Franz Joseph Haydn, Jean Sibelius, Giacomo Puccini, Jean Philippe Rameau, Johann Christian Bach, Gustav Albert Lorzing, Louis Spohr, Giacomo Meyerbeer, Franz Liszt, George Gershwin, Duke Ellington.
In der amerikanischen Film- und Unterhaltungsbranche sind die Freimaurer auffallend stark vertreten. So gehörten zu den ersten und bedeutendsten amerikanischen Filmproduzenten die Freimaurer Cecil B. de Mille und Jack M. Warner. Logenmitglieder waren auch die folgenden US-Filmschauspieler und Komiker: Oliver Hardy, Harold Lloyd, Red Skelton, Clark Gable. Einen unschätzbar großen, weltweiten Einfluß übten die Filmproduzenten und Künstler Walt Disney (1901 1966) und Charles S. Chaplin (1889-1977) aus.
Die amerikanischen Zirkuskönige 'The Ringling Brothers' waren Freimaurer, ebenso der zu seiner Zeit bekannte Schweizer Clown Adrian Wettach ('Grock'). …<<
Die "New York Times" berichtete am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>… "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.
Wir sind die Akteure der Geschichte … und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<
Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**
… Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.
Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 15. Juli 2016 (x892/…): >>**Der Nationalstaat unter Beschuß**
Während die Souveränität der Nationalstaaten von außen vor allem durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union bzw. supranationale Gerichtshöfe wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingeschränkt werden, werden die nationalen Werte durch die Masseneinwanderung von innen ausgehöhlt. Zudem beschränken sich die Nationalstaaten oft selber in ihrer Souveränität, indem sie Vorgaben von internationalen Organisationen wie der UNO unhinterfragt übernehmen. …
Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Die UN-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015 beschlossen. Die Agenda 2030 soll nach offiziellen Aussagen "zur globalen Entwicklung beitragen, menschliches Wohlergehen fördern und die Umwelt schützen". Die Ziele dieser Agenda haben universelle Gültigkeit und fließen in die nationale Politik ein.
Zu den Zielen dieser Agenda 2030 gehört u.a. der allgemeine Zugang zu sexual- und repro-

duktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung und Aufklärung, was in der allgemeinen Sprache von UNO und EU bedeutet, daß Verhütungsmittel und das Recht auf Abtreibung weiter vorangetrieben werden. Weiter verfolgt diese Agenda das Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und die Übernahme von Führungsrollen durch Frauen auf allen Ebenen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu fördern, geschlechtliche Stereotype abzubauen und Gender Mainstreaming zu einem weltweiten staatlichen Prinzip zu erheben. Zudem sollen Mädchen und Jungen zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung Zugang erhalten.
Bei der Umsetzung dieser Agenda bzw. allgemein bei der nachhaltigen Entwicklung spielen die Nichtregierungsorganisationen, die über keine demokratische Legitimation verfügen, eine wesentliche Rolle. Diese sollen nach Aussagen der UNO z.B. Wissen und Fakten in leicht verständliche Informationen für die Bevölkerung umwandeln. Den Massenmedien kommt die Aufgabe zu, eine wichtige Kraft beim Lenken von Entscheidungen und des Lebensstils der Konsumenten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu übernehmen. …

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

… Problematisch ist beim Europäische Gerichtshof für Menschenrechte … Folgendes: Bei seiner Einsetzung in den 1950er Jahren war die Meinung, daß der Gerichtshof nur in fundamentalen Angelegenheiten wie z.B. Folter und ethnischen Säuberungen Recht spricht. Mittlerweile greift der Gerichtshof auch bei alltäglichen Themen wie bei Vorschriften für Hausdurchsuchungen und Polizeivernehmungen ein. Gleichzeitig befassen sich die Richter auch mit Fragen zur nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. So betreiben die Richter nationale Politik und zwingen dem Rest Europas ihre Auffassungen auf. Die Richter stehen außerhalb der Kontrolle der nationalen Parlamente und erweitern ständig ihren Einflußbereich.
Dadurch werden die Kompetenzen der nationalen Politik, insbesondere der nationalen Parlamente ausgehebelt und die staatliche Souveränität eingedämmt. …

Die Massenmigration

Die europäische Elite sieht im Verschwinden der nationalen Souveränität eine Verbesserung. Sie glaubt, daß die Nationen Europas von ihrer eigenen Souveränität bedroht sind und tritt deshalb für einen "Multikulturalismus" ein. Wofür steht dieser Begriff? Multikulturalismus bedeutet, daß es keine Leitkultur gibt im Sinne einer dominanten Kultur und somit ein geteilter und gemeinsamer Bereich fehlt. Es sei nicht erstrebenswert, innerhalb einer Gesellschaft dieselben Gesetze und Bräuche zu teilen. Anhänger des Multikulturalismus glauben, daß die Idee einer nationalen Kultur nicht sinnvoll sei und daß das Streben nach kultureller Einigung, worauf viele Gesellschaften und Staaten in der Vergangenheit Wert legten, nicht mehr brauchbar sei.
Für eine solche Sichtweise ist es naheliegend, wenn Menschen von anderen Kulturen sich z.B. in Rechtsstreitigkeiten auf ihre Rechtstraditionen berufen, wie z.B. Scharia und Polygamie. Eine Vielfalt der Kulturen auf Kosten eines geteilten nationalen Zusammenhangs. Daraus folgt dann auch, daß keine einzige Gesellschaft das Recht hat, anderen Gruppen innerhalb des Territoriums kulturelle oder soziale Normen aufzuerlegen: Die Kraft künftiger Gesellschaften würde gerade darin liegen, daß eine geteilte Kultur und geteilte Kernwerte fehlen! Dadurch werden letztlich Unterschiede verstärkt und Integration verhindert.
Die aktuelle Massenmigration wird sowohl die ethnische als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa grundlegend verändern. Dieses Vorgehen ist ein direkter Angriff auf die europäischen Nationalstaaten. …
Die nationalen Strukturen sollen zersetzt und die Nationen mit jener fremden Welt konfrontiert werden, welche die Migranten - ohne Bezug zu Europa - mitbringen. Die Herausforderungen durch den Islam sind dabei nicht zu unterschätzen, stellt er doch einen großen

Komplex von religiösen Vorstellungen und Gesetzen dar, die das gesellschaftliche Funktionieren und individuelle Verhalten regeln. Dazu gehört auch die Scharia. Parallelgesellschaften werden wachsen, die Sicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden und der Nationalstaat wird bis in seine Grundfeste erschüttert, abgesehen von den hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten.
Dazu kommt, daß noch jedes Problem in Europa mit einer verstärkten Zentralisierung und politischen Integration der EU endete. Die nationalstaatliche Souveränität wird weiter unter Druck geraten, wie z.B. durch EU-Polizei, zentrales Krisenmanagement, Subventionspolitik als Druckmittel gegen ausscherende Regierungen, vermehrt Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeit, und die EU sich weiter … hin zu mehr Immigration-, Sicherheits- und Sozialpolitik entwickeln.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/…): >>**Zerstörung der Identitäten**
Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:
Nicolas Sarkozy:
"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen. Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" - Sarkozy am 17. Dezember 2008 … zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.
Sergio de Mello:
Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:
"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." …<<
Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 28. November 2016 (x902/…): >>**Der große Austausch: Massenmigration gegen schrumpfende Bevölkerung**
"Replacement Migration" - Wie UNO und "Think Tanks" Europas Bevölkerung austauschen wollen
Sie glauben, Völker nach Planspielen verschieben zu können, indem sie Massenmigration steuern: UNO und verschiedene Stiftungen wollen Europa verändern, um ein demographisches Utopia zu erschaffen.

"Replacement Migration" ist ein englischer Begriff, der genauso nach Allmachtsphantasien und "Demographic Engeneering" klingt wie das schreckliche alte Naziwort "Umvolkung". Dahinter verbirgt sich eine seltsame Geisteshaltung. Einige Strategen glauben immer noch, sie könnten am Reißbrett und auf der Landkarte Planspiele für die Verschiebung ganzer Bevölkerungen ausarbeiten. Noch schlimmer:
Sie glauben, ihre Ideen in die Tat umsetzen zu können.
Solche Demographie-Planspieler gibt es in allen möglichen "Think Tanks", insbesondere bei der UNO, wo sie mit ihren Ideen besonders viel Reichweite, Gehör und Wirkungsentfaltung erzielen können. Kleine Gruppen von Experten arbeiten dort aus, wie die demographische Entwicklung der Welt gesteuert werden soll.
Der große Bevölkerungsaustausch in der westlichen Welt
Die Kernidee der "Replacement Migration" basiert auf zwei Beobachtungen. Erstens: Europas Bevölkerung ist zu alt, rückläufig und homogen. Zweitens: In der dritten Welt gibt es ein großes Bevölkerungswachstum und einen hohen Anteil junger Menschen. Die Lösung: Teile der Dritten Welt wandern nach Europa aus. Ideal und Vorbild: Schweden. Experten sprechen vom "schwedischen Modell", denn dort wird der Bevölkerungsrückgang durch massive Zuwanderung zu verhindern versucht. Das schwedische Modell unterscheidet sich vom US-amerikanischen, australischen und kanadischen Modell, welche die Immigration restriktiv handhaben.
Das große Problem: Die sogenannten Experten mißachten die Lehren der Geschichte. Alle großen Migrationsbewegungen in der Geschichte hatten Konsequenzen. Das gilt ebenso für alle gewaltsamen Bemühungen, gewachsene Bevölkerungsstrukturen zu verändern, um ein widernatürliches Utopia zu schaffen.
Im imperialistischen Kolonialismus wurden Bevölkerungen hierarchisiert und durch künstliche Grenzen getrennt. Im Stalinismus und Maoismus wurden Bevölkerungsstrukturen gewaltsam verändert, um eine ideale kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Durch Deportationen und Kulturrevolutionen wurden kulturelle und ethnische Identitätsgemeinschaften zerstört. Im Faschismus und Nationalsozialismus wurde mit Gewalt versucht, unrealistische ethnische Idealbilder in die Realität umzusetzen.
Das heutige Globalisten-Establishment wünscht dagegen sich die ideale marktkonforme Demographie, die durch gesteuerte Migration erreicht werden soll. Vermutlich wird diese Denkweise dereinst genauso im Mülleimer der perversen Ideologien enden wie die drei erstgenannten. Denn bei großen Migrationen treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. Das führt immer wieder zu Konflikten mit ungeahnten Konsequenzen.
Doch dem "Clash of Civilizations" (Samuel P. Huntington) begegnet man mit linksliberalem Kulturrelativismus: Alles, was kollektive Identität schafft, wird dämonisiert. Es ist wie damals im Stalinismus, als aus Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen systemkonforme Sowjetbürger gemacht werden sollten.
Wie das Globalisten-Establishment die Demographie Europas als Problem auffaßt
Für viele internationale Organisationen, multinationale Konzerne, Finanzinstitute und global tätige Investoren unterschiedlichster Herkunft stellt Europas Demographie ein Problem dar. Dieses Problem läßt sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:
Erstens: Die Bevölkerung Europas ist rückläufig und im Durchschnitt zu alt. Die Geburtenrate ist zu niedrig. Die Experten sprechen von "Sub-Replacement Fertility", wenn weniger als 2,1 Kinder pro Frau geboren werden. Man befürchtet große finanzielle Belastungen für die Wirtschaft, weil die Zahl der Erwerbspersonen sinkt, jene der Pensionäre und Rentner jedoch steigt. Die UNO hat verschiedene Szenarien bezüglich der demographischen Entwicklungsmöglichkeiten durchgerechnet. Je nach Variante und Szenario wird bestimmt, wie viel Migration nötig sein wird, um die Demographie Deutschlands auf einem gewünschten Level zu hal-

ten. Einem Szenario der UNO-Revision von 1998 zufolge sind für die Jahre 1995 bis 2050 rund 11 Millionen Migranten notwendig. Andere Szenarien gehen noch von einem sehr viel höheren Migrationsbedarf aus.
Zweitens: Die Bevölkerung Europas ist anspruchsvoll. Durch die Industrialisierung, dem Wirtschaftswunder und Gewerkschaften haben sich die Menschen einen Lebensstandard erarbeitet, den sie nicht verlieren wollen. Auf Dauer wird es schwer sein, den Ansprüchen an hohe Löhne und Wohlstand gerecht zu werden, da ein Großteil der Produktion und Wertschöpfung nach Asien abgewandert ist. Dies zeigt sich in der wachsenden Spaltung der Einkommensgesellschaft. Wir erleben eine Globalisierung der Arm-Reich-Trennung.
Das wird deutlich am Beispiel der USA und China: Während in den USA ein Teil der Bevölkerung auf Dritte-Welt-Niveau abgerutscht ist, wächst in China eine Mittelschicht heran, deren Lebensstandard Erste-Welt-Niveau erreicht. So entsteht eine Dritte Welt in der Ersten Welt und eine Erste Welt in der Dritten Welt. Auch in Deutschland öffnet sich die Einkommens- und Vermögensschere rasant. Es ist ein globales Phänomen.
Drittens: Die Bevölkerungen in den einzelnen Staaten Europas sind ethnisch und kulturell relativ homogen. Die Wurzeln und Identitäten schaffen starke Gemeinschaften. Die Bevölkerungen zeigen durch ihr Wahlverhalten, daß sie immer noch in der Lage sind, internationale Pläne zu durchkreuzen, wie beispielsweise der Brexit oder der Widerstand gegen TTIP gezeigt haben.
Dieses Phänomen wird auf beiden Seiten des Atlantiks als Populismus etikettiert. Man versucht, den Populismus durch gezielte politische "Public Relations-Maßnahmen" einzudämmen. Denn erst die Atomisierung der europäischen Gesellschaft in isolierte Individuen ("atomization of society") ohne gemeinschaftliche Verankerungen schafft die Möglichkeit, unpopuläre Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen, ohne den Aufstand eines Kollektivs befürchten zu müssen.

Wie die Demographie Afrikas und Südasiens als Problem aufgefaßt wird

Die Überbevölkerung in der Dritten Welt wurde bereits seit den 1950er Jahren als Problem erkannt. In Ost-Asien konnte das Bevölkerungswachstum abgeschwächt werden. Doch in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Teilen des indischen Subkontinents gibt es noch hohe Geburtenraten. Besonders Afrika südlich der Sahara wächst die afrikanische Bevölkerung rasant. Die Ressourcen reichen nicht aus, um all diesen Menschen gute Zukunftsaussichten zu bieten.
Ein weiteres Problem ist rasante Verjüngung der Bevölkerung. Der sogenannte "Youth Bulge", der demographische Jugendüberschuß, führt zu enormen Druck in den jeweiligen Ländern. In den meisten Ländern Afrikas sind mehr als 65 Prozent der Menschen unter 30 Jahre alt. Dadurch entsteht Druck auf die Wirtschaft und Politik, Chancen zu schaffen. Oft führen solche demographischen Verhältnisse zu Umstürzen oder zu massiven Auswanderungen. Das beliebteste Auswanderungsziel vieler Afrikaner ist Europa. Dort sehen sie ihre Zukunft.
Von der UNO bis zur Bertelsmannstiftung planen "Think Tanks" die große Migration
Die Idee von der "Replacement Migration" wird nicht nur von der UNO an Staaten wie Deutschland herangetragen. In eine ähnliche Richtung weist eine bemerkenswerte Studie der Bertelsmann-Stiftung, auf die 2015 auch die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) hingewiesen hat. Sowohl das IAB als auch die Bertelsmann-Stiftung werben in diesem Zusammenhang für massive Zuwanderung.
Die Bertelsmann-Studie trägt den Titel "Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050". Es geht um "Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotential".
Die Grundannahme der Studie lautet folgendermaßen: "Das Arbeitskräfteangebot gehört zu den Determinanten des Wachstumspotentials. Ein rückläufiges Erwerbspersonenpotential

könnte zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen. So weisen beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Deutsche Bundesbank und andere Institutionen auf die Gefahren für Wachstum und die Sozialversicherungssysteme hin, wenn das Erwerbspersonenpotential schrumpft." ...
Weiterhin heißt es: "Das Erwerbspersonenpotential ist umfassendes Maß für den volkswirtschaftlichen Einsatzfaktor Arbeit, gemessen an Köpfen." ... "Auch extreme Annahmen hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen (insbesondere der Angleichung der Erwerbsquote, von Frauen und Männern) und Älteren ("Rente mit 70") können nur zeitweise und nicht in vollem Umfang den demographischen Einfluß auf das Erwerbspersonenpotential kompensieren."
Die Studie der Bertelsmann-Stiftung schließt mit der Voraussage und Befürchtung ab, daß die Zahl potentieller Erwerbspersonen von derzeit rund 45 Millionen bis zum Jahr 2050 um etwa 16 Millionen auf 29 Millionen sinken könnte.
Logische Schlussfolgerung der Studie: Es helfe nur die massive Zuwanderung, um den demographischen Wandel und damit verbundenen Rückgang des Arbeitskräftepotentials auszugleichen.
Nach der Bertelsmann-Studie würde in den Jahren von 2015 bis 2025 ein jährlicher Nettozustrom von rund 450.000 Zuwanderern nötig sein. Von 20126 bis 2035 wären dann 600.000 pro Jahr an Zuwanderern nötig sein und im anschließenden Zeitraum 2036 bis 2050 rund 550.000 pro Jahr.
Fazit: Hinter der seit Jahren andauernden Massenmigration nach Europa stehen große Organisationen, Stiftungen, Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzerne mit ihren Think Tanks, die massiven Lobbyismus für Einwanderung betreiben. Sie versorgen Regierungen mit Studien, die die Massenmigration begründen sollen.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Februar 2017: >>**TV-Doku … Mafia in Frankreich**
Wenn der Bock zum Gärtner wird
Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.
"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.
Angesichts der schieren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.
Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.
Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbones und seines Kumpans François

Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.

Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogenschmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewühlt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg.

Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. …<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 24. Februar 2017 (x902/…): >>**Zuerst die Bevölkerungsreduktion, dann die Massenmigration**

Das größte demographische Experiment aller Zeiten

Hinter der weltweiten Bewegung, Familien aufzulösen und Frauen ins Berufsleben zu bringen, sowie hinter den großen Migrationsbewegungen steht ein größeres Netzwerk als man glauben mag. Schlüssel hierzu ist die UNO mit ihren Unterorganisationen sowie deren massive Beeinflussung durch NGO's.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des "Demographic Engeneering". Nationalsozialisten, Faschisten, Stalinisten und Maoisten haben durch Massenmord und Massendeportationen die demographische und ethnographische Landkarte verändern wollen.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war man mit "Demographic Engeneering" beschäftigt. Zwar hatte man die grausamen Ideologien größtenteils überwunden. Doch glaubt

man immer noch, die Entwicklungen der Bevölkerung durch großangelegte Pläne gestalten zu können.

Der erste Schlag: Bevölkerungsreduktion

In den 1950er bis 1970er Jahren war der elitär-akademische Zeitgeist von der Furcht vor der Überbevölkerung geprägt. In der UNO wurden die ersten Hochrechnungen diskutiert. Die Zahlen und Schätzungen fand man besorgniserregend.

Was dann folgte, war der größte geplante demographische Eingriff aller Zeiten. Das erste Mal in der Geschichte der Menschheit wurden Pläne entworfen, weltweit die Bevölkerungsentwicklungen zu steuern. Ziel war es, die globale Bevölkerungsexplosion einzudämmen. Schlagwort: Bevölkerungsreduktion.

Schnell hatte sich ein breites Bündnis aus internationalen Organisationen (z.B. UNO, WHO, UNICEF, UNFPA), Wirtschaftslobby-Organisationen (z.B. Weltbank), Regierungsorganisationen (z.B. USAID), Stiftungen, Großkonzernen, Nichtregierungsorganisationen und einzelnen superreichen "Philantrophen" des Establishments zusammengefunden, um die Pläne international "top-down" durchzusetzen.

So hatten beispielsweise die Rockefeller Foundation, Standard Oil, Shell und DuPont massiv in die "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" investiert. Parallel wurde der internationale "Population Council" ins Leben gerufen.

Die neuen Pläne und Ideen wurden wie eine Ideologie von oben nach unten weitergereicht. Sie wurden an den Universitäten, Hochschulen und Colleges zu wichtigen Themen erklärt. Wissenschaftler und Lehrer aller Fachrichtungen wurden mit den neuen Ideen indoktriniert. Massive Datensammlungen wurden zu ihrer Legitimation zusammengestellt.

Die große Erkenntnis: Emanzipation der Frau führt zur Bevölkerungsreduktion

In der dritten Welt, insbesondere in Afrika und Indien, versuchten viele Organisationen, mit teils rabiaten Methoden, den Kinderreichtum einzudämmen. Man schreckte selbst vor heimlichen Sterilisierungen nicht zurück - etwa wenn Menschen zum Impfen aufgerufen wurden und während ihrer Impfung ohne ihr Wissen sterilisiert wurden.

Doch die große Erkenntnis war: Wenn man weltweit die Bildung und Rechte der Frauen stärkt, führt dies zu mehr beruflicher Teilnahme der Frauen am Wirtschaftsleben und somit zu einer geringeren Geburtenrate.

Deshalb wurden von der UNO und ihren zahlreichen Unterorganisationen alle möglichen Programme ins Leben gerufen, um den Status der Frau aus den Ketten der Tradition zu befreien.

Das Problem: In Nordamerika und Europa funktionierte dieses Vorhaben prächtig, in der sogenannten Dritten Welt dagegen waren die Erfolge mäßig. Lediglich China war mit der Ein-Kind-Politik einen eigenen erfolgreichen Weg gegangen.

Warum hatten die internationalen Programme zur Frauenemanzipation und Geburtenreduktion in der westlichen Welt einen solchen Erfolg?

Drei Ursachen stechen hervor: Erstens, weil seit den 1960er Jahren die Pille populär wurde. Zweitens, weil innerhalb der Bürgerrechtsbewegungen die Frauenemanzipation und die feministischen Bewegungen Wasser auf die Mühlen der UNO waren. Und drittens, weil die Verstädterung (Stichworte: Mega-Cities, Vorstädte, Landflucht) sowie der Anstieg der Lebensqualität durch die zweite industrielle Revolution (Öl als Rohstoff für Chemie- und Kunststoffprodukte) die Lebensweise veränderten.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die bewußt vorangetriebene sexuelle Revolution, die bis heute ihre Ideologie pädagogisch und didaktisch bis in die Schulen und Kindergärten durchgereicht hat.

Die Wucht dieser Kombination unterschiedlicher Faktoren hat dazu geführt, daß in den Industrieländern ein demographischer Winter eingetreten ist und die Überalterung der

Bevölkerung droht.

Der zweite Schlag: Massenmigration und die "offene Gesellschaft"

Das massive Ungleichgewicht aus Bevölkerungsstagnation und Geburtenrückgang in der Ersten Welt und weiterhin massiver Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt, hat in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren einen neuen Ideen-Pool heranreifen lassen, der von zahlreiche UN-Studien unterstützt wird:

Um die Differenz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auszugleichen, müssen Teile der Bevölkerung aus der Dritten Welt in die Erste Welt abwandern. So könne die Dritte Welt vor dem Überbevölkerungs-Kollaps bewahrt und der Ersten Welt ausreichendes Arbeitskräftepotential zugeführt werden.

Seitdem lautet das Schlagwort: Diversity (Diversität, Vielfalt). Überall in Europa und Nordamerika wird das multikulturelle Weltbild propagiert. Es geht durch fast alle Regierungen, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen usw., bis es sich als Zeitgeist etabliert hat. In diesem Zusammenhang stehen die massiven Bemühungen der "Open Society Foundations" von George Soros, die in Kooperation mit dem UNHCR massiven Einfluß auf Regierungen und Institutionen der EU ausüben.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß sich Angela Merkel von der Multikulti-Gegnerin zur Einwanderungs-Kanzlerin gewandelt hat, daß Barack Obama und Hillary Clinton ein buntes Amerika propagierten und der ehemalige französische Präsident Nicholas Sarkozy mit Nachdruck dafür warb, daß Mischehen ein dringendes Desiderat der französischen Gesellschaft seien.

Von Schweden bis Kanada, von Großbritannien bis in die USA ist es der universelle Nenner, der die westlichen Staaten unter einem Zeitgeist eint - "Diversity" um jeden Preis. Das ist der Imperativ des 21. Jahrhunderts, dem wir uns beugen sollen.

In vielen westlichen Gesellschaften haben sich Gegenbewegungen gebildet. Doch diese haben es bislang schwer, einen breiten Konsens zu finden. Denn Vorwürfe wie "Rassismus", "Nationalismus" und "Populismus" können schnell jede Diskussion vorzeitig beenden.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die sexuelle Revolution, der Feminismus, die Ideologie der multikulturellen Gesellschaft und die Unterstützung der globalen Migration weniger die Verschwörung einer kleiner Clique sind, sondern daß dahinter ein gigantischer Apparat steht, der global die gesamte Wirtschaft und Politik durchzieht - von der UNO bis hin zur Weltbank.

Diese Gedankenwelt ist Konsens, wenn sich die Eliten in Davos oder auf der Bilderberg-Konferenz treffen. Sie glauben alle, die Bevölkerungen der Welt wie Figuren auf einem Schachbrett hin und her bewegen zu können.

Damit kommen wir zum Kern des Problems: die globalistisch-demographische Planwirtschaft. Die Vorstellung, daß internationale Organisationen globale Lösungsentwürfe vorbereiten und durchsetzen können, anstatt die einzelnen Staaten ihre eigenen Wege gehen zu lassen, ist der Hauptgrund für die vielen Fehlentwicklungen. Wann immer jemand zum großen Entwurf ansetzt, wird es unberechenbare Nebeneffekte mit sich bringen.

Einzig im Wege steht der Widerstand zahlreicher europäischer und amerikanischer Bürger, die diese Entwicklung durchschauen. Allein ihre Zahl ist noch zu gering.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Februar 2018: >>**Hut ab: Die Neue Weltordnung ändert alles und jeden!**

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Ein satirischer Kommentar von Wolfgang Eggert.

Man muß sich zuweilen bei Kindern in Acht nehmen, was man ihnen so alles auftischt. Ich hatte mal einem Knirps am Abendbuffet des Robinson-Clubs Daidalos auf Kos (Griechenland, damals noch schön) erzählt, daß die Pommes von einem belgischen "Baron van der

Fritten" erfunden wurden, der mit der französischen "Comptesse de la Mayo-Naise" liiert war. Den Belgier konnte sich der Naseweis merken, und gab die Story, zurück am Tisch, sofort in die staunende Familienrunde. Der Herr Papa hat sich dann anderntags am Pool bei mir beschwert.
Den sagenumwobenen Baron mag es wirklich gegeben haben, die Gräfin dagegen ganz sicher nicht. Klassischer Fall von halber Wahrheit also. Wer nun sagt, "Jaaaa, mit einem kleinen Hosenscheißer kann man das machen!", übersieht: Auch dem Kindbett entstiegene Wahlbürger glauben so ziemlich alles, was ihnen unter die Nase gerieben wird. Hauptsache, daß irgendein Mainstreammedium oder wahlweise die Traumfabrik Hollywood die Story entsprechend "heiß" serviert.
Jüngstes Beispiel: Während man sich in bestimmten Großtstadtvierteln Britanniens heutzutage in Afrika oder wahlweise Pakistan wähnt, wurde im Land des Schaum-entkronten Biers nun endlich der erste Stammvater aller Angelsachsen entdeckt. Er war - so heißt es nüchtern - ein "Schwarzer".
Nicht wenige weiße Engländer, die es erstaunlicherweise immer noch gibt, werden diese Nachricht durchaus "shocked" vernommen haben. Wie man sie ebenfalls ins "We are all Refugees-Boot" holte, gleicht einem Geniestreich: Dem Kolonialbriten wurde - wissenschaftlich! - kurzerhand ein Satz leuchtend stahlblauer Augen verpaßt. Merke: ein bißchen David Beckham ruht auch in jedem Afrikaner - man muß nur genau hinschauen! Unterliegende "Message": Leute, hin zu diesem wohlfeilen Antlitz geht, ja muß(!) unsere Reise gehen. Back to the Roots, give it a chance! Ab in die Betten, wir schaffen das!
Was sagt man nun dazu, nachdem die Fassung zurückgekehrt ist? "So sind sie halt, die Briten" oder "Vermutlich gab's grad Freibier", all das greift zu kurz, denn Mr. Britannia ist definitiv kein Einzelfall, sondern eher die Spitze eines propagandistischen Eisberges. Wer sich im Internet umsieht, wird viele weitere, höchst erstaunliche Anchormen (Ankermänner) der europäischen Geschichte finden, die mit einem Mal dem landläufigen Flüchtling gleichen wie ein Ei dem anderen.
Neuerdings als "echter Afrikaner" gefeiert wird zum Beispiel - sicher wieder kein Zufall - mit Beethoven ausgerechnet der Komponist der Europahymne. "Offenbart Beethovens Musik seine afrikanischen Wurzeln?", fragte der *Guardian* seine Leser im Juni 2015… Gut, geschenkt, der stampfende Rhythmus seines Euvre hätte eigentlich von Anfang an auffallen müssen! Wem sich beim Frühjazzer "Ludwig van" nicht sofort vor dem geistigen Auge die weite Savanne Kenias auftut, hat seine Ohren an der Garderobe abgegeben.
Mehr allzulange verkannte Prominente aus dem Gebiet der Sub-Sahara gefällig? Alexander der Große wird genannt, der US-Gründervater Alexander Hamilton ebenfalls. Die Fernsehwelt packt die englische Königin Margaret von Anjou dazu - in der Serie *The Hollow Crown* von einer aus Nigeria stammenden Schauspielerin verkörpert. Obendrauf den Artus-Ritter Lancelot - im US-Sender ABC ebenfalls von einem Afro-Amerikaner gemimt. Und vorerst nur am Theater begeistern Schwarze in der Rolle der französischen Nationalheldin Jeanne d'Arc und als, man gönnt sich ja sonst nichts, keinen geringeren als Julius Caesar!
Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.
Wäre sein Ansehen nicht so rettungslos perdu, die fotofälschende Umvolkungselite würde selbst Adolf Hitler nicht verschmähen. Hätte sich der "Führer" im Frühsommer ’38 erfolgreich ins malernde Privatleben zurückgezogen, wir erführen in diesen Tagen, daß sein Rufname nicht "Alf" sondern "Afri" war und auch der Name seiner Geburtsstadt Braunau erhielte mit einem Mal eine völkisch neue Erklärung. Daß sämtliche Bilder des in Wirklichkeit fast kongolesk rassigen Hitler im Nachhinein im Propagandaministerium mühevoll aufgehellt wurden, man verziehe es ihm. Die Zeiten waren halt so!

Wie gesagt, der Mann ist heute "schwer verkäuflich". So wird man sich eher an CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler halten, der innerhalb der bayerischen Grenzen als "der Schwarze Peter" bekannt ist. Warum, könnten alte, aus dem Verkehr gezogene Fotos belegen. Inzwischen hat die Bleichcreme ihre volle Wirkung entfaltet. Gauweiler ist heute hell wie eine Weißwurst.
Und wenn man schon dabei ist, warum nicht auch gleich die andere Seite der Medaille im Dienste der NWO mitverkaufen? Auch waschechte Weiße, die es in schwarzer Hautfarbe zu Ruhm und Ansehen gebracht haben, sind in der Lage, Gräben zuzuschütten, im Sinne eines herzhaften "Du bist Ich!"
Warum weiter verschweigen, daß der ehemalige Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, in Wirklichkeit "Joe Kassa" wohl hieß und ein diamantenschleifender Jude aus der Bronx war? Über den deutschen Startenor Roberto Blanco braucht man schon des Namens wegen kein Wort verlieren. Die Tarnung war ebenso unter aller Kanone, wie die des US-Barden R. Kelly, dem schwarzen Schaf der irischen Kelly Family.
Martin Luthers spät in die USA ausgewanderter Ur-Ur-Ur-Enkel klemmte sich - typisch für deutsche Immigranten - den amerikanisch erscheinenden Namen "King" hintenan. Ein Jahr freiwilliger Arbeit auf den Baumwollfeldern Tennessees taten ein übriges. Der germanisch-protestantische Stammvater hätte seinen Nachfahren nicht einmal erkannt, wenn dieser noch den alten Eislebener Dialekt drauf gehabt hätte…
Mohammed Ali war dann der 3. Aldi-Bruder. Sich seiner deutschen Abkunft schämend, strich der Vorzeigeathlet, den naiven Afroamerikaner heute noch für einen der ihren halten, einfach das "d" im Familientitel. Zu Beginn seiner Faustkampfkarriere boxte er unter dem Ringnamen "der Lippizaner". "Farbiger" wurde er erst durch die stundenlangen Freiluftfights unter der brennenden Südstaatensonne. Die "rassische" Umtragung im Personalausweis fand erst 1959 statt.
Aretha Franklin aus der Wuppertaler Brauereifamilie Küppersfeld brauchte Jahre bis sie den amerikanischen Dialekt drauf hatte. Noch danach mußte die rheinische Frohnatur stundenlang in der Maske verbringen, bis sie als "korrekte Schwarze" durchging.
Last but not least: Jerome Boateng, sie wissen schon, der Fußballer neben dem niemand wohnen will, weil er angeblich Afrikaner ist. Zu unrecht, wie die NWO-Presse richtig stellen kann und sollte. Gerhard Bootstang, aus alter friesischer Fischerfamilie stammend, könnte schlicht das Opfer einer verlängerten Höhensonnenbehandlung sein. Ende der 90er Jahre schlief der Kicker auf einem Bräunerdiwan der Hamburger Solarienkette "Turbo Negro" ein. Und wurde so ein Fremder im eigenen Land.
Wie sagte der Humangenetiker, der das archäologische Relikt des britischen Ur-Stammvaters zum blauäugigen Nafri erklärte? Wir sind allesamt Refugees, alle Zwillinge, Schwarz ist Weiss und Weiss ist Schwarz. Ausgleichbar. Austauschbar. Recht hat er! Blicken wir den Tatsachen ins Auge. Lernen wir Geschichte.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. April 2018: >>**Das große Ganze und die Gemeinsame Erklärung 2018**
Alles hängt mit allem zusammen oder nix hat mit nix zu tun. Einzelfälle bleiben Einzelfälle bis sie sich zu einem Bild verbinden. Die Wahrheit dahinter ist oft ganz simpel. Oder eben hochkomplex verschachtelt - um möglichst unentdeckt zu bleiben.
Der "Global Compact of Migration" befindet sich derzeit in Phase III, bis zum Sommer werden zwischenstaatliche Abkommen fertig verhandelt und von den Regierungen unterschrieben sein. Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als die Etablierung eines weltweiten Migrationsgesetzes, einer Weltordnung für Migranten, bindend für die Unterzeichner.
Die New Yorker Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für "reguläre Migration" und Pflichten für die Zielstaaten. Zu den staatlichen

Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie genauso wie die Niederhaltung von Kritik an diesem Plan. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Es reicht, wenn sie das Wort "Asyl" sagen. Alles Weitere erleben wir täglich hierzulande.

Sprache steuert Denken

Diese Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europas erfolgen wird. Wir alle haben uns gewundert, was die Beteiligung am "Resettlement and Relocation Program" im Wahlprogramm der Union, damals, im Sommer 2017, schon selbstbewußt als Regierungsprogramm bezeichnet, zu suchen hat.

Warum wurde in Deutschland, einem Land, in dem alles geregelt ist und dessen Sachverstand in der EU normalerweise nicht einmal die Krümmung der grünen Gurke entgeht, die Differenzierung von Asyl nach Artikel 16a des Grundgesetzes, Fluchtgründen nach der Genfer Konvention und illegaler Wirtschaftsmigration zuerst verwässert und später faktisch beseitigt? Sprache steuert Denken: Wo also Flüchtlinge oder gar "Geflüchtete" die Sprache beherrschen, denkt jeder an Bürgerkrieg, Not und Hilfe. Man ahnte spätestens seit der Gewalt aus dem übergriffigen Migrantenmob nordafrikanischer Staaten in Köln, daß die vielen Syrer nicht nur merkwürdig aussehen, sondern auch merkwürdig viele verschiedene Sprachen sprechen.

Zielregion Europa

Die IOM (International Organisation for Migration) wurde als provisorisches Flüchtlingskomitee 1951 gegründet, damals in Erwartung der Notwendigkeit zur Koordinierung europäischer Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges 1989 hat sie sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt, seit 2013 ist sie Teil des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR.

In ihrem Organigramm hat Europa als Zielregion kaum eine Mitsprache, Berlin liefert nur die Zahl der möglichen "freien Plätze". Die Steuerung der migrantischen Reisetätigkeit erfolgt aus Manila und Panama. Die Vergütung der dort ansässigen Mitarbeiter ist mit 120.000 Dollar pro Mann und Halbjahr (zzgl. Pensionsrücklagen) der großen Aufgabe angemessen dotiert.

Für Wolfgang Schäuble ist es ein "Rendezvous mit der Globalisierung", was wir seit 2015 erleben.

Bei Lichte betrachtet, zeigt sich allerdings immer mehr: Das Rendezvous fiel für die Braut nicht vom Himmel, es wurde eingefädelt. Perfide und an den demokratischen Strukturen vorbei, um anschießend als alternativlos und großen Gewinn für die Zielländer präsentiert zu werden. Der demographischen Entwicklung wollte man trotzen, Daimler-Chef Dieter Zetsche sah gar "ein neues Wirtschaftswunder" heraufziehen. Die EU machte es sich ganz einfach: "We are all migrants by nature".

One-World-Unsinn

Im Hintergrund stehen aber viel weniger die Hilfsbereitschaft des Westens als vielmehr handfeste wirtschaftliche und ideologische Interessen als Paten bereit. Ein einheitlicher Markt, frei von nationalen Regeln, läßt sich nur mit dem Zerschlagen nationaler Identitäten erreichen.

Was aber ist ein Staat ohne Grenzen, ohne Budgethoheit, ohne Definition der eigenen Identität? Was ist die Folge, wenn die Bürger nicht mehr entscheiden können, mit wem sie fortan zusammenleben wollen? Kein Grundgesetz kann die kulturelle Wertebeliebigkeit noch sinnstiftend regeln, die ein solches Siedlungsgebiet für Jedermann darstellte.

Es ist der bekannte One-World-Unsinn, der Armut sozialisiert, statt Leistung zu fördern und nicht erkennt, daß Toleranz ohne die Akzeptanz von Grundregeln zur Blaupause für Anarchie mutiert. Weil für das Recht des Stärkeren Toleranz nur Schwäche sein kann.

An der Öffentlichkeit vorbei

Schäuble steht also am Rand des Spielfeldes und tut so, als beobachte er nur. Seine Kanzlerin

hatte die Tonlage in ihrer Flüchtlingspolitik vorgegeben: "nun sind sie halt da". Verantwortung sieht anders aus. Aber sie steckt dahinter, nur ganz anders als wir alle denken.
Wenn Benjamin Netanjahu wie selbstverständlich davon ausgeht, daß die Schwarzafrikaner, die Israel nicht haben will, die das Land verlassen müssen oder dort ins Gefängnis kommen (soviel zu den westlichen Werten), auf Kanada, Deutschland und andere europäische Länder verteilt werden, weil diese Länder diesbezügliche Verträge mit dem UNHCR unterzeichnet haben, blitzt auf, daß es hier nicht um Flucht vor Krieg und Verfolgung geht. Es sei denn, man akzeptiert schon die Flucht vor der Pflicht zum Wehrdienst als Verfolgung. Es geht um Teilnahme an einer geplanten Umsiedlung, zu der sich auch Deutschland verpflichtet hat.
Wer hat unsere Regierung dazu ermächtigt? Wann wurde das Thema im Bundestag debattiert, in der Öffentlichkeit darüber berichtet? Wo waren ARD und ZDF, die doch immer am Nerv der Zeit sind, sogar wenn in Moskau ein Stuhl umfällt? Die Vermutung liegt nahe, daß sie hier auch am Nerv der Zeit sind, nur, dieser Nerv Teil der durchtriebenen Schweigespirale selbsternannter Eliten zur Durchsetzung einer globalen Neuordnung ist.

Ziel ist eine Welt ohne Grenzen

Donald Trump hat unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten die Mitwirkung der USA am Global Compact mit den Worten gekündigt, "Das ist ein No-Borders-Plan. Die USA ist eine Nation, kein Siedlungsgebiet." Und er hatte recht. Seit einigen Tagen wandert ein "Caravan of Migrants", ein von der NGO "People Without Borders" organisierter Treck von mehreren Tausend Migranten, von Honduras aus quer durch Mexiko in Richtung der US-Grenze. Ziel ist es, mit soviel wie möglichen Menschen die Grenze "zu stürmen". Man möchte erzwingen, was man als Floh im Ohr trägt: eine Welt ohne Grenzen und oft auch Wohlstand ohne Arbeit.
Die "Gemeinsame Erklärung 2018" ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie dem Gefühl der Menschen, hier laufen im Hintergrund gesteuerte Prozesse ab, entspricht. Sie trifft, weil sie zutrifft. Die selbst ernannten Meinungsführer sind deswegen so gereizt, weil sich an ihrem Stammtisch plötzlich einfache Leute zur Lage der Nation artikulieren. Das hatten sie schlicht nicht vorgesehen.
Aber noch gibt es das Gebilde, dem Wilhelm einst das Haus stiftete. In ihm tagt der Bundestag und wird sich bald mit dieser Erklärung beschäftigen müssen. An seinem Fries steht nicht "Der ganzen Welt", sondern: "Dem Deutschen Volke".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Mai 2018 (x887/...):

>>**UN bereiten Völkerwanderungen vor**

Ein "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) ist bereits in Arbeit

"Migration zum Nutzen aller gestalten" lautet die Überschrift eines vom UN-Generalsekretär, António Guterres, vorgelegten Berichtes in dem der Inhalt, die Methoden und die Ziele eines geplanten globalen Immigrationspakts dargelegt werden. Darin wird deutlich, daß im Falle von dessen Verabschiedung und Umsetzung die Welt eine völlig andere sein würde als die heutige.
Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland wird in den Gremien der Vereinten Nationen seit geraumer Zeit ein umfassender "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, kurz Global Compact for Migration, GCM) vorbereitet, der weitreichende Eingriffe in die Zusammensetzung der Bevölkerungen vor allem der westlichen Industriestaaten vorsieht, und zwar in einem solchen Umfang, daß nicht nur das demographische Profil, sondern auch das gesamte politische, ökonomische, soziale und kulturelle System dieser Staaten grundlegend verändert werden würde.
Zwar liegt derzeit noch kein abgestimmter Text für den Pakt vor, doch befindet sich der

Vorbereitungsprozeß dafür in seiner dritten und letzten Phase. Schon Ende dieses Jahres soll der Pakt auf einer hochrangigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs angenommen werden. Es ist also höchste Zeit, sich in der Öffentlichkeit mit dem Projekt auseinanderzusetzen.

Ein wesentliches Anliegen des Paktes ist es, daß die Immigration, die gegenwärtig insbesondere vom Süden in den Norden des Erdballs verläuft, von den Vereinten Nationen gesteuert wird. Sie soll in "sicheren, geordneten und regulären" Bahnen erfolgen. Dieser Menschenstrom wird dabei als etwas Schicksalhaftes hingenommen. Früher angestellte Überlegungen zur Abwendung dieser Völkerwanderung, etwa durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Auswanderungsstaaten oder durch die Schaffung von Bleibeanreizen für die Auswanderungswilligen, werden gar nicht mehr angestellt. Man kapituliert und läuft der Entwicklung hinterher, indem man versucht, sie in "sichere, geordnete und reguläre" Bahnen zu bringen.

Hierbei geht es nicht nur - wie bei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 - um die zeitweilige Aufnahme einer begrenzten Zahl von in einem Staat politisch Verfolgten in einem anderen Staat. Vielmehr läuft der geplante "globale Pakt" im Kern auf die Steuerung einer weltweiten Umsiedlung vorwiegend von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Süden in den Norden des Erdballs hinaus. Eine solche totale Veränderung der Demographie ganzer Erdteile hat es bislang wohl noch nicht gegeben.

Als ein Ziel der Steuerung der massenhaften Immigration nennt der Bericht die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Staaten (§ 87).

Es geht letztlich um eine Durchmischung der Weltbevölkerung. Dazu sollten die Staaten möglichst ihre Grenzkontrollen lockern, um auch irregulären Immigranten "Zugangswege für eine reguläre Migration" zu eröffnen (§ 36). Die freiwillige und erzwungene Rückkehr von Immigranten sei oft "weder wünschenswert noch durchführbar".

Der UN-Generalsekretär versteigt sich sogar zu der nicht näher begründeten Annahme, daß Länder mit einem restriktiven Grenzregime, welche die Rückführung als eine Möglichkeit betrachten, um vor irregulärer Immigration abzuschrecken, gegen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten (§ 39). Um den seit längerer Zeit in einem Land lebenden irregulären Immigranten einen legalen Status zu verleihen, sollten verschiedene Maßnahmen der Integration in Betracht gezogen werden bis hin zur Verleihung der Staatsbürgerschaft (§ 40).

Um das Projekt der globalen Umsiedlung zu begründen, greift der Bericht zum Teil auf abenteuerliche Behauptungen zurück, die in der dort dargelegten Verallgemeinerung unzutreffend oder lebensfremd sind. So wird festgestellt, Immigration sei generell "ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" (§ 1). Es lägen "eindeutige Beweise" dafür vor, daß Immigration sowohl den Immigranten als auch den Aufnahmestaaten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen verschaffe (§ 4 a).

Immigranten trügen zum Wohlstand sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmestaat bei, indem sie Steuern zahlen und rund 85 Prozent ihres Einkommens der Volkswirtschaft im Aufnahmestaat zuführen und die übrigen 15 Prozent in Form der Rücküberweisung in ihre Heimat schicken. Die Summe der Heimatüberweisungen betrage das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Weiter heißt es: "Migranten bringen Fachwissen und Unternehmergeist mit, die ihren Aufnahmegesellschaften zugutekommen." (§§ 20, 21)

Der Bericht des UN-Generalsekretärs geht nicht darauf ein, daß das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zu Verwerfungen und Konflikten im Aufnahmestaat führen kann, vor allem wenn der Zustrom von Immigranten dort massenhaft, innerhalb kurzer Zeit und auf engem Raum erfolgt. Das gilt erst recht dann, wenn die Immigranten aus archaischen Gesell-

schaften kommen und weder integrationsbereit noch -fähig sind.
Vielmehr werden Zweifel und Kritik an dem globalen Umsiedlungsplan apodiktisch zurückgewiesen. Immigration sei eine wachsende globale Realität, deshalb brauche über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet "keine Debatte mehr geführt werden" (§ 3). Zugleich wird der Kurs zum Thema "Fremdenfeindlichkeit" abgesteckt: "Schwarzseherische Fehldarstellungen" über die Auswirkungen der Immigration seien von den politischen Führungspersonen richtigzustellen und "in eine andere Richtung zu lenken" (§ 9).
Zugleich werden Denk- und Sprechverbote erteilt. Verhindert werden müsse in der Immigrationsdebatte eine "entmenschlichende Sprache", so zum Beispiel wenn von "Beständen" und "Strömen" oder abwertend über "illegale Einwanderer" gesprochen wird.
Es wird deutlich, welche Position das Sekretariat des UN-Generalsekretärs in der Immigrationsfrage vertritt. Unter dem Vorwand der Menschenrechte und der (unvermeidbaren) Globalisierung wird eine Massenimmigration befördert, die auf den Bevölkerungsaustausch von bisher unbekannter Dimension in den westlichen Industriestaaten gerichtet ist und dabei die Herbeiführung ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte und letztlich die Auflösung der Nationalstaaten zumindest in Kauf nimmt. Damit würde sich die UNO von ihrem Gründungsauftrag weit entfernen, nämlich der Verpflichtung zur Friedenssicherung und zur Achtung der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten.
Es kann davon ausgegangen werden, daß beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Rußland und China wie auch einige europäische Staaten sich einem solchen Vertrag nicht anschließen werden.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. September 2018: >>**Eine der letzten Chancen**
Das Europaparlament hat mit Zweidrittelmehrheit ein Verfahren gegen Ungarn beschlossen mit dem Ziel, der Regierung auf EU-Ebene das Stimmrecht zu entziehen. Zur Begründung werden die "systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn" angeführt.
Doch jeder weiß, worum es in Wahrheit geht: Ungarn und die anderen Visegrád-Staaten weigern sich, es den Westeuropäern gleichzutun und ihre Grenzen für eine Masseneinwanderung aus der Dritten, vornehmlich moslemischen Welt zu öffnen.
Praktisch wird der Vorstoß aus Straßburg ins Leere gehen, denn der Entzug des Stimmrechts erfordert einen einstimmigen Beschluß im Europäischen Rat, und Polen hat schon angekündigt, dagegen zu votieren.
Um einen Skandal handelt es sich gleichwohl, denn wenn einer Regierung, die mehrmals in freien Wahlen das Vertrauen des Volkes errungen hat, die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen wird, stuft man den Staat symbolisch zum Protektorat herab.
Ministerpräsident Viktor Orbán wies vor dem Straßburger Plenum darauf hin, daß sein Land "seit tausend Jahren Mitglied der Familie der christlichen europäischen Völker ist", dem Kommunismus getrotzt und 1989 "seine Grenzen für seine ostdeutschen Schicksalsgenossen" geöffnet hat. Er appellierte an ein Geschichtsbewußtsein, das den meisten Abgeordneten längst fehlt.
EU als Agentur des Globalismus
Dieses Europaparlament und die EU-Bürokratie stehen nicht für die historische, geistige und kulturelle Dignität des Kontinents, sondern für die Totalherrschaft einer Gegenwart, in der Volkssouveränität, Demokratie und Gewaltenteilung auf Kampfbegriffe wie Diversität, Teilhabe, Antidiskriminierung geschrumpft sind.
Eine wichtige Rolle spielt dabei der Globale Migrationspakt, der von mehr als 190 Uno-Mitgliedstaaten Ende des Jahres unterzeichnet werden soll. Die Unterschrift verweigern wollen die USA und eben Ungarn, das erklärte, der Vertrag widerspreche den Landesinteressen.

Der Pakt sieht humanitäre Visa und Umsiedlungsprogramme für Migranten vor, die ihr Heimatland wegen Umweltzerstörung und Klimawandel verlassen müssen. Sie sollen in den Zielländern Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und zum Rechtssystem erhalten und per Gesetz vor Diskriminierungen geschützt werden. Familienzusammenführungen sollen erleichtert werden.

Während die Ungarn auf ihr Recht pochen, innerhalb der eigenen Grenzen selbstbestimmt zu leben, betätigt die EU sich als Agentur des Globalismus und sieht ihre Aufgabe darin, den Nationalstaaten auch das Recht auf existentielle Selbstverfügung zu nehmen und den Kontinent nach Afrika und Vorderasien grenzenlos zu machen.

Neuer West-Ost-Konflikt

Der Politikwissenschaftler Yascha Mounk äußerte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur laufenden Agenda, "daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, … dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen." Wenn sich jemand dem entgegenstelle, dann müsse "ganz klar" gezeigt werden, "daß der Staat fähig ist, die Menschen, die dagegen aus Haß verstoßen, richtig zu bestrafen".

Die Menschen und Völker östlich der Elbe sind schon einmal die Objekte eines "einzigartigen Experiments" gewesen, das von 1945 bis 1989 dauerte. Es ist tief in ihnen und im Gedächtnis ihrer Nachkommen eingeschrieben. Der neue West-Ost-Konflikt, der sich an der Behandlung Ungarns durch die EU entzündet, geht also weit über das hinaus, was die Theoretiker der Postdemokratie als neoliberales Formtief des liberalen Systems beschreiben. Der polnische Philosoph Ryszard Legutko, der zur Zeit sein Land im Europaparlament vertritt, sieht im multiethnischen und -kulturellen Projekt eine dem kommunistischen Experiment tendenziell vergleichbare, totalitäre Energie wirken.

Auch heute werden die vermeintlich Guten, die unter Freiheit die Bejahung des finalen Ziels verstehen, vom Staat von den vermeintlich Bösen geschieden, deren "Widerstand im Interesse aller gebrochen werden muß". Weil man sie auf der sachlichen Ebene nicht widerlegen kann, werden sie moralisch als Rassisten und Faschisten stigmatisiert. Die zweite Parallele ist die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche bis in die schulische Bildung, die Sprache und sogar die privaten Beziehungen.

Der Osten durchschaut die Mechanismen der Indoktrination

Der neue Ost-West-Konflikt reißt in der Bundesrepublik einen innerstaatlichen Graben auf. Während der Politik- und Mediendiskurs nahezu vollständig die multiethnische Transformation bejaht und die Bevölkerung im Westen bisher nur punktuell Widerspruch wagt, durchschauen die Menschen im Osten aus historischer Erfahrung die Mechanismen der Indoktrination und verweigern sich ihr mehrheitlich.

Es handelt sich um einen Widerstand von unten. Es gibt kaum alteingesessene Politiker, Akademiker und Journalisten, die als Wortführer agieren könnten, weil die Unterwerfung unter den West-Diskurs für karriereorientierte Ostdeutsche das Entréebillet zum Aufstieg bildete. Die oft ungeschickte Artikulation der Proteste nehmen die Medien zum Anlaß, sich zur Hetzmeute der Rechtgläubigen zu formieren und die Demonstranten als "Mob" zu verhöhnen.

Die Aggressionen lassen auf Ratlosigkeit, unterdrückte Zweifel und Selbsthaß schließen. Auch deshalb ist die aktuelle Ost-West-Kontroverse für Deutschland und Europa eine der letzten Chancen, um sich aus dem Strudel der Selbstabschaffung zu befreien.<<

Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtete am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>… Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/26-28): >>**Halb Afrika will nach Europa**

_ von Martin Müller-Mertens und Jürgen Elsässer

110 Millionen haben konkrete Reisepläne, rund 900.000 warten bereits in Libyen auf die Überfahrt übers Mittelmeer. Die Geburtenexplosion in den Ländern südlich der Sahara ist der Treibstoff der Migration - und die offenen Grenzen auf dem alten Kontinent wirken als Einladung.

Neueste Umfragen in afrikanischen Ländern zeigen, daß bis zu zwei Drittel der Einwohner auswandern wollen. Dabei sind nicht allein Not und Terror ein Antrieb, sondern oft Verwandte und Freunde, die schon in Europa sind", faßte die Welt Mitte März 2018 zusammen. In den Vorjahren kamen die Flüchtlinge vor allem über Italien in die EU. Seit in Rom mit dem Lega-Politiker Matteo Salvini ein Asylkritiker das Innenministerium führt, der den Schlepperschiffen das Einlaufen in die Häfen des Landes verboten hat, haben die Organisatoren der Völkerwanderung eine neue Route gefunden: Nun geht die Überfahrt vorzugsweise von Marokko aus an die spanische Küste.

Mitte Juni 2018 kamen an zwei Tagen über 1.100 Afrikaner in Schlauchbooten über die Meerenge von Gibraltar - das hatte es nie zuvor auf der iberischen Halbinsel gegeben. Die Schleuser sind politisch offensichtlich gut informiert: Sie wußten, daß etwa zeitgleich zum Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung in Spanien die Konservativen von den Schalthebeln der Macht vertrieben wurden und seither ein sozialistisches Kabinett die Geschicke des Landes lenkt, das es mit dem Grenzschutz nicht so genau nimmt.

Der neue Premier Pedro Sanchez hat bereits angekündigt, den NATO-Stacheldraht auf dem meterhohen Grenzzaun der Exklaven Ceuta und Melilla abbauen zu wollen. So könnten die Migranten künftig ganz ohne gefährliche Überfahrt bereits auf dem afrikanischen Kontinent ein Zipfelchen EU-Territorium erreichen und hätten damit das Recht auf Weitertransport auf das europäische Festland.

Das Heer der Millionen

Laut Angaben von Eurostat, der Statistikagentur der EU, beantragten zwischen 2014 und 2017 beinahe eine Million Bewohner der Länder südlich der Sahara Asyl in Europa. Doch das ist erst der Anfang. "In Libyen halten sich derzeit 900.000 Migranten auf. Der Anteil derjenigen, die gegenwärtig nach Europa wollen und auch die Mittel dazu haben, wird auf 200.000 geschätzt", zitierte die Wiener Kronen-Zeitung im September 2016 aus einem vertraulichen Bericht des österreichischen Geheimdienstes Heeres-Nachrichtenamt. Diese Zahl könnte jedoch zu niedrig angesetzt sein: Als andere Medien im April 2016 über eine ähnliche Prognose der Wiener Militäranalysten berichteten, widersprach der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU): "Ich halte sie für zu niedrig."

Bereits jetzt haben sich zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sowohl aus Nigeria als auch aus Südafrika, dazu 270.000 Menschen aus dem Senegal, 250.000 aus Ghana und 180.000 aus Kenia in Europa angesiedelt. Diese wollen jetzt ihre Angehören und Freunde nachholen. Eine Studie des renommierten amerikanischen Pew Research Center vom Frühjahr 2018 ermittelte durch Befragungen vor Ort folgende Zahlen: Zwei Drittel der Ghanaer und Nigerianer sowie etwa die Hälfte der Kenianer, Senegalesen und Südafrikaner wollen am liebsten emigrieren, vor allem in die USA oder nach Europa.

Im Jahre 2012 prognostizierte der inzwischen verstorbene Gründer der Organisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, daß "18 Millionen" auf "den gelobten Kontinent Europa" strömen werden. Doch das dürfte noch untertrieben gewesen sein: In den Ländern südlich der Sahara leben derzeit 1,1 Milliarde Menschen. Wenn auch nur zehn Prozent sich auf den Weg machten, wären das 110 Millionen.

Afrika explodiert

"950 Millionen Menschen wollen 2050 aus Afrika sowie aus den nichtafrikanischen Araberländern entkommen", errechnete Gunnar Heinsohn im Juni 2015. Der Demographie-Forscher - er arbeitet auch für die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das NATO Defense College in Rom - hält die Biologie und nicht die Religion (also den Islam) für den Grund der afrikanischen Expansion nach Europa:
Der hohe Geburtenüberschuß treibe alle, die im eigenen Land keine Aufstiegsmöglichkeiten haben, übers Mittelmeer. Daß sich zu 90 Prozent Männer und kaum Frauen in Bewegung setzen, dürfte allerdings durchaus mit dem Islam (und Stammesmentalitäten) zu tun haben: Das weibliche Geschlecht gilt in diesen Kulturen wenig, der Drang zur Selbstverwirklichung wird ihm von Kindesbeinen an abtrainiert.
Tatsächlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika fast drei Mal höher als im Rest der Welt, schneller auch als in den arabischen Ländern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen von 2015 wird die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf 9,6 Milliarden ansteigen. Von den 31 Ländern mit der höchsten Geburtenrate liegen 29 südlich der Sahara.
Bis zum Jahr 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln - von heute 1,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Zur Jahrhundertwende werden es sogar 4,2 Milliarden sein - und damit mehr als vier Mal so viel wie heute. Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1950er Jahre. Die große Ausnahme ist Afrika. Dort entbindet jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018 (x887/...): >>**Legalisierung der Masseneinwanderung**
Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember
Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".
Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ich, kann nicht verwundern.
Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.
Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.
Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den

sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.
Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."
Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.
Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.
Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.
Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns …" Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt.
Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.
Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. November 2018 (x887/...): >>**Mist, aufgeflogen**
Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen
Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel
Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel

zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.
Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.
Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!
Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterparteiler der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.
Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.
Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.
Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.
Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.
Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt’s nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.
Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!
Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen - wo’s undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen

müssen?
Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.
Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.
Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.
Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations", "Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?
Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?
So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.
Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.
Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abweichlern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 2018 (x887/...): >>**Ist der GCP wirklich unverbindlich?**
Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte
Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß

der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?
Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.
Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar.
So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen. Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.
Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.
Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.
Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.
Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.
Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt. Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt

sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.
So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.
Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2018: >>**Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch**
Von *Iris N. Masson*
Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuß der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herausschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmeländern von "Flüchtlingen". Ergo sei die Last stärker zu verteilen.
Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.
Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verheerenden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.
Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.
Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden. Aber das macht's nicht bes-

ser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben

Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angeblich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen … oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist … Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmalig ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts anderes als "UMVOLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von ‚Flüchtlingen' gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland auftürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen: Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter)

Inknastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland … Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen. …<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/…): >>**Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben**

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zu Gunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: "*Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als

Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt. Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.
Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrücklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war "*ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.
Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die "*New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.
"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, … daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.
Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."
"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...
Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016)*, um so mehr aber im GCM* (Global Compact for Migration)*, erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmenschen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."*

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden. Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, "*ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.*
Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").
Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtsubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.
"*In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf. Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."*
Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.
Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*
Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter

haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'menschenrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.
In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:
'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlossen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:
'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.
Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:
'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.
Tendenziell wird daraus:
'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.
Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.
Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:
>>**Globaler Pakt zum Volksaustausch**
_ von *Amelie Winther*
Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.
Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen. Die wirken einigermaßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie verstellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.
Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzu-

stellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migranten weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potentiellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sachen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration".

Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationsspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

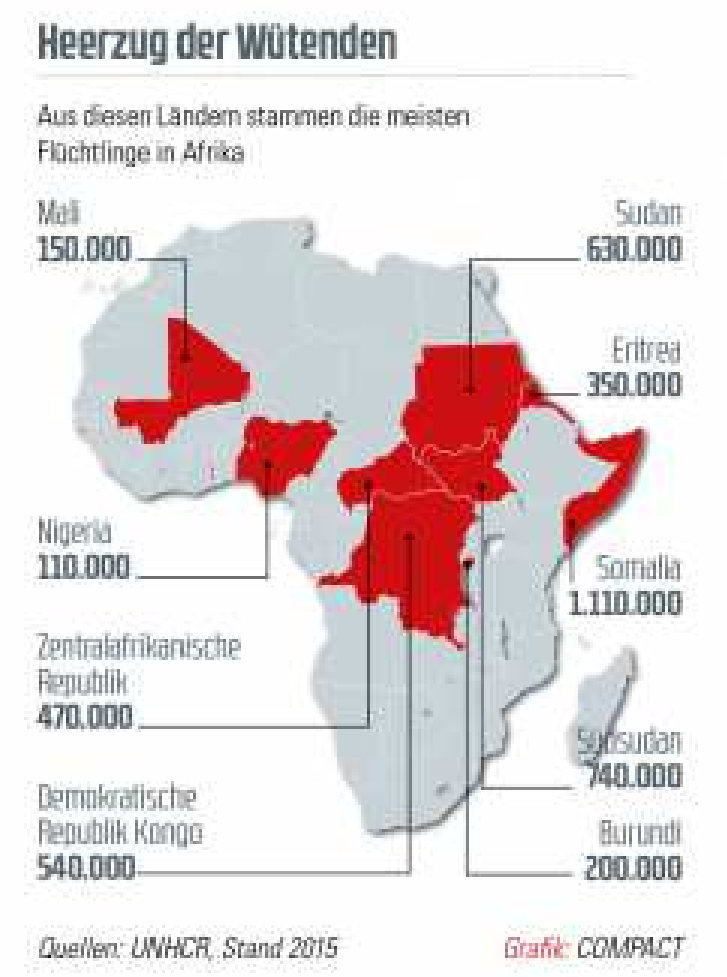
Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstaatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogeintrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne ..., die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen: "Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwi-

schen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Individuum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.
Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor William Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.



Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zukunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.
Pochen auf Souveränität
Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018: >>**BRD-Sprech: Hilfsorganisation**

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unverschuldet in Not geraten waren.

In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die obendrein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.

Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.

Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.

Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt. Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhorcht, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migranten, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x955/…): >>**Befahl der Vatikan die Migrantenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?**

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-

Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die … machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.
Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!
Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivile Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.
Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:
1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Verfahren (Modi)' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.

18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'.
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."
Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.
Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:
"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei globale Rahmenwerke (Global Compacts) zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."
Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!
Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.
In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.
Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:
>>**Die Geheimbünde der globalen Eliten**
_von Jürgen Elsässer
Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Weltübeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debat-

te eröffnet.
… 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."
Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die klerikalen Dogmen.
Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.
… Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn. Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zurückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.
Das Soros-Netzwerk
Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.
Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.
Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:
>>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**
_von Karel Meissner
Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveräni-

tät der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet, Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.

Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.

Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. …

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.

Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen und Druck machen.

Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-

Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018: >>**Ghostwriter Soros**

_von Daniell Pföhringer

… Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.

Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

… Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.

"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". …

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". …

Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.

Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/31-34): >>**Das Bilderberg-Komplott**

_von Daniell Pföhringer

Gibt es eine geheime Weltregierung, die jedes Jahr irgendwo in einem Nobelhotel tagt? Oder was verbirgt sich hinter dem berüchtigten Geheimniskrämer-Klub, der - unter Ausschluß der

Öffentlichkeit - den Geldadel mit der Politik zusammenbringt?
Oosterbeek, Ende Mai 1954: In dem kleinen holländischen Ort, etwa fünf Kilometer von Arnhem entfernt, trifft eine illustre Schar im noblen Hotel de Bilderberg ein. Trotz der Prominenz der Gäste - es handelt sich um Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien - gibt es keinen großen Bahnhof; man will kein Aufsehen erregen, ist bedacht auf Diskretion. Eingeladen hat Prinz Bernhard der Niederlande, erst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Gemeinsam mit dem Polen Jozef Retinger hat der aus Jena stammende Vater der späteren Königin Beatrix die Konferenz vorbereitet.
Erschienen sind unter anderem der Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokrat Max Brauer, Fiat-Chef Vittorio Valletta, der amerikanische Ketchup-König Jack Heinz, der Direktor von JP Morgan, Nelson Dean Jay, Unilever-Vorstand Paul Rijkens - und David Rockefeller, Manager der New Yorker Chase Manhattan Bank. Was auf dem Treffen besprochen wird, bleibt geheim. …

Die Hand der CIA

Vieles spricht dafür, daß schon auf den ersten Konferenzen Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant wurden - so wie man auch später unterhalb des öffentlichen Radars politische und wirtschaftliche Weichenstellungen vorwegnahm. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Nottingham, schreibt in seinem Buch OSS, CIA and European Unity, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten."
Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische Telegraph im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee die Europäische Bewegung Retingers. In dem Beitrag heißt es weiter: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."
Aldrich schreibt: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." …

Pyramide der Macht

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide. An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top-Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste der Konferenzen gesetzt wird. Der Advisory Group gehört beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger an. Bis zu seinem Tod war auch der Milliardär David Rockefeller dabei, der als Graue Eminenz der Bilderberger galt. Frühere Mitglieder der Spitzengruppe waren unter anderem der Brite Eric Roll of Ipsden, Mitglied des House of Lords und Chef der Warburg-Bank, Fiat-Chef Giovanni Agnelli oder der deutsche Industrielle Otto Wolff von Amerongen.
Die nächste Ebene bildet der Lenkungsausschuß, das sogenannte Steering Committee, dem neben dem Vorsitzenden der Bilderberg-Gruppe auch zwei Generalsekretäre - einer für Euro-

pa und Kanada und einer für die USA - sowie weitere ständige Mitglieder angehören. Als Chef amtiert derzeit der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, weitere Mitglieder sind der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, der Ökonom Victor Halberstadt, Professor an der Universität Leiden, Springer-Vorstand Matthias Döpfner, Bloomberg-Chefredakteur John Micklethwait oder Ryanair-Boß Michael O'Leary. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich dann die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Doch wozu die Geheimniskrämerei? Arbeiten die Bilderberger insgeheim an einer Weltregierung? An entsprechenden Verschwörungstheorien haben manche ihrer führenden Protagonisten eifrig mitgebastelt - allen voran David Rockefeller, der 1991 herausposaunte: "Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden."

Und er meinte: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

… Der britische Guardian zitierte den früheren Labour-Minister 2001 mit den Worten: "Zu behaupten, wir strebten nach einer Eine-Welt-Regierung, ist übertrieben, aber nicht gänzlich unfair." Bilderberg sei "eine Möglichkeit, Politiker, Industrielle, Finanziers und Journalisten zusammenzubringen." Man sei vor allem "daran interessiert, jüngere Politiker, deren Stern im Steigen begriffen ist, einzubeziehen und sie mit Finanzleuten und Industriellen zusammenzubringen, die ihnen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln können. Dies erhöht die Chance, eine sensible globale Politik zu betreiben."

Genau dies kritisiert der Managementprofessor an der britischen Cranfield-Universität und Machtforscher Andrew Kakabadse, Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will", so Kakabadse. Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge", meint der Experte. "Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Sprungbrett für Schmidt und Kohl

Tatsächlich haben sich die jährlichen Konferenzen der Nadelstreifentruppe oft als Karrieresprungbrett erwiesen - auch für deutsche Politiker. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Geheimniskrämern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte.

Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 von den Bilderbergern nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate später ins Kanzleramt einziehen. Bei Peer Steinbrück klappte es hingegen nicht: Er reiste 2011 zur Bilderberg-Konferenz ins schweizerische St. Moritz, wurde im Jahr darauf von der SPD zum Kanzlerkandidaten nominiert, scheiterte dann jedoch 2013 bei der Bundestagswahl.

Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt darin, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter auch Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert

- mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. …

Endstation Globalismus?

Wie weit der Einfluß der Bilderberger wirklich geht, läßt sich an den auf den ersten Konferenzen getroffenen Vorbereitungen zur sogenannten europäischen Integration erahnen, an denen US-Geheimdienstkreise mitwirkten. Auch die Einführung des Euro soll nicht etwa in den dafür zuständigen politischen Gremien besprochen worden sein, sondern auf einer Konferenz der diskreten Gruppe.

Die Behauptung eines "privaten Charakters" der Treffen ist also eine glatte Lüge, wie auch der Soziologe Krysmanski feststellt, wenn er sagt: "Abgesehen mal von familiären Bezügen, aber alles, was mit politisch relevanten Inhalten und Diskussionen und Entscheidungen zu tun hat, ob das in vertraulichen Beratungen erfolgt oder im Parlament selber, kann niemals privat sein beziehungsweise ist immer irgendwie öffentlich."

Demokratie wird zur reinen Staffage, wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als globaler Markt und geostrategisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.

Am Ende seines Buches *Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht* gibt der Wissenschaftsjournalist Andreas von Rétyi zu bedenken, daß "auch den Mächtigsten dieser Erde" irgendwann einleuchten müsse, "daß das glorreichste und schönste Ziel nichts nützt, wenn auf dem Weg dahin die gesamte Welt in Schutt und Asche gelegt wird". Letzten Endes gäbe es dann "für die machtgierigen Herrscher auch niemanden mehr, über den es sich zu herrschen lohnte". Spätestens dann hätten sich die Bilderberger "selbst ins absolute Aus manövriert". Ob sich die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen darüber schon mal Gedanken gemacht haben?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/35-36): >>**Das Netz der Spinne**

_Daniell Pföhringer

David Rockefeller spielte nicht nur bei den Bilderbergern eine tragende Rolle, er zog auch bei anderen Organisationen der Globalisten die Strippen.

Am Rande der Konferenz von Versailles kam am 30. September 1919 im Pariser Hotel Majestic eine Gruppe von Männern aus Großbritannien und den USA zusammen, um die strategischen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament zu stellen.

Zu den britischen Teilnehmern der Zusammenkunft zählten unter anderem Lionel Curtis und Philip Kerr, Initiatoren des Round Table, Lord Robert Cecil, der als Staatssekretär im Londoner Außenministerium den Entwurf für den späteren Völkerbund verfaßte, sowie Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times. …

Die amerikanische Seite setzte sich aus Angehörigen des Beraterkreises von US-Präsident Woodrow Wilson zusammen. Dazu zählten neben dem Journalisten Walter Lippmann der US-Bundesrichter Louis Brandeis, der Harvard-Professor Abbott Lawrence Lowell und der vormalige Stabschef der US-Armee General Tasker H. Bliss, der in Versailles als Wilsons Generalbevollmächtigter fungierte. Die Geisteshaltung, die den in Frankreichs Hauptstadt versammelten Kreis prägte, dokumentierte Lippmann in seinem Buch *Public Opinion* mit den Worten: "Die gemeinsamen Interessen entziehen sich weitgehend der öffentlichen Meinung, sie zu verwalten obliegt einer besonderen Klasse, deren persönliche Interessen weit über lokale Belange hinausgehen."

Vision einer Grand Area

Dem informellen Treffen in Versailles folgte 1921 die offizielle Gründung einer neuen Denkfabrik in New York: des Council on Foreign Relations ("Rat für auswärtige Beziehungen"), kurz CFR. Neben Lippmann zählten dessen enger Freund Edward Mandell House, wichtigster außenpolitischer Berater Präsident Wilsons, der damalige Anwalt von Rockefellers Standard Oil und spätere Außenminister John Foster Dulles sowie die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn zu den Gründungsmitgliedern. Finanziert wurden der CFR und dessen Projekte von der Standard-Oil-Gruppe, dem Geldhaus J. P. Morgan & Co. und anderen Wall-Street-Banken.

Zu den wichtigsten Vorhaben der neuen Organisation gehörte die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulierten die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftlichen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area.

Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so hieß es weiter, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser "Grand Area" zur "Integration des Gebietes" und zur Übertragung des ökonomischen Potentials der Region in militärische Macht.

In seinem Buch Die Denkfabriken schreibt F. William Engdahl über die bis heute maßgeblich von der Familie Rockefeller beeinflußte und finanzierte Organisation: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR. In einem war er ungeheuer erfolgreich: Auch heute, fast 100 Jahre nach seiner Gründung, haben die meisten Amerikaner, geschweige denn die Menschen im Ausland, den Namen noch nie gehört." …

Der CFR wurde schnell zum Personalreservoir der US-Politik, wie Engdahl belegt: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren." Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizepräsident der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist.

Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, Laurence D. Fink, Direktor von BlackRock, sowie Stephen Friedman, ehemals Chef von Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der Gründer der Atlantik-Brücke und frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller.

Sprung nach Asien

Rockefeller zog beim CFR genauso die Strippen wie bei den Bilderbergern … Genau zwanzig Jahre nach deren Gründung beschloß er, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock von 1973. Die darauf folgende Dollar-Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden-Profite. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen der boomenden westlichen Industrieländer in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und -Hochfinanz nun gefährlich.

Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wah-

rer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern, wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."
Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten dann Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola-Boß J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.
Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia: Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralen zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach. Dieses Muster setzte sich unter den weiteren US-Präsidenten fort.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Zbigniew Brzezinski und die US-Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern (x364/221-225): >>**XII. Siegen die Illuminaten?**
Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht "Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme". Der 1977 erschienene Bericht stellte fest:
"Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein."
Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel "Between two Ages", das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten werden wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der "Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen", den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme, des Sowjet-Handels mit dem Westen - besonders was technologische und strategische Güter betrifft.
Ein in Brzezinskis Buch "Zwischen zwei Weltaltern" enthaltenes Zitat lautet: "Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürre - beziehungsweise Unwetterperioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen."

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt "ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben" muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden. Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive "Phase" um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß "die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Menschen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes".
Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und "illuminierten" Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine "Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht" bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, "der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war".
Die dritte Phase sei der Marxismus, der "eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren."
Einige Seiten später verlangt "Bruder Zbig", daß wir ihm glauben sollen, daß "der Marxismus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezogen".
Hinsichtlich der "Rivalität" zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß "das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht".
Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die "Technotronische Ära" bezeichnet - beziehungsweise das "Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene". Laut "Websters New Collegiate Dictionary" bedeutet Humanitarismus "den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrin, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und ausschließlich von ihm ausgehen.
Die Doktrin, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommnen läßt." Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums - das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende "Technokratische Ära" steht "in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie" und "bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird.
Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der allermodernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann."

In der Januar-Ausgabe von 1968 des ""Encounter" führt Brzezinski zu demselben Thema aus: "Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, "kreative" Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder "Retortenmenschen" könnten sie wie Menschen handeln."
"Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Individuum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen."
In "The Freeman Digest" erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß "bestimmte weise Männer" (zweifellos Illuminierte) "eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß"!
Brzezinski erklärt: "Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U.S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann."
Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre "Neue Weltordnung" annehmen soll? Dazu erläutert er: "Spannung ist unvermeidlich, wenn der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionelle Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend.
Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationenstaaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts - ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren."

Bruder Zbig und die Banker

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als "außenpolitischer Berater" und Vertrauter von David Rockefeller tätig war, Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.
Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die "dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen".
Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: "Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jenen Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten."
"Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten."
Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohmann gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat. Von dem Rechercheur Craig S. Kar-

pel erfahren wir, daß "Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden.
Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszuwählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchsetzt, die für den Plan unerläßlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in hohe Regierungsämter zu bringen.
Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der "Chicago Sun-Times", den Chefherausgeber der "Times", den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der "Los Angeles Times", der "New York Times" und des "Wall Street Journal" mit aufgenommen. …<<
Das Internetportal "Wikipedia" berichtete im Jahre 2020 über das Tavistock Institute of Human Relations (x971/…): >>… Das Tavistock Institute of Human Relations (TIHR) ist eine Non-Profit-Organisation, die sich mit sozialwissenschaftlicher Forschung befaßt und 1947 als Ableger der Tavistock Clinic gegründet wurde.

Geschichte

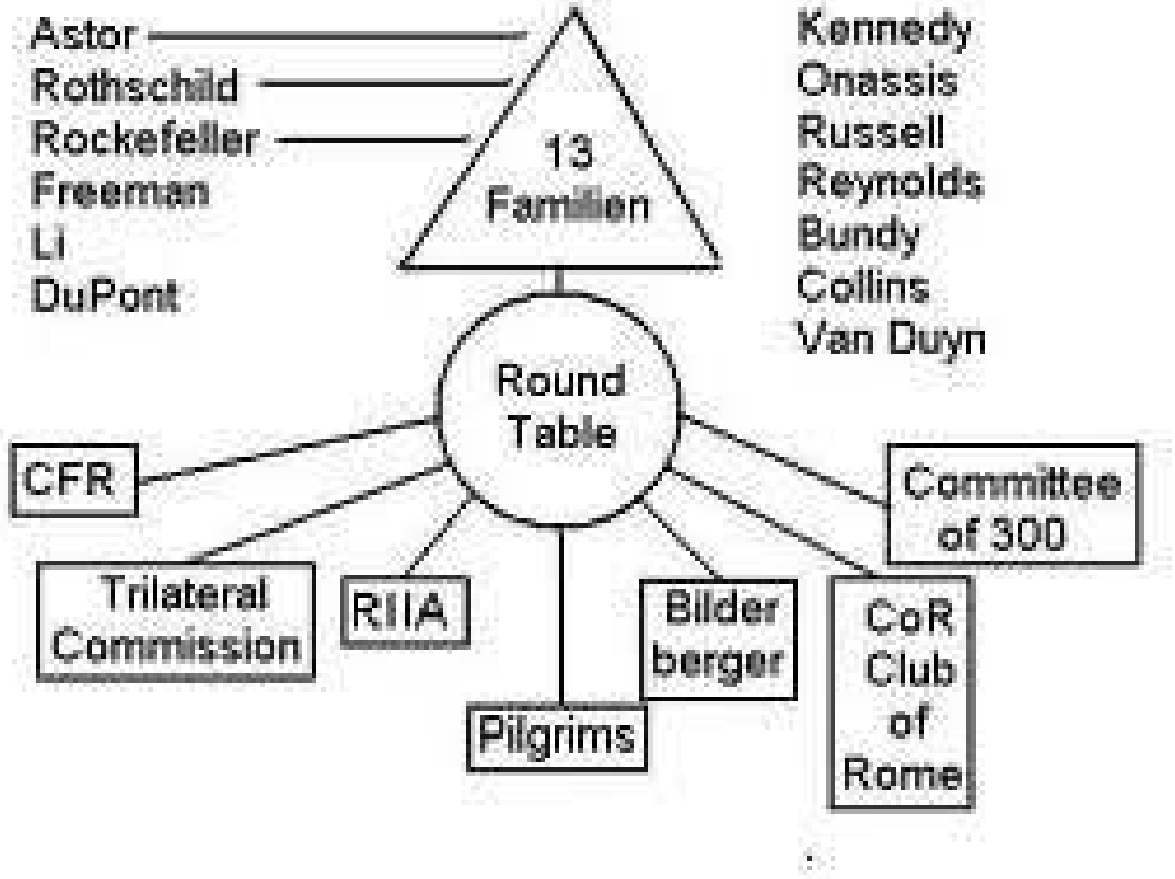
Während des Zweiten Weltkrieges dienten viele der hauptberuflichen Mitarbeiter der Tavistock Clinic als psychiatrische Spezialisten in der Armee. Die im War Propaganda Bureau (Wellington House) ansässige Organisation entwarf Propagandakonzepte und verbreitete sie.
Diese interdisziplinäre Gruppe gründete 1947 das *Tavistock Institute of Human Relations* und wandte sich Fragen der Organisationsentwicklung und des sozialen Wandels zu. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Elliott Jaques, Henry Dicks, Leonard Browne, Ronald Hargreaves, John Rawlings Rees, Mary Luff, Wilfred Bion und Tommy Wilson als Direktor. Die Rockefeller Foundation leistete einen finanziellen Beitrag. Weitere bekannte Mitarbeiter kamen später dazu: John D. Sutherland, John Bowlby, Eric Lansdown Trist und Fred Emery.
Das Tavistock Institute betreibt heute Forschungen und Konsultationen im Bereich Sozialwissenschaften und angewandte Psychologie für die Europäische Union, verschiedene Abteilungen der britischen Regierung und private Auftraggeber. Das Institut verfügt über einen eigenen Verlag und ist Eigentümer und Herausgeber von *Human Relations*, einem internationalen Journal für Sozialwissenschaften.

Tätigkeit und Forschungsschwerpunkte

Die Grundkonzepte, welche zur soziopsychologischen Ausrichtung des Institutes führten, waren die psychoanalytische Objektbeziehungstheorie, die Lewinsche Feldtheorie, der Kultur und Persönlichkeits-Ansatz (culture and personality school) und die Theorie der offenen Systeme von Fred Emery (Open Systems Theory (OST)). Diese dienten zur Steuerung von wirkungsorientierten (action-oriented) Projekten von erheblichem Umfang und Dauer. Die Erfahrungen aus diesen Projekten führten zu weiteren konzeptionellen Entwicklungen. Um die Prozesse verstehen und die neuen Abläufe entwickeln zu können, wurden mehrere oder alle Grundkonzepte verwendet.
Ab 1949 wurden vom Tavistock-Institut im britischen Steinkohlenbergbau Studien über die "Auswirkungen der Mechanisierung und Arbeitsteilungen im Bergbau" durchgeführt. Die dabei angewandte Forschungsmethode wurde als Tavistock-Ansatz bekannt.
Mit zwei industriesoziologischen Untersuchungen über die Arbeitsorganisation in britischen Kohlebergwerken und indischen Textilfabriken trugen sie zur Entwicklung der Organisationssoziologie bei. Die Forscher benutzten als theoretisches Bezugssystem den sogenannten soziotechnischen Ansatz, der besagt, daß es bei der Strukturierung von Arbeitsorganisationen eine *organizational choice* (englisch für 'organisatorische Wahl') gäbe, bei der technische und soziale Anforderungen in verschiedener Weise kombiniert werden können. Eine Optimierung im Gesamtsystem gelinge nur bei Suboptimierung in den beiden Teilsystemen (technisches

und soziales Subsystem).
Diese Erkenntnisse waren prägend für die Methode der Organisationsentwicklung. Sie wird bei der Planung und Umsetzung vieler Veränderungsprozesse in Organisationen angewendet.
Bekannte Mitarbeiter
- Eine Schlüsselfigur in der Geschichte von Tavistock war Brigadegeneral John Rawlings-Rees, Autor von *The Shaping of Psychiatry by War* ('Die Veränderung der Psychiatrie durch den Krieg'). Er war vor dem Zweiten Weltkrieg medizinischer Direktor der Tavistock Clinic und maßgeblich an der Gründung des Tavistock Institutes beteiligt.
- Der Sozialpsychologe Eric Lansdown Trist war von 1946 bis 1966 Vizedirektor und Direktor sowie wichtigster Exponent des Tavistock-Ansatzes.
- Die Psychoanalytiker Wilfred Bion und S. H. Foulkes, beide frühe Vorkämpfer der Gruppenanalyse, entwickelten neue Methoden zur Auswahl von Offizieren. Dabei beobachteten sie die Gruppendynamik in einer sogenannten *führerlosen Gruppe*, wo die Verantwortungsübernahme weniger über hierarchisches Befehlen als durch praktisches Tätigwerden erfolgt. Ihre Methoden führten zu einer verringerten Anzahl zurückgewiesener Offizieranwärter.
- Ronald D. Laing diente in der Psychiatrie-Einheit der britischen Armee (*British Army Psychiatric Unit*).
- Kurt Lewin, ein Mitglied der Berlin-Frankfurter Schule, und seine gruppendynamischen Theorien haben bis heute einen großen Einfluß auf die Arbeit des Institutes.
- Eric J. Miller, seit 1969 im Institut Direktor der *Group Relations Programme*, erarbeitete unter anderem das Design für die Nazareth-Konferenzen. …<<
Hermann Hitthaler berichtet auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über das Komitee der 300 (x937/…): >>**Das Komitee der 300**
Das Komitee der 300 verfolgt ein klares Ziel: die Weltherrschaft. Ihre Ziele, das zu erreichen, sind hier aufgelistet.
Diese mächtige Gruppe arbeitet schon lange im Hintergrund und sie verfolgen die Absicht, ihnen die Menschen zu unterwerfen unter anderem durch Beraubung unseres freien Willens, Vernichtung aller Religionen, Förderung religiöser Sekten, Kollaps der Weltwirtschaft, Erschaffung eines Terrorismus ...
Die Hierarchie der Verschwörer
Können Sie sich eine allmächtige Gruppe vorstellen, die keine nationalen Grenzen kennt, über dem Gesetz aller Länder steht und die alle Aspekte der Politik, der Religion, des Handels und der Industrie, des Banken- und Versicherungswesens, des Bergbaus, des Drogenhandels und der Erdölindustrie kontrolliert - eine Gruppe, die niemandem als ihren eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist?
Die überwiegende Mehrheit der Menschen hält dies für unmöglich. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, dann gehören Sie zur Mehrheit.
Die Vorstellung, daß eine geheime Elitegruppe alle Aspekte unseres Lebens kontrolliert, geht über deren Verständnis hinaus. Amerikaner neigen dazu, zu sagen: "So etwas kann hier nicht geschehen. Unsere Verfassung verbietet es."
Daß es eine solche Körperschaft gibt - das Komitee der 300 -, wird in dem Buch ("Das Komitee der 300 - Die Hierarchie der Verschwörer"*) anschaulich dargestellt. Viele ehrliche Politiker und Publizisten, die versuchen, unsere Probleme anzugehen, sprechen oder schreiben über "sie". Dieses Buch sagt genau, wer "sie" sind und was "sie" für unsere Zukunft geplant haben. Es zeigt, wie "sie" mit der amerikanischen Nation seit mehr als 50 Jahren im Krieg stehen, einem Krieg, den wir, das Volk, verlieren.
Es stellt dar, welche Methoden "sie" benutzen und wie "sie" uns alle das Gehirn gewaschen haben. Ereignisse, die seit der Erstveröffentlichung dieses Buches abgelaufen sind, sprechen Bände über die Richtigkeit der getroffenen Vorhersagen und für die saubere Recherche seines

Autors Dr. John Coleman.
Wenn Sie einerseits ratlos und verwirrt sind und sich fragen, wieso ständig Dinge passieren, die wir als Nation eigentlich ablehnen, wenn sie sich andererseits jedoch machtlos fühlen, zu verhindern, daß wir immer auf das falsche Pferd setzen, wieso unsere einstigen sozialen und moralischen Werte verfälscht und untergraben werden; wenn Sie durch die vielen Verschwörungstheorien verwirrt sind, dann wird Ihnen "Die Hierarchie der Verschwörer - Das Komitee der 300" die Sachverhalte kristallklar erklären und zeigen, daß diese Umstände absichtlich geschaffen wurden, um uns als freie Menschen auf die Knie zu zwingen.
Wenn Sie erst einmal die entsetzlichen Wahrheiten, die in diesem Buch stehen, gelesen haben, werden Sie lernen, Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen. Dann werden Ihnen soziale, wirtschaftliche, politische und religiöse Phänomene nicht länger schleierhaft vorkommen. Diese hier vorliegende Entlarvung der gegen die Vereinigten Staaten und die ganze Welt gerichteten Mächte kann nicht ignoriert werden. Der Autor vermittelt Ihnen eine ganz neue Wahrnehmung hinsichtlich der Welt, in der wir alle leben.



Die Ziele des Komitees der 300
Dr. John Coleman hat in über 40 Jahren Recherchearbeit ein Standardgeschichtswerk zusammengestellt, in welchem er schonungslos die Ziele und Mittel des "Comittee of 300" in 21 Punkten auflistet, um die Neue Weltordnung durchzusetzen. Egal, wie sie sich nennen: Illuminaten, Bilderberger, Komitee der 300, ... Fakt ist, das es Mächte gibt, die uns gar nicht gut gesonnen sind. Aber lesen Sie selber:
1. Die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung mit einer einzigen Kirche und einem einzigen Geldsystem unter ihrer Kontrolle.
2. Die völlige Zerstörung jeder nationalen Identität und jeden Nationalstolzes, da die Menschen nur so eine supranationale Welt-Regierung akzeptieren werden.
3. Die Zerstörung jeder Religion, vor allem der christlichen. Einzige Ausnahme: die von ihnen

geschaffene "Religion".
4. Die Etablierung von Gedankenkontrolltechniken mit dem Ziel, menschliche Roboter zu erschaffen, welche auf externe Impulse und Steuerung reagieren.
5. Das Ende der Industrialisierung mit Ausnahme des Computer- und Dienstleistungssektors. Angestrebt wird eine "Nachindustrielle-Null-Wachstums-Gesellschaft". Die restlichen Industriezweige werden in kostengünstige Drittweltländer ausgelagert.
6. Den Konsum von Drogen zu ermutigen oder sogar zu legalisieren und aus der Pornographie eine "Kunstform" zu machen, welche weitherum akzeptiert und schließlich als völlig normal angesehen wird.
7. Die Entvölkerung großer Städte nach dem Vorbild der Schlachtorgien Pol Pots in Kambodscha zu betreiben.
8. Die Unterdrückung aller wissenschaftlichen Entwicklung außer jener, die den Zielen der Illuminati dient.
9. Den vorzeitigen Tod von drei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 zu verursachen - einerseits durch "lokal begrenzte Kriege" in den entwickelten Ländern, andererseits durch Hunger und Krankheit in den unentwickelten Ländern. Das Komitee der 300 (unter der Führung der Illuminaten) beauftragte Cyrus Vance (US-Außenminister in der Carter-Regierung), ein Papier zu verfassen, wie man eine solche Bevölkerungsreduktion bewerkstelligen könnte. Das Papier trug den Titel Global 2000 Report und wurde von Präsident Carter und Edwin Muskie, dem damaligen Außenminister für und im Namen der US-Regierung akzeptiert und gebilligt. Zu den Bestimmungen des Global 2000-Reports gehört, daß die US-Bevölkerung bis zum Jahr 2050 um 100 Millionen Menschen reduziert werden muß.
10. Die Moral im Volk zu schwächen; ferner die Arbeiterklasse durch Massenarbeitslosigkeit zu demoralisieren und sie dadurch in die Drogen- oder Alkoholsucht zu treiben. Die Jugend soll mittels Drogen und aggressiver Musikstile dazu ermutigt werden, gegen den Status Quo zu rebellieren, was auch zur Schwächung/Auflösung der Familieneinheit führt.
11. Die Menschen davon abzubringen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, indem man sie einer Krise nach der anderen aussetzt und solche Krisen dann vom Staat meistern läßt. Die Menschen werden sich so bald vom "eigenen Schicksal" bzw. den vielen schweren Entscheidungen überfordert fühlen und apathisch werden. In den USA existiert deshalb eine Behörde für Krisenmanagement. Sie nennt sich FEMA (Federal Emergency Management Agency).
12. Neue Kulte einzuführen und die bestehenden zu fördern.
13. Den christlichen Fundamentalismus zu fördern, der die Ziele des zionistischen Staates Israel durch die Identifikation mit "Gottes auserwähltem Volk" u.a. mit großen Geldsummen unterstützen wird.
14. Auf die Verbreitung von religiösen Sekten wie der Moslem-Bruderschaft oder der Sikhs zu drängen und Gedankenkontroll-Experimente auszuführen, ähnlich wie es Jim Jones in seinem Lager in Jonestown (Guayana) getan hatte, bevor sich die ca. 900 Anhänger seines Peoples Temple auf Befehl hin umbrachten bzw. umgebracht wurden (November 1978).
15. Ideen hinsichtlich "religiöser Befreiung" in weltweiten Umlauf zu setzen, um alle existierenden Religionen zu unterhöhlen, allen voran die christliche Religion. Dieser Prozeß begann mit der sogenannten "Befreiungstheologie".
16. Einen Kollaps der Weltwirtschaft herbeizuführen und damit das totale politische Chaos zu erzeugen.
17. Die Kontrolle über alle inneren und internationalen Strategien der USA zu übernehmen.
18. Supranationalen Institutionen wie der UNO, dem Internationalen Währungsfonds, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (die BIZ in Basel), dem Internationalen Gerichtshof etc. die größte Unterstützung zukommen zu lassen, während man gleichzeitig lokale und nationale Institutionen weniger handlungsfähig werden läßt, indem man sie stufenweise ab-

baut oder unter die Schirmherrschaft der UNO bringt.
19. Alle Regierungen zu infiltrieren und zu übernehmen, um dann von innen heraus die Hoheitsrechte der jeweiligen Nation schleichend aufzulösen und zu zerstören.
20. Einen internationalen Terrorismus zu erschaffen und mit Terroristen zu verhandeln, wann immer terroristische Aktivitäten stattgefunden haben.
21. Die Kontrolle über das Bildungswesen in den USA zu übernehmen, mit dem Ziel, dieses völlig zugrunde zu richten.
(*) Das Buch "Das Komitee der 300 - Die Hierarchie der Verschwörer", erschienen im J. K. Fischer-Verlag ist erhältlich bei www.osirisbuch.de

Was uns konkret erwartet

Zusammengefaßt ist die Absicht des Komitees der 300, die folgenden Gesellschaftsverhältnisse zu etablieren: eine Eine-Welt-Regierung und ein Währungssystem mit einer einzigen Währung unter einer permanenten, nicht gewählten, aber erblichen Machtstruktur, die ihre Nachfolger selbst aus ihren Reihen auswählt, um auf eine Wiederkunft der Feudalstruktur des Mittelalters hinzuarbeiten, in der dann die Eine-Welt-Bevölkerung verdummt dahinvegetieren wird.

Diverse Verbote

In dieser Einen Welt wird die Bevölkerung durch diverse Verbote eingeschränkt werden. Die Anzahl der Kinder pro Familie wird limitiert sein. Krankheiten, Kriege und Hungersnöte werden sich um die "überflüssige Bevölkerung" kümmern., bis sie auf unter einer Milliarde Menschen dezimiert ist, die dann als Weltbevölkerung übrig bleiben und der Herrscherklasse nützlich sind, die in Zonen lebt, die streng und klar definiert sein werden. Es wird keine Mittelschicht mehr geben, nur Herrscher und Diener.
Alle Gesetze werden unter einem Rechtssystem von Weltgerichtshöfen vereinheitlicht sein. Überall wird man nach den gleichen Gesetzen verfahren, unterstützt von der Polizeimacht der Eine-Welt-Regierung und einem vereinheitlichten Eine-Welt-Militär, um die Durchsetzung dieser Gesetze in allen Ländern zu erzwingen, zwischen denen es keine Grenzen mehr geben wird. Das System wird nach den Regeln eines Wohlfahrtsstaates strukturiert sein. Jene, die der Eine-Welt-Regierung gehorsam und unterwürfig dienen, werden mit den notwendigen Lebensmitteln und Gütern belohnt werden. Jene, die rebellieren, werden dem Hungerstod ausgesetzt oder zu Gesetzlosen deklariert und so ein Ziel für alle, die sie töten wollen. Waffen in Privatbesitz werden verboten sein.

Eine Religion

Nur eine Religion wird in Form einer Eine-Welt-Regierungskirche, die bereits seit 1920 existiert, erlaubt sein. Gnostizismus, Satanismus, Teufelsanbetung und Hexerei werden Bestandteile des Eine-Welt-Regierungs-Lehrplans sein, und es wird keine privaten oder kirchlichen Schulen mehr geben. Die christlichen Kirchen wurden bereits unterwandert; das Christentum wird unter der neuen Weltregierung zu einer Religion der Vergangenheit.
Die Erwähnung von Jesus Christus als göttliches Wesen und als Sohn Gottes wird aus allen geschriebenen und mündlichen Berichten und aus allen Gebeten eliminiert werden. Jesus wird man den Status eines gewöhnlichen Mannes geben, seine Anbetung wird verboten werden. So wird die Herrschaft des Anti-Christen eingesetzt. In diesem Zusammenhang muß wiederholt werden: der "Da Vinci Code" wurde geschrieben, verfilmt und gefördert, um den Aufstieg des Gnostizismus zu fördern und den Status von Jesus Christus auf den eines gewöhnlichen Mannes zu degradieren.

Keine individuelle Freiheit mehr

Um eine Staatsform etablieren zu können, in der es keine individuellen Freiheiten mehr gibt und für die auch das Prinzip der Freiheit nicht mehr grundlegend ist, werden Begriffe wie Republikanismus, Souveränität oder Menschenrechte zu Fremdwörtern. Die US-Verfassung wird

abgeschafft werden, ja bereits ihre Lektüre wird verboten sein. Nationaler Stolz und ethnische Identität sollen vernichtet werden, in einer Übergangsphase soll es Gegenstand schwerster Strafe werden, überhaupt die eigene Rasse zu erwähnen.
Jedem Mensch soll indoktriniert werden, er oder sie sei ein Geschöpf der Eine-Welt-Regierung, ausgestattet mit einer Identifikationsnummer, die einer Person klar zugeordnet werden kann. Deren Daten sind verknüpft mit der Hauptdatei des NATO-Computers in Brüssel und sofort zugänglich. Die Personaldaten jedes Bürgers können so von jeder Agentur der Eine-Welt-Regierung jederzeit abgefragt werden. Die Akten und Datenbestände der CIA, FBI, der staatlichen Verwaltungsbehörden und der lokalen Polizeiinspektionen, der IRS, der FEMA und der Sozialbehörden sollen riesig ausgeweitet werden.
Heiraten in traditioneller Form wird es nicht mehr geben, es soll kein Familienleben mehr existieren, wie wir es noch kannten. Die Kinder sollen von ihren Eltern bereits in einem sehr frühen Alter getrennt und in staatlichen Kinderheimen quasi als Staatsbesitz aufgezogen werden. Solch ein Experiment wurde bereits in Mitteldeutschland unter Erich Honecker durchgeführt. Kinder wurden ihren Eltern weggenommen, die vom Staat als unloyale Bürger eingeschwätzt worden sind. Frauen sollen durch einen fortschreitenden "Emanzipations-Prozeß" im Grunde degradiert werden. Freier Sex soll so zu einer "moralischen" Verpflichtung werden.
Einmaliger Ungehorsam soll, zumindest ab einem Alter von 20 Jahren, strafbar sein und mehrere Repressalien nach sich ziehen. Selbstabtreibung soll gelehrt und ausgeübt werden, nachdem eine Frau zwei Kinder geboren hat. Aufzeichnungen darüber sollen in den regionalen Computern der Eine-Welt-Regierung in den Personaldateien jeder Frau gespeichert werden. Falls eine Frau schwanger wird, nachdem sie bereits zwei Kinder geboren hat, soll sie zu einer erzwungenen Abtreibung und Sterilisation in eine Abtreibungsklinik gebracht werden.
Pornographie soll gefördert und in jeder Schulklasse zur vorgeschriebenen Literatur werden. Sie soll in Theatern und Kinos vorgeführt werden, einschließlich homosexueller Pornographie. Der Gebrauch von "entspannenden" Drogen soll keinen Strafen mehr unterliegen. Jede Person soll Drogenrationen zugewiesen bekommen, die in Eine-Welt-Regierung-Geschäften in der ganzen Welt gekauft werden können.
Man wird Drogen zur Bewußtseinskontrolle im Umlauf bringen. Diese werden auch bei Zwangsbehandlungen von Personen zum Einsatz gebracht werden. Die wegen einer "Rebellion" oder wegen "ordnungswidrigen Verhaltens" auffällig geworden sind. Solche Drogen sollen Nahrungsmitteln und/oder Wasservorräten zugesetzt werden, ohne das Wissen oder die Zustimmung der Konsumenten. Drogenbars sollen etabliert werden, die von Angestellten der Eine-Welt-Regierung geleitet werden. In ihnen darf die Sklavenklasse ihre freie Zeit verbringen. Auf diese Weise werden die nicht zur Elite gehörenden Massen auf ein animalisches Verhalten reduziert, ohne eigenen Willen, einfach zu reglementieren und zu kontrollieren.

Kontrolle des Wirtschaftssystems, der Nahrung …

Das Wirtschaftssystem soll durch die herrschende Klasse kontrolliert werden, die gerade genügend Essen, Güter und Dienstleistungen erlaubt, um die Sklavenarbeitslager betriebsbereit zu halten. Aller Reichtum soll in den Händen der Elitemitglieder des Komitees der 300 gehalten werden. Jedem Individuum soll klar gemacht werden, daß es völlig vom Staat abhängig ist, um überleben zu können. Die Welt soll von Exekutivvorschriften des Komitees der 300 regiert werden, die sofort Gesetzeskraft haben.
Die Industrie wird schrittweise aufgelöst werden. Nur die Mitglieder des Komitees der 300 und ihre Elite sollen Zugang zu den Rohstoffen dieser Erde haben. Ebenso die Landwirtschaft, verbunden mit einer strengen Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion.
Nach der Zerstörung der Bauindustrie und des Immobilienmarktes, der Auto- Stahl- und Schwermetallindustrie soll es nur mehr begrenzten Wohnraum geben, unter strenger Kontrolle der NATO und des Club of Rome.

Alle pharmazeutischen Produkte, alle Mediziner, Zahnärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen werden in der zentralen Computerdatenbank registriert werden, und kein Medikament und keine medizinische Versorgung werden ohne die ausdrückliche Erlaubnis verschrieben werden können.
Es wird keinen Banken mehr erlaubt sein, eigenständig zu operieren, außer der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Weltbank. Private Bankgeschäfte werden verboten sein.

Kein Bargeld

Es soll kein Bargeld mehr in den Händen der Nichtelite geben. Alle Transaktionen sollen mittels einer elektronischen Kreditkarte ausgeführt werden, sie soll die Identifikations-Nummer des Besitzers tragen. Alle Personen, die die Regeln des Komitees der 300 nicht beachten, wird die Nutzung dieser Karte zeitweise oder ganz entzogen.

Vieles zeichnet sich ab

Eines ist aus dem Vorangegangenen offensichtlich: viel Arbeit muß noch getan werden, bevor die Dämmerung der Neuen Weltordnung kommt. Das Komitee der 300 hat schon vor längerer Zeit Pläne ausgearbeitet, um die Zivilisation, wie wir sie kennen, zu zerstören. Manche dieser Pläne wurden von dem polnischen Aristokraten Zbigniew Brzezinski in seiner klassischen Arbeit "Between Two Ages, The Technotronic Era" und in den Arbeiten von Aurelio Peccei, Gründer des Club of Rome, insbesondere in dessen Buch "The Chasm Ahead" ("Die Kluft vor uns") bekannt gemacht. Georges Orwells "1984" wird zwar als Fiktion dargestellt, seine Fiktionen aber tatsächlich aus in Archiven und Dokumenten gefundenen politischen Absichtserklärungen herausgefiltert.
(Siehe dazu auch http://www.cuttingthrouthematrix.com/)

Fazit: Ziel ist die totale Kontrolle über den Menschen

Auszug aus einem Interview von Dr. John Coleman mit Alex Jones am 2. Juni 2010, das die Sache auf den Punkt bringt:

…

***Dr. C.*:** Der Alptraum wird sein, daß du keinerlei Rechte irgendwelcher Art mehr hast. Dir wird genau befohlen werden, was du zu tun hast und wann du es zu tun hast. Dir wird gesagt werden, welche Art von Beschäftigung du haben kannst oder nicht, und so geht es dann weiter und weiter.
Mit anderen Worten: Jedes Individuum, jeder einzelne Mensch wird völlig kontrolliert werden, und ihm wird befohlen werden, was er tun darf und was nicht.

***A. J.*:** Ja, ich sah vor einigen Wochen Bill Gates, wie er sagte, er würde China lieben, weil sie nun entscheiden, welche Kinder ihre Gene zum Testen abgeben müssen. Selbstverständlich kann der Staat dann behaupten, was er will, und sagen, deine DNA, dein Erbgut zeige dies oder jenes. Ich meine, das ist totale Kontrolle. Damit übernehmen sie die Kontrolle über die Menschheit, über unsere Entwicklung.

***Dr. C.*:** Das ist genau das, was sie tun. Es (das Komitee) sagte immer, der Mensch existiere nicht mehr, es sagt, daß Bewußtsein und Materie nicht intelligent seien, daß er geboren sei, um kontrolliert zu werden und "Wir sind die Leute, die die Kontrolle ausüben".
Das ist mehr oder weniger die Situation, in der wir stecken. …<<

Schlußbemerkungen: Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges am 26. Juni 1945gegründeten Vereinten Nationen nannten in ihrer Charta als Zweck die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung und Achtung der Menschenrechte.
Am 26. Juni 1945 unterzeichneten in San Francisco 50 Nationen die Charta der Vereinten Na-

tionen. Bei dieser Konferenz wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Am 10. Dezember 1948 beschloß die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen eine allgemeine Deklaration der Menschenrechte. Die UN-Konventionen zum Schutz der Menschenrechte wurden danach für alle UN-Mitgliedstaaten zum bindenden Recht. Alle Staaten, die der UN beitraten, waren demnach verpflichtet, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen umzusetzen.
Bei allen internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte handelt es sich um verbindliche Rechtsakte. Die Einhaltung der Menschenrechte wird durch die zuständigen Gremien des UN-Menschenrechtshochkommissariats in Genf überwacht und konsequent durchgesetzt.
Die wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen bestand ursprünglich darin, als globales Steuerungsinstrument bzw. als positives internationales Ordnungsmittel internationale Konflikte gewaltfrei zu lösen, aber die gegenwärtigen Pläne und Ziele sehen völlig anders aus. Die Vereinten Nationen verteidigen schon längst nicht mehr die demokratischen Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalstaaten, sondern setzen sich in erster Linie für die Durchsetzung eines Weltstaates, für gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für die Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen ein.
Anstatt das Selbstbestimmungsrecht aller Mitgliedsstaaten zu schützen, mischen sich die Vereinten Nationen und ihre Spezialorgane UNICEF, der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und die Welthandelskonferenz (UNCTAD) sowie Sonderorganisationen, wie z.B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten ein.
Die UN und die verbundenen supranationalen Organisationen nötigen oder zwingen die ihnen angehörenden Mitgliedsländer seit Jahrzehnten, ihre Souveränität und nationale Rechte an die internationalen NWO-Organisationen abzutreten und ständig neue Pseudo-Menschenrechte zu akzeptieren, um angeblich weiterhin ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt zu gewährleisten.
Obgleich nicht wenige Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats zu den schlimmsten Menschenrechtsverletztern zählen, maßt es sich der islamisch unterwanderte UN-Menschenrechtsrat an, der "christlichen westlichen Welt" ständig weitere verbindliche Vorgaben zur staatlichen Durchsetzung von vermeintlichen Pseudo-Menschenrechtsansprüchen zu machen. Auch der umstrittene Migrationspakt der Vereinten Nationen ("Global Compact for Migration" = Wiedereinführung des im 19. Jahrhunderts verbotenen Sklavenhandels) wurde durch den sogenannten "UN-Menschenrechtsrat" erstellt.
Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats sind gegenwärtig z.B.: Angola, Kongo, Nigeria, Senegal, Afghanistan, Nepal, Pakistan, Katar, Chile, Mexiko.
Die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft werden durch den NWO-Moloch systematisch geplant und gefördert. Diese kriminelle Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt. Diese verdeckt agierende Organisation verfügt über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.). Der NWO-Moloch strebt u.a. folgende Ziele an: Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten Einheitsmenschen,

rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten, Installierung einer totalitären Weltregierung.
Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/…): >>**Auf dem Weg zur Weltherrschaft**

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzten, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diente. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN



Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss (kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



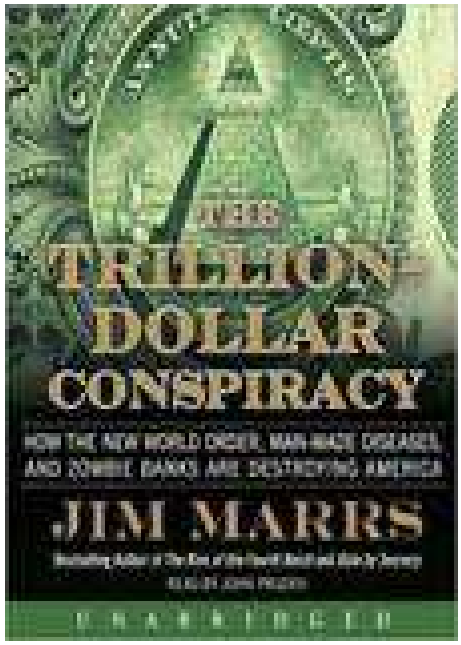
"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Per-

sönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.
Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.
So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. … eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) … inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."



Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.
Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.
Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.
So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Weltdiktatur nicht ausfindig macht. …

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Anderseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kommende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*
Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.
Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.
Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedenstreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!
(Daniel 2, 41-43) *Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*
Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.
Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.
Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.
George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.
Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.
Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und

der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?
Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.
Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. …<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete im Jahre 1986 in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die verdeckte Errichtung einer totalitären Weltdiktatur (x364/242-243): >>**XIV. Generalplan für eine Weltdiktatur**
"Was ist Wahrheit?" fragte ein hoher Beamter des römischen Reichs vor rund zweitausend Jahren. Eine Frage, die noch heute die meisten Menschen von sich abschütteln, sobald sie mit ihr in Berührung kommen. Unser Geist ist mit einem unerhört komplexen Computer zu vergleichen. Tag für Tag durchzucken ihn Millionen von Informationen, die über die fünf Sinne in ihn hineingelangt sind. Auf der Basis dieser Datenlawine und unserer Auswertung dieser Daten treffen wir täglich Millionen von Entscheidungen. So automatisch ist der Ablauf, daß wir uns der jeweils getroffenen Entscheidung nur selten bewußt sind.
Leider läßt sich die große Mehrheit der Menschen durchs Leben treiben, während sie diese automatischen oder halbautomatischen Entscheidungen trifft, die nur allzuoft auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und mitunter sogar auf unverblümten Lügen beruhen. Das ist ein unbewußter Prozeß. Oft erkennen wir die Gefahr erst, wenn es zu spät ist.
Wie steht es mit neuen oder uns nicht vertrauten Informationen? Wie werden wir mit Daten fertig, die unserem geistigen Computer unmittelbar "erleuchten"? In den meisten Fällen tritt ein hochentwickelter, extrem empfindlicher Abwehrmechanismus in Aktion und überflutet uns mit beliebig vielen scheinbar logischen "Gründen", die erklären, warum es am besten ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die neue Wahrheit baldmöglichst fallen zu lassen.
Churchill drückte das einmal so aus: "An irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens stolpern die meisten Menschen einmal über die Wahrheit. Der größte Teil von ihnen springt auf, klopft den Staub von den Kleidern und eilt seinen Geschäften nach, als sei nichts geschehen."
Wie handeln Sie in einer solchen Situation? Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, werden Sie zugeben, daß Churchills Beobachtung wahr ist und in irgendeiner Form auch auf Sie zutrifft. Den meisten Menschen erscheint die Welt als heilloses Durcheinander sich widersprechender, verworrener Ideologien.
Und doch existiert ein Generalplan, nachdem seit Beginn des 20. Jahrhunderts die systematische Zerstörung der Zivilisation, aller Regierungen und Religionen und die ersten Schritte für die Errichtung einer totalitären Weltdiktatur abgelaufen sind. Er ist bekannt und wurde mehrmals veröffentlicht. Dieser Generalplan für unser Jahrhundert basiert auf dem berühmten Bericht über die Aktivitäten und Pläne der Illuminaten in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.

Die Führer der Illuminaten sind eine kleine, aber mächtige Gruppe, die sich aus internationalen Bankiers, Industriellen, Wissenschaftlern, militärischen und politischen Führungskräften, Erziehern, Wirtschaftlern zusammensetzt. Sie alle haben die satanische Doktrin Adam Weishaupts und Albert Pikes akzeptiert. Sie verehren Satan, wie das von Albert Pike in seinem Buch "Morals and Dogma" gefordert wird. Sie anerkennen die Autorität keines Sterblichen außer ihres Führers. Sie dienen keiner Nation. Sie führen ihre Verschwörung fort, um schließlich die absolute Kontrolle über diese Welt und alles in ihr zu gewinnen.
Sie benutzen alle subversiven Bewegungen, um die Massen der Menschen in opponierende Gruppen in politischen, sozialen, rassischen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen zu zersplittern. Sie bewaffnen diese Gruppen und ermuntern sie, einander zu bekämpfen. Sie hoffen, die Menschheit auf diesem selbstzerstörerischen Weg weiter zu führen, bis alle bestehenden politischen und religiösen Institutionen abgeschafft sind. Wenn das erreicht ist, soll ihr Despot Herrscher der ganzen Welt werden. Der Beweis für diese Behauptung ist in einem Dokument enthalten, das man das "neue Testament Satans" nennen kann.
Trotz aller Argumente über die Herkunft und den Ursprung des Testaments, ist es zweifellos und unwiderlegbar "der Plan", das "Komplott" oder der "Langzeitgeneralplan", mit dem diese verhältnismäßig kleine Gruppe immens wohlhabender, teuflisch geschickter und äußerst einflußreicher Männer die Führung in allen Bereichen der Gesellschaft stürzen und pervertieren will, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versprechen Wohlstand, Luxus, "Selbstwertschätzung" und sinnliche Freude, um die Führer in die Falle zu locken, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.
Die Männer, die in dem neuen Testament Satans die teuflische Verschwörung aushecken, waren keine Atheisten. Sie sind Mitglieder der Illuminaten, Jünger des ursprünglichen "Lichtträgers" Satan, des Teufels. Sie verehren Satan. …<<

Angriffe auf das Naturrecht

> Die individuelle Freiheit ist kein Kulturgut. Sie war am größten vor jeder Kultur.
> *Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe)*

Die Menschenrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums galten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie galten als angeboren, wurden demnach von niemandem gewährt und konnten deshalb auch nicht entzogen werden. Das wird mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Jeder Rechtsstaat hatte deshalb bisher die Pflicht, diese Menschenrechte zu gewährleisten.
Seit dem 20. Jahrhundert gehörten in Staaten mit totalitären Herrschaftssystemen (wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) Angriffe auf das Naturrecht zur täglichen Praxis
In der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart nehmen auch in den sogenannten demokratischen Staaten die Angriffe auf das Naturrecht unentwegt zu. Dazu gehören z.B. "Antidiskriminierungsgesetze", staatliche Eingriffe in das Ehe- und Familienrecht sowie in das Erziehungsrecht der Eltern, staatliche Legalisierung der unbefristeten Abtreibung, staatliche Förderung und Durchsetzung des Genderismus und andere menschenverachtende Maßnahmen.
"Menschenrechte", wie z.B. Menschenrecht auf Abtreibung", Menschenrecht auf Antidiskriminierung Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit, Menschenrecht auf staatliche Vollversorgung für alle Leistungsunwilligen auf Kosten der Leistungsträger usw., verstoßen zweifelsfrei gegen das Naturrecht sowie jahrhundertealte christliche Rechtsauffassungen und Traditionen.
Kritiker werden gewöhnlich mit der Behauptung zum Schweigen gebracht, daß das dem

göttlichen Recht folgende Naturrecht nicht mehr dem Zeitgeist entsprechen würde und sich deshalb dem Genderismus beugen muß.
Wer heute den totalitären Islamismus wegen der "mittelalterlichen Rechtsprechung" kritisiert, muß sich die Frage stellen, ob es zum Beispiel für die gegenwärtigen staatlichen "Antidiskriminierungsgesetze" sowie für die staatliche Förderung und die Durchsetzung des menschenverachtenden Genderismus tatsächlich objektive Rechtsvorschriften gibt.
Da in den sogenannten demokratischen Staaten die Gender Mainstreaming-Ideologie ohne objektive Rechtsvorschriften durchgesetzt wird, gibt es auch keine Rechtfertigung mehr, um diktatorische Maßnahmen in totalitären Herrschaftssystemen (wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) zu verurteilen oder abzulehnen.

Altbewährte kommunistische Gleichschaltung- und Umformungsmethoden

> Besiegt sind wir; ob wir nun zugleich auch verachtet sein wollen, ob wir zu allen anderen Verlusten auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen.
> *Johann Gottlieb Fichte (1762-1814, deutscher Philosoph)*

Die ideologischen Umerziehungsmaßnahmen der Neuen Weltordnung orientieren sich offensichtlich an den totalitären Gleichschaltung- und Umformungsmethoden des kommunistischen Herrschaftssystems:
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Bewußtseinsbildung" in der DDR (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.
Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.
Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.
In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.
Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.
Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfaßten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.
Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden

wird.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Ideologie" in der DDR (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.
Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.
Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.
Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.
Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergröberung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.
Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.
Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflußbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...
Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.
Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ...

Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...
… Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.
Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.
… Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...
Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.
Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.
Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Nachrichtenpolitik" in der DDR (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.
"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.
Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Osblock-Agenturen übernommen.
Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über den "Rundfunk" in der DDR (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über das "Fernsehen" in der DDR (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).
Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Zensur" in der DDR (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".
Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizensierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.
Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.
Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Sprache" in der DDR (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...
Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plandisziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudophilosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.
Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Antifaschistisch-demokratische Ordnung" in der DDR (x009/23): >>Im Parteijargon

Bezeichnung für den politischen Zustand in der SBZ bis zur Verkündung des Aufbaus des Sozialismus.
Nach dem offiziösen (halbamtlichen) Lexikon der SBZ: "Durch die demokratischen Kräfte ... mit Hilfe der Besatzungsmacht" auf den Grundlagen der interalliierten Vereinbarungen entwickelte Staatsordnung, in der die Reste des Faschismus und Militarismus liquidiert, Monopole und Großgrundbesitz enteignet wurden" ("Lexikon von A-Z", Bd. I, S. 76).
Tatsächlich wurde die antifaschistisch-demokratische Ordnung bewußt als Instrument zur Vorbereitung der Bolschewisierung gehandhabt. Die bolschewistischen Vorstellungen hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands sehen mit der Forderung der Einführung der "demokratischen Errungenschaften" in der Bundesrepublik grundsätzlich vor, daß auch hier die antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet werden soll.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Freiheit" in der DDR (x009/140): >>... Ein Begriff der persönlichen Freiheit, wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd.
Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das "Wir" wird dem "Ich" vorgeordnet. damit ist die persönliche Freiheit der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird.
In den bourgeoisen" Gesellschaft gibt es demnach nur Freiheit für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die Freiheit aller abgelöst.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Gleichberechtigung der Frau" in der DDR (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."
In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. … Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.
Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngelder eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Tarnorganisationen" der DDR (x009/435): >>Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.
Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...
Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen. …

… Sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wühlarbeit wieder aufzunehmen. …<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.

Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.

Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht.

In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Hetze" in der DDR (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tätlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".

Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykotthetze zu.

… Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 Strafergänzungsgesetz ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).
… Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irregeleiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist. …<<

Genderismus

> Wie viele Dinge es doch gibt, die ich nicht brauche!
> *Sokrates (469-399 v. Chr.), griechischer Philosoph*

Im September 1995 wurde das sogenannte "Gender-Mainstreaming" während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.
Beim sogenannten Genderismus handelte es sich jedoch tatsächlich vor allem um die zwangsweise Durchsetzung von Pseudo-Antidiskriminierungsmaßnahmen und um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielten, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft zu spalten sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.
Es ist ein gemeingefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, egoistischen, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne eigenen Nationalstaat (ohne Herkunft und Heimat), ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden.
Die atheistische, freimaurerische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und die nationalen Rechtsstaaten zerstören will. Diese schändliche Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde nachweislich von der UN eingeleitet und durchgesetzt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat zu verwirklichen.

Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. "Neue Weltordnung"

> Nur wer nie aufhört zu wollen, wird einmal erfahren, was er vermag.
> *Rudolf G. Binding (1867-1938, schweizerischer Dichter)*

Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung ist das überlieferte jahrhundertealte Naturrecht fast vollständig aus dem Bewußtsein der Deutschen verschwunden. Trotz alledem ist und bleibt der Mensch im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen. Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über die Vernunft (x816/-146): >>... In letzterer Bedeutung heißt derjenige vernünftig, dessen Verhalten im allgemeinen

durch seine Vernunft, dessen Glauben insbesondere durch seine theoretische Vernunft (wissenschaftlich begründete Überzeugung, Nationalität), dessen Wollen durch seine praktische Vernunft (sittliches Vernunftgebot, Moralität) und dessen (künstlerisches) Schaffen durch seine ästhetische Vernunft (ästhetisches Ideal, Genialität) ausschließlich bestimmt, also frei (autonom, selbstgesetzgebend), ist.
Vernunft im erstgenannten Sinn ist einem Gerichtshof zu vergleichen, welcher nach unparteiischem Zeugenverhör der für und widersprechenden Aussagen über Schuld oder Unschuld des Angeklagten seine Erkenntnis fällt, daher die Vernunft, welche bezüglich Wahrheit oder Falschheit, Löblichkeit oder Verwerflichkeit, Schönheit oder Häßlichkeit dasselbe tut, auch Erkenntnisvermögen genannt wird. Dieselbe setzt, da sie ihr Urteil immer aus Gründen ableitet, einerseits Verständnis (der Gründe), anderseits Verständigkeit (im Schließen), überhaupt Verstand, wie dieser seinerseits einen Vorrat durch Sinn und Erfahrung gegebener Vorstellungen voraus.
Der des Verstandesgebrauchs (zum Verstehen, wie der Blödsinnige; zum verständigen Denken, wie der Narr) gänzlich oder (wie der vom Rausch, Schlaf, Affekt übermannte) vorübergehend Beraubte ist auch der Vernunft unfähig. Wie die Entscheidung des Gerichtshofs, hat jene der Vernunft einen normativen (nach Kant regulativen) Charakter; dieselbe schreibt vor, was vernünftigerweise als wahr, gut und schön anerkannt, als solches geglaubt, gewollt und geschaffen werden soll.
Wird bei der Begründung derselben nur auf die nächsten und näheren Gründe Bezug genommen, so heißt die Vernunft reflektierend und ihr Verfahren (vernünftige) Überlegung; wird dagegen bis zu den letzten, einer weitern Begründung weder fähigen (Prinzipien, Axiome) noch bedürftigen (Ideen, evidente Urteile) Gründen zurückgegangen, so heißt die Vernunft spekulierend und ihr Verfahren (vernünftiges) Nachdenken (Philosophie).
Letzteres, als vollkommenste Form der Begründung, wird wohl auch vorzugsweise Vernunft und die Philosophie als Wissenschaft von den Prinzipien und Ideen vorzugsweise Vernunftwissenschaft genannt. Gegensatz der Vernunft in diesem Sinn ist die Unvernunft, welche entweder (aus Unverstand) keinerlei Gründe vernimmt, oder (aus Unverständigkeit) auf keine solchen hört (grundlos urteilt); ferner die Widervernunft, welche ihr Urteil durch andre als sachliche Gründe (z.B. durch die Motive der Furcht, Hoffnung, Mode, des Zwanges, der Autorität etc.), und die Scheinvernunft, welche dasselbe durch falsche (d.h. den Schlußsatz nur scheinbar begründende) Gründe bestimmen läßt (Sophistik).
Gegensatz der Vernunft in der zweiten Bedeutung, bei welcher dieselbe mit der Freiheit (Autonomie, Selbstgesetzgebung) identisch erscheint, ist die Unmündigkeit, welche entweder, wie der seiner Vernunft bleibend (wie der Wahnsinnige) oder vorübergehend (wie der Leidenschaftliche) Beraubte, keine (vernünftige) Einsicht besitzt, oder, wie die Willkür, ihren Willen nicht durch Gründe bestimmen läßt (grundlos will); ferner die Unfreiheit (Heteronomie), welche ihr Wollen durch andre Gründe als durch das Vernunfturteil (durch Hoffnung auf Lohn, durch Furcht vor Strafe etc.), und die Scheinfreiheit, welche dasselbe durch das Urteil einer (sophistischen) Scheinvernunft bestimmen läßt. Insofern der Mensch beiderlei Arten der Vernunft fähig ist, verdient er den Namen Vernunftwesen.<<
Die "Neuen Weltordnung" strebt mit Hilfe ihres weltweiten Netzwerkes (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "auserwählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.
Wer gegen Naturgesetze verstößt, verursacht zwangsläufig schwere Schäden, die oftmals nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit eintreten. Wenn man gegenwärtig z.B.

Menschenrechte für freie sexuelle Orientierung und sexuelle Perversionen aller Art, für Abtreibung bzw. Ermordung von ungeborenen Kindern, für Selbstmord im angemessenen Alter oder bei Hilfsbedürftigkeit fordert, offenbart diese perfide Entwicklung nur, daß diese "neuen Menschenrechte" die Menschen zukünftig nicht schützen sollen, sondern letzten Endes als NWO-Werkzeuge zur totalen Versklavung der Menschen genutzt werden.
Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen, sondern Handlungen, die in der Absicht begangen werden, nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, erfüllen gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948t den Tatbestand des Völkermordes.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. …<<
Alle Menschen, die noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, sind verpflichtet, die Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht widerstandslos hinzunehmen, denn das Hauptziel der Neuen Weltordnung ist es, die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft zu zerstören.
Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. den größten Verbrechenskomplex der Weltgeschichte ist jederzeit möglich, wie z.B. die Schweiz und Norwegen bewiesen haben, die aufgrund von Volksabstimmungen - gegen den Willen der Regierungen - nicht der Europäischen Union beigetreten sind.
Das Naturrecht darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden, deshalb sind die größenwahnsinnigen NWO-Führer und ihre multilateralen Verbrecherorganisationen mit aller Kraft und allen Mitteln zu bekämpfen, bevor sie das Naturrecht völlig liquidieren und alle Nationalstaaten auslöschen können.
Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.
Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.
Die Sozialexperimente der totalitären Herrschaftssysteme des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Islamismus forderten ebenfalls Millionen von Menschenleben.

Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 1

Der Niedergang des Christentums

> Ein Atheist ist eine Brut der Hölle, die sich, wie der Teufel, tausendmal verstellen kann. Bald ist's ein listiger Fuchs, bald ein wilder Bär; bald ist's ein Esel, bald ein Philosoph; bald ist's ein Hund, bald ein unverschämter Poet. Kurz, es ist ein Untier, das schon lebendig bei dem Satan in der Hölle brennt, eine Pest der Erde, eine abscheuliche Kreatur, ein Vieh, das dummer ist, als ein Vieh; ein Seelenkannibale, ein Antichrist, ein schreckliches Ungeheuer.
> *Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781, deutscher Dichter)*

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung gemäß § 166 abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.
Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<
>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<
Der deutsche evangelische Pastor Wolfgang Borowsky (1922-1999) berichtete im Jahre 1997 über die Welt der Antichristen (x1.101/…): >>**Christus und die Welt des Antichristen - Kommt Luzifer an die Macht? -**
Einleitung
Der Zeiger ist weit vorgerückt. Das endzeitliche, antichristliche Dunkel hat sich in den letzten Jahren merklich vertieft - aber zugleich heißt dies für uns Christen: die Wiederkunft unseres Herrn, das letzte Kommen Jesu Christi ist näher gerückt. Alles Dunkel wird überstrahlt von der Hoffnung des kommenden, sieghaften Lichtes.
Aus der Bibel wissen wir, daß zuvor der Antichrist kommt und seine Schreckensherrschaft aufrichtet. Seine Wegbereiter sind jahrhundertealte Geheimorganisationen, zwielichtige Hintergrundmächte und zersetzende Strömungen. Gemeinsam arbeiten sie nicht nur im atheistischen Sinn, nicht nur ohne Gott oder mit einem fraglichen Gottesbegriff, sondern oft auch im antitheistischen Sinn: gegen Gott und daher besonders erbittert gegen Jesus Christus. Sie planen einen Welt-Staat und eine Welt-Kirche als ihren Herrschaftsraum und als das Mittel, die Menschheit zu verblenden und auszuplündern, sie dem kommenden Antichristen gefügig zu machen.
Wie ein roter Faden zieht sich durch die endzeitlichen widerchristlichen Bewegungen die Verehrung Luzifers (Lichtbringer, ein gefallener Engel, eine besondere Bezeichnung für den Satan), und damit der Versuch, ihn auf den Thron zu setzen. In ihm haben wir das Haupt aller Verführer und Verführungsmächten zu sehen, den Verführer. In der Bibel wird er Satan oder Teufel genannt. In unserem beginnenden antichristlichen Zeitalter ist es wichtig, einige Bibelstellen über den Satan vor Augen zu führen, so z.B.:
"Seid nüchtern und wachet; denn euer Widersacher, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, welchen er verschlinge" (1. Petrus 5, 8); - Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz" (Lukas 10, 18); - Und der Teufel, der sie verführte, ward geworfen in den Pfuhl von Feuer und Schwefel, da auch das Tier und der falsche Prophet war, und werden gequält Tag und Nacht und von Ewigkeit zu Ewigkeit" (Offenbarung 20, 10).
Leugnet man den Satan, so ist man nicht nur ihm, sondern auch seinen Hilfstruppen um so mehr ausgeliefert. Und so geschieht das Furchtbare, daß in einer Zeit, in der besondere satanische Ausbrüche geschehen (z.B. Christenverfolgungen von nie dagewesenem Ausmaß), der Satan - anstatt, daß er äußerst ernst genommen wird - selbst in der Kirche mehr und mehr be-

stenfalls als ein Ausdruck für das Böse angesehen wird. Leugnet man den Satan, so erkennt man die Tiefe des menschlichen und menschheitlichen Bösen nicht, verharmlost vielmehr die verschiedenen Bedrohungen.
Nun geschieht es aber gerade heute in wachsendem Maße, daß trotz dem betonten Leugnen des Satans der Satansglaube bzw. Satanismus, der im Untergrund stets vorhanden war, wieder offen hervortritt, wobei der Satan in mehreren Bewegungen als Luzifer an Bedeutung gewinnt.
Der Okkultismus spielt sowohl in Religionen als auch in den neuesten irreführenden Bewegungen eine unheilvolle Rolle, manchmal als eine ihrer Wurzeln, manchmal als Begleiterscheinung, manchmal als beides.
Einen besonderen antichristlichen Einschnitt bildete in der Neuzeit die Französische Revolution (1789), die maßgeblich von Freimaurern und anderen geheimen Bewegungen vorbereitet und durchgeführt wurde.
Die Französische Revolution führte zusammen mit anderen Bewegungen - wie etwa mit dem Liberalismus, Kapitalismus und Kommunismus - zur heutigen weltumfassenden antichristlichen One-World-Bewegung (Eine-Welt-Bewegung). Diese strebt eine Welteinheitsgesellschaft an und will hierzu auch eine Welteinheitsreligion schaffen. Eine solch gottlose und auch gottfeindliche Zukunft will man mittels manipulierten, etwa durch Gehirnwäsche bzw. Gruppendynamik manipulierten Menschen erreichen.
Die im geheimen schon seit Jahrhunderten geplante Neue Weltordnung wird durch äußere und innere Diktatur, und zwar mit Zuckerbrot und Peitsche, durchgeführt. Oft so raffiniert, daß die Betroffenen ihre Ketten nicht sehen oder sie zu lieben beginnen, als wären es Schmuckstücke oder Zauberstäbe.
Wir kommen nun im Folgenden zu einzelnen Geheimgesellschaften und zu weltweiten Vereinigungen, die die One-World-Bewegung. schaffen, zu ihr gehören oder ihr Zubringerdienste leisten.

Die One-World-Bewegung auf antichristlichem Vormarsch

1. Kapitel: Bewegungen und Gruppen im Dienste Luzifers
A. Die Freimaurerei
B. Das Illuminatentum
C. Der Club of Rome und andere Gruppen - CFR = Council an Foreign Relations - Die UNO - Die Bilderberg-Organisation - Die Trilaterale Kommission - Die Rothschild-Dynastie
D. Okkultes Judentum
E. Der antichristliche Islam
F. Die luziferische New-Age-Bewegung

2. Kapitel: Zerstörerische Ziele u. Werke der One-World-Bewegung
A. Gotteshaß
B. Umpolung des Personseins
C. Zerstörung der Gottesordnungen
a. Der Kampf gegen unser deutsches Volk
b. Der Mord an den Ungeborenen
D. Zerstörung von Glaube und Sittlichkeit

3. Kapitel: Der Sieg über die Finsternis.

1. Die Freimaurerei als Gegnerin des christlichen Glaubens

Die Freimaurerei - gespeist von verschiedenen dunklen Vorläufern und schon vor der Gründung der Großloge von London 1717 aktiv - hat als weltumfassender Geheimbund einen entscheidenden Anteil an der Entstehung und am Vormarsch der One-World-Bewegung.

Die Freimaurerei will den Menschen und die Welt nach ihrer Vorstellung formen, den "rauhen Stein" zu einem "behauenen", zum "kubischen Stein" gestalten - in Verkennung der Schöpfungsordnungen und der Vielfalt der Schöpfung, in Verkennung dessen, daß nicht wir Menschen bessere Menschen und eine neue, bessere Welt schaffen können. Damit steht die Freimaurerei trotz manch edler Absicht, die wir anerkennen sollten, letztlich gegen den Menschen und gegen die Völkerwelt, steht gegen Gott.
Zur Unvereinbarkeit von Freimaurerei und christlichem Glauben möchte ich kurz drei Punkte erwähnen:
1. Die noch ungeklärte Entstehung der Freimaurerei mitsamt ihren antigöttlichen Symbolen und Riten. Jedenfalls ist dort, wo von "Gott" gesprochen wird, nicht der Vater Jesu Christi gemeint.
2. Ihr unzureichendes, weithin unpersönlich anmutendes Weltbild. So starr das deistische Gottesbild, so starr, so künstlich, so machbar das Menschenbild.
3. Die Anonymität, die Undurchschaubarkeit, die Abwälzung der Verantwortung auf solche, die nicht kontrolliert werden können, ein Merkmal, das zu einer Geheimgesellschaft gehört.
Der katholische Theologe Manfred Adler sieht in seiner Schrift Kirche und Loge die Weltanschauung, den Wahrheitsbegriff, den Religionsbegriff, den Gottesbegriff, die Toleranzidee, die Ritualhandlungen, die "Vervollkommnung" des Menschen und die Spiritualität der Freimaurer als unvereinbar mit dem christlichen Glauben an.
Nachdem Adler ausgeführt hat, daß die Freimaurerei eher eine Pseudoreligion als eine Religion sei, fährt er fort:
"Eine solche Titulierung scheint berechtigt zu sein, wenn man bedenkt, welches religiöse Selbstverständnis gewisse Freimaurer ihrer 'Religion' zuerkennen. - So sagte der Freimaurer Karl von Gagern in der Vorlesung Über das religiöse Element der Freimaurerei:
'Ich bin fest überzeugt, daß die Zeit kommen muß, wo der Atheismus die alleinige Meinung der gesamten Menschheit sein wird … Wir müssen uns nicht nur über die verschiedenen Religionen stellen, sondern auch über jeden Glauben an einen Gott, wie derselbe auch heißen möge.'
Die Freimaurerzeitschrift Latomia zitiert folgende Worte eines Meisters vom Stuhl an drei Aspiranten: 'Das reinste Menschliche ist das hohe Göttliche und das einzig Christliche. Ihre zu den verschiedensten Kirchen gehörenden Formeln lassen Sie in der profanen Welt zurück, wenn Sie unseren Tempel betreten; aber es begleite Sie immer, in denselben Gefühlen für das Heilige in den Menschen, diese einzige und allein beseligende Religion'."
Adler zitiert dann weitere Ausdrücke und Aussprüche, die mit unserem Glauben unvereinbar sind, wie "humanistischer Gott", "Freimaurerei ... Religion der Religionen," "Die Freimaurerei als die beste humanitäre Universalreligion muß die bisherigen Konfessionen ersetzen."
Seite 64 ff. bringt Adler Sätze des Humanistischen Manifestes II der 1952 gegründeten Internationalen und Ethischen Union, die ganz von freidenkerischen Ideen beherrscht werde:
Glauben: Nur durch den Glauben an sich selbst wird der Mensch als Gattung auch in Zukunft bestehen können.
Erlösung und Unsterblichkeit: Er kann sich daher durch gegenseitiges Zusammenstehen aus eigener Kraft von Not und Bedürftigkeit erlösen ...
Föderativer Weltbundesstaat ... Die Zukunft kann nur noch in der Anerkenntnis der letzten Einheit aller Menschen auf diesem Planeten gesichert werden. Die drohende Übervölkerung des Planeten, der drohende Mangel an Energie und Rohstoffen ist nur in einem föderativen Weltbundesstaat zu lösen."
Mensch und Welt sind aus sich heraus fähig, zu lernen und sich zu entwickeln. Die Freimaurerei ist von der Möglichkeit eines innerweltlichen Fortschritts überzeugt. Der Mensch ist zugleich Schöpfer und Geschöpf seiner Geschichte ..."

In seiner Schrift *Die antichristliche Revolution der Freimaurer* schreibt Adler auf Seite 70:
"Die Idee eines einheitlichen Weltstaates mit einer einheitlichen Weltregierung impliziert ... nicht nur ein politisches, sondern auch ein religiöses - für uns antichristliches – Programm …"
Seite 92: "Das authentische Christentum, das sich auf Christus beruft, ist mit dem Logenchristentum absolut unvereinbar. Und zwar deshalb, weil Christus von seinen Jüngern das Bekenntnis fordert ..."
Ja er macht dieses Bekenntnis sogar zur Voraussetzung für das ewige Heil, wenn er sagt: Ein jeder nun, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den werde auch ich verleugnen vor meinem Vater im Himmel. Denket nicht, ich sei gekommen, Frieden auf die Erde zu bringen; ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert (Matthäus 10, 32 ff.).
Der Herr Jesus wußte, daß das Bekenntnis für ihn die Menschen entzweien und Kampf und Streit zur Folge haben werde. Die Freimaurerei wollte aber von Anfang an mit ihrer Humanismus-Religion jeglichem Konfessionshader ein Ende setzen. Sie wählte für dieses Ziel aber bedauerlicherweise das untauglichste Mittel: die Ausschaltung des christlichen Glaubensbekenntnisses, das für jeden gläubigen Christen unverzichtbar ist.
Der christliche Bekenner kann und darf seine persönliche Glaubensüberzeugung auf keinen Fall 'vor der Logentür zurücklassen', er muß sie auch in der Loge als freier Mann frei bekennen dürfen. Wenn ihm die Loge diese positive Bekenntnisfreiheit verweigert und ihm einen religiös verbrämten Einheitshumanismus zur Pflicht machen will, dann muß er die Loge ablehnen. Als Glaubender steht er unter dem Wort Christi und dem Glaubensgehorsam."
Wer von Gott abfällt, bringt auch Verwirrung in die Menschheitsgeschichte. So spielen Freimaurer in den letzten hundert Jahren in Politik und Geschichte eine besonders unheilvolle Rolle. Daß dies unvermindert auch heute geschieht, zeigt eine Abhandlung in TOPIC, Nr. 9-82, in der es u.a. heißt:
"Die Politik unserer Welt wird hinter den Kulissen von einer Gruppe um Rockefeller, Rothschild gesteuert, die ohne Rücksicht auf Nationalität oder Zugehörigkeit fungiert.
Das große Dach scheinen u.a. die Freimaurer zu sein, die sich in 33 Grade teilen und nach dem Grundsatz Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eine Neue Welt schaffen möchten, in der alle Menschen gleich sind.
Das Bindemittel ist Geld und Macht. Rockefeller, deren Familienvermögen auf mehrere Milliarden Dollar einzustufen ist, kontrolliert die großen Institutionen wie Trilaterale Kommission, Club of Rome, Weltbank, CFR (council an foreign relations) und Bilderberger. Rockefeller war es auch, der die UNO, Unesco und Unicef ins Leben rief. Auch überflüssig zu sagen, daß die Ökumene vom Rockefeller-Clan beobachtet und finanziert wird.
Wenn Sie wissen, daß in diesen Cliquen alles, was Rang und Namen hat, vertreten ist, dann kennen Sie deren Machteinfluß: einige Namen: alle US-Präsidenten waren Freimaurer, europäische Politiker wie Frau Thatcher, Schmidt, Brandt, Strauß, Industrielle wie Beitz, Agnelli (Fiat), Gewerkschaftler wie Vetter, Verleger wie Axel Springer, Philosophen wie K. Fr. von Weizsäcker und die halbe US-Regierung."
In den letzten Jahrzehnten ist die für uns unumgängliche Frage der Vereinbarkeit von Freimaurerei mit dem christlichen Glauben wiederholt aufgeworfen worden. Denn man kann beobachten, daß sich heute Dialoge zwischen Freimaurern und Kirchen anbahnen und mehren. Im angelsächsischen Raum sind sogar viele Geistliche aktiv in den Logen. Auch in der katholischen Kirche wird die Gegnerschaft zur Freimaurerei mehr und mehr aufgegeben. So nimmt es nicht wunder, daß es heute in der Christenheit bereits selbstverständlich erscheint, wenn Christen zugleich Freimaurer sind.

Dies sind verhängnisvolle Irrtümer. Um es deutlich herauszustellen: Nicht die Freimaurer haben sich der Kirche genähert, sondern umgekehrt die Kirche den Freimaurern. Eine unterwanderte, umfunktionierte, allgemeinreligiös oder humanitär gewordene Kirche stünde den Plänen der Freimaurer nicht mehr im Wege. Sie könnte sogar der Freimaurerei als eine Hilfstruppe dienen. Darum bemühen sich die Freimaurer, noch mehr zu einer solch umfunktionierten Kirche beizutragen. Und hierbei sind sie leider erfolgreich.
Wir haben somit allen Grund, nun erst recht vor der Freimaurerei zu warnen und auf ihre Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben hinzuweisen.
So schreibt Hans Baum warnend: "Die Kirche muß sich vor der Gefahr hüten, auf den direkten Weg zum freimaurerischen Unitarismus hinübergezogen zu werden, das heißt zur allmählichen Entwöhnung der Gläubigen vom Glauben an die Heilige Trinität und zur heimtückischen Hineingewöhnung in den Glauben an einen einpersonalen Gott, wie ihn das Judentum und der Islam lehrt und anbetet. Diese lautlose Unitarisierung soll zunächst eine Pseudo-Ökumene innerhalb der christlichen Konfessionen herbeiführen, welche die Basis für eine Ökumene mit dem Islam und dem Judentum und über diese zu einer einheitlichen unitaristischen Weltreligion, mit dem 'Allmächtigen Baumeister Aller Welten' der Freimaurer als Hauptnenner, schaffen soll. …"
Baum bedauert, daß sich die Kirche bestenfalls auf Abwehr beschränkt, und hofft: "Unter dem Beistand des Heiligen Geistes wird sie die Notwendigkeit des Angriffes gegen die Synagoge Satans erkennen". - Es ist unerläßlich, daß wir um diese Dinge und ihre Zusammenhänge wissen.
Über Anfänge und Entstehung der Freimaurerei schreibt Marcel Valmy (Freimaurer) in seiner Dokumentation *Die Freimaurer*, daß die Ursprünge bis ins mystische Dunkel des Mittelalters, in jene Epoche, in der Aberglauben und Rätselhaftes sich zu einer Atmosphäre des Geheimnisvollen vermengten, hineinragen. Die geistigen Grundlagen und esoterischen Wurzeln gehen sowohl auf Traditionen der antiken - vornehmlich der ägyptischen Mysterienkulte - wie auf religiöses Gedankengut des Alten und Neuen Testaments zurück.
Valmy erklärt im weiteren, die freimaurerische Geisteshaltung sei ein kräftiges Dennoch, denn das Licht leuchte in der Finsternis, die es niemals besiegen wird. Wörtlich:
"Einer trat auf ... von Gott gesandt. Johannes hieß er. Der kam zum Zeugnis, vom Lichte Zeugnis zu geben. Von ihm entlehnt das Gros der Freimaurerei den Namen. Man spricht von Johannis-Maurerei."
Das sind neutestamentliche Denkkategorien. Damit beruft sich die Freimaurerei auf Worte Johannes des Täufers, der vom Licht zeugte. Allerdings hat Johannes von Christus als dem Licht gezeugt, das die "Dunkelheit" nicht erfaßt hat. Was meinen die Freimaurer für ein "Licht", das die Finsternis nicht besiegt, wenn sie Jesus Christus gar nicht als dieses Licht akzeptieren? Hier versteht sich das Freimaurertum als das "Licht".
Die Botschaft und das Anliegen des Freimaurertums ist Aufruf zum Versöhnungs- und Verständigungswerk des Kosmopolitismus, da doch alle Menschen gleichermaßen Brüder seien. Das ist nicht die christliche Botschaft. Der Begriff Brüder ist nicht im Sinne Christi zu verstehen, der seine Brüder aus dieser Welt herausrief Johannes 17, 14.

Der "Plan" im Freimaurertum

Der Begriff Plan ist eine luziferische Intention mit dem Ziel der Weltherrschaft und der Einheitsreligion. Unabhängig voneinander sprechen alle Ein-Weltler von einem solchen Ziel.
Die Durchführung des Plans im Freimaurertum erfolgt keineswegs auf organisierte, sondern auf natürliche Weise über die Mitglieder, die in ihren Berufspositionen, in Politik, Wirtschaft, Kunst und Erziehung, ihren Einfluß geltend machen. Das große Ziel ist ihnen vorgegeben: Der Bau des humanitären Menschheitstempels, sprich Neue Weltordnung, d.h. Aufrichtung einer Synarchie, einer Weltordnung unter einer Regierung und einer Religion.

… Als mit Hiroschima eine neue militärische Dimension sich abgründig auftat, war eine der Reaktionen der Ausspruch des geistigen Vaters der Atombombe, des Freimaurers Albert Einstein: "Die Antwort auf die Atombombe ist eine Weltregierung!"
Am 7. Dezember 1988 gebrauchte Gorbatschow öffentlich den Begriff Neue Weltordnung in seiner Rede vor der UNO. Am 25. September 1990 wies Schewardnadse auf die Bedrohung der Neuen Weltordnung durch Saddam Hussein hin.
Ende September 1990 meinte Bush, daß in Helsinki die Grundlage für eine Neue Weltordnung gelegt werden sollte. Der amerikanische Präsident Bush ist wie sein Vorgänger Ronald Reagan Freimaurer und weiß sehr wohl um die Bedeutung des Begriffes Neue Weltordnung.
Neben solchen historischen Fakten freimaurerischer Weltpolitik, die zur Verwirklichung des großen Planes beitragen, gehörte auch die Idee des Völkerbundes, die von Hochgradfreimaurern bereits während des ersten Weltkrieges diskutiert und später realisiert wurde. Nachfolgerin dieses Staatenbündnisses nach dem zweiten Weltkrieg ist die UNO, die von den Freimaurern als Weltloge angesehen wird.
Die Gesetzestafeln für die Menschenrechte wurden bereits 1789 erstellt. Sie fanden eine Fortsetzung in der UNO-Menschenrechtserklärung. Auch der 1. Artikel der UNO-Charta trägt als Überschrift die freimaurerischen Maximen der Französischen Revolution: Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit.
Zusammenfassung: Der "Plan" im Illuminatentum beziehungsweise Freimaurertum hat den Namen Synarchie - neue Weltordnung und Weltregierung mit Einheitsreligion. Das bedeutet ein künftiges totales Kontrollsystem zur Überwachung aller Erdressourcen mit zentral gesteuertem Wirtschafts- und Finanzwesen.
Wie allerdings in dieser Neuen Weltordnung die hochgelobten Prinzipien Humanität und Toleranz gepflegt werden sollen, bleibt völlig offen.

Die Pyramide

Das Pyramidensymbol hat innerhalb der freimaurerischen Ideologien einen zentralen Stellenwert. Es ist der metaphysische Ausdruck einer Weltidee, die eine generelle Erfüllung in der Weltherrschaft des Antichristen finden soll. Das erinnert an die Weltherrschaftsbestrebungen zur Zeit des Turmbaus zu Babel.
Der pyramidenartige, himmelstürmende Bau war dort Ausdruck eines einheitlichen Wollens, sich einen Namen zu machen ohne Gott, nach der ewigen, luziferischen Maxime "Tu, was du willst".
Die Spitze der Pyramide stellt den Kulminationspunkt, symbolisch den Sitz höchster Macht dar, wie das auch in der bekannten Abbildung der Pyramide auf der amerikanischen Ein-Dollar-Note zum Ausdruck kommt. Dieses Bild ist eine Art Gesamtschau, die metaphysische Erklärung des illuminatischen Weltplans, unter dem allsehenden Auge der luziferischen Gottheit.
Diese endzeitlichen Bewegungen, werden letztlich ebenso vernichtet werden wie die Einheitsbewegung zur Zeit des Turmbaus zu Babel. Gott zerstörte damals das "luziferische Einheitsunternehmen" und wird es in der Neuzeit wieder tun. (Offenbarung 18; 19, 20.)
Der versteckte Weltherrschaftsanspruch des Freimaurertums wird unter anderem mit den symbolischen Degenstichen des initiierten Ritter Kadosch (30. Grad) gegen Krone und Tiara symbolisiert. Die Realisierung dieser Symbolik "Degenstich" gegen die Tiara kam in der Französischen Revolution 1789 im Kampf gegen die Kirche zum Ausdruck, der "Degenstich" gegen die Krone im Kampf gegen die Monarchie im 18. und 19. Jahrhundert in Spanien und Italien.

Das Ritual des Meistergrades

Die Freimaurerei der ersten drei Grade, die sog. Johannis-Loge, wird oft auch von Christen als harmlos hingestellt. Eine Betrachtung des Rituals in die Erhebung des Meistergrades ist sicher aufschlußreich.

Das Ritual des Meistergrades dreht sich wie fast alle anderen Grade um den abgefallenen König Salomo und um seinen ermordeten Tempelbaumeister Hiram aus dem Stamme Dan. Bei der Beförderung in den 3. Grad wird die Ermordung Hirams und seine Auferstehung von den Toten nachvollzogen. Der Freimaurer erleidet zunächst den rituellen 2. Tod (der 1. Tod war im 1. Grad) und zwar derart makaber und schauerlich, daß es ihm zum Erleben wird, das er sein Leben lang nicht mehr vergessen kann.

Nach der Einführung in den Tempel durch den 1. Aufseher - er wird rückwärts hineingeführt, die Augen noch verbunden, ein Strick um den Hals - wird das Ritual dramatisch. Der Tempel ist schwarz verhangen und fast völlig dunkel. Nur ein erleuchteter echter Totenschädel, der aus den Augen leuchtet, ruht auf einem Katafalk und verbreitet Gruftatmosphäre. Im Westen des Tempels erhebt sich ein Mausoleum; es zeigt eine Urne auf einem dreieckigen Grab. Ein leuchtender Dampf steigt aus ihr empor.

Nach der symbolischen Reise durch die Dimensionen wird der Neuling von einer ernsten Stimme angerufen, die aus einer fernen Tiefe zu kommen scheint. Es ist der Meister der Loge, der nun mit rechteckigen Bewegungen wie eine Puppe auf ihn zukommt und ihn mit einem Maurerhammer rituell erschlägt. Der so "Getötete" wird in einen Sarg gelegt oder unter ein Leichentuch. Nun kommt der erste Bruder Aufseher, berührt die rechte Hand des Toten, um ihn unter Aussprechen des Paßwortes des 1. Grades zum Leben zu erwecken: Jachin!

Doch der Tote rührt sich nicht. Dasselbe versucht nun der zweite Bruder Aufseher mit dem Paßwort des 2. Grades: Boas! Vergeblich. Jetzt befiehlt der Meister allen anwesenden Brüdern die Menschenkette um den "Toten" zu schließen, um die höchste Kraft der Loge zu entbinden. Und tatsächlich, der Tote kommt zu sich.

Der so durch die Kraft der Kette Wiedergeborene wird nun in die 5 Punkte der Vollkommenheit eingeweiht. Gesicht an Gesicht, rechter Fuß an rechten Fuß, Knie an Knie, Brust an Brust, die rechten Hände verschlungen, den linken Arm über die Schulter des Bruders.

In dieser Stellung flüstert ihm der Meister das geheime Wort ins Ohr: Mahabon (Sohn der Verwesung). Er spricht nun den Eid: "Ich schwöre feierlich, daß ich den Grad eines Meisters weder jemanden unterhalb des Grades noch irgendeinem Wesen in der bekannten Welt enthüllen werde … ich tue dies unter Strafandrohung, daß mein Körper in der Mitte zerrissen wird … und meine Eingeweide zu Asche verbrannt und durch alle vier Winde zerstreut werde."

In diesem Moment wird die Loge durch einen Lichtstoß schlagartig erleuchtet. Hiram ist wiedergeboren und lebt nun im neu Eingeweihten weiter, der hinfort besessen ist von einer uralten Magie, der Hexagramm Magie, die bis über Salomo hinausgeht und sich in den babylonischen, ägyptischen und druidischen Mysterien grauer Vorzeit verliert.

Das Hexagramm, das erst durch Salomo in Israel eingedrungen war, ist zusammen mit dem Pentagramm das Sigillum Salomonis und ist daher das Zeichen des Meistergrades in der Freimaurerei.

Letztlich ist die Wiedergeburt Hirams im Freimaurer immer ein Stück Wiedergeburt des Tieres, das die Wunde vom Schwert hatte und wieder lebendig wurde (Offenbarung 13, 12-14).

Die Maske der Freimaurer ist die Mildtätigkeit. Dahinter aber steckt die Fratze: ein grausames Ritual, das den Menschen durch die Beschwörung jener uralten Magie zurück ins vorchristliche Heidentum schleudern soll.

So formiert der Antichrist seine Kolonnen, um das Christentum zu überwinden und das Heidentum wieder zu aktivieren. Der Freimaurer O. Wirth schreibt dazu: "Der 2. Tod entspricht

der Vollendung des Großen Werkes." - Ja, des Satanswerkes: Was der 2. Tod wirklich bedeutet, sagt uns Offenbarung 20, 14. Es ist der endgültige Zustand der Gottlosen in der Hölle.

B) Die Illuminaten

Wird heute verstärkt von einer Neuen Weltordnung gesprochen und auf eine Welteinheitsgesellschaft hingearbeitet, so steht dahinter eine Bewegung, die pauschal One-World-Bewegung (Eine-Welt-Bewegung) genannt wird. Sie sollte, so wie ihre freimaurerische Komponente, als eine Art Gegenkirche verstanden werden, stellt sie doch einen satanischen bzw. antichristlichen Gegenentwurf zum Reich Gottes dar.

Gewiß erschöpft sich das Antichristliche nicht in dieser Bewegung; jedoch ist sie die hauptsächliche und verbreitetste antichristliche Bewegung. Sie nimmt auch das Antichristliche außerhalb ihrer weithin in sich auf bzw. verwendet es für sich. Darum hat sich die von außen wie von innen angefochtene Kirche in unserer Zeit, die zumindest endzeitliche Anzeichen trägt, auf jeden Fall besonders mit der gefährlichen One-World-Bewegung zu befassen.

Neue Weltordnung ist die Übersetzung des novus ordo saeclorum Adam Weishaupts, der mit diesem Ausdruck sein Ziel einer - antichristlichen - neuen Weltordnung bzw. einer Weltregierung kundgab. Übrigens sind auf der amerikanischen Ein-Dollar-Note diese Worte Weishaupts mit " … seclorum" eingedruckt, zusammen mit dem Gründungsjahr der Illuminaten; ein eindeutiger Beweis für den Einfluß dieses Ordens.

Weishaupt hatte sich fünf Jahre lang in Alchemie und Hexerei einführen lassen und unter dem Deckmantel der Münchner Freimaurer-Loge okkulte Praktiken ausgeübt. Bezeichnend, daß er nicht nur Patriarch der Jakobiner genannt wurde, sondern auch Spartakus. Im Jahre 1776 gründete er am 1. Mai (daher der Mai-Tag der Kommunisten) auf der Grundlage mehrerer älterer europäischer Geheimverbände den Orden der Illuminaten (der Erleuchteten, nach Luzifer = Lichtbringer).

Dieser Orden verfolgte auch politische Ziele, z.B. den Umsturz der Regierungen, wie auch die Zerstörung der Religionen, besonders des Christentums, ferner die Auslösung eines Chaos mit Hilfe von Revolutionen und Kriegen. All dieses unternahm er mit dem Ziele, eine Weltherrschaft mit dem Satanismus als verbindlicher Staatsreligion aufzubauen.

Da Weishaupt ein Jesuitenzögling gewesen war - später ihr Gegner -, übertrug er die Erziehungsgrundsätze der Jesuiten auf seine Gründung und schuf eine Gradeinteilung nach freimaurerischem Muster.

Durch Verfolgungen wurde der Illuminatenorden 1786 offiziell aufgelöst, konnte aber weithin untertauchen. Nach dem Verbot in Bayern wichen verbannte oder geflüchtete Mitglieder in andere Länder aus, nach Sachsen, Preußen, Rußland und Schweden, zu dort noch bestehenden Illuminaten-Logen. Zum Teil setzten sie ihr Werk unter anderem Namen als Neuorganisationen fort. Die Illuminaten übten so auf verschiedene Weise - und verstärkt in unserer Zeit - einen unheilvollen Einfluß aus, bis zu großen politischen Veränderungen, vielfach mit okkulter Komponente.

Es ist bezeichnend, daß die leider auch von vielen Christen für einen menschheitlichen Fortschritt gehaltene One-World-Bewegung schon von Anfang an neben Freimaurerei und Jakobinertum auch Okkultismus und Satanismus in sich birgt, dazu das weite Gebiet der Anarchie, die heute unter dem Begriff des internationalen Terrorismus in die Geschichte eingeht.

Furchtbare Revolutionen, Kriege und Weltkriege gehen großenteils auf das Konto der Illuminaten. Für unser persönliches Schicksal - mit Kriegen, Vertreibungen, Inflationen usw. - ist bestimmend, daß bereits vor über hundert Jahren zur Verwirklichung schlimmer Machttriebe sogar Weltkriege geplant wurden.

So hat der oberste Illuminat in Amerika und souveräne Großmeister des Altertümlichen und Anerkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei, Albert Pike, der als Satanist bekannt war, den Plan dreier Weltkriege in einem Brief an Giuseppe Mazzini dargelegt. Hierbei überrascht,

wie genau solch lange Zeit vorher die Kriegsführenden und die Ergebnisse "vorhergesagt?", nein, alles vorausgeplant und dann auch so durchgeführt worden waren, großenteils ein Werk der Freimaurer und Illuminaten.
Näheres über Pike's Brief bringt Des Griffin, der aus diesem Brief zitiert: "Die Menge, über das Christentum enttäuscht, ... wird das wahre Licht durch die universale Manifestation der reinen Doktrin Luzifers empfangen, die schließlich ins Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, eine Manifestation, die ein Ergebnis der allgemeinen reaktionären Bewegung sein wird, die auf die Vernichtung des Christentums und Atheismus folgen wird, die damit beide mit einem Schlage besiegt und ausgelöscht worden sind."
Wir sehen: es geht gegen beide, d.h. gegen den christlichen Glauben und gegen den Atheismus. Es mag verwundern, daß auch der Atheismus abgelehnt wird, wie auch sonst bei Freimaurern. Nun, der Atheismus ist bei einem Kampf gegen den christlichen Glauben nicht genügend hilfreich, lächeln ja bloße Atheisten höchstens über den christlichen Glauben.
Sie sind daher nicht so engagiert und haßerfüllt wie antichristliche Menschen. Auch halten sie nichts von einem womöglich gnostischen Luzifer-Glauben, haben kein Interesse oder auch nur intellektuelle Möglichkeit, Luzifer auf den Thron zu setzen. Auch aus diesem Grund möchten Illuminaten nicht so sehr mit Zweiflern und Atheisten zu tun haben, als vielmehr mit Okkultisten und Satanisten, mögen diese auch zahlenmäßig in der Minderheit sein. - Die Kirchen haben ihre große Bedrohung durch sie noch gar nicht wahrgenommen.
Die Freimaurerei kann sich nicht vom Illuminatentum distanzieren. Sie ist eine seiner Wurzeln und eng mit ihm verflochten. Und am 16. Juli 1782 hat sich das Hochgradfreimaurertum auf dem Kongreß zu Wilhelmsbad mit dem Illuminatenorden verbunden.
Beide, Illuminaten und Freimaurer, haben auch wesentlich zur Entstehung des Kommunismus beigetragen. Es ist nicht von ungefähr, daß das sowjetische Hoheitszeichen aus sieben freimaurerischen Symbolen zusammengesetzt ist: Globus, Sonne, Mond (Sichel), Hammer, Bruderhand, Pentagramm (Sowjetstern, US-Stern) und Weizenähre.
"Bezeichnend, daß auch Karl Marx Satanist war! Mit 19 Jahren schloß sich Karl Marx der Satanskirche der Illuminati an. Seine höheren Weihen empfing er durch das Schwert, das er mit seinem Blut weihte und das ihm Erfolg versprach. Zu seinen Lebzeiten sollte dieser Erfolg jedoch ausbleiben. Neben seiner ständigen Geldnot mußte er den Verlust von 6 Kindern vorzeitig beklagen: zwei begingen Selbstmord. Noch als Todkranker ließ er viele Kerzen um sein Bett aufstellen und betete zu Luzifer.
Dieser geistlichen Gesinnung verdankt die Welt das Werk Das kommunistische Manifest, ein Antievangelium und ein Aufruf zum Klassenkampf … Die ... Atombombe des Marxismus mit ihren Abarten Kommunismus und Sozialismus ist längst explodiert. Über die Hälfte der Weltbevölkerung ist in ihren dämonischen Bann geschlagen. …" - Aus Richard Wurmbrand: Karl Marx und Satan.
Karl Heise schrieb in Okkultes Logentum: "... uns Okkultisten berührt es seltsam, bestätigt aber aufs neue den inneren Zusammenhang von dunkelmagischem Logentum und Politik, daß es Trotzki war, der (laut in Berlin erscheinender russischen Zeitung 'Der Alarm, der Weckruf' Nr. 107,1919) sich und seinen Sowjetbrüdern den Genuß einer sogenannten schwarzen Messe oder maurerischen Satansliturgie verschaffte, in der dem Feldhauptmann der dunklen Scharen aus Dank für die vollendete Revolution gehuldigt wurde. Der Soldat, ein Lette, der diese okkulte Handlung, die im Kreml stattfand, verriet, büßte seinen vorlauten Mund mit sofortiger Hinrichtung."
Es gibt auch Tochterorganisationen der Freimaurer bzw. Vereine und Organisationen, die ihnen gewollt oder ungewollt Zubringerdienste leisten. Der Rotary Club z.B. wurde von P. P. Harris gegründet, die Lions International von Melvin Jones. Beide, Harris und Jones, sind laut dem Nachschlagewerk Who is Who in America als Freimaurer ausgewiesen.

Im Verzeichnis der Deutschen Freimaurer-Bibliothek, Bayreuth, werden Malteser, Johanniter, Rotarier, Lions unter den freimaurerischen Gesellschaften aufgeführt. Tochterorganisationen oder Organisationen mit freimaurerischem Einschlag, die etwa auf sozial-humanitärer Ebene arbeiten, bilden ein breites Fundament, auf dem sich das Freimaurertum pyramidenförmig weiter auf- und ausbauen kann.
Von Freimaurern, Illuminaten und ähnlichen zwielichtigen Organisationen und Kräften sind u.a. geschaffen worden oder stehen mit ihnen im engen Zusammenhang: der Council an Foreign Relations mit Tochtergesellschaften, die Bilderberg-Organisation, die Trilaterale Kommission, die UNO, der Club of Rome, die Pugwash Conference, das Rockefeller-Imperium und das Rothschild-Imperium. Die Rothschilds wurden nicht nur unermeßlich reich, sondern auch politisch mächtig, beherrschten z.B. die "Kronkolonien", zettelten den "Opiumkrieg" (1839-1842) an, hatten den größten Einfluß auf China und Japan, ermöglichten finanziell die Russische Revolution, unterstützen den Zionismus usw. –
Des Griffin schreibt: "Der Name Rote Armee war keine falsche Benennung oder ein zufällig ausgesuchter Name. Die bolschewistische Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten International Bankers. Es war nur allzu passend, daß sie das 'Rote' Etikett oder Schild trug."
Eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der finsteren Pläne der Illuminaten spielten die Massenmedien. Sie sind ohnehin größtenteils in der Hand der Illuminaten. Douglas Reed - vor dem Zweiten Weltkrieg Hauptkorrespondent der Times für Zentraleuropa - schrieb von einer Verseuchung der Presse. Er gab an, daß hierbei Etiketten wie liberal oder konservativ vollkommen sinnlos würden.
Er zitiert auch Weishaupt: "Wir müssen darauf achten, daß unsere Schriftsteller schlagfertig sind und daß sie von unseren Herausgebern geschätzt werden; wir müssen deshalb all unsere Kräfte dafür einsetzen, die Journalisten und Herausgeber zu gewinnen ...
Wenn ein Schriftsteller irgend etwas publiziert, was beachtet wird und an sich richtig ist, aber nicht mit unseren Ideen übereinstimmt, müssen wir ihn entweder für uns gewinnen oder aber ihn fertigmachen."
Diesem Ursprung der Pressemanipulation getreu, werden auch heute viele, die an sich Richtiges, aber Unbequemes bringen, "fertiggemacht". Reed fährt fort: "Diese Lehren werden in den Protokollen wiederholt: ‚Mit der Presse werden wir folgendermaßen umgehen ... Wir werden sie selbst aufzäumen und mit straffen Zügeln lenken ... Dieses Ziel wird von uns teilweise schon jetzt dadurch erreicht, daß die Neuigkeiten aus aller Welt in einigen wenigen Nachrichtenämtern zusammenströmen, dort bearbeitet und erst dann den einzelnen Schriftleitungen, Behörden usw. übermittelt werden.
Diese Nachrichtenämter werden allmählich ganz in unsere Hände übergehen und nur das veröffentlichen dürfen, was wir ihnen vorschreiben werden ... Sollten trotzdem einige Schriftsteller gegen uns schreiben wollen, so werden sie keinen Verleger für ihre Arbeit finden." - Dies müssen auch heute viele bitter erleben. Sprechen sie Wahrheiten aus, die sich gegen Freimaurer, Illuminaten und verwandte Organisationen richten, so tun sie sich unendlich schwer damit, einen Verleger zu finden - selbst auf kirchlichem Boden -, der den Mut zur Herausgabe des Werkes aufbringt.
Von Reed stammt auch folgende Information: "Die Generallinie der Lehren Weishaupts, die Verächtlichmachung der Monarchie, der Religion, jeder legitimen Regierung jeden Landes, der Nationalität, der Ehre, des Patriotismus und allgemeiner Anständigkeit findet sich impliziert oder expliziert in einer Unzahl heutiger Schriften, Schauspiele, Rundfunksendungen und Filme."
Auch das anschließende Wort ist bedeutsam: "Jetzt, in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, zeigt sich eine Situation, die für die Vollendung der Revolution der Zerstörung mit ih-

ren Früchten: Entvölkerung, Deportation und Tod, einen außerordentlich günstigen Nährboden bildet.
Sowohl in Europa wie in Arabien sind zwei Vulkane künstlich geschaffen worden, die jederzeit zum Ausbruch gebracht werden können. Die Ereignisse, die zu dieser Situation geführt haben, beweisen zur Genüge, daß es geheime Männer gibt, die eine Macht über die Politiker ausüben. Jetzt erstreckt sich diese Macht über Völker oder zumindest über jene, die behaupten, in deren Namen zu sprechen."
Reed schreibt auch: "Die sichtbaren Agenten dieser Verschwörung sind im Osten die Weltkommunisten und im Westen die Welt-Staatsmänner (mit ihren beiden Gehilfen: der Atombombe und dem vergrabenen Gold). Werden sie eines Tages im Interesse des Planes scheinbar gegeneinander losschlagen, wie es der Nationalsozialismus und Kommunismus getan haben?
Durch die gesamte Propaganda für einen Welt-Staat, eine Weltregierung, die jetzt ständig auf uns einhämmert, zieht sich wie ein roter Faden die Lehre von Weishaupt.
Hinter dieser lächelnden Maske birgt sich die gefährlichste aller Diktaturen ... Wir dürfen den Welt-Staatsmännern kein Vertrauen schenken. Wenn überhaupt, dann finden sich Weishaupt's Schüler am ehesten in ihren Reihen."
Dieser erwähnten Propaganda für einen "Welt-Staat" im Geist der Illuminaten geht es nicht um Wahrheit, nicht um Wohl und Freiheit der Menschen, sondern um Vernebelung und Irreführung, damit die Welt sich blindlings selber den illuminatistischen Mächten ans Messer liefert. Und hierbei sind die Massenmedien ein besonders wichtiges Werkzeug. Sie gaukeln den Menschen vor, daß sie ihr Mund seien, in ihrem Namen ihre Meinung aussprächen. In Wirklichkeit aber sind umgekehrt sie es, die die "Meinung" der Leute machen und das Denken der Menschen manipulieren.
Es gilt nach wie vor, was der Chefredakteur der "Vossischen Zeitung" in Nr. 244 vom Jahre 1925 schrieb: "Aber wer fragt denn überhaupt noch danach, ob die öffentliche Meinung recht hat oder nicht? Sie ist da, sie setzt sich durch, und das Urteil dieser öffentlichen Meinung wird beeinflußt durch ein paar Drahtzieher, die sich mit vielen Geldern in den verschiedenen Ländern einen umfangreichen Presseapparat verschafft haben, durch dessen Schalltrichter sie laut hörbar, was auch immer sie haben wollen, verkünden lassen."
Auch bei der von undurchschaubaren Kräften und Ideen gespeisten "Umerziehung" unseres Volkes seit 1945 gerieten die hiesigen Massenmedien erst recht weitgehend in die Hand der Ein-Weltler. Müller schreibt hierzu: "Getreu nach dem Umerziehungsprogramm mußten nun in Deutschland alle Leute, die eine Zeitung herausgaben oder beim Rundfunk tätig sein wollten, die Genehmigung der Feindmächte dafür einholen. Eine solche Genehmigung bekam aber selbstverständlich nur derjenige, der nach alliierter Ansicht als gut umerzogen oder linientreu anzusehen war; daher spricht man ja auch von der Lizenzpresse, und die neuen Pressebesitzer suchten nun ganz von selbst ihre Mitarbeiter und Nachfolger entsprechend aus."
Uns kann angesichts der zerstörerischen Machenschaften der Illuminaten nur dies trösten, daß letztlich nicht diese Macht und verwandte Mächte das Weltgeschehen in ihrer Hand haben, sondern unser dreieiniger Gott. Zum Trost und zum rechtzeitigen Aufmerken ist uns die Offenbarung des Johannes geschenkt. In dieser Zuversicht sind wir um der Kirche und um der Menschen willen zum Kampf gerufen, zum Kampf für Gott Vater, Sohn und Heiligen Geist.

C) Der Club of Rome und andere einweltlerische Gruppen

Einen großen Einfluß übte in den letzten Jahrzehnten der 1968 gegründete Club of Rome aus. Er ist auch heute für die Zukunftsplanung und für den Gedanken der One World bestimmend. Auch er strebt eine Welteinheitsregierung an. Hierzu: "Die Lösung der Weltwirtschafts-, Weltbevölkerungs- und Welternährungsprobleme besteht nach Auffassung von Direktor Dr. Oppenheimer des freimaurerischen Club of Rome darin, daß eine kleine Gruppe elitärer Intel-

lektueller eine Welteinheitsregierung, ein Weltrat der Weisen, den Frieden auf wissenschaftlicher Grundlage garantieren kann.
Absicht des Clubs ist es, die Erde in acht Regionen aufzuteilen, um technologische Entscheidungen zu erleichtern, wobei jede Region einem Kommissar unterstehen soll. Die den Freimaurern nahestehende Trilaterale Kommission und der von der Freimaurerei gesteuerte CFR (Council an Foreign Relations) fordern die Einteilung der Erde auf nur 3 oder 5 Regionen."
1972 erschien ein Bericht über die "Grenzen des Wachstums", der weltweit dem naiven Fortschrittsglauben einen Schuß vor den Bug versetzt hat und zu tiefgreifenden Änderungsmaßnahmen anregte.
Einen guten Einblick in das Wesen und Wirken des Club of Rome gibt uns das Buch seines Gründers und Präsidenten Aurelio Peccei: *Die Zukunft in unserer Hand*. Dieses Buch bringt manch gute Erkenntnis. Daß z.B. die Bevölkerungsexplosion kaum lösbare Probleme schaffe und die abzusehende Erschöpfung der Bodenschätze nicht mindere, verdient gehört und beraten zu werden, um Lösungen zu finden.
So können wir vielem zustimmen. Auswahlweise seien hierzu verschiedene Aspekte hervorgehoben: der richtige Gedanke, daß bei aller Betonung einer gemeinsamen Zukunft die Unterschiede der Völker, der Kulturen usw. be- und geachtet werden sollten; die Notwendigkeit, gegenüber einer Wissenschaftsgläubigkeit und einem Glauben an das Machbare das Gefühl für die Verantwortung des Menschen zu entwickeln; die Warnung vor dem Übersehen wie Manipulieren der Natur, mit Respekt vor der Pflanzen- und Tierwelt und in Sorge um sie, wie auch die Warnung vor dem Übersehen der Anregungen der Philosophie, der Ethik und des Glaubens beim Planen der Zukunft; der unwiderlegbare Gedanke der gegenseitigen Abhängigkeit, der "Interdependenz"; der uns so wichtige Gedanke, auch den einzelnen zu sehen, an seinem Wohlergehen Anteil zu nehmen.
So schrieb Peccei angesichts der Statistik über "absolute Armut": "Doch sollten wir über den nackten Zahlen der Statistik nicht vergessen, daß hinter jeder Zahl ein verzweifeltes Individuum steht" (S. 83).
Das Bild vom Raumschiff Erde könnte für uns noch annehmbar sein. Auch der Satz: "Der moderne Mensch ist zum Subjekt der Veränderungen geworden, die sich in dem Winkel des Alls abspielen, dessen Herr er geworden ist", sofern ihm der Gedanke von 1. Mose 1,28 zugrunde liegt. Dies muß man aber bezweifeln, wenn Peccei fortfährt: "Es ist dies das erste Mal, daß die Zukunft des Menschen allein in seiner Hand liegt, das erste Mal, daß er als Steuermann das Raumschiff Erde auf seiner Reise in die nächsten Jahrhunderte steuern kann" (S. 23).
Auch die optimistische und utopische Hoffnung auf eine grundlegend andere Haltung der Menschheit, eine Hoffnung, die das "Gefallensein" des Menschen verkennt, verfehlt die Wirklichkeit. Die Offenbarung des Johannes zeigt uns ernüchternd, wohin allein sich die Menschheit entwickelt mit all ihren Idealen und Utopien. Bereits die Ausführungen über die Kräfte, von denen sich Peccei einen neuen Humanismus erhofft, zeigen einen verkehrten Weg. Schon die Überschrift, die er über diesen Teil setzt, verrät seine Wirklichkeitsblindheit: Die reine Quelle der Jugend.
Sein Vorschlag: "Der Plan ist so einfach wie gewagt. In einer ersten Etappe ist die Schaffung eines ausschließlich von Jugendlichen geleiteten Netzes von Zentren vorgesehen, die über die Zukunft der Menschheit forschen, nachdenken, diskutieren und Vorschläge machen ... Sie sollten mehrere alternative Gesellschaften ... herausfinden …" (S. 209). Dem entspricht, welche Hoffnungen auf die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die Bewegung für die Geburtenbeschränkung u. dgl. gesetzt werden (S. 160), also auf Bewegungen, bei denen man schon jetzt erkennt, daß sie die Inhumanität, die Spaltungen und das Chaos nur vergrößern.

Sie sind mit ihren Gegnern im Schachbrett der One-Worldler mit eingeplant, gemäß der alten Illuminaten-Masche vom Druck von unten und Druck von oben.
Deshalb ist es z.B. nicht verwunderlich, daß die Rockefellers - wenigstens bis vor kurzem - die Grünen unterstützen. Auch nicht verwunderlich, daß die Grünen, wie die Rockefellers, sich für die Abtreibung einsetzen. Dabei bedeutet es doch gerade das Gegenteil von allem zur Schau getragenen Natur- und Tierschutz, wenn sie schon, zu Unrecht, den Ungeborenen das Menschsein absprechen. Wenigstens einen "Tierschutz" müßten sie dann den Ungeborenen gewähren. Aber ausgerechnet an dieser Stelle verweigern sie ihn. Eine bewußte und sehr bezeichnende Inkonsequenz. Darum: viel zuviel Aufmerksamkeit, "Verständnis" und Schonung gibt es gegenüber diesen Zerstörern.
Es ist also richtig, wenn wir, wie es der Club of Rome will, unseren Blick vor den vielen Problemen nicht verschließen; es trifft zu, daß die Welt in viele Sackgassen geraten ist. Es ist auch notwendig, Spannungen zwischen Ost und West abzubauen und die Kluft zwischen Nord und Süd zu schließen. Auch sollten wir anerkennen, daß die Analysen weithin richtig und manche der Ratschläge gut sind. Wir sollten zugleich Achtung davor haben, mit welchem Ernst und Engagement versucht wird, für eine mögliche und bessere Zukunft zu sorgen. Und doch: entscheidend ist, unter welchem Vorzeichen dies alles steht. Letztlich gilt die Frage, ob man all diese Hoffnungen auf Gott oder allein auf den Menschen setzt.
Wieweit man mit diesem Plan der Weltdiktatur schon vorangeschritten ist, zeigen die Worte Müllers: "In einer Verlautbarung der UNESCO (englische Abkürzung für United Nations-Educational, Scientific and Cultural Organisation) … aus dem Jahre 1951 heißt es: 'Über den verschiedenen Ländern mit ihren mannigfachen Gesetzen muß eine allgemeingültige Gesetzgebung bestehen, die Schritt für Schritt eine einzige Kultur und eine einzige Philosophie allen Völkern aufzwingen kann'." - Das kann nur bedeuten: Zerstörung aller gewachsenen Kulturen und aller Glaubensrichtungen, wohl insbesondere des christlichen Glaubens.

Der Council an Foreign Relations und Tochtergesellschaften

1921 wurde von Edward M. House (1858-1938), einem engen Berater von US-Präsident Wilson, und seinen Freunden unter Beteiligung der britischen Geheimorganisation The Round Table, die ebenfalls die bolschewistische Revolution unterstützt hatte, der Council an Foreign Relations (CFR = Rat für Auswärtige Beziehungen) gegründet, finanziell von den Rockefellers unterstützt.
Gary Allen (Die Rockefeller Papiere) schreibt auf Seite 70:
"Der Rat für Auswärtige Beziehungen hat seinen Sitz in New York und besteht aus einer Elite von knapp 1.600 der Insider des Establishments aus der Hochfinanz, den Hochschulen, der Politik, des Handels, der Stiftungen und der Massenmedien", auf Seite 75: "Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Nixon mindestens 115 CFR-Mitglieder in Schlüsselpositionen gebracht ... Vielleicht der wichtigste und ganz gewiß der prominenteste unter all diesen Insidern des Establishments ist Henry Kissinger."
Heinz Pfeifer (*Brüder des Schattens*) schreibt: "Council an Foreign Relations ... Seine europäischen Töchter sind The Royal Institute of International Affairs in London, L'Institut Francais des Relations Internationales mit Sitz in Paris und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn. Einige Mitgliedernamen (April 1981) dieser Bonner Nebenstelle des CFR sind nicht nur wegen der einen oder anderen Freimaurerzugehörigkeit nennenswert, sondern auch deren politischen und wirtschaftlichen Spitzenstellung." U.a. werden nun aufgezählt: Helmut Schmidt, H. Apel, G. Stoltenberg, G. Schröder, W. Leisler Kiep, D. Wolff von Amerongen, H. Friedrichs, R. Freiherr von Weizsäcker und M. Gräfin Dönhoff.

Die UNO

Es wirft ein Licht auf das Wesen der UNO, wenn man ihre Gründer betrachtet. Da ist die starke Beteiligung von CFR-Mitgliedern bedeutsam. Gary Allen schreibt: "1945 hatten die Ro-

ckefellers es geschafft. Enkel Nelson war eines der 74 CFR-Mitglieder bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in San Franzisko. Später stifteten Nelson und seine Brüder das Grundstück für das UNO-Gebäude am New Yorker East River". Auf Seite 101: "Den offensichtlichsten Weg zu einer Weltregierung eröffnet die Organisation, die 1945 von den Rockefellers für genau diesen Zweck geschaffen wurde - die Vereinten Nationen."
Aufschlußreich ist das UNO-Emblem mit dem Doppelsymbol aus Globus (= Weltherrschaft) und Weizenähre. Beides finden wir sowohl im freimaurerischen als auch im kommunistischen Symbolbereich. Daß Freimaurerei und Kommunismus, trotz gewisser Unterschiede im ideologischen Bereich, der gleichen Wurzel entstammen, wird durch die Tatsache belegt, daß das sowjetische Hoheitszeichen aus sieben freimaurerischen Symbolen zusammengesetzt ist: Globus, Sonne, Mond (Sichel), Hammer, Bruderhand, Pentagramm (Sowjetstern, US-Stern) und Weizenähre. Im UNO-Emblem ist diese Identität beider Ideologien klar zum Ausdruck gebracht. Von ihren Wurzeln und ihren Symbolen her steht also auch die UNO gegen Christus, gegen den Menschen.

Die Bilderberg-Organisation

Heinz Scholl schreibt in *Bilderberg - Das Konzil der Plutokraten und Bonze*: "Bei der Gründung der Bilderberg-Organisation im Jahre 1954 trat als scheinbarer Initiator Bernhard Lippe-Biesterfeld, der Ehegatte der niederländischen Königin Juliane, in Erscheinung ... von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß Lippe von Anfang an nur als Aushängeschild der Organisation benutzt wurde.
Als die eigentlichen Väter der Idee, die Bilderberg-Organisation als einen internationalen Club zur Durchsetzung ihrer originär kommunistischen Zielsetzung ins Leben zu rufen, werden die Brüder David und Nelson Rockefeller angesehen. Beide stehen in dem Ruf, sie seien die wirklichen politischen Machthaber Amerikas und der 'freien' westlichen Welt."
Die Bilderberger haben ihren Namen vom Hotel Bilderberg in Oosterbeek, wohin Prinz Bernhard die erste Konferenz im Mai 1954 einberufen hatte. Die Bilderberg-Konferenzen finden alljährlich statt. Eingeladen werden führende Leute aus aller Welt, Politiker, Bankiers, Vertreter multinationaler Konzerne und andere. Hierbei werden Entscheidungen von weltweiter Bedeutung gefällt, oft wichtiger als Ergebnisse von Staatsbesuchen. Daß hierbei kein Reporter zugelassen ist, die Sitzungen geheim sind und so die Weltöffentlichkeit nichts von den sie doch sehr betreffenden Beschlüssen erfährt, ist außerordentlich bedenklich.
Heinz Scholl *Die Scheindemokratie - Das Bündnis der Linken mit Rockefeller, Rothschild & Co.* schreibt auf Seite 63: "Die Bilderberg-Organisation ist eine auf Initiative der Brüder Rockefeller und der Bankdynastie Rothschild ins Leben gerufene internationale Konferenz der Hochfinanz ... Die Zusammenkünfte dieser Clique dienen der Abstimmung und Harmonisierung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der amerikanischen Magnaten mit dem gleichfalls zahlenmäßig kleinen Club der Superreichen Europas."

Die Trilaterale Kommission

In Verbindung mit den bisherigen Einweltler-Organisationen wurde vor einigen Jahren The Trilateral Commission geschaffen, mit dem Schwerpunkt für die Industriegebiete Vereinigte Staaten, Westeuropa und Japan. Die Gründungsversammlung war von David Rockefeller einberufen worden. Ca. 200 führende Bankiers, Geschäftsleute, Politiker und Geschäftsführer aus aller Welt waren zur Bildung einer übernationalen Planungskommission eingeladen worden. Deren Direktor wurde Zbigniew Brzezinski.
Gary Allen schreibt: "Die Trilateral Commission ist von David Rockefeller geschaffen worden, um damit seine internationalistischen Freunde dahin zu bringen, daß sie ihren privaten Einfluß auf die Regierungen ihrer Länder gebrauchen und sie auf dem richtigen Kursinneren halten, nämlich dem Weg zur großen Fusion. Ein Land, das sich vielleicht über diese Warnungen hinwegsetzt und seinen Sorgen zu viel Aufmerksamkeit schenkt, wird sich vielleicht

schon bald in einer so schweren Krise bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und finanziellen Mitteln finden, daß ihm die große Wirtschaftsdepression der dreißiger Jahre wie ein Zug durch das Gelobte Land erscheinen mag."
Über den großen Einfluß der "Trilateralen" finden wir Aufschlußreiches im Extrablatt der Vertraulichen Mitteilungen vom 4. Mai 1983. Nachdem im Blick auf die CFR, Bilderberger und Trilaterale gesagt wird: "Gemeinsam ist allen drei Gruppierungen, ... daß sie in der westlichen Welt ... einen ungewöhnlich dominierenden Einfluß haben", heißt es in ihm: "Die Mitglieder der Trilateralen (etwas über 300 distinguished citizens) kommen aus Nordamerika, den EG-Ländern Westeuropas und aus Japan ... Die Mitglieder lassen sich in drei große Blöcke unterteilen:
a) Wirtschaftsführer (z.B. Wolf von Amerongen, BDA-Präsident Esser und Ex-DGB-Chef Vetter ...);
b) Universitätsprofessoren und Leiter von Forschungsinstituten;
c) Politiker, Regierungsmitglieder, hohe Beamte ... (z.B. Raymond Barre, Brzezinski, Kissinger, McNamara, Carter, Eyskens, La Malfa, US-Vizepräsident Bush, US-Verteidigungsminister Weinberger, Fed-Chef Volcker, und aus Deutschland Graf Lambsdorff, Stoltenberg, Ehmke. Bei Politikern ruht die Mitgliedschaft in der Regel während ihrer Tätigkeit in der Regierung)."
Sehr zu beachten ist auch der Satz gegen Schluß: "Sie müssen also damit rechnen, daß auch die überschaubare Zukunft von Trilateralen, von Bilderbergern und von Mitgliedern des Council an Foreign Relations beeinflußt wird, und zwar in der Weise, daß Sie NICHTS davon in der Öffentlichkeit hören." - Ist eine solche Geheimhaltung noch mit der Demokratie vereinbar, noch dazu, da es hier ganz besonders um unser Schicksal und um das Schicksal der Welt geht? Sind unsere demokratischen Verfahren und Beschlüsse nur ein vordergründiges und letztlich weniger wirksames Aushängeschild, uns bloß zu einer fraglichen Beruhigung gegeben?
Für diese Kommission und für andere solcher Gruppierungen und Organisationen ist bezeichnend: sie selber lehnen das demokratische Prinzip der Durchlässigkeit und Öffentlichkeit ab. Dollinger *Zwischen Gott und Satan* schreibt: "Illuminaten, Freimaurer, Bilderberger - streng geheim, strenger, am strengsten geheim. Organisatoren bestehen darauf, daß bei Tagungen Hotelgäste in andere Hotels umquartiert werden. Das Hotelpersonal muß während ihrer Beratungen verschwinden. Sie bringen ihre eigenen Bediensteten mit, die nicht englisch verstehen. (Griffin, S. 138).
Warum? Wozu, wenn sie doch bloß humane Ziele haben? Erlöste Menschen, deren Leben mit Nächstenliebe zu tun hat, haben es nicht nötig, sich so abzuschirmen. - Darin besteht das Gericht, daß das Licht in die Welt gekommen ist, die Menschen aber das Finstere mehr liebten als das Licht, denn ihre Werke waren böse. Denn jeder, der Schlechtes tut, haßt das Licht, damit seine Werke nicht aufgedeckt werden! (Johannes 3, 19)

Die Rothschild-Dynastie

In gewisser Spannung zum Rockefeller-Imperium steht das Rothschild-Imperium und trägt doch in gleicher Weise zum Bau der menschenfeindlichen One-World bei. Diese Konkurrenz bedeutet keinen Widerspruch, können doch die vom Dunklen geborenen Bewegungen sehr wohl gegeneinander stehen - so wie in der Offenbarung des Johannes 17 und 18 das Tier und die Hure einander bekriegen -, auch um Verwirrung zu schaffen und die Menschen besser täuschen zu können, die bei der Flucht von einer Bewegung zur anderen wähnen, aus der Nacht in den Morgen, in die Freiheit zu fliehen, aber immer noch in der Nacht bleiben. …
In groben Umrissen sei nun auf das Rothschild-Imperium eingegangen: Mayer Amschel Bauer (später in Rothschild umgeändert) wurde 1743 in Frankfurt am Main geboren. Er wurde Agent von Wilhelm von Hanau, der seine Truppen gegen Geld an jede beliebige Regierung verlieh,

kam durch zwielichtige Handlungen zu einem großen Vermögen und wurde auch der erste internationale Banker. Das Haus Rothschild half Napoleon finanzieren - und finanzierte beide Seiten. Durch einen großen Coup nach der Schlacht von Waterloo hatte Nathan Rothschild die Kontrolle über die englische Wirtschaft beide Seiten von Rothschilds finanziert.
Als Lincoln sich 1862 und 1863 weigerte, die von Rothschilds geforderten hohen Zinsen zu zahlen und zinsfreie US-Noten herausgab, wurde er 1865 ermordet. Zwischen dem Ende des Bürgerkrieges und 1914 waren Rothschilds Hauptagenten in den Vereinigten Staaten: Kuhn, Loeb und Co., sowie J. P. Morgan Co. Eine künstlich erzeugte Währungskrise brachte der Bankelite Milliarden ein.
Des Griffin schreibt: "Tief in ihre Kiste betrügerischer Praktiken greifend, zogen die International Bankers ihren bisher größten Coup ab - die Gründung des in Privathänden befindlichen Federal Reserve System, womit die Kontrolle über die Finanzen der Vereinigten Staaten in die Hände der machtbesessenen Geldmonopolisten gelegt wurde ... unsichtbare Regierung der Geldbarone." erworben. …
Aufschlußreich, was Des Griffin im Hinblick auf England von Krone und City schreibt: "Die Krone ist ein Ausschuß von 12 bis 14 Männern, die den unabhängigen, souveränen Staat regieren, der als London bzw. die City bekannt ist. Die City gehört nicht zu England. Sie untersteht nicht dem Monarchen. Sie untersteht nicht der Regierung, durch das britische Parlament bestimmt. Wie der Vatikan in Rom ist sie ein separater, unabhängiger Staat. Sie ist der Vatikan der gewerblichen Welt.
Die City, die man oft die reichste Quadratmeile der Welt nennt, wird von einem Lord Mayor regiert. Hier befinden sich Englands mächtigste Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, reiche Banken, allen voran die privatwirtschaftliche (von Rothschild kontrollierte) Bank of England 'Lloyd' of London. ... Hier liegt auch die Fleetstreet, Herzstück der Zeitungs- und Verlagswelt. …
Hinweisen möchte ich noch darauf, daß es zwei Imperien gab, die unter dem Mantel des British Empire agierten: Das eine war das Imperium der Krone, das andere war das britische Kolonialreich. Alle kolonialen Besitztümer mit weißer Bevölkerungsmehrheit unterstand dem König, d.h. der Autorität der englischen Regierung. Nationen wie Südafrika, Australien, Kanada wurden nach englischem Gesetz regiert. Sämtlichen anderen Teile des Imperiums - Nationen wie Indien, Ägypten, Bermuda, Malta, Zypern, Hongkong und die Kolonien in Zentralafrika - waren Kronkolonien. Diese unterstanden nicht der englischen Regierung, … sie waren privates Eigentum und Herrschaftsdomäne eines Privatclubs in London, bekannt als die Krone…
Diese City strich unvorstellbare Gewinne aus ihren Unternehmungen ein, die unter dem Schutz der englischen Streitkräfte ausgeführt wurden. Die International Bankers, die reichen Kaufleute und die englische Aristokratie, die zum Apparat der City gehörten, häuften Reichtümer auf Reichtümer. … Wäre dieser Reichtum unter alle Menschen der englischen Insel verteilt worden, hätte es Wohlstand für alle geben können.
Auch in anderen Erdteilen hatten die Rothschilds ihre Hände erfolgreich im Spiel. Die Krone zettelte den sogenannten Opiumkrieg Chinas (1839-1842) an. Darauf lag (die Macht) in den Händen der Soong-Familie, die Agenten der Sassoon waren, die wiederum durch Heirat mit den Rothschilds verwandt waren. Später regierte Chiang Kai-shek als ein Agent der Engländer und heiratete 1927 die Schwester des Rothschildagenten T. V. Soong.
Des Griffin: "Mit Beginn des laufenden Jahrhunderts unternahm die Krone weitere Schritte zur Konsolidierung ihrer Position in Asien. Man wählte die kleine Nation Japan, die über keinerlei Kriegsführungskapazitäten verfügte und entsandte den großen englischen Waffenhersteller, Vickers Ltd., damit er Japan zu einer Großmacht entwickelte. Vickers wurde vom Hause Rothschild finanziert.

Die wirkliche Macht

Nachdem am 30. Januar 1902 das Abkommen unterzeichnet war, mit dem die Japaner ihrer Aufgabe als Polizist der Krone im Pazifik zustimmten, wurde die japanische Armee und Marine sehr schnell aufgebaut und mit moderner Ausrüstung versehen.

Nach manch einem Ränkespiel kam es zum Zweiten Weltkrieg, und Japan wurde 'ausradiert', verheert von dem Ansturm und der Intensität des amerikanischen Luftbombardements. Warum? Ganz einfach! Der Boden mußte für neue Industrien und sonstige Entwicklungsprojekte gelegt werden. … Kurz nach dem Kriege wurden riesige Summen für den Wiederaufbau Japans zur Verfügung gestellt. Das Kapital stammte nicht aus dem Lande selbst, sondern von den Leuten, die von den Kriegsschulden Riesenprofite machten, von den International Bankers. …

Auch die russische Revolution wurde von den International Bankers finanziert. … Als Trotzkis private Armee nach Rußland in See stach, befanden sich an Bord 20.000.000 Dollar in Gold, die der Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Des Griffin schreibt: "Der Name Rote Armee war keine falsche Benennung oder ein zufällig ausgesuchter Name. Die bolschewistische Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten International Bankers. Es war nur allzu passend, daß sie das rote Etikett oder Schild trug."

1929 stürzten die International Bankers die Vereinigten Staaten in die große Depression. Des Griffin: "Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den International Bankers gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitlers gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde." S.183: "Die International Bankers pumpten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft ...

Das Hauptverbindungsglied zwischen Hitler und den Wallstreet-Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war", und auf Seite 185: "Zeitgenössischen Beobachtern wurde ... bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produkten vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen." - Die furchtbaren Folgen sind bekannt.

Nun wurde Rußland auch gegenüber den USA außerordentlich begünstigt. S. 249/250 wird Churchill zitiert: "Jene, die in den USA 'die Dinge lenken', wußten, was der Kommunismus ist. Sie, ihre Bundesgenossen und ihre Gebieter waren die Schöpfer des roten Ungeheuers. Sie wußten genau, was sie machten! Der dem Fanatismus schon gleichkommende Eifer, den sie in ihrer uneingeschränkten Unterstützung des blutbesudelten Sowjetregimes (auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler) an den Tag legten, war der Beweis für ihre politische und weltanschauliche Überzeugung.

Sowjetrußland war und ist ein klar erkennbares Werkzeug in ihrem Plan, die ganze Welt unter dem Banner der Neuen Weltordnung zu versklaven." - Soweit Churchill.

Der "rote Faden" der One-World-Bewegung

Man könnte zu den genannten Gruppierungen noch weitere Organisationen und Ideen anführen, die die One-World-Bewegung fördern. Auch ist zu sehen, daß viele in mehreren Organisationen zugleich sind, - Freimaurerei, Illuminatengruppen, CFR, Bilderberger, Trilaterale und zum Rotschild-Imperium zugleich gehören.

Die Mitglieder der verschiedenen One-World-Organisationen kommen nicht kleiner Hobbys wegen zusammen und stellen keine ausgefallene Randerscheinung dar, über die man "zur Tagesordnung" übergehen könnte, sondern bilden die größte Macht, ja die so ziemlich alles beherrschende Macht in unserer Welt, entscheiden weithin über Leben und Tod, über Krieg und Frieden. Nur wenige Politiker, Großindustrielle, Großbankiers, Pressechefs usw. sind in keiner der One-World-Organisationen.

Daher sammelt sich viel Böses, Dunkles in den Machtzentren an, und die Menschheit wird an einem weithin unsichtbaren, aber sehr schmerzhaften Gängelband geführt. Davon sind nicht zuletzt wir in Deutschland stark betroffen. Und da die dunklen Mächte im Osten wie im Westen überaus mächtig sind, zum Kampfe blasen gegen den christlichen Glauben und gegen Gottesordnungen, wie Ehe, Familie und Volk, und dabei wahre Freiheitsbestrebungen unterdrücken, sollten wir nüchtern und aufmerksam bleiben.
Während diese dunklen Organisationen sich gegen die Öffentlichkeit abschirmen, versuchen sie selber möglichst die gesamten Massenmedien in ihre Hand zu bekommen, um mit ihnen durch Desinformation und versteckte oder auch schon offene Angriffe gegen den christlichen Glauben und gegen Gottes Ordnungen die Welt für ihre Ziele reif zu machen. So schreibt Dollinger (Zwischen Gott und Satan):
"Was ist mit den Leuten der Tagespresse geschehen? Eine Gehirnwäsche ist an ihnen vollzogen, meist auch eine Charakterwäsche. … - Freimaurer, Marxisten, Zionisten u.a. stehen alle in einer Verschwörung gegen die neutestamentliche Lehre von der Sünde und Erbsünde. Gemeinsam ist ihnen allen die Irrlehre: Der Mensch ist gut. Chefideologen brauchen diese Irrlehre, denn nur mit Kreaturen, die sie aus der Abhängigkeit von Gott ‚befreit' haben, können sie eine 'neue Welt' machen", und fährt mit der Erwähnung der wahren Schöpfung fort:
"Wider diese Ordnung ist in unserer Zeit die importierte Frankfurter Schule angetreten, die den Gleichheitswahn von 1789 erneuert und uns in Rollenspiele drängen will, wobei die Rollen austauschbar sind. Daraus soll die Gruppendynamik entstehen. Wo sie in den Kirchenbereich eindringt, gilt die Einrichtung der öffentlichen und privaten Beichte als veraltet.
Die Gehirnwäsche beginnt am leichtesten in der Schule. Das vertrauensselige, formbare Gemüt setzt einem verborgenen Willen keinen Widerstand entgegen. Die Autorität des Lehrers findet kaum Hindernisse.
Bestehende Ordnungen anhand von Mißbrauch herabsetzen, ihre Wertminderung in Familie und Volk betreiben, daß es schließlich auch kein Vaterland mehr gibt, wird mit Erfolg seit Jahrzehnten angestrebt. Familie und Ehe sind für solche junge Menschen keine erhabenen Ziele mehr. Der Mensch ist erschaffen zur Lebensqualität." - Soweit Dollinger.

D) Okkultes Judentum

Gerechtigkeit wie auch die Wahrheit verlangen, daß man beim Warnen unserer Brüder und Schwestern und der Völker der Erde vor den zerstörerischen Hintergrundmächten nicht ausgerechnet die Macht verschweigt, die hier weithin federführend ist. Was wäre denn von jemandem zu halten, der zwar vor einem Hunde oder einer Schlange warnte, aber nicht zugleich und besonders vor einem Tiger im Sprung? Zudem ist es letztlich nicht möglich, mit auch nur einigermaßen beträchtlichem Ergebnis vor der antichristlichen One-World-Bewegung zu warnen und mit ihr zu ringen, ohne auf die hinzuweisen, die zu ihr viel beigetragen haben und die größte Macht besitzen.
Zudem bedeutet ein Unterschlagen wichtiger Fakten und Zusammenhänge auch eine große Schuld (Hesekiel 3, 17 ff.). Daher bin ich vom Gewissen her genötigt, auch unbequeme Dinge zu nennen. Der Apostel Paulus scheute sich nicht, auf Verfolgungen der Christen durch von Gott abgefallene Juden hinzuweisen, wie in 1. Thessalonicher 2, 14 ff. So darf auch ich nicht aus falschen Rücksichtnahmen, wenn ich dem Trend der Zeit widerspreche, zu den großen Verfolgungen meiner Brüder und Schwestern durch gottfeindliche Juden schweigen. Wir haben trotz aller christlichen und deutschen Mitschuld an Unmenschlichkeiten beider Seiten vor den dunklen gegenchristlichen jüdischen Bewegungen zu warnen.
Gerechtigkeit allen gegenüber ist überdies auch ein gutes demokratisches Prinzip, das man keiner Diktatur, auch keiner heimlichen oder scheinheiligen Diktatur opfern sollte.

Ich bringe hier - mich dem Urteil objektiver Zeitgenossen stellend - noch einmal großenteils das, was ich in meinem Buch *Die Neue Welt - Vorspiel der Hölle* den Ausführungen über dunkle jüdische Bewegungen vorausschickte:
"Jüdische Unterwanderungsversuche dürfen nicht verschwiegen werden. Bewußt wird hier nicht von Unterwanderungsversuchen der Juden gesprochen, da eine jede Verallgemeinerung unwahr und verhängnisvoll ist. Auch soll die Erwähnung jüdischer Beiträge zum Niedergang und zur Versklavung der Menschheit nicht bedeuten, daß das jüdische Volk als solches abgewertet wird, vielmehr die dankbare Feststellung mit einschließen, ... daß es in besonders hoher Zahl und in besonderem Maß Juden waren und sind, die sich für die äußere und innere Entwicklung der Menschheit eingesetzt haben und damit uns Geschenke in den Schoß gelegt haben, die wir nicht missen möchten.
Auch ist man sich der Schwierigkeit bewußt, als Deutscher, wenn auch erst nach Kriegsbeginn aus Lettland nach Deutschland gekommen, über Juden zu sprechen angesichts der Greuel und Ausrottungen im Dritten Reich, die nicht durch den Hinweis darauf aus der Welt geschafft werden können, daß es hier auch Übertreibungen und Fälschungen gibt.
Es wäre im vorliegenden Fall wahrheitsverfälschend und den anderen One-World-Kräften gegenüber unfair, würde man nur sie kritisieren, aber die große Rolle jüdischer Unterwanderer hierin unterschlagen. Wir sind für die gesamte Welt verantwortlich und dürfen daher zu keiner Gefahr schweigen. Zudem, große Offenheit ist überall wichtig, auch damit Vorurteile und falsche Tabus ausgeräumt werden. So sollte auch das Thema Juden nicht tabu sein und Schriften verfemt werden, die sich mit diesem Thema befassen. Man sollte so sehr gegen jegliche Diktatur sein, daß man auch Unterdrückungen in der Judenfrage für übel hält.
Sagte man, wer Juden kritisiere, sei antisemitisch, so müßte ich, da ich auch und noch viel mehr Entwicklungen in der Kirche kritisiere, 'antikirchlich' oder 'antichristlich' sein. Aber so wenig eine solche Folgerung zulässig wäre, ist eine Folgerung, wer Juden kritisiere, sei ein Antisemit, zulässig.
Es geht mir allein um die notwendige Aufklärung um der Kirche und aller Völker willen. Dies schließt auch das jüdische Volk ein. Ich weiß um seine Heimkehr zu Gott, trete daher für eine Verstärkung der Judenmission ein und ersehne auch eine gute Partnerschaft mit mutigen und wahrheitsliebenden Juden im gemeinsamen Kampf gegen die One-World-Bewegung. - Eine jede Ideologie, die im Juden und im jüdischen Volk das Übel dieser Welt sieht, ist strikt abzulehnen.
In diesen Ausführungen geht es vor allem um einen Anti-Okkultismus und Anti-Satanismus und keinesfalls um einen Antisemitismus.
Da die Finsternis bei allem vordergründigen Gerangel eine Einheit ist, dürfen wir im Hinblick auf Enthüllungen allerdings auch nicht einen Teil dieses Reiches ausklammern. An keiner Stelle sollte eine Ausgangsposition des Okkulten und Satanischen verschwiegen werden. Dürfte man nicht okkultes Judentum kritisieren, genausowenig eine unterwanderte Kirche. Zu beidem aber sind wir gerufen.
Ich möchte hierbei betonen: Einem jeden gegenüber, ob Freimaurer, Moslem oder Jude, gilt doch uneingeschränkt das Gebot Jesu: "Liebet eure Feinde ... " (Matthäus 5, 44 + 45.)

Der Beitrag jüdischer Strömungen zur One-World-Bewegung

Die Rolle des Zionismus in der Eine-Welt-Bewegung darf nicht unterschätzt werden. Curtis B. Dall - Schwiegersohn von Präsident Franklin D. Roosevelt - schreibt in seinem Buch Amerikas Kriegspolitik, von der Rothschild Bankgruppe: "Sie sollen 1919 die Urheber des CFR - Council an Foreign Relations - gewesen sein, die die Vereinten Nationen und das Ein-Welt-Projekt forderten." Weiter spricht er vom "großen Einfluß, den die Welt-Zionistenbewegung auf die amerikanische Außenpolitik ausübte", und sagt von diesem Thema, daß "es im politischen Raume absichtlich im Dunkeln gehalten wird", … "von einem Ablenkungsmanöver, das

dazu diente, die öffentliche Aufmerksamkeit von einigen mächtigen prozionistischen Beratern Roosevelts, die emsig hinter den Kulissen arbeiteten, abzulenken."
Der jüdische Einfluß erschöpft sich nicht im Zionismus. Auch andere jüdische Strömungen und einzelne Juden haben sich an der Vorbereitung der unseligen Einen Welt beteiligt, und manche der heutigen progressiven Danaergeschenke hatten schon vor Jahrhunderten ihre Vorläufer. So gelangte bereits die pseudomessianische Bewegung der Sabbatianer unter dem Einflusse der zum Nihilismus und Anarchismus wie auch zur Perversion der geltenden Moral, indem die alte Sexualmoral auf den Kopf gestellt wurde, Erscheinungen, die auch heute stark unter jüdischem Einflusse stehen.

Kabbalah

Auch der Kommunismus ist weithin jüdisches Werk, sowohl theoretisch - und da haben wir nicht nur an Karl Marx zu denken - als auch praktisch. Jüdische Hochfinanz finanzierte die Revolution in Rußland, und auch die anderen kommunistischen Revolutionen wurden fast durchweg von Juden durchgeführt. Z.B. wurde 1919 die Räterepublik von Eisner und zehn anderen Juden gegründet, in Ungarn 1919 durch Bela Kuhn (Cohn), von dessen 26 kommunistischen Führern 18 Juden waren. Das bolschewistische Zentralkomitee Rußlands bestand 1918 aus 9 Juden und bloß 3 Russen. …
Über den überaus starken jüdischen Beitrag zur kommunistischen Revolution schreibt Henry Ford in seiner 1970 durch die White Power Publications neuverlegten Schrift Der internationale Jude auf Seite 188: "Sowjetrußland wäre überhaupt nicht möglich gewesen, wenn nicht 90 v.H. der Kommissare Juden gewesen wären", auf Seite 187: daß "... die jüdische Finanz in allen Ländern am Bolschewismus als einem jüdischen Unternehmen interessiert war.
Während der Kriegszeit verbarg sich das jüdische Welt-Programm unter diesem oder jenem nationalen Namen - die Alliierten schoben die Schuld auf die Deutschen, die Deutschen auf die Alliierten, die Völker aber wurden in Unkenntnis über die wahren Hintermänner gehalten … Schlußfolgerung, daß die bolschewistische Revolution ein sorgsam vorbereitetes Unternehmen von seiten der internationalen Finanz gewesen ist".
Nicht uninteressant dürfte im Hinblick auf die Eine-Welt-Bestrebungen die Tatsache sein, daß auch im Westen der jüdische Einfluß auf verschiedenen Gebieten unverhältnismäßig groß ist. So waren im Kabinett des US-Präsidenten Ford fast sämtliche der etwa 13 Minister - "Sekretäre" genannt - Juden (wobei zu sehen ist, daß die unverhältnismäßig große jüdische Beteiligung an der Leitung vor allem den besonderen Fähigkeiten des jüdischen Volkes zuzuschreiben ist - und da wäre ein Neid auf jüdische Tüchtigkeit genauso abzulehnen wie ein Neid auf deutsche Tüchtigkeit -, und daß Gott so segnen kann, wie wir es im Buche Daniel finden).
Diese Dinge lassen sich auf die Dauer nicht verschweigen, auch wenn man die Aufdeckung dieser Zusammenhänge als einen "Antisemitismus" brandmarken möchte in Verkennung dessen, daß gerade die starke jüdische Beteiligung am Bau der antichristlichen Einen Welt zu neuen und womöglich weltweiten Judenverfolgungen führen kann. Dankbar möge zugleich betont werden, daß viele Juden engagiert gegen den Eine-Welt-Plan kämpfen. Es dürfte nicht uninteressant sein, daß z.B. besonders unter den Juden der USA ein starker Rechtsruck zu bemerken ist, Ähnliches in Rußland, wo junge Juden Christen werden.

Antichristliches in jüdischen Lehren und Strömungen

Schon im Alten Testament wird wiederholt angekündigt, welche verhängnisvollen Folgen Ungehorsam und Abwendung von Gott für Israel nach sich ziehen. Besonders die Verwerfung Jesu Christi hat das derzeitige Schicksal Israels zum Ergebnis. Daher sagte Jesus: Das Reich Gottes wird von euch genommen und einem Volk gegeben werden, das seine Früchte bringt Matthäus 21, 43, so daß uns "Heidenchristen" gesagt werden kann: Ihr ... seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums 1. Petrus 2,

9. Diese Zusage gilt also nicht nur den "Judenchristen". Und Paulus sprach das bittere Wort: ... der Zorn ist schon über sie gekommen zum Ende hin l. Thessalonicher 2, 16.
Um heute in einen Dialog mit dem Judentum zu kommen, erklärt man in einigen christlichen Kreisen diese Worte für belanglos oder gar fraglich. Wird damit aber nicht Jesus zum Lügner und Paulus zum falschen Propheten gestempelt? Wird damit nicht zugleich die ganze Bibel in Frage gestellt, da sie sich in wesentlichen Punkten irre?
Wenn wir die Bibel, wenn wir Jesus, Paulus und Johannes ernst nehmen, dürfen wir diese weissagenden Worte weder unterschlagen noch streichen noch umdeuten. Aber mit Erschrekken müssen wir daran denken, daß eine ungehorsame und abgefallene Kirche auch unter den Zorn Gottes geraten und damit einem entsprechenden bitteren Schicksal entgegengehen könnte bzw. wird.
Mit dem Tod Jesu hörte die Verfolgung der Seinen durch Juden nicht auf, sondern weitete sich noch aus. Dabei spielten die religiösen Instanzen, wie bei Jesus, eine besonders unheilvolle Rolle. Der Weg hinab und ins Dunkel weiter hinein setzte sich fort und ist auch heute nicht beendet. Im Sendschreiben an die Gemeinde zu Smyrna in Offenbarung 2, 9 und im Sendschreiben an die Gemeinde zu Philadelphia in Offenbarung 3, 9 wird die Synagoge sogar Synagoge des Satans genannt, entsprechend dem Wort, daß die Christus ablehnenden Juden den Teufel zum 'Vater' hätten (Johannes 8, 44).
Dies muß uns Christen zu denken geben und vor dem Irrtum bewahren, daß der Christenheit nur von weltlichen Juden - z.B. von liberalen oder sozialistischen Juden - Gefahr drohen könnte. Auch von der Synagoge kann eine Christenfeindschaft ausgehen und geht zum Teil auch von ihr aus.
Der Abfall der Juden von Gott führte in der Folgezeit dazu, daß aus dem Judentum verhängnisvolle religiöse und weltliche Strömungen hervorgingen, eine Tendenz, die noch weithin anhält.
Es gab nicht nur eine starke Wechselwirkung zwischen Judentum und Gnosis, sondern wir finden im Judentum im Lauf der Geschichte neben dem Abfall und als seine Folgen auch Elemente der Magie, der Mystik, der Esoterik, der Theosophie, der Religionsphilosophie usw. Wir finden in ihm die Strömungen der Kabbalah, des Sabbatianismus, des Chassidismus bis hin zu dem sich aus mehreren Komponenten zusammensetzenden Zionismus, aber auch den Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus wie auch eine starke Glaubenslosigkeit, die in Israel 83 % beträgt.
Im Blick auf diese gnostische, magische und mystische Entwicklung im Judentum schreibt Johannes Maier zur von Magie beeinflußten Frömmigkeit: "Die Gebetstexte und Riten werden nicht nur als Mittel ekstatischer Zustände begriffen, sondern auch als Mittel der Einflußnahme ... All dies bedingt eine ... stark von magischen Vorstellungen bestimmte Frömmigkeit" (S. 322). Maier schreibt auch: "Diese mystisch-magische Bedeutung überträgt sich ... de facto auf das gesamte Leben des Frommen" (S. 375) und zur Kabbalah: "Der Glaube an den Einfluß der Gestirne, die Magie ... Wundersucht, die Anwendung von Amuletten, Namensglaube bzw. Buchstaben- und Zahlenspekulationen, Traumdeutung ... fanden Aufnahme in das kabbalistische Weltbild" (S.384).
Schon vor Jesus hatte im Judentum eine bedenkliche Entwicklung zur Gesetzlichkeit begonnen. Jesus geißelte diese Entwicklung und wies auf den wahren Willen Gottes im Gesetz hin und zeigte den Weg des Evangeliums. Aber das Judentum verstärkte in der Folgezeit diesen Trend zur Gesetzlichkeit noch und schloß die Christusfeindschaft mit ein.
Diese Entwicklung finden wir daher auch in den jüdischen religiösen Schriften. Die Christusfeindschaft ist eindeutig dem Talmud zu entnehmen. Mir liegt die Schrift des - später durch Bolschewiken ermordeten - römisch-katholischen Priesters I. B. Pranaitis *Der Enthüllte Tal-*

mud vor, und zwar in der Übersetzung von Frau Mariza Ruppmann, Stuttgart. Diese Schrift erschien am 13. April 1892 in St. Petersburg.
Im I. Teil Die Lehre des Talmud bezüglich Christen lesen wir u.a., daß Jesus Christus ein Narr, ein Zauberer und ein Verführer war; daß er gekreuzigt und in der Hölle begraben wurde; daß er von dieser Zeit an als Götze von seinen Anhängern aufgestellt wurde. Diese Kurzfassungen werden jeweils meist durch zahlreiche Belegstellen näher ausgeführt. Über die Aussagen im Hinblick auf uns Christen schreibt Pranaitis:
"Sie sagen, die Christen wären Götzendiener, viel schlimmer als Türken, Mörder, unzüchtige Menschen, unreine Tiere, nicht würdig, Menschen genannt zu werden, Bestien in menschlicher Gestalt ... teuflischen Ursprungs sind ... und nach dem Tod zum Teufel in die Hölle zurückkehren."
In einer Belegstelle heißt es: "Der Geschlechtsverkehr mit den Nichtjuden ist untersagt." Pranaitis erwähnt auch, daß eine Ehe zwischen Juden und Christen ungültig sei.
Im II. Teil Die Verordnungen des Talmud bezüglich Christen werden entsprechend die Verhaltensregeln Christen gegenüber untersucht. Pranaitis schreibt u.a.: "Es ist ein Grundsatz der Rabbinen, daß ein Jude alles nehmen darf, was den Christen gehört, und zwar mit allen möglichen Mitteln, sogar durch Betrug." Dann führt er aus, daß Christen Fundsachen nicht zurückzugeben seien, daß sie betrogen werden dürften, daß Wucher Christen gegenüber erlaubt sei, wie auch Meineide. Er schreibt auch, daß kranken Christen nicht geholfen werden möge, selbst Christen in Todesgefahr nicht.
Dann schreibt Pranaitis: "Als Letztes befiehlt der Talmud, daß Christen ohne Gnade zu töten sind. Im Abhoda Zarah (26 b) heißt es: Ketzer, Verräter und Apostaten sind in einen Brunnen zu werfen und nicht zu retten ... Auch ein Christ, der beim Studieren der Gesetze Israels entdeckt wird, hat den Tod verdient." Pranaitis erwähnt, daß auch ein getaufter Jude zu töten sei: "… auch Israeliten, die von ihrem Glauben abfallen, … sind zu töten und wir müssen sie bis zum Schluß verfolgen."
Das Schicksal der Verfolgung mußten schon viele Judenchristen erleiden. Pranaitis erwähnt auch, daß ein Jude, der einen Christen tötet, nicht sündige, sondern Gott ein annehmbares Opfer darbringe; nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem sei das einzige nötige Opfer die Ausrottung der Christen; diejenigen, die Christen töten, würden einen hohen Platz im Himmel haben; das Ziel aller Taten und Gebete der Juden solle die Zerstörung der christlichen Religion sein.
Dieser Haß gegen Christus und gegen uns Christen ist erschütternd, um so mehr, als die Zerstörung Jerusalems und die Zerstreuung Israels gerade nicht durch Christen geschah. Es geht eben um Christus, an dem sich alles scheidet. In ihrem Nein zu Gott im gefällten Nein zu Christus will das abgefallene Israel zur Selbstrechtfertigung und zur fortwährenden Ablehnung des Gottes der Gnade Christus in den Seinen weiterverfolgen. Angesichts solcher Liebe und Wahrheit verletzenden Anordnungen kann man von einem solchen Glauben keine hohe Meinung haben.
Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, daß ich trotz allem Fraglichen im Judentum den Antisemitismus verwerfe. Um meine Einstellung zum jüdischen Volk ein wenig zu erläutern, sei Folgendes gebracht.
Unvergeßlich ist mir folgendes Erlebnis: 1919 waren die Bolschewiken in meine baltische Heimat eingedrungen. Mein Vater, der, vom Typhus noch nicht genesen, im Krankenhaus lag, wurde herausgeholt, in eine gebrauchte Uniform der Roten Armee gesteckt und als "Kanonenfutter" mit dem Zuge in die Nähe der Front gebracht. Da sich eine Meuterei anbahnte, wollte man durch die Hinrichtung des Schwächsten eine drastische Einschüchterung vornehmen. Man konnte sich aber nicht einigen, ob man meinen Vater erschießen oder erhängen sollte.

In dieser bedrohlichen Situation trat ein jüdischer Arzt der Roten Armee für meinen Vater ein. Weil plötzlich die Nachricht vom Durchbruch der Deutschen eintraf, stürzten alle zum Zuge und ließen meinen Vater zurück. Nun versteckte der jüdische Arzt meinen Vater zusammen mit meiner Mutter, die man mitgeschleppt hatte, eine Woche lang in einer Scheune, bis mein Vater wieder gehfähig war. Dieses Erlebnis und freundschaftliche Beziehungen zu Juden, mit denen mein Vater beruflich zu tun hatte, prägten bereits meine Kindheit.
Auch von daher erklärt sich meine betonte Verwerfung aller Judenverfolgungen. Da leider auch heute, Judenhaß anzutreffen ist, sage ich in aller Deutlichkeit: Jeder Jude ist mein Menschenbruder, und wer einen Juden schlägt, der schlägt mich. Auch gerade aus Liebe zum jüdischen Volk ringe ich mit der vorliegenden kritischen Aufklärungsarbeit darum, daß es von okkulten und machtmißbrauchenden Tendenzen befreit werde, in der Hoffnung, daß "ganz Israel gerettet werde".
Ich möchte hinzufügen, daß das Verhalten des jüdischen Arztes der Roten Armee mich auch in späteren Jahrzehnten hoffnungsvoll daran denken ließ, daß weder ein überspitztes Nationalbewußtsein noch eine Ideologie das letzte Wort zu haben brauchen. Es kann vielmehr die Menschlichkeit auch an unerwarteten Stellen den Sieg davontragen. Auf allen Seiten, in allen Lagern gibt es wahre Menschen.
Im erwähnten Wunsch der Errettung Israels muß aber angesichts des Talmud und ähnlicher Schriften doch gesagt werden: Es ist für uns Christen unvorstellbar, daß in unseren religiösen Schriften zum Lügen, Betrügen und Morden Andersgläubiger aufgefordert würde.
Neben diesem religiös begründeten Haß sind nun auch noch okkultistische Elemente in jüdischen Strömungen und Bewegungen wirksam.
Jürgen Feucht schreibt in seiner Studie Die Juden - noch immer Gottes Volk?: "Alle nachchristlichen Lehrbücher der Juden (z.B. der Talmud und der Schulchan Aruch) sind voll von Okkultismus, Magie, Beschwörungen, Bannungen usw. und stehen damit in unvereinbarem Widerspruch zur Bibel. Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung des ehemaligen Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Stephen Wise, der neuzeitliche Judaismus sei in Babylon geboren worden."
Ferner: "Überdies läßt der Talmud selbst keinen Zweifel daran, daß überall dort, wo zwischen diesem und der Thora (Das 5. Buch Mose) Widersprüche bestehen, dem Talmud der Vorrang einzuräumen ist. In vielen Traktaten des Talmud wird von den Juden gefordert, sich der Heiden Gold und Silber anzueignen und nach Weltherrschaft zu streben. Erst wenn dieses Ziel erreicht sei, würde der ersehnte Messias kommen. –
Allerdings betrachtet sich heute wohl ein Großteil des gänzlich vom Glauben der Väter abgefallenen, atheistisch, sozialistisch eingestellten Wirtschafts- und Finanzjudentums selbst als den Messias der Welt. Es ist schon merkwürdig und zeigt auch, welch menschliche Abgründe sich hier auftun, daß sich Elemente des internationalen Judentums, obwohl zu Atheisten geworden, in ihren Weltherrschaftsbestrebungen auf das Alte Testament berufen!"
Von der Kabbalah schreibt Feucht: "Diese jüdische Zahlen- und Buchstabenmagie hat im jüdischen Volke einen ungeheuren seelischen und moralischen Schaden angerichtet ... Die Kabbalah ist eine satanische Nachahmung der biblischen Gematria, des Systems der göttlichen Zahlenordnung, und darf mit dieser nicht verwechselt werden! Der Unterschied zwischen der in die ganze Heilige Schrift hineingewobenen Zahlensymbolik und der sataninspirierten Kabbalah besteht darin, daß letztere nicht 'nur' Symbolcharakter hat, sondern den verschiedenen Zahlen- und Buchstabenkonstellationen unterschiedliche magische Bedeutung beigemessen werden.
Anhand der kabbalistischen Konstellation läßt sich z.B. ohne weiteres der Nachweis erbringen, daß das Nürnberger Tribunal gegen die Führungsspitze des Dritten Reiches ein jüdisch-freimaurerischer Prozeß gewesen sein muß (dabei darf aber auch nicht verschwiegen werden,

daß auch das Dritte Reich auf okkulte Wurzeln gründete). Ich fand diese Vermutung später beim Lesen von Nahum Goldmanns Buch Das jüdische Paradox bestätigt, in dem dieser unumwunden zugibt, daß der Nürnberger Prozeß seinerzeit auf Drängen des jüdischen Weltkongresses zustande kam, und daß es auch dessen Idee gewesen sei, Deutschland nach seiner Niederlage zur Kasse zu bitten!"

Von den okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus schreibt auch Gert Schmalbrock in seinem Heft *Ihr Programm*. Danach gehörten dem okkulten Thule-Zirkel schon ab 1920 Julius Streicher, Adolf Hitler, Martin Bormann, Heinrich Himmler, Hermann Göring, Alfred Rosenberg und andere Männer des späteren Dritten Reiches an. Der Schmuck der Loge bestand vorwiegend aus dem Hakenkreuz ... ein esoterisches Sinnbild der aufgehenden Sonne… schon die Rubel-Banknote der freimaurerischen Kerenski-Regierung war damit geschmückt. –

Aufschlußreich ist auch folgender Zahlenaberglaube: Am 9.11.1789 unternimmt der Freimaurer Napoleon seinen Staatsstreich; am 9.11.1918 bricht die rote Revolution in Berlin aus; am 9.11.1918 erscheint die letzte Ausgabe des Münchener Beobachters; … Sebottendorff Loge … gründet kurz darauf den Nationalen Sozialistischen Deutschen Arbeiterverein, kurze Zeit später erscheint die erste überörtliche Ausgabe des "Völkischer Beobachter"; am 9.11.1923 ruft Hitler die nationale Revolution aus und marschiert zur Feldherrnhalle; am 9.11.1938 findet die Reichskristallnacht statt. …

Aber nicht nur durch seine okkultistische Wurzel gehört der Nationalsozialismus zur One-World-Bewegung. Das Handbuch der bayrischen Geschichte zählt ihn zu den wichtigsten Strömungen, die aus der Gedankenwelt der Illuminati hervorgingen: Kommunismus, Anarchismus, Nationalsozialismus und Faschismus. …

Auch die jüdische Mystik vertiefte die Abwendung von Gott. Walter Laqueur schreibt: "… ähnelt der Chassidismus anderen mystischen Bewegungen sowie dem Pantheismus früherer Jahrhunderte ... Die Gottheit (Schechina) manifestiere sich in jeder Tätigkeit des Menschen, sogar in der Sünde ... Die Ekstase der Chassidim zur Gebetszeit, ihre wilden Körperverrenkungen und Tänze waren die hervorstechendsten Merkmale dieser Bewegungen." Diese Manifestationen der "Gottheit" in der Sünde gehört zu der in der Einleitung erwähnten pantheistischen - besser pansatanistischen - Harmonie zwischen "Gott" und Satan.

So entstand unter dem Einfluß der Kabbalah durch Sabbataj Zbi um 1666 die pseudomessianische Bewegung der Sabbatianer. Diese Bewegung rief zum Nihilismus und zur Anarchie auf (schon damals also). Sie pervertierte die geltende Moral, indem die alte Sexualmoral auf den Kopf gestellt wurde, Erscheinungen, die auch heute stark unter jüdischem Einfluß stehen. Diese Sabbatianer-Bewegung ist wesensverwandt mit späteren christusfeindlichen Strömungen und Geheimorganisationen. Sie darf auch als deren Vorläuferin angesehen werden. Heute finden sich all diese dunklen Mächte vereint in der One-World-Bewegung.

Das Dunkel nahm unter dem Sabbatianer Jakob Frank noch zu (1720-1791). Johannes Maier schreibt in seiner Geschichte der jüdischen Religion von den Frankisten: "Sie radikalisierten sogar mehr und mehr bis hin zum ausgesprochenen Nihilismus und Anarchismus, paradoxerweise verbunden mit einer militaristischen Ideologie und mit phantastischen Weltherrschaftsplänen ... Die Zerstörung der widerwärtigen Weltordnung betrieb man durch die 'heilige Sünde' ... bildlich: die Stadt wird auf dem Wege durch die Kloake erobert, also durch bewußte Durchbrechung und Perversion der geltenden Moral. …

In geheimen orgiastischen Veranstaltungen wurde die alte Sexualmoral nach dem Grundsatz, daß die Verbote zu Geboten werden, auf den Kopf gestellt ... Äußerlich, gegenüber den Nichtgläubigen, wurde ... eine Assimilation vorgetäuscht zum Zwecke der Unterwanderung des Weltestablishments" (S. 503).

Hierzu schrieb ich in meinem Buche *Die neue Welt* …: "So wie heutige Terroristen ihre Vorläufer in jüdischen Terroristen im zaristischen Rußland hatten, haben die heutigen Nihilisten,

Anarchisten und Chaoten, Verherrlicher der Perversionen ('heilige Sünde'; vgl. den Gedanken des Chassidismus, daß sich die Gottheit sogar in der Sünde manifestiere), Geistesverwandte der 'Protokolle der Weisen zu Zion', (Weltherrschaftspläne), Verharmloser als geschickte Unterwanderer (äußerliche Assimilation und Unterwanderung des Weltestablishments) usw. ihre Vorläufer in dunklen religiösen Bewegungen des Judentums.
Ihren Einfluß auf Spätere und Andersgläubige bestätigt auch Maier mit seinen Worten (S. 504): … konnte sich der Trieb nach dem Neuen, Umstürzlerischen als Folge der sabbatianischen Ausrichtung auf den radikalen messianischen Wandel der Verhältnisse mit säkularen nichtjüdischen Strömungen (Französische Revolution und andere moderne Bewegungen) verbinden. Weniger das 'Wie' und 'Was' des erhofften Neuen als vielmehr daß des Umsturzes überhaupt schien hier wichtig. - Wie typisch ist das Letztere heute für viele Proteste und Aktionen gegen das Bestehende, das man zerstören will, ohne noch recht zu wissen, was man an seine Stelle setzt!"
In Rußland, wo der Anhang Sabbataj Zbis und Jakob Franks besonders zahlreich war, versuchten Terrorgruppen, die großenteils aus jüdischen Revolutionären bestanden, die Ordnung zu zerrütten. Hier tat sich die jüdische revolutionäre Organisation *Bund* hervor. Sie provozierte Pogrome, wie z.B. durch die Ermordung von 45 Polizisten in Bialystok.
Diese Terroristengruppen schufen mit die Voraussetzungen für die bolschewistische Revolution.
Der Kommunismus überhaupt ist ein vorwiegend jüdisches Werk, sowohl theoretisch - da haben wir nicht nur an Moses Heß, Karl Marx und Trotzki zu denken - als auch praktisch in mehrfacher Hinsicht. Jüdische Hochfinanz finanzierte die Revolution in Rußland, und an ihrer Durchführung waren viele Juden beteiligt.
Hierüber schreibt Des Griffin: "Trotzki verließ New York an Bord der SS. Kristianafjord, um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren ... Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch *Wall Street and the Bolshewik Revolution* ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode.
Über das Hoover-Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: 'Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland vorantreiben konnte. Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: 'Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Wilson es Leon Trotzki ... ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten' (S. 65/66).
Des Griffin zitiert Sutton weiter: "Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um die Revolution zu Ende zu führen. Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden. Er fügt hinzu: "Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst.
Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?" und: "Das wurde vom New York Journal American vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jakobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."
So schreibt auch der Automobilkönig Henry Ford: "Der jüdische Umsturz in Rußland wurde von New York vorbereitet und ausgerüstet. Die gegenwärtige jüdische Regierung Rußlands wurde fast vollzählig aus dem untersten Ostteil New Yorks hinüber befördert."

Des Griffin schreibt: "Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des Illustrated Sunday Herald vom 8. Februar 1920 schrieb er: Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldmann ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der Französischen Revolution eine klar erkennbare Rolle. Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden." –

Diese Worte von Winston Churchill sind eine gute Ergänzung zum Thema Illuminaten und Französische Revolution und ein treffender Hinweis - mit der Namenserwähnung so vieler umstürzlerischer jüdischer Persönlichkeiten - auf den hohen jüdischen Beitrag an diesen Revolutionen.

Die jüdische Chronik in London schreibt: "Von großer Bedeutung ist die Tatsache des Bolschewismus selbst, die Tatsache, daß die Ideale des Bolschewismus in vielen Punkten mit den höchsten Idealen des Judaismus übereinstimmen".

Letzteres entspricht dem, was ich in meinem Buch *Die neue Welt …* über einen israelischen Zeitungsartikel schrieb. Dieser Artikel sagte folgendes Aufschlußreiches aus: "Wer die Kommunisten angreift, greift die Freimaurer an und weiß sehr gut, daß er damit uns angreift. Denn wir haben unter ihnen unsere Freunde."

In Ost und West spielte und spielt der jüdischfreimaurerische B'nai B'rith eine besonders verhängnisvolle Rolle - trotz all seinen vorbildlichen humanitären, karitativen Bemühungen um seine Volksangehörigen. Schon dadurch sind hierbei die Juden im Vorteil, daß sich ihnen auf ihr Drängen hin alle Freimaurer-Logen geöffnet haben und sie nun großenteils führende Stellungen in ihnen innehaben, aber selber keine Nichtjuden bei sich aufnehmen. So sind seine Mitglieder, sofern sie gleichzeitig in anderen Logen sind bzw. Kontakte zu ihren jüdischen Mitgliedern haben, über alles in ihnen mehr oder weniger informiert, lassen aber keine nichtjüdische Freimaurer in ihre Karten schauen. Auch da eine Vormachtstellung.

Zum B'nai B'rith gehörten auch Jakob Schiff, der die russische Revolution finanzierte, Bernhard Baruch, persönlicher Berater des US-Präsidenten, dazu Revolutionäre wie Kurt Eisner, Kerenski und Trotzki. Es zeichnet sich klar ab, daß unter diesen Umständen der B'nai B'rith das Schicksal der Welt mit seinen zwei Weltkriegen und anderen Bränden verhängnisvoll mitbestimmte und mitlenkte. Er tut dies auch heute.

Der B'nai B'rith und Rothschilds unterstützen ganz besonders den Zionismus, der eine mehr weltliche als geistliche Bewegung ist. Sie hat recht skrupellos zum Staat Israel geführt, nicht nur mit Terror gegenüber Arabern und Engländern, sondern auch durch rücksichtslosen Einsatz der eigenen Volksangehörigen. So schreibt Douglas Reed: "… daß die jüdischen Massen verschoben und wie Pfandstücke mißbraucht werden, und zwar durch eine Macht, die sie selbst nicht kennen"(S. 317) - das ist ja das besonders Tragische, daß, wie zur Zeit Jesu, die große Masse der Juden von irreleitenden religiösen oder ideologischen Führern zur Erreichung finsterer Ziele geopfert wird - und weiter:

"Diese terroristische Methode wird heute von den Kommunisten und den politischen Zionisten angewandt; sie ist durch die verschiedenen Morde an Verdächtigen und Verrätern und durch die in äußerster Furcht abgelegten Geständnissen in den Lagern bekannt geworden" (S. 320; man fühlt sich an das Wort "Die Türen waren verschlossen aus Furcht vor den Juden", Johannes 20, 19, erinnert).

Gerade aus Liebe zu den Juden sollte man sowohl aufdecken, welch ein Unrecht an ihnen geschieht, als auch, welches Unrecht von ihnen ausgeht. Nicht zuletzt sollten wir für ihre Umkehr beten. All dies viele Schreckliche, das in diesem Buch beim Namen genannt wird, soll

nicht nur der Christenheit und den Völkern helfen, sondern sehr wohl auch den Juden selber. Unter dem Vorzeichen von Liebe und Wahrheit seien auch weitere unheilvolle Bestrebungen des von Gott abgefallenen Judentums untersucht.
Jürgen Feucht zitiert aus dem Buch Das jüdische Paradox von Nahum Goldmann: "... das jüdische Ideal sollte darin bestehen, an die Spitze derer zu treten, die den Staat bekämpfen ... in einigen Generationen werden die souveränen Staaten überholt und durch ein System supernationaler Einheiten ersetzt sein." Feucht fügt in Klammern hinzu: "Gemeint ist die Weltregierung!" Ferner schreibt er: "Auch Graf Coudenhove-Kalergi, 1894-1974, erster und langjähriger Präsident der Pan-Europa-Union, der in erster Ehe mit der jüdischen Schauspielerin Ida Roland verheiratet war, läßt uns in seiner, im Jahre 1922 in Leipzig verlegten Schrift Adel tiefe Einblicke in die Pläne und Absichten der Insider gewähren …"
Feucht zitiert aus diesem Buch: "Der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus um das Erbe des besiegten Blutadels ist ein Bruderkrieg des siegreichen Hirnadels ... Der Generalstab beider Parteien rekrutiert sich aus der geistigen Führerrasse Europas: dem Judentum" und fährt fort: "Was den gegenwärtigen Zustand der Welt anbelangt, so sollten wir uns stets vor Augen halten, daß die Aufteilung in zwei Lager die Welt noch immer über die im Grunde einheitliche Marschrichtung des Gesamtjudentums hinweggetäuscht hat. Was sich derzeit zwischen Ost und West abspielt, ist demnach nur ein Scheinkampf - und weniger ein Bruderkrieg.
Die neue Weltordnung mit dem Antichristen an der Spitze läßt sich eben nur dann in die Tat umsetzen, wenn es den Hintergrundmächten und damit dem Teufel gelingt, durch das Denken in Feindbildern so viel Druck aufzubauen, daß die verängstigte Menschheit letztendlich zur Aufgabe ihrer bisherigen Freiheiten und Privilegien bereit sein wird. Der Weltstaat soll mit Hilfe der Dialektik aus der Taufe gehoben werden; eine philosophische Methode, die versucht, durch das Denken in Gegensatzbegriffen zur Erkenntnis und zur Überwindung der Gegensätze zu gelangen"
In diesem Zusammenhang kommt man nicht umhin, auf die "Protokolle der Weisen von Zion" einzugehen, die 1897 veröffentlicht wurden. Ihre Herkunft ist umstritten. Nach wie vor hochaktuell, zeigen die Protokolle die Macht und die Ziele des die Menschheit verblendenden und versklavenden Illuminatentums und enthalten raffinierte und abgründige Methoden der Manipulation der Menschen und Völker.
Douglas Reed äußert die Meinung: "Die Protokolle sind zwar nicht zionistisch, aber sie sind dennoch authentische Dokumente einer Verschwörung" (S. 317). Er schreibt sie den Illuminaten zu: "Die Dokumente sind die Schriften einer schwarzen Religion, deren Grundsätze lauten: Zerstörung, Entvölkerung, Deportation, Tod ... Es ist die Doktrin der Vernichtung. Wir können sie zuerst bei der mächtigen Geheimgesellschaft der Illuminaten finden" (S. 319).
Damit ist aber nicht gesagt, daß die ein Jahrhundert später entstandenen Protokolle nicht eine starke jüdische Handschrift tragen. Reed führt selber weiter aus, daß spätestens ab den Unruhen um 1848 die Illuminaten von Juden geführt wurden. Ich zitiere ihn weiter: "In diesem Zeitpunkt war die Bewegung unter jüdische Führung gekommen ... Schon vier Jahre früher, im Jahre 1844, wußte Disraeli genau, was geschehen würde!
Er legte seinem jüdischen Helden in 'Coningsby' folgende Worte in den Mund: ‚Die mächtige Revolution, die sich zur Stunde in Deutschland vorbereitet ... und von der bis jetzt noch so wenig in England bekannt ist, reift ausschließlich unter der Lenkung von Juden heran, die heute fast ein Monopol auf alle Lehrstühle in Deutschland besitzen ... Siehst du also, mein lieber Coningsby, daß die Welt von recht verschiedenen Personen regiert wird, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen sehen'.
Reed bringt weitere enthüllende Worte des erwähnten englischen Premierministers Disraeli in dessen 1852 erschienenem Buch *Das Leben von Lord George Bentinck*: "Der Einfluß der Ju-

den kann im letzthin erfolgten Ausbruch des zerstörerischen Prinzips in Europa aufgezeigt werden. Da findet eine Erhebung statt, die sich gegen die Traditionen und die Aristokratie, gegen die Religion und das Privateigentum richtet. Zerstörung der semitischen Grundsätze, Ausrottung der jüdischen Religion in der mosaischen oder in der christlichen Form, die natürliche Gleichheit der Menschen und die Aufhebung des Besitzes; diese Grundsätze werden von den geheimen Gesellschaften proklamiert, die provisorische Regierungen bilden, an deren Spitze überall Männer der jüdischen Rasse stehen.
Das Volk Gottes arbeitet mit Atheisten zusammen, Männer, die im Zusammenraffen von Geld äußerstes Geschick gezeigt haben, verbünden sich mit den Kommunisten, die besondere und auserwählte Rasse reicht ihre Hand allen verworfenen und niederen Schichten in Europa, und dies alles nur, weil sie wünschen, das undankbare Christentum zu zerstören ... dessen Tyrannei sie nicht länger dulden wollen" (S. 324/325).
Folgende Worte Disraelis in Coningsby über die Jahre vor 1848 bringt Gerhard Müller: "Man beobachtet niemals eine große geistige Bewegung in Europa, an der die Juden keinen wesentlichen Anteil haben. Die ersten Jesuiten waren Juden. Die geheimnisvolle russische Diplomatie, die Westeuropa beunruhigt, ist von Juden organisiert und vornehmlich geleitet."
Der ehemalige Jesuit Dr. Alberto R. Rivera bringt eine weitere Version von der Entstehung der Protokolle. Er sei zusammen mit anderen Jesuiten darüber instruiert worden, daß romergebene Juden, von Jesuiten dazu angeleitet, die "Protokolle" geschrieben hätten.
Die drei verschiedenen Versionen der Entstehung der "Protokolle" wurden hier genannt, damit man sie überprüft, überdenkt und versucht, der Wahrheit in dieser Frage am nächsten zu kommen. Dabei brauchen nicht grundlegende Widersprüche aufzutauchen, könnten ja alle drei Freimaurer, Juden und Jesuiten - in verschiedener Stärke an der Entstehung der "Protokolle" beteiligt sein. Es geschieht, daß viele jeweils nur eine dieser Gruppen sehen und betonen.
Wir dürfen auch nicht vergessen, daß überall dort, wo Geheimorganisationen mit im Spiel sind, die Dinge recht verborgen liegen. Es ist schwer, sie in ihrer Vielschichtigkeit und in ihren wechselnden Verbindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten klar herauszuschälen. Wir finden hier auch den Wechsel von Freundschaften und Feindschaften, die beide bald echt, bald gespielt sein können.
Hin und wieder gibt es Machtkämpfe sowohl zwischen größeren nach Weltherrschaft strebenden Geheimorganisationen als auch zwischen kleineren Gruppen. Wir sehen so Kämpfe zwischen Faschisten und Kommunisten, zwischen Rom und Freimaurern, zwischen dem Rockefeller- und dem Rothschild-Imperium. Dies widerspricht aber keineswegs den Anschauungen Riveras noch z.B. den Aussagen dieses Buches. - In der Offenbarung des Johannes sehen wir auch, wie zwei satanische Mächte, das "Tier" und die "Hure" einander hassen (17, 16).
Nicht nur in der Politik und Wirtschaft, sondern auch in der Frage der Gottesordnungen, wie Ehe, Familie und Volk, und in der Frage der Sittlichkeit, der Psychologie usw. sind nicht wenige ungute Weichen durch von Gott abgefallene Juden gestellt worden. Manch unseliger Streit in der Gesellschaft und zwischen den Völkern ist durch sie entfacht worden. Zersetzend ist z.B. das 1912 erschienene Buch A Racial Program for The Twentieth Century (Ein Rassenprogramm für das 20. Jh.) des prominenten Schriftstellers und kommunistischen Theoretikers Israel Cohen, das in den USA Rassenkampf und Unzufriedenheit entfachen wollte und dabei rassische Integration und Mischehe propagierte.
Es wollte "den Schwarzen ins Bewußtsein einbleuen, daß sie seit Jahrhunderten von den Weißen unten gehalten wurden" und "bei den Weißen einen Schuldkomplex züchten". - Erleben wir es nicht in der Bundesrepublik Deutschland, daß Unzufriedenheit bei den Gastarbeitern geschürt und bei den Einheimischen am Schuldkomplex des "Ausländerhasses" gearbeitet wird? Und erkennen wir nicht auch die Absicht, wie bei Israel Cohen, durch Mischehen das deutsche Volk zu schwächen und dem Welt-Staat durch eine Welteinheitsrasse näher zu kom-

men? Etwa gemäß der Erklärung von Dr. G. Brock Chrisholm, dem ersten Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO): "Was die Menschen überall praktizieren müssen ... ist genetische Vermischung (rassische Mischehe), damit eine Rasse in einer Welt unter einer Regierung erschaffen wird" (USA Magazine, 12. 8. 1955).
Diese Ausführungen haben wohl deutlich gemacht, daß es nicht angeht, über den übergroßen Anteil des okkulten Judentums an der antichristlichen One-World-Bewegung und an den Zersetzungen, Unruhen und Sackgassen dieser Zeit zu schweigen.
Stichwortartig füge ich einen zusammenfassenden Überblick an: führende Bewegungen, wie Illuminatentum und Kommunismus, weithin von Juden gegründet und geführt, Namen wie Moses Heß, Karl Marx, Eisner und Levin, Levine und Ernst Toller - letztere als bayerische Revolutionäre, aus Ostgalizien eingeschleust -, Bela Kuhn, Trotzki, die Rothschilds, Freud, einige der "Frankfurter Schule", Kissinger, der nach Aussagen der Frau und des Sohnes des italienischen Ministerpräsidenten Moro hinter dessen Ermordung stehen soll. Dazu eine tiefgreifende Zerstörung in den Gottesordnungen und im religiösen wie sittlichen Bereich, so daß es zu einer "neuen Welt" kommt, die ein "Vorspiel der Hölle" darstellt, wie es der Titel eines meiner Bücher ausdrückt.
Nicht zuletzt finden wir eine überaus beherrschende Macht im Politischen, Wirtschaftlichen, Kulturellen und Finanziellen. Dies soll im Folgenden näher ausgeführt werden.

Jüdische Macht im Dienst der Gottfeindlichkeit

Es sei vorausgeschickt: der unverhältnismäßige, überaus hohe jüdische Anteil an der Führung in verschiedenen Lebensgebieten bedeutet nicht, daß nun all diese einflußreichen Juden aktiv für die Macht der Finsternis arbeiteten. Und es bedeutet erst recht nicht, daß das gesamte jüdische Volk es täte. Vielmehr schafft und unterstützt nur ein kleiner Teil der einflußreichen Juden bewußt dunkle Hintergrundmächte.
Noch abgesehen von ihrer hohen Hintergrund- und Untergrund-Beteiligung, sind Juden auch in der Öffentlichkeit in leitenden Stellungen überaus zahlreich vertreten. Dies liegt nicht nur daran, daß sie einander zu solchen Stellungen verhelfen, sondern auch an ihrer hohen Intelligenz und an ihrer Tüchtigkeit. So mancher möge sich da fragen, ob er nicht aus Neid die Juden bekämpft. Ein solcher Grund ist menschenunwürdig.
Über die Macht, die Juden in der Politik ausüben, wurde bereits berichtet. Hinzuzufügen ist, daß nicht nur in den Ostblockländern, sondern auch in den westlichen Ländern der jüdische Anteil an Politikern überaus hoch ist, vor allem in den USA, wo sie in einer Amtsperiode einmal sogar fast alle Minister (Staatssekretäre) stellten.
Sehr hoch ist der jüdische Anteil auch in der Wirtschaft und im Finanzwesen. Das war schon lange vor Christus so. Und zu seiner Zeit wohnten 1/4 des jüdischen Volkes bereits außerhalb Palästinas. Die Juden sind eben nicht erst durch die Tempelzerstörung "zerstreut" worden. Johannes Maier schreibt: "Die weitgespannte politischkulturelle Welt des Islam gab zugleich den Anlaß zu weiteren Zerstreuungen des Judentums, zur Ansiedlung in den verschiedenen islamischen Ländern, z.T. infolge der Entwicklung des internationalen Handels, der nunmehr weitgehend in jüdische Hände überging."
Maier berichtet weiterhin: "Zugleich breiteten sich die Juden im westeuropäischen und mitteleuropäischen Bereich aus, und zwar als willkommene und privilegierte Träger des Fernhandels im mediterranen Gebiet und darüber hinaus des Fernosthandels. In beiden Bereichen, im islamischen wie im christlichen, wurde zu dieser Zeit das Judentum zu einem vorwiegend städtischen Element". Sie hatten also eindeutig eine Vormachtstellung.
Trotz manchen gegenseitigen Verfolgungen ging es vom Altertum bis in die Neuzeit (hier noch verstärkt) so, daß in der Wirtschaft und im Finanzwesen die Juden führend blieben. Sie bleiben es auch weiterhin. Hier muß man noch einmal vor Neid und Haß warnen, die die notwendige Gemeinschaft mit allen vergiften. Man sollte andererseits aber auch verstehen, wenn

Betroffenheit über die stark zunehmende jüdische Machtzusammenballung in zentralen Bereichen entsteht.
In dieser Betroffenheit hat nach dem Ersten Weltkrieg der Automobilkönig Henry Ford in Verantwortung für die USA das schon erwähnte Buch *Der internationale Jude* geschrieben. In ihm weist er auf so manche jüdische Macht- und Vormachtstellung hin: "Das Judentum ist die straffste organisierte Macht der Welt" (S. 31), "Die liederlichen Kabaretts und mitternächtlichen Vergnügen sind rein jüdische Einfuhrartikel … Folge der jüdischen Herrschaft über das amerikanische Theaterwesen ist das Erscheinen des Star-Systems" (S.233), "Die Lichtspiel-Industrie trat auf den Plan, von Anfang an ein jüdisches Unternehmen" (S. 236). So bringt Ford den Bericht eines nichtjüdischen Kinobesitzers: "Ich nahm an einer Sitzung von Lichtspiel-Besitzern in New York teil; ich war der einzige Christ. Die übrigen fünfhundert waren Juden" (S. 238).
Ford schreibt auch: "Jazz ist jüdisches Machwerk. In einem Prozeß wurde gerichtlich festgestellt, daß 80 v.H. dieser 'populären' Lieder Eigentum von sieben jüdischen Musik-Verlagen sind, die zu einer Art Musikalien-Trust verbunden sind. Die anderen 20 v.H. gehörten ebenfalls Juden ... die sich diesem Trust nicht angeschlossen haben" (S. 306/307) und: "Die Quelle sittlicher Verwilderung ist die jüdische Gruppe Musik-Fabrikanten, welche die gesamte Produktion beherrschen" (S. 308). - Wie verhängnisvoll gewisse "moderne Musik" für unsere Zeit ist, werde ich an anderer Stelle noch ausführlich bringen.
Was also bei uns abwertend als Amerikanismus gilt, ist weithin jüdischen Ursprungs. Daß auch bei den Massenmedien der jüdische Anteil unvergleichlich hoch ist, sollte in Anbetracht dessen, welch entscheidende Rolle sie bei der Verbreitung antichristlicher Ideen spielen, sehr zu denken geben. Es muß aber anerkannt werden, daß auch Juden selber sich gegen Pressemißbrauch stellen.
Angesichts des menschenverachtenden Umerziehungsprogramms bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt Gerhard Müller auf derselben Seite: "Die neuen Pressebesitzer suchten nun ganz von selbst ihre Mitarbeiter und Nachfolger entsprechend aus.
Damit war die Grundvoraussetzung für die Umerziehung geschaffen, getreu nach dem von dem obersten Zivilbeamten (Sheriff) der City von London, Baronett Moses Montefiori (Blumberg), auf einem internationalen Oberrat in Krakau im Jahre 1840 verkündeten Grundsatz und Programm: Was faselt ihr! Solange wir nicht die Presse der ganzen Welt in Händen haben, ist alles, was ihr tut, vergeblich; wir müssen die Zeitungen der ganzen Welt beeinflussen, um die Völker zu täuschen und zu betäuben" - siehe Karl Heise: Die Ententefreimaurerei und der Weltkrieg."
Auch auf juristischem Gebiet versucht man einzugreifen. So drängte Anfang 1985 der Zentralrat der Juden in Deutschland - stark unterstützt von der SPD und FDP - erneut darauf, daß das umstrittene Gesetz zur Auschwitzlüge verabschiedet werde. Mit ihm will man das Leugnen von Gaskammern in Konzentrationslagern und die Anzweiflung, daß 6 Millionen Juden ermordet worden seien und nicht weniger, unter Strafe stellen. Dank dem Einspruch der CDU kam es inzwischen zu einem gewissen Kompromiß, der aber auch als Kompromiß einen weiteren Schritt zur Zerstörung unserer demokratischen Spielregel und unseres Rechtswesens bedeutet.
Die vielfältige und vielschichtige Macht des Judentums wird gegen Christus und gegen uns Christen eingesetzt und dient so dem makabren Aufbau des endzeitlichen antichristlichen Reiches. Sie bedroht dadurch die Christenheit in allen Konfessionen und in aller Welt aufs äußerste. Es ist darum unerläßlich, daß wir um diese Dinge und ihre Zusammenhänge wissen. Wir haben auch die anderen zu informieren, sollten mit möglichst vielen gegen die Verführer und Zerstörer kämpfen. Dies aber nur mit den für uns Christen zulässigen Waffen.

Zugleich möchte ich aber nochmals ausdrücklich betonen, daß ich sehr auf die Heimkehr Israels zum dreieinigen Gott hoffe. Ich ringe um seine Befreiung von allem Okkulten, zu der auch diese Schrift beitragen will. Zugleich wünsche ich, daß die aufkeimende Freundschaft zwischen den leidgeprüften Menschen des jüdischen und des deutschen Volkes weiter wachse und gute Frucht bringe.

Die Heimkehr Israels

Es gibt Christen, die in der Entstehung des Staates Israel schon die in der Bibel verheißene endgültige Heimkehr Israels sehen. Sie halten daher jede Kritik am abgefallenen Judentum für einen Angriff auf Gottes Verheißungen, auf Gottes Plan. Aber die heutige Rückkehr der Juden in das Land der Verheißung geschieht nicht als Volk Gottes sondern als jüdische Nation, nicht aus religiösen sondern aus politischen Beweggründen. Die "Totengebeine", die Hesekiel geschaut und die das Volk Israel bedeuten (Hesekiel 37, 7 f.), rücken zusammen, jedoch noch bevor der Odem des Lebens, der Geist Gottes, des Herrn, in ihnen ist.

Darum sei hier Prälat Karl Hartenstein zitiert: "…was sich in Palästina ereignet, ist nichts anderes als das Anheben der letzten, antichristlichen Zeit für Israel. Die Juden haben mit den Waffen in der Hand, mit den Panzern, mit den Bomben, mit den Flugzeugen das Land der Väter erobert. Das sind nicht die Heimgekehrten, die 'gen Zion kommen werden mit Freuden'.

Was sich heute in dem Staate Israel, in Jerusalem abspielt, ist ein antichristliches Zeichen. Die Mächte des Blutes und der Gewalt, die Tiergeister haben nun auch dieses jüdische Volk an das äußerste Ende von Christus entfernt weggetrieben.

Aus Jerusalem wird Sodom und Ägypten (Offenbarung 11, 8) werden. Dieses Volk wird völlig in die Hände der Geister und der Mächte dieser Welt fallen. Seht, man kann an Israel die ganze Heilsgeschichte ablesen. Dieses Volk hat sich Gott erwählt, und dieses Volk bleibt erwählt. Dieses Volk hat den Christus gekreuzigt und dieses Gericht bleibt über ihm bis zum Ende. Und dann wird die Stunde kommen, in der Gott auch dieses erwählte Volk als Ganzes 'heimbringen' und retten wird.

Man kann an Israel das antichristliche Angesicht unserer Zeit am allerschärfsten ausgedrückt sehen. Wenn der Jude ... in die Hände des Antichristen fällt, dann ist der Tag des Herrn nicht ferne ... Was für ein Haß ist gegen Israel aufgebrochen, und wie hat Gott uns darum gestraft, weil wir uns an dem Volk versündigt haben, das ihm gehört! Und doch ist dieser Haß auch das Zeichen des Gerichtes Gottes über Israel … an dem Haß der Völker ist in ihm der Haß gegen die Welt aufgebrochen ... es hat sich sein Land mit Gewalt genommen, und es wird alle Zeugnisse von Jesus Christus aus seinem Lande entfernen." - Wenn wir diese Sätze lesen, wird uns klar, warum es inzwischen dort das sogenannte Antimissionsgesetz gibt und warum unsere jüdischen Mitchristen mancher Gewalt ausgesetzt sind.

Gewiß kann Gott, der es mit einem "gutzumachen" (1. Mose 50, 20) und den Seinen "alle Dinge zum Besten dienen" zu lassen vermag (Römer. 8, 28), auch diesen eigenmächtigen zionistischen Staat - umgeben von gottfernen islamischen Staaten - zumindest zur äußeren Vorstufe seiner endzeitlichen Verheißungen benutzen. Dies aber rechtfertigt keine Verherrlichung des Staates Israel und kein Schweigen zum Unrecht, das dort geschieht.

E) Der antichristliche Islam

Eine weitere antichristliche Macht, die die Weltherrschaft anstrebt und an Mitgliederzahl die des christlichen Glaubens bereits erreicht hat, ist der Islam.

Zu "Christi Himmelfahrt" 1984 gab die "Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands" eine Islam Erklärung heraus, in der es u.a. heißt: "Wir erkennen im Islam aber auch eine endzeitliche antichristliche Verführungsmacht (1. Johannes 2, 18, 22), die sowohl dem alten Bundesvolk der Juden als auch der Kirche Jesu Christi widerstreitet. Ihre Gefährlichkeit liegt in ihrer täuschenden Nachahmung der biblischen Offenbarung." Dieses Wort hat die Kritik vieler eingetragen, die um den "Dialog" mit dem Islam nun

bangten. Und doch mußte dieses Wort gesagt werden, besteht es doch zu Recht. Wir haben nicht nach menschlichen Wünschen, sondern nach dem Willen Gottes zu fragen.
Schon von seinen Anfängen her ist der Islam antichristlich. Mohammeds Engelerscheinungen waren okkulter, dämonischer Art. Sein eigenes Leben, das Leben eines Religionsstifters, war alles andere als vorbildlich. Er führte nicht nur ein ausschweifendes Leben mit Frauen, sondern war auch ein Massenmörder. Er schreckte selbst vor Morden in den eigenen Reihen nicht zurück. So sind auch die derzeitigen grauenhaften Ereignisse im Iran und im Sudan keine Ausnahmen, keine Entgleisungen, passen vielmehr zum Ungöttlichen und Unmenschlichen der islamischen Religion. Die drakonischen Maßnahmen, oft bei kleinen Verfehlungen, z.B. das Abhacken von Händen und Füßen oder gar das Enthaupten, zur öffentlichen Lustbarkeit gemacht, enthüllen auch den abgründigen Charakter des Islam.
Ein Wiedererwachen alter dunkler Strömungen finden wir z.B. darin, daß die palästinensischen Guerillas die Bezeichnung Fedayin für die "Todeskämpfer" wieder eingeführt haben. Dies ist eine Bezeichnung, welche die vor 900 Jahren entstandene, selbst Europa in Schrecken versetzende, mörderische Sekte der Assassinen führte. Es heißt, daß von dieser Sekte die Tempelritter stark beeinflußt worden seien. Am 3. November 1977 brachte "Die Welt" den sehr aufschlußreichen Artikel von Hermann Schäfer: "Der Alte vom Berge und sein Eden". In ihm heißt es, daß der Fedayin das Kind einer mystischen Geheimlehre und das Ergebnis einer Dressur war, nach Schäfer so etwas wie eine "Fernlenkwaffe".
Als Ordensgründer gilt nach Schäfer ein Mann namens Hassan Ben Sabbah. Er soll der Vater des politischen Attentats und der Ordensidee vom Staat im Staate gewesen sein. Auch nennt ihn Schäfer den "Erfinder des Partisanentums". All dieses wirft ein Schlaglicht auf die palästinensischen Aktionen und deckt auf, daß es wohl nicht nur um einen nationalen Befreiungskampf geht, sondern auch um eine zwielichtige internationale Sache. Die Fedayin stellen ein Fundament des internationalen Terrorismus dar. Im Assassinentum sehen wir einen weiteren Beweis dafür, daß die Mystik eine Perversion des wahren Glaubens ist und Böses gebären kann, wie es auch jüdische Mystik, etwa bei Sabbataj Zbi, zeigte.
Wir haben fast zwei Millionen Mohammedaner, meist Türken, in der Bundesrepublik Deutschland. Dies mag man nun einem raffinierten Plan antichristlicher Mächte zuschreiben oder aber nur einer Dummheit unserer Politiker und Wirtschaftsführer. Jedenfalls bedeutet dies eine Verstärkung islamischer Propaganda, zugleich den Versuch, unsere Kultur zu unterminieren, wie wir es ja bereits durch die jüdisch-amerikanische Unkultur erleben. Das Hereinholen islamischer Massen bringt jedenfalls den vermehrten Bau von Moscheen mit sich, bei uns bereits ein paar hundert.
Sehen wir heute die Versuche, eine sog. Ökumene der Religionen zu schaffen, so hierbei auch die Bestrebungen, mit dem Islam einen Dialog zu führen. Über solche Dialoge könnte man erschrecken; denn unter dem Vorzeichen, unter dem diese Dialoge geführt werden, bedeutet auch ein Dialog mit dem Islam, daß man seinen eigenen Glauben verleugnet, um sich dem anderen, fremden Glauben nähern zu können. Bei den großen internationalen Treffen der Weltreligionen ist weder der Islam noch eine andere Religion wirklich bereit, Jesus Christus zu tolerieren.
Man will da nur ein solches Christentum zum Gesprächspartner haben, bei dem Christus zumindest in den Hintergrund gedrängt worden ist. Dem kommen Vertreter der christlichen Seite entgegen und tun so, als ob das Christentum eine unverbindliche Religion wäre, die durchaus mit in eine gemeinsame Weltreligion einmünden könnte. Hierbei gibt es sogar eine besondere Nähe zwischen Islam und Judentum.
Amin Abu Fadil schreibt in Nahostkriege, Ölwaffe und Islamerstarkung: "Synagoge und Moschee stehen sich näher, als sie häufig zugeben. Beide glauben an einen Gott in nur einer Person. Sie stehen unter einem Gesetz, das ihr ganzes Leben umfaßt, und werden nur gerecht

durch die Erfüllung dieser Verordnungen. Jesus wird bei beiden als Gottessohn abgelehnt ... So treffen sich Islam und Judentum in der Ablehnung des gekreuzigten Gottes-Sohnes und laufen gemeinsam auf antichristlichen Pfaden" und nach Erwähnung auch "christlicher" Mitarbeit:
"Hinter diesen oberflächlichen Vereinigungsbestrebungen und der Nivellierung der Wahrheit lauert eine große Gefahr. Falls sich das jüdische und arabische Weltkapital vereinigen sollte, entstünde eine Weltmacht, welche radikal gegen das Lamm Gottes, das der Welt Sünde trug, vorgehen müßte. Es könnte zu einer Verfolgung wahrer Christen in allen Erdteilen kommen, schneller als wir denken, denn der Gekreuzigte hat keinen Raum in einer allgemeinen Weltreligiosität und würde zum zentralen Ärgernis für alle Vereinigungsbemühungen werden".

F) Die luziferische New-Age-Bewegung

Seit fast zwei Jahrzehnten werden hinter den Kulissen weitere unheimliche Dinge vorbereitet, um ein völlig neues Weltsystem zu etablieren. Das bedeutet für uns Christen eine äußerst ernste und weithin neue Herausforderung. Gebe Gott, daß wir uns dieser Herausforderung entschieden und sachgerecht stellen! Es haben sich verschiedene gottferne Strömungen zur New-Age-Bewegung - Neues-Zeitalter-Bewegung - zusammengeschlossen. Diese Bewegung steht in einer gewissen Verflechtung mit der One-World-Bewegung und ihren verschiedensten Gruppen, so auch mit der alternativen Szene.
Das Vorstandsmitglied einer der New-Age-Gruppen, David Spangler, schreibt in seinem Buch Gedanken über Christus über die Absichten dieser satanischen Verschwörung: "Das wahre Licht Luzifers kann man nicht durch Sorgen, Dunkelheit oder Ablehnung erblicken. Das wahre Licht dieses großen Wesens kann man nur mit den eigenen Augen sehen. Luzifer arbeitet innerhalb eines jeden von uns, um uns zur Ganzheit zu bringen! Indem wir uns auf ein neues Zeitalter hin bewegen, das das Zeitalter der menschlichen Ganzheit ist, kommt jeder irgendwie auf den Punkt, den ich luziferische Weihe nenne, es ist ein Punkt, dem sich viele Menschen gegenübersehen werden, denn er bedeutet die Initiierung des Neuen Zeitalters."
Die Lüge verdrängt die Wahrheit. Hier wird Jesus neben Buddha und Konfuzius gestellt als einer von vielen Meistern. Ungezählte Millionen Menschen werden von der New Age-Bewegung bearbeitet, um diese östliche okkulte Pseudoreligion zu schlucken.
Wie die Neue Weltordnung und andere Schlagwörter, die das gleiche aussagen, ist auch das Neue Zeitalter somit bewußt luziferisch, also antichristlich. Darum haben wir es zu beachten, daß nicht nur verschiedene andere einweltlerische Gruppen, sondern auch viele der Organisationen des New Age - auch nach eigener Aussage Luzifer an die Macht bringen wollen. All dies geschieht unter schärfster Bekämpfung Jesu Christi und des christlichen Glaubens.
Im Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen lesen wir unter New Age - Das Zeitalter des Wassermannes von Hans Jürgen Ruppert:
"Seit dem Ende der 70er Jahre hat eine neue Woge des Okkultismus, der immerwährenden Gnosis und fernöstlicher Weltanschauung die ganze westliche Welt erreicht und in Verbindung mit der humanistischen Psychologie und moderner naturwissenschaftlicher Theorien ein neues, religiöses Bewußtsein hervorgebracht: das New-Age-Bewußtsein. Bestseller wie Fritjof Capras 'Wendezeit' und 'Die sanfte Verschwörung' von Marilyn Ferguson haben dieses Bewußtsein in weiteste gesellschaftliche Schichten getragen und bieten sich der heutigen Generation als Überlebensentwürfe an. Im neuen Zeitalter des Wassermannes soll alles besser werden.
Diese Vorstellung eines das christliche Fisch-Zeitalter ablösenden Wassermann-Zeitalters ist gegenwärtig eine der wichtigsten Ideen, mit denen die esoterisch-okkulten Traditionen auf zahlreiche, religiöse Neuaufbrüche einwirken, vorzugsweise auch auf die sog. New-Age-Gruppen der 'Alternativkultur'."

Als Quellen der New-Age-Spiritualität nennt der Artikel: "Hinduistische und buddhistische Philosophie, Schamanismus, Okkultismus, hermetisch-gnostische Traditionen, moderne Psychologie, besonders ihre Bewußtseins-Theorien". Weiter heißt es in ihm: "Eine der Hauptideen, auf deren Basis der religiöse und weltanschauliche Synkretismus erfolgt, ist das 'Ganzheitsdenken', auch 'holistische Weltsicht' genannt …" Ferner heißt es: "Mit dem Übergang von der christlichen Zeitrechnung oder von der christlichen Eschatologie zur astrologischen Zeitrechnung des Wassermann-Zeitalters vollzieht sich im New-Age-Bewußtsein ein sehr bedeutsamer Umschwung zu einem kosmischen Kreislaufdenken …"
Wie ist diese Bewegung kurz zu beschreiben? Um es ganz einfach zu umreißen: Die New-Age-Bewegung ist eine vielgestaltige Strömung von Vereinigungen, Organisationen und Individuen, die alle bestrebt sind, in unserer Gesellschaft ein Neues Zeitalter der Erleuchtung und Harmonie einzuführen. Das einigende Band unter ihnen ist der Wunsch nach Förderung einer neuen Weltanschauung auf der Basis eines Gemischs aus humanistischer Ethik, den Idealen ganzheitlicher Heilung, der 'Human-Potential-Bewegung' und traditionellen östlichen Religionen (Hinduismus, Zen, Sufismus, Tibetischer Buddhismus), um dadurch der Menschheit neue Lebenskräfte zuzuführen.
Viele Menschen sehen optimistisch der Morgenröte eines Neuen Zeitalters entgegen, einem totalen Umschwung im Denken, im Erkennen und in der Entwicklung der Menschheit. Das bevorstehende Neue Zeitalter wird auch als eine wirklich neue Stufe in der Evolution der Menschheit betrachtet. … Ein allen gemeinsamer Begriff ist Transformation: das Neue Zeitalter wird nicht einfach nur neue Ideen einführen - es wird einen neuen Geist bringen.
Bereits diese Zitate zeigen, daß wir uns mit dieser besonders antichristlichen Bewegung unnachgiebig auseinandersetzen müssen, vor ihr zu warnen haben, soweit und soviel wir können. Um so mehr, als sich schon jetzt eine gewisse Erweichung in der Kirche gegenüber diesem antichristlichen Geist zeigt. Gottfried Küenzlen schreibt in seinem aufschlußreichen Artikel Wendezeit - oder Die sanfte Verschwörung: "Hier werden mitunter Ideen und Weltbilder mitgeliefert, die nicht allein unserer Kultur und der in ihr wichtig gewordenen Auffassung vom Menschen fremd sind, die vor allem auch fremd sind der Botschaft des Evangeliums.
Es ist sehr an der Zeit, vor einer zunehmenden, unter synkretistischen Vorzeichen stehenden Verwischung der Welt- und Menschenbilder zu warnen. … Schon bildet sich nämlich bis in unseren evangelisch-kirchlichen Raum herein eine weltanschauliche Grauzone, in der die Geister nicht mehr leicht zu scheiden sind. Da wird uns Jesus als 'Schamane' gepriesen, da gibt es Pfarrer, die sich im dumpfen Lichte des Okkultismus einnisten, da bedient man sich der Parapsychologie als Glaubensstütze, da gibt es Theologen, die in der Bhagwan-Bewegung eine mit dem Evangelium in Einklang zu bringende spirituelle Möglichkeit sehen."

Die 'Sanfte Verschwörung' hat begonnen

Weltweite politische und wirtschaftliche Verschwörungen können mit okkult-religiösen und weltanschaulichen Verschwörungen durchaus Hand in Hand gehen und sich gegenseitig hochtreiben. Hinter beidem steht der Ursprung und Koordinator alles Bösen: der Satan. Darum sind all diese Verschwörungen vor allem gegen Christus und die Seinen gerichtet. Angesichts des Endzeitlichen haben wir nicht nur an die spezifische One-World-Bewegung zu denken, sondern auch an solche "sanfte Verschwörungen". Wir haben da aufzuklären und die Waffe des "Wortes" zu gebrauchen.
Gewiß soll es keine "ängstlichen" und voreiligen Abgrenzungen geben. Aber wir müssen uns sachgemäß und entschieden abgrenzen, wo es angebracht ist. Dies ist um so nötiger, als der Charakter der New-Age-Bewegung letztlich antichristlich ist, sie mehr oder weniger Luzifer zur Macht verhelfen will.
In den Anfängen dieser Bewegung wurde zur Verbreitung ihrer umfangreichen Schriften 1922 die Lucifer Publishing Company (später Lucis Trust genannt) gegründet. Dies zeigt, daß diese

Bewegung, die erst in den letzten Jahrzehnten flutartig die Welt überschwemmt, schon von Anbeginn Luzifer auf den Thron setzen will. Plante sie bereits damals die Errichtung eines "Neuen Zeitalters" und einer "Neuen Weltordnung" - ein nun geläufiges Wort -, so eben als Herrschaftsbereich Luzifers.
In den "Diagnosen" vom Oktober 1984 finden sich interessante Hinweise: "Der Lucis Trust ist in der Zentrale für Public Informations der UNO anerkannt und bei deren Versammlungen in Genf und New York vertreten. Beratende Funktionen in der UNO haben ein ganzes Heer von okkulten Gesellschaften. Der okkulte Charakter der UNO wird besonders deutlich am Meditations-Raum im UNO-Gebäude: In der Mitte des Raumes steht das 'All-Seeing-Eye' Luzifers, wie auf der Ein-Dollar-Pyramide ... Der Lucis Trust ist hauptsächlich an der Planung eines Welttempels in Washington beteiligt.
Die Temple of Understanding ist für alle sechs Weltreligionen geplant in der Form eines sechseckigen Sterns (Hexagramm) ... In der Liste der Sponsoren, die dieses Projekt unterstützen ... Professor Helmut Gollwitzer ... Der Lucis Trust gibt auch die sogenannte 'Große Invokation' heraus, eine Art der Anrufung der Gottheit (Lucifer), die weltweit verbreitet wird und das Vaterunser ablösen soll."

2. Kapitel

Zerstörerische Ziele und Werke der One-World-Bewegung auf dem Wege zum "Weltstaat" und der "Weltkirche"

A) Gotteshaß

Bereits die Französische Revolution - unter dem Einfluß weit früherer Gottesfeinde und gegengöttlicher Strömungen - wollte die Abschaffung Gottes, und damit des Christentums. Dies zeigt, daß es bei den einweltlerischen Bewegungen nicht um Atheismus, d.h. Gottlosigkeit geht, sondern im Grunde um Antitheismus, d.h. Gottesfeindschaft (anti heißt an Stelle von - und damit - gegen = Antichristus.
Dort, wo man noch von "Gott" spricht, wie weithin im Freimaurertum, handelt es sich nicht um unseren dreieinigen Gott, sondern um eine Schöpfung des Menschen. In ihr will sich der Mensch selber verherrlichen.
So wie Symbole, Fahnen, "Führer" und dgl. der eigenen Machterhöhung dienen können, soll auch dieser vom Menschen erschaffene "Gott" seiner Machterhöhung dienen.
Zugleich bekämpft man den wahren Gott, wenn auch versteckter und unter edel klingenden Parolen, die abfällig von versklavenden Dogmen sprechen und unserem Gottesglauben Intoleranz vorwerfen. Letztlich weiß man um Gott, und da man gegen ihn steht, verbündet man sich mit seinem Gegenspieler. So entstehen Satanskulte und das Bemühen, Luzifer auf den Thron zu heben.
Verhängnisvoll, daß das liberal genannte Gottesbild der Ein-Weltler auch zur Unterwanderung der Kirche benutzt wird. Die Kirche läßt es sich weithin nicht nur gefallen, sondern arbeitet zum Teil selber an der Abschaffung des wahren Gottesbildes mit. Wir brauchen nur an die *Gott ist tot Theologie* zu denken oder an den jüngst entstandenen Feminismus mit seiner Bekämpfung des "Vatergottes" und seiner Hereinholung von "Göttinnen".
Die One-World-Bewegung versucht, den Glauben von innen her langsam auszuhöhlen, indem man etwa Gott unter der Hand mit einem Gegengott, letztlich mit Luzifer, vertauscht. Ein bloßer Atheismus, der nicht gegen Gott für Luzifers Thronbesteigung kämpft, wird im Grunde abgelehnt. Es werden aber oft zugleich äußere Versuche der Einschüchterung und Umfunktionierung unternommen. Es wird Druck von außen ausgeübt bis hin zu Verfolgungen, oder man setzt - wie im Osten - geschickt eigene Leute als Kirchenführer ein.
Gotteshaß und Christushaß heißen zugleich: Christenhaß. Schon Jesus selber sagte an einigen Stellen, daß "die Welt, so wie ihn, so auch die Seinen haßt" (Johannes 15, 18 ff.; Johannes 17,

14 ff.). Unter Welt versteht die Bibel eine personhafte, von der Menschenwelt und von Dämonen gebildete, gegen Gott stehende Macht. Welt ist also nicht gleich Schöpfung.
Diese Welt verfolgt nun Christus und die Seinen in einem noch nie dagewesenen Maße. Daß in einer Zeit der größten Christenverfolgungen christliche Brüder und Schwestern und selbst ganze Kirchen von der satt gewordenen Christenheit im Stich gelassen werden und es womöglich erleben, daß man mit ihren Peinigern paktiert, sich anbiedert und antichristlichen Bewegungen auch noch den Weg ebnet, gehört zu den schwärzesten Kapiteln der gesamten Kirchengeschichte.

Der Kampf gegen unser deutsches Volk und die Völker

Um die Menschen leichter beherrschen und leichter unter die Sklaverei des Welt-Staates bringen zu können, versucht man nicht nur Ehe und Familie zu zerstören, sondern auch jegliches Volksbewußtsein. Hierzu bedient man sich der Völker- und Rassenvermischung, zugleich mit dem gewünschten Nebeneffekt, daß es so nicht nur zu sozialen Spannungen, sondern auch zu völkischen und rassischen Spannungen kommt, die das gewünschte Chaos vermehren.
Der Kampf der Illuminaten ging seit ca. einem Jahrhundert besonders gegen Europas Mitte, d.h. gegen das deutsche Volk und hat - bei aller deutschen Mitschuld - zwei Weltkriege über uns und andere Völker gebracht. Schon über die Anfänge dieser Einkreisung und Zerstörung schreibt überzeugend Heinz Pfeifer in *Brüder des Schattens*.
Im Zweiten Weltkrieg paktierte der US-Präsident Roosevelt, der weithin die Haupttriebfeder dieses Krieges war, sogar mit der Mafia auf Sizilien. Auch sonst arbeiten in den USA Illuminaten mit Gangstern zusammen. Der internationale Terrorismus ist ebenfalls zu einem großen Teil ein Werk der Illuminaten.
Weitreichende üble Auswirkungen hat die illuminatistische Umerziehung des deutschen Volkes nach 1945. Zudem haben wir nun in Ost- wie in Westdeutschland zumindest praktisch den Status einer Kolonie und schweigen in Staat, Gesellschaft und Kirche fast völlig zur andauernden Deutschenhetze selbst unserer "Verbündeter", z.B. durch Filme.
Wir schweigen auch zur Unterdrückung der Auslandsdeutschen innerhalb und außerhalb des - juristisch noch gültigen - Reichsgebiets und kümmern uns kaum um die vielen weiteren Deutschen in Europa und Übersee. Schon dadurch wird das angestrebte Europa, sofern es nicht zu einer grundlegenden Sinnesänderung auf allen Seiten kommt, zu einer Farce.
Wie es z.B. den Deutschen in Oberschlesien ergeht, können wir den Worten von Dr. Herbert Czaja, MdB, entnehmen (Unser Oberschlesien, 25. Januar 1985): "… besonders die über 800.000 Deutschen sind unterdrückt und verfolgt. Die tiefgläubigen Menschen hatten keinen deutschen Weihnachts-Gottesdienst. Sie durften keine deutschen Weihnachtslieder öffentlich singen. Kinder und Enkel werden mit geistigem und physischem Zwang ihrem Volkstum entfremdet; es gibt in den Schulen nicht einmal Deutsch als Fremdsprache. Mutige Anträge jugendlicher Deutscher auf Genehmigung deutschen Privatunterrichts und auf kulturelle deutsche Vereinigungen werden abgelehnt und mit Verfolgung beantwortet. …"
Unter der Überschrift Deutsche Protestanten unter massivem Druck steht folgende Nachricht: "Deutsche Protestanten sind in Polen massivem Druck ausgesetzt. Sie leiden unter wirtschaftlichen Benachteiligungen, einer deutschfeindlichen Entnationalisierungspolitik und unter der Herabwürdigung durch unduldsame katholische Polen.
Darauf hat der Ostexperte Dr. jur. Christian Th. Stoll bei der Frühjahrstagung des Iserlohner Kreises der Gemeinschaft evangelischer Schlesier in Wertheim am Main hingewiesen. Nur in Niederschlesien und in Pommern, wo einige Tausende meist evangelische Deutsche lebten, sei es erlaubt, deutschsprachige Gottesdienste zu feiern und sich in der Muttersprache zu unterhalten. ..."
Stoll kritisierte, daß die Existenz einer deutschen Minderheit im polnischen Herrschaftsbereich tabuisiert werde. Westliche Menschenrechtsorganisationen, die Gefangene und Ver-

folgte in der ganzen Welt betreuten, nähmen die Menschenrechtsverletzungen von Polen an Deutschen überhaupt nicht zur Kenntnis.
Stoll, der als Richter in Hildesheim tätig ist, wörtlich: Wer mobilisiert die Weltöffentlichkeit und fordert die Menschenrechte für unsere so alleingelassenen Landsleute?
Nach Angaben Stolls leben noch rund eine Million Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten und im Danziger Gebiet sowie etwa 100.000 Deutsche in den angrenzenden Gebieten Ost-Oberschlesiens und im übrigen Polen. Eine Verständigung mit dem polnischen Volk ist sehr wichtig. Aber dies darf nie und nimmer auf Kosten der Wahrheit und Liebe geschehen."
Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen - Südtirol und Elsaß-Lothringen - werden die Deutschen unterdrückt. Und tiefes Schweigen bei allen Lobgesängen auf Europa, das als ein Europa der Völker so wünschenswert wäre!
Der Kampf der Illuminaten gegen unser Volk und andere Völker geht weiter. … Daß diese Machenschaften schon frühzeitig auch gegen Mitteleuropa zielten, geht aus dem genannten Plan Pike's hervor. Von dort aus muß man auch die beiden Weltkriege und unser deutsches Schicksal verstehen.
Dieser Plan wurde in einem Brief an Giuseppe Mazzini vom 15. August 1871 in anschaulichen Einzelheiten von Albert Pike, dem souveränen Großmeister des Altertümlichen und Anerkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei und obersten Illuminaten in Amerika, dargelegt. Pike schrieb, der Erste Weltkrieg sollte zusammengebraut werden, um das zaristische Rußland zu zerstören - und dieses weite Land unter die unmittelbare Kontrolle der Illuminaten-Agenten zu bringen.
Rußland sollte dann als Buhmann benutzt werden, um die Ziele der Illuminaten weltweit zu fördern. Weltkrieg Nummer 2 sollte über die Manipulation der zwischen den deutschen Nationalisten und den Politischen Zionisten herrschenden Meinungsverschiedenheiten fabriziert werden. Daraus sollte sich eine Ausdehnung des russischen Einflußbereiches und die Gründung eines Staates Israel in Palästina ergeben.
Der Dritte Weltkrieg sollte dem Plan zufolge sich aus den Meinungsverschiedenheiten ergeben, die die Illuminaten-Agenten zwischen den Zionisten und den Arabern hervorrufen würden. Es wurde die weltweite Ausdehnung des Konfliktes geplant."
Wie genau ist dieser Plan erfüllt worden, der über hundert Jahre zurückliegt! Daß Pike über 40 Jahre vor 1914 von der Zerstörung des zaristischen Bußlands und von dem noch andauernden Gebrauch des illuministischen Rußlands als "Buhmann" schreiben konnte, 70 Jahre vor 1939 vom Konflikt zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem Weltjudentum und von der Gründung Israels und 80 Jahre vor den noch aktuellen Spannungen zwischen Israel und den Arabern, müßte man entweder auf eine mehr als erstaunliche prophetische Gabe bei Pike zurückführen, oder auf Planungen einer Macht, die die Weltgeschichte bis in Einzelheiten fest im Griffe hat, so daß sich die Konflikte der Weltkriege - bei aller Mitschuld der Beteiligten - fast zwangsläufig ergaben.
Bei aller deutschen Mitschuld ist das entscheidende Übel doch von außen geschehen: der von Pike erwähnte Plan, die Mitte auszuschalten, die Ausführung dieses Planes - etwa durch das Versailler Diktat - und dann die Unterstützung des Nationalsozialismus durch die den Zweiten Weltkrieg vorbereitenden 'International Bankers'. So ist das deutsche Volk durch Ränke von außen und durch innerliche Verführung durch die One-World-Bewegung niedergezwungen worden, und wird es noch heute, so daß man dem deutschen Volk nicht die Hauptschuld, geschweige denn die Alleinschuld geben kann.
Es ist für viele beschämend, daß sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg ausgerechnet Reichsaußenminister Walther Rathenau - deutscher Jude mit einem glühenden Herzen für Deutschland, am 24. Juni 1922 ermordet - gegen die Zerstörung Deutschlands und damit gegen kommende Kriege und Versklavung der Völker wandte. Seine verschiedenen Schriften sind hier-

bei nicht nur historisch, sondern hochaktuell. In Gerhard Müllers Überstaatliche Machtpolitik steht im Hinblick auf das deutsche Volk:
"Über die Zukunft schreibt Walther Rathenau in seiner Schrift Nach der Flut. …
'Den Völkern der Erde, denen, die neutral, und denen, die befreundet waren, den freien überseeischen Staaten, den jungen Staatsgebilden, die neu entstanden sind, den Nationen unserer bisherigen Feinde, den Völkern, die sind, und denen, die nach uns kommen, in tiefem, feierlichem Schmerz, in der Wehmut des Scheidens und in flammender Klage rufen wir das Wort in ihre Seele:
Wir werden vernichtet. Deutschlands lebendiger Leib und Geist werden getötet. Millionen deutscher Menschen werden in Not und Tod, in Heimatlosigkeit, Sklaverei und Verzweiflung getrieben. Eines der geistigen Völker im Kreise der Erde verlischt. Seine Mütter, seine Kinder, seine Ungeborenen werden zu Tode getroffen.
Wir werden vernichtet von Brudervölkern europäischen Blutes, die sich zu Gott und zu Christus bekennen, deren Leben und Verfassung auf Sittlichkeit beruht, die sich auf Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Zivilisation berufen, die um vergossenes Menschenblut trauern, die den Frieden der Gerechtigkeit verkünden, die die Verantwortung für das Schicksal des Erdkreises tragen. Wehe dem und seiner Seele, der es wagt, dieses Blutgericht Gerechtigkeit zu nennen. Habt Mut, sprecht es aus, nennt es bei seinem Namen: es heißt Rache.
… darf um der Rache willen ein Volk der Erde von seinen Brudervölkern vernichtet werden, und wäre es das letzte und armseligste aller Völker?
… Wenn dieses Ungeheure geschieht, gegen das der schrecklichste aller Kriege nur ein Vorspiel war, so soll die Welt wissen, was geschieht, sie soll wissen, was sie zu tun im Begriffe steht. Sie soll niemals sagen dürfen: wir haben es nicht gewußt, wir haben es nicht gewollt.
Sie soll vor dem Angesicht Gottes und vor der Verantwortung der Ewigkeit ruhig und kalt das Wort aussprechen: wir wissen es und wir wollen es" (S. 253/254), ferner: "… Der deutsche Geist, der für die Welt gesungen und gedacht hat, wird Vergangenheit. Ein Volk, das Gott zum Leben geschaffen hat, das noch heute jung und stark ist, lebt und ist tot.
Es gibt Franzosen, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen starken Nachbar haben.
Es gibt Engländer, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen kontinentalen Nebenbuhler haben.
Es gibt Amerikaner, die sagen: dies Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen Konkurrenten der Wirtschaft haben.
… Wenn die Furchtsamen, die Neidischen und die Rachsüchtigen in einer einzigen Stunde, in der Stunde der Entscheidung, siegen und die drei großen Staatsmänner ihrer Nationen mit sich reißen, ist das Schicksal erfüllt.
Dann ist aus dem Gewölbe Europas der einstmals stärkste Stein zermalmt, dann ist die Grenze Asiens an den Rhein gerückt, dann reicht der Balkan bis zur Nordsee. Dann wird eine Horde von Verzweifelten, ein uneuropäischer Wirtschaftsgeist vor den Toren der westlichen Zivilisation lagern, der nicht mit Waffen, sondern mit Ansteckung die gesicherten Nationen bedroht.
Nie kann aus Unrecht Recht und Glück entstehen.
Das Unrecht seiner Abhängigkeit und Unselbständigkeit, das Deutschland schuldlos auf sich lud, büßen wir, wie nie ein Unrecht gebüßt worden ist. Wenn aber die westlichen Nationen in ruhiger, kalter Überlegung aus Vorsicht, Interesse oder Rachegefühl Deutschland langsam töten und diese Tat Gerechtigkeit nennen, indem sie ein neues Leben der Völker, einen ewigen Frieden der Versöhnung und einen Völkerbund verkünden, so wird Gerechtigkeit nie wieder sein, was sie ist, und niemals wieder wird die Menschheit froh werden, trotz aller Triumphe.

Ein Bleigewicht wird auf dem Planeten liegen, und die kommenden Geschlechter werden mit einem Gewissen geboren werden, das nicht mehr frei ist. Die Kette der Schuld, die jetzt noch zerschnitten werden kann, wird unzerreißbar und unendlich den Leib der Erde umschnüren. Der Zwist und Streit der künftigen Epoche wird bitterer sein als je zuvor, weil er mit dem Gefühl des gemeinsamen Unrechts getränkt worden ist.
… Eine einzige große Frage des Bekenntnisses sollte den siegreichen, zivilisierten und religiösen Nationen gestellt werden.
Diese Frage lautet: Menschlichkeit oder Gewalt? Versöhnung oder Rache? Freiheit oder Unterdrückung?
Menschen aller Völker bedenkt es! Diese Stunde entscheidet nicht nur über uns Deutsche, sie entscheidet über uns und euch, über uns alle. Entscheidet sie gegen uns, so werden wir unser Schicksal tragen und in die irdische Vernichtung gehen.
Unsere Klage werdet ihr nicht hören. Dennoch wird sie da gehört werden, wo noch nie eine Klage aus Menschenbrust ungehört verhallte" (S. 255/256).
Wie sehr ist durch die dann doch erfolgte Entscheidung für Gewalt, Rache und Unterdrückung die "Gerechtigkeit" noch mehr belastet und das Gewissen unfrei geworden!
Dieser bewegten, prophetischen Klage fügt Müller hinzu: "26 Jahre später, 1945, und in den folgenden Jahren 'ziehen deutsche Füße über die Erde und suchen Heimat' (S. 258/259).
Rathenau hat mit diesen immer noch hochaktuellen und ins Herz gehenden Worten, wie sie in der Weltliteratur selten zu finden sind, die Verknüpfung des Schicksals der Völker mit dem unseres Volkes anschaulich gemacht. Auch hat er unserem Volk seinen ihm zugedachten besonderen Weg nahegelegt, leider vergeblich. Schon die Einzigartigkeit dieser Dokumente rechtfertigen es, sie der Vergangenheit zu entreißen. Auch heute haben sie uns viel zu sagen.
Dieser Aufruf zur Versöhnung ist der Ruf eines deutschen Juden, der zudem seine Heimat Deutschland so liebt, wie wir diese Heimat auch lieben sollten. Auch dies möge uns Deutschen die deutschen Juden, die doch zu uns gehörten und gehören, nahe bringen und uns ihre Tragödie besser verstehen lehren.
Nach diesem Vorbild, das uns Rathenau so eindrucksvoll bietet, sollten wir handeln. Gerade wir als Christen sollten gemäß Matthäus 5, 9 "Friedensstifter" sein und für die Wahrheit eintreten. Wir sollten weder die Schuld unseres Volkes leugnen noch falsche Beschuldigungen unseres Volkes wie die anderer Völker dulden. Wir sollten vielmehr überall für Verständigung, Versöhnung, für die Schließung der Kluft (z.B. zwischen Juden und uns Deutschen) eintreten und gemeinsam gegen die Zerstörung und gegen die Zerstörer der Menschheit vorgehen.
Eine echte und dauerhafte Versöhnung setzt aber voraus, daß man einander auf dem Boden der Wahrheit begegnet. Auch und gerade Fragen der Vergangenheit gehören in Wahrhaftigkeit untersucht und erörtert. Nur so können sie bewältigt werden. Diese Bewältigung aber ist auch notwendig, um gemeinsam stark zu sein im Kampf gegen die Zerstörer der Völker in Abwehr und Angriff.
Wir alle sollten es endlich wieder lernen, allein nach dem Willen Jesu Christi zu fragen und allem Opportunismus aus dem Weg zu gehen. Gewiß ist das nicht leicht. Im Gegenteil, es fällt manchmal bitter schwer, das, was "ankommt", was "in" ist, fallenzulassen und Jesus zu folgen. Aber Jesu Weg sollte unser Weg sein

b) Der sich ausweitende Mord an den Ungeborenen

In manchen Staaten erreicht die Zahl der Abtreibungen bereits die Zahl der Geburten. In den letzten Jahren sind in der ganzen Welt 50 Millionen Abtreibungen vorgenommen wurden, das heißt, 50 Millionen entsetzlicher Morde. Wir werden so mehr und mehr zu einer Gesellschaft von Massenmördern. Durch Schwarzweißmalerei von einer Bevölkerungsexplosion durch den "Club of Rome", durch die Weltbank, durch das Rockefeller-Imperium und bei uns etwa

durch "Pro familia", die sich "Anti familia" nennen sollte, wird durch Wort und Tat dieser Massenvernichtung, diesem größten "Holocaust" der Weg geebnet.
Da dieses Gott- und Menschenwidrige auch damit bemäntelt wird, es handle sich bei den Ungeborenen zumindest in den ersten Monaten noch nicht um Menschen, schrieb ich bereits im September 1971 u.a.: "Die ganze Fragestellung mit den vielschichtigen Diskussionen darüber, bis zu welchem Monat man noch keinen Mord begehe, ist unzureichend. Selbst wenn man sehr spät oder erst mit der Geburt 'Mensch' würde, ließe es sich doch nicht bestreiten: ein Embryo erreichte ohne Abtreibung diesen Zeitpunkt und käme zur Ausübung seines vollen Menschseins. Wir haben nicht nur den Embryo zum Zeitpunkt der Abtreibung zu sehen, sondern auch seine weiteren Möglichkeiten, die er ohne Abtreibung doch haben würde.
Wir haben auch da den ganzen Menschen zu sehen, seine ganze Lebensgeschichte, die wir nicht willkürlich unterbrechen und damit beenden dürfen. Mit welch einem Recht versagen wir auch nur einem einzigen den Eintritt ins Leben, vereiteln seine mit der Befruchtung gegebene Bestimmung zum Leben? So ist schon der Zeitpunkt der Befruchtung maßgebend. Von da ab ist eine jede Abtreibung Mord. Es ist unmenschlich und undemokratisch, den Betroffenen selber zu seinem Lebensrecht nicht zu hören, sein Anliegen nicht zu vertreten. Nicht nur für uns Christen ist hier das Wort verbindlich: "Tue deinen Mund auf für die Stummen und die Sachen aller, die verlassen sind" (Sprüche 31, 8).

Zum verhängnisvollen Schweigen der Christenheit

Besonders schmerzlich ist das Verhalten des überwiegenden Teils der Christenheit - das von einzelnen Christen, von Gemeinschaften, von Kirchen und von Verantwortlichen in ihnen - in diesen Zeiten schlimmster Verführungsmächte: weithin ein Schweigen und Im-Stich-Lassen wie auch ein Unterstützen bedenklicher Bestrebungen. Und beides dient dem Vormarsch endzeitlicher antichristlicher Mächte.
Wo die Liebe erkaltet und die Wahrheit sich verflüchtigt, betrachten viele bereits das Gespräch mit anderen nur unter dem Standpunkt der Nützlichkeit. Sie meiden vor allem das Gespräch mit "Unbequemen", fragen letztlich nichts nach einem Zusammenhalten, nach Gemeinschaft und sehen auch ihre "christlichen" Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt ihrer "frommen" oder "humanitären" Karriere. Viele, die als vorbildliche Christen gelten, lassen in Wirklichkeit ihre Brüder und Schwestern bitter allein.
Man schweigt aber oft nicht nur zu aufklärerischen Tätigkeiten von Mahnern, sondern verschweigt auch Tatbestände, die dem Ansehen der One-World-Bewegung schaden könnten. So kommt es auch in der Kirche zu einer einseitigen Geschichtsbetrachtung wie auch zu einem Alleinlassen von Glaubensbrüdern und -schwestern und auch von Nichtchristen in vielen Teilen der Welt, besonders im kommunistischen Machtbereich.
Da geschieht es sogar, daß man nicht nur über ihr Schicksal schweigt, sondern überdies diejenigen noch angreift, die auf deren leidvolles Schicksal aufmerksam machen. Während man - in unseliger Vermischung von Glaube und Politik fast nur und dazu beständig Südafrika, Südkorea und manche mittelamerikanische Staaten heftig angreift, wiewohl in ihnen weit weniger Schlimmes als in gewissen kommunistischen Staaten geschieht, schweigt man zu den millionenfachen Morden und körperlichen und seelischen Vergewaltigungen im kommunistischen Machtbereich beharrlich.
Eine Heuchelei und eine Taktik, die weithin die Unterstützung kirchlicher Medien genießen und hinab bis auf die Gemeindeebene wuchern. Es ist ein tödliches Schweigen, ein Schweigen, das schlimme Zerstörungen in der Kirche anrichtet.
Wer im kommunistischen Machtbereich unter Einsatz seines Lebens Appelle an seine Glaubensbrüder im nichtkommunistischen Teil der Welt mit erschütternden Informationen richtet, wird in der westlichen Christenheit kaum gehört. Er wird nicht nur von kleinen Gruppen nicht gehört, sondern auch von großen Kirchenverbänden nicht.

So richtete Vladimir Rusak, Diakon der Russischen Orthodoxen Kirche, einen "Offenen Brief an die Delegierten der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver vom 24.7.-10.8.1983″. In ihm stehen die bezeichnenden Worte: "Es ist auch schwer vorstellbar, daß mein Brief an einer der Sitzungen der Vollversammlung verlesen wird. Schwierig ist der Weg zu Ihnen, sehr schwierig. Schwieriger als zu Gott. Aber ich kann nicht schweigen."
Hierzu schrieb die Schriftleitung von "Erneuerung und Abwehr": "Neben der 'großen' Rede von Dorothee Sölle auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates, die viel kommentiert wurde, hat man in Vancouver die Briefe vieler Christen aus Osteuropa verschwiegen. Was nicht sein darf, ist eben nicht!" Kommentar überflüssig. Denn von einer Kirchenversammlung eines Gremiums, das mit Weltverschwörern und Luzifer-Verehrern gemeinsame Sache macht, den Kommunismus - auch durch derartige Manipulationen - deckt und sein Anliegen weltweit unterstützt, konnte man kaum etwas anderes erwarten.
Man konnte es kaum erwarten, daß sie, im Unterschiede zum großen Geschrei bei weit kleineren Verfehlungen im Westen, für Brüder und Schwestern unter kommunistischem Joch auch nur ein wenig die Stimme erhebt. Es sollte aber uns allen so gehen, daß wir sagen: "Aber ich kann nicht schweigen."

3. Kapitel: Der Sieg über die Finsternis

Diese vielen erschreckenden Beispiele und mein unablässiges Ringen mit den Verführungsmächten zeigen, daß ich durch die Gnade Jesu Christi nicht aufgegeben, nicht resigniert habe. So mancher meiner Amtsbrüder ist still geworden und hat sich zurückgezogen und läßt die Kämpfenden allein.
Ich finde, daß wir nicht zu fragen haben, wie spät es sei, auch nicht, ob es bereits zu spät sei. Wir haben bis zuletzt, bis ER wiederkommt - auch in den Zeiten des Antichristen hindurch - Jesus Christus nachzufolgen in Verkündigung und in Taten und im Wandel. Er ist Sieger, die letzte Zukunft gehört Ihm!
Darum, auch wenn wir Verwüstungen und Zerstörungen, selbst in der Kirche, sehen und bitter erleben müssen, wie die Liebe erkaltet und die Wahrheit überaus käuflich wird, besteht doch kein Grund zur Resignation. Lesen wir die Offenbarung Johannes mit geöffneten Augen, so erkennen wir, daß es genauso kommen "muß". Wir erfahren, daß uns kein äußerer Sieg über die Mächte der Finsternis verheißen ist: so wenig wie ein ewiges, einiges Friedensreich, so wenig eine verchristlichte Welt. Vielmehr werden die Gläubigen besonderen Unterdrückungen und Benachteiligungen ausgesetzt werden, denken wir etwa an die Stelle 13, 15 ff., wo es vom "anderen Tier" heißt:
Es ward ihm gegeben, daß es dem Bilde des Tiers den Geist gab, daß des Tiers Bild redete und machte, daß alle, welche nicht des Tiers Bild anbeteten, getötet würden. Und es macht, daß die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Knechte - allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens… sechshundertsechsundsechzig."
Wir können in die Irre führende Bewegungen nicht äußerlich besiegen oder gar vernichten, möge es auch kleinere Siege durch unseren Einfluß geben. Wir können erst recht nicht die One-World-Bewegung besiegen. Das heißt aber gerade nicht, daß wir ihr gegenüber unsere Hände in den Schoß legen dürften. Nein, durch Aufklärung, Gebet, Verkündigung des wahren Evangeliums und in unserer verantwortlichen Tätigkeit als Staatsbürger können wir hie und da und dann und wann diese Bewegung oder doch Teile von ihr eindämmen oder sogar vermindern. Eine jede Träne, die weniger geweint wird, und ein jeder Blutstropfen, der weniger fließt, ist bereits eines Einsatzes wert.

Können nicht wir der One-World-Bewegung oder sonstigen Strömung der Finsternis ein Ende setzen, so wissen wir doch in frohem Glauben, daß Jesus Christus, der am Kreuz Sünde und Tod bereits besiegt hat, alles Bedrückende mit seiner triumphierenden Wiederkunft vollends auslöschen wird. In der Offenbarung wird es so herrlich ausgedrückt: "Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein" (21, 4). Und wir wissen, daß Jesus Christus im Glauben an ihn Anteil an seinem Sieg gibt, heißt es doch so tröstlich: "Alles, was von Gott geboren ist, überwindet die Welt; und unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat" (l. Johannes 5, 4).
In diesem Glauben können wir zumindest unsichtbare und doch nachhaltige Siege auch über die One-World-Bewegung erringen und sind gewiß, daß bei allem Scheitern, bei allem Verkannt-, Verhöhnt- und Zertretenwerden, keine der Abgrundmächte, sondern die ewige Herrlichkeit das letzte Wort hat, die uns liebe- und freudevoll erwartet.
Unsere geistlichen Augen sehen schon jetzt etwas von der Herrlichkeit Gottes, und wir dürfen uns bereits in diesem Kampf des Wortes des Apostels Paulus trösten: "Ich halte dafür, daß dieser Zeit Leiden der Herrlichkeit nicht wert sei, die an uns soll offenbart werden" (Römer 8, 18).
Bis dahin heißt es, vertrauensvoll und gehorsam unserem Heiland nachzufolgen - auf seine festen Verheißungen bauend -, auch in seinem geistlichen Kampf gegen die luziferischen Mächte und Bewegungen. Vertrauensvoll und dankbar mögen wir auf unserer gefährdeten und verantwortungsreichen Wanderschaft die Worte von Arno Pötsch sprechen:
"Mein Gott, mein Gott, du kennst mich ganz allein, mein Wollen und Vollbringen und Versagen und hüllst mich ganz in deine Gnade ein! Herr, tief im Staub bet' ich die Liebe an, die mir das Leben und das Heil ersann und die durch Schuld und Schicksal mich getragen!"<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn berichtete im Dezember 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1998 (x853/...): >>**Kirche, Zeitgeist und Geschichte**
Die Dummheit rast durch die Welt …
Rückblickend sehen wir in der Geschichte die "Urzeit", die auch Abraham, den Vater des Volkes Israel erwähnt, die Inkarnation, das Frühchristentum, die Antike und ihren Untergang. Dann das Mittelalter und die lange Zeit, die es brauchte, bis unsere Vorväter das hohe Niveau der Antike wieder erreicht und die islamische Kultur und Zivilisation überflügelt hatten.
Dann kommt die Reformation als Reaktion auf die Renaissance und den christlichen Humanismus und der steile Aufstieg zu den Höhen des 17. und 18. Jahrhundert, die unserer katholischen Welt ihr heutiges Profil gab. Doch ein entarteter Zweig des Humanismus, der in seiner Anthropolatrie eine Welt ohne Gott schaffen will und über den Deismus in die Erste Aufklärung gleitete, brachte die Französische Revolution hervor, eine sadistische Sexorgie, in der Mütter mit ihren Kindern in Bäckeröfen langsam gebraten und andere ebenso scheußliche Untaten, zum Teil vom Marquis de Sade inspiriert, begangen wurden.
Es ist dieses grauenhafte Gift, das philosophisch, ideologisch, politisch und moralisch das ganze 19. Jahrhundert durchsetzt und zersetzt ...
IV.
... Nun aber ist unsere Regierungsform nicht etwa die "Volksherrschaft", denn eine solche ist praktisch völlig ausgeschlossen, sondern das Dominium der Vertreter einer Mehrheit über eine Minderheit der Bevölkerung. Eine solche Herrschaft hat bedeutend mehr "Gewicht" als die einer Einzelperson, die übrigens durch ein Attentat, … leicht beseitigt werden kann. Böse Mehrheiten lassen sich nicht so leicht ausrotten'". Die Beschwerde des Aristoteles, daß in Athen nunmehr nicht mehr die Qualität, sondern die Quantität regiere, gilt auch für unsere Zeit. Da alle Bürger gleich sind, die Mehrheit herrscht, das Wissen aber nur von kleinen,

wenn nicht kleinsten Minderheiten vertreten wird, leben wir in einem Zustand der umgestülpten Pyramide.
Die "Basis" regiert mit ihren Repräsentanten über die wirklichen Eliten. ...

V.

Unter diesen Umständen - die Herrschaft der Massen ohne Wissen und nur mit zeitlich begrenzter Erfahrung rein gefühlsmäßig urteilend -, ist ein historisches Empfinden, Denken und Reflektieren nicht zu erwarten, denn ein solches ist eben nur bei einem vom Geist beleuchteten Wissen um die Vergangenheit möglich.
Lernen kann man ja nur durch das Studium und die Erfahrung, nicht durch utopische Träume. Die Tatsachen und die Daten sind bitter notwendig, aber sie allein genügen nicht. Vergessen wir da nicht zwei Warnungen: "Niemals können wir von der Geschichte Urlaub nehmen!" und "Wer die Geschichte ignoriert, wird dazu verdammt, sie zu wiederholen!"
Auch Disraeli erinnerte uns daran: … Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik"! Gewiß nicht, denn auch die Geschichte geht weiter, und daß sie weitergeht, kann nicht bestritten werden, wohl aber wie sie weitergeht: das ist die brennende Frage und weist auf unsere Verantwortung hin". Nichts Naturhaftes bleibt unverändert. Nur das Übernatürliche kann es sein.
Das heißt aber nicht, daß das Naturhaft-Natürliche nicht Regeln unterliegt, die wiederum einen übernatürlichen Charakter haben können.
Deshalb besteht für uns, die in die Zukunft wandern, die Möglichkeit, aus der Vergangenheit, also aus der Geschichte zu lernen, und zwar nicht zuletzt aus dem, was in ihr dauernd wirkt oder auch wiederholt in Erscheinung tritt.
Da haben wir zum Beispiel die Überzeugung von Plato, Aristoteles und Polybios, daß Monarchien sich über Aristokratien und Demokratien auf die Tyrannis hin entwickeln. …

VI.

In einer solchen Synthese leben wir auch heute im Herzen Europas. Sie wird durch zwei Ideale bestimmt: durch die Freiheit und die Gleichheit, deren innere Widersprüchlichkeit unseren einfacheren Zeitgenossen in der Regel verborgen bleibt, denn geistlos plappern sie das programmatische Schlagwort der Französischen Revolution nach: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".
Die Gleichheit ist offensichtlich nur in der Sklaverei und durch Zwang möglich - nicht in Freiheit. Sie hat, wie wir schon einmal früher feststellten, keinen Platz im Neuen Testament, … denn vor allem sind wir ungleich vor Gott. Ganz anders steht es um die Freiheit, von der der heilige Paulus sprach!
Wenn wir eine gleichmäßige Gartenhecke haben wollen, müssen wir sie periodisch beschneiden, bei gleichen Noten in der Schule müßten die Dummen mit Gewehr im Anschlag bis Mitternacht büffeln und die Klugen mit Alkoholien traktiert und dauernd vor den Fernsehschirm gesetzt werden um zu verblöden. …
Und die Volksvertreter? Wer auf einem Motorrad fahren will, muß eine strenge Prüfung ablegen. Wer gewählt wird und vielleicht über das Wohl und Wehe von Millionen verfügt, braucht lediglich "vegetativ" ein bestimmtes Lebensalter erreicht zu haben.
… Nun muß man sich stets daran erinnern, daß das Hauptziel der Parteien oder der Einzelkandidaten nicht das Wohl des Landes, sondern das Gewinnen der nächsten Wahl ist. Keine Mehrheit, keine Macht! Ihr werden auch Grundprinzipien erbarmungslos geopfert. …

VII.

… Totalitäre Parteien und Systeme triumphierten nach ihrem anfänglichen Aufstieg geschichtlich später nur deswegen nicht, weil ihre gottlosen Grundideen grundfalsch waren und sie innerhalb dieser buchstäblich Gefangene waren. …
Beide Ideologien, die internationalsozialistische und die nationalsozialistische, haßten die Freiheit und mit der Freiheit die Ungleichheit als auch die Verschiedentlichkeit. In ihren Rei-

chen sollte es nur Gleiche und Gleichartige geben. Das grausige Experiment mißlang. Die Braunen wurden im Kampf besiegt und die Roten gingen auf die banalste Weise in den finanziellen Bankrott wie eine Gemischtwarenhandlung an der nächsten Straßenecke. Ihre Ideologien waren "modern", das heißt: nichts wert.
Natürlich gehörten beide der extremen Linken an, sie waren ja nur Konkurrenten, nicht Feinde. Sie fanden in Europa ein jähes Ende ihrer Macht, was wir 1945 und 1989 - bezeichnenderweise fast zugleich mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution - erlebt haben. Das brachte uns einerseits ganz großes Leid, war andererseits sehr erfreulich für die ganze Welt, hatte aber einen sehr üblen, vielleicht sogar fatalen "politpsychologischen" Nebeneffekt. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (21/1999) berichtete am 23. Mai 1999: >>**Ein Mensch namens Jesus**
Rudolf Augstein über die scheinheiligen Legenden im "Heiligen Jahr"
Das Heilige Jahr, dessen sind wir schon heute sicher, wird ein scheinheiliges werden, und es lohnt einen Versuch, den Anfängen zu wehren.
Denn es wird vieles gefeiert, was sich nicht ereignet hat. Es werden viele Örtlichkeiten gezeigt, die mit Jesus sowenig zu tun haben wie die Aberhunderte von Kreuzessplitter-Reliquien, das "Turiner Grabtuch", der "Heilige Rock" von Trier und die Knochen der Heiligen Drei Könige im Kölner Dom. Es wird vieles verschwiegen werden, was man nicht wahrhaben will; und es wird vieles verbreitet werden, was nicht wahr ist.
Der Papst will uns weismachen, der 2.000. Geburtstag seines Herrn Jesus Christus stelle "in Anbetracht der vorrangigen Rolle, die das Christentum in diesen zwei Jahrtausenden ausgeübt hat, indirekt für die ganze Menschheit ein außerordentlich großes Jubiläum dar".
Wie "vorrangig" wirkte das Christentum in der Geschichte, wie "außerordentlich groß" ist das Jubiläum, wie "außerordentlich groß" ist dieser Jesus Christus heute noch? Da wird man sich von vornherein den pathetischen Ansprüchen widersetzen und dann sehr genau unterscheiden müssen.
Nicht, was ein Mensch namens Jesus gedacht, gewollt, getan hat, sondern was nach seinem Tode in seinem und unter seinem Namen, aber oft nicht in seinem Sinne, sehr oft gegen seine Intentionen gedacht, gewollt, getan worden ist, hat die christliche Religion und mit ihr die Geschichte des sogenannten christlichen Abendlandes bestimmt. Was und wer immer Jesus war, ein Mann des Abendlandes war er nicht.
Neben den vier Evangelisten Matthäus, Markus, Lukas und Johannes und denen, die vor ihnen Jesus-Geschichten gesammelt und weitergegeben, radikal verändert und erfunden haben - neben denen also, die aus dem Menschen Jesus die Kunstfigur Christus gemacht haben, waren es zwei Männer, die bestimmt haben, was als christliche Religion die Geschichte beeinflußt hat: der Apostel Paulus, ehemals "Schaul" oder "Saulus", ein Diaspora-Jude aus der römischen Provinzhauptstadt Tarsus (heute südliche Türkei), und der Nichtchrist Konstantin, Kaiser des Römischen Reiches von 306 bis 337, der sich erst auf dem Sterbebett taufen ließ.
Paulus war, daran gibt es keinen Zweifel, einer der ganz großen Neuentwerfer der Geschichte. Nicht Jesus, sondern er war der eigentliche Religionsstifter, an Bedeutung Mohammed gleich.
Für das Leben, die Worte und die Taten seines Herrn Jesus hat er sich wenig interessiert, dessen Lebensthema vom nahen "Reich Gottes" war ihm in seinen zwischen 50 und 61 nach Christus verfaßten Briefen nur ein paar Sätze wert. Über die Zukunft irrte sich, dessen sind sich bibelkritische Exegeten sicher, erst Jesus, der das Hereinbrechen des "Reiches Gottes" noch zu seinen Lebzeiten erwartet hatte; über die Zukunft irrte dann auch der Apostel. Nur glaubte er, daß der auferstandene Christus alsbald mit Macht und Herrlichkeit wiederkommen würde.

Wenn einer, dann hat Paulus die Kirche geprägt und nicht die Lichtgestalt Jesus Christus; und dies bis heute, bis ins tiefste Innere des Papstes Johannes Paul II., dessen Fleisches- und Frauenfeindlichkeit der Apostel vorwegnimmt. An eine Kirche, an ein Konzil, an einen unfehlbaren Papst aber hat auch Paulus gar nicht denken können.
Konstantin, der sich "Pontifex maximus" nannte - wie später und noch heute der Papst -, erkannte, welch integrierende Kräfte dem Christenglauben innewohnten, der auf der jüdischen Gehorsamsethik aufbaute.
Max Horkheimer nennt Konstantin einen "Skrupellosen", der "unter den vorhandenen Götterlehren das Christentum als Kitt für die gefährdete Weltmacht ausersah". Damals hat sich die Kirche grundsatzloser neu orientiert als irgendeine andere Gemeinschaft zuvor oder danach. Und Ernst Bloch befand: "Indem das Christentum unter und durch Konstantin des römischen Staates sich bediente, bediente sich der Staat des Christentums, und das Christentum ward verfehlt."
Kirche und Staat, Altar und Thron gaben so ihren Bund bekannt. In Deutschland hat ihn niemand je wieder auflösen können - kein Napoleon, kein Demokrat 1918, kein Hitler, kein Honecker.
Schon auf dem Konzil von Arles im Jahre 314 belegte die Kirche jeden Deserteur des kaiserlichen Heeres mit dem Bann. Vorbei war's mit dem Pazifismus, mit der Verachtung der Dinge dieser Welt, mit der freiwilligen Armut der frühen Christen. Und 40 Jahre nach Konstantins Tod nannte die Kirche ein Zehntel vom Grund und Boden im römischen Westreich ihr eigen; im Mittelalter brachte sie es in Westeuropa sogar auf ein Drittel.
Die Kirche machte sich im Gegengeschäft nützlich und diente seither jedem Staat dazu, um "die Mühseligen und Beladenen bei der Stange zu halten", wie Ernst Bloch schreibt. Im Namen jenes Mannes, dem in den Mund gelegt wurde, sein Reich sei nicht von dieser Welt, errichtete die Kirche ihre durchaus weltliche Zwangsherrschaft.
Gegen Ende des vierten Jahrhunderts wurde in Trier der erste Ketzer hingerichtet, aus Verfolgten waren Verfolger geworden. "Die letzte Hexe wurde", wie der Philosoph Bloch notierte, "um 1770 in der Nähe Würzburgs verbrannt, und eine allerletzte wurde 1825 in St. Gallen vom Land der Eidgenossen dem Höllenfeuer nachgeliefert". Schon nach wenigen Jahrhunderten gab es weit mehr Opfer der Kirche als Märtyrer, die ihr Leben für sie geopfert hatten.
"Die Schrift lehrt nichts, was nicht mit der Vernunft in Einklang stünde", behauptet Walter Kasper, derzeit noch Bischof von Rottenburg-Stuttgart, demnächst im Vatikan tätig und vermutlich übers Jahr Kardinal, in seinem Jesus-Buch. Aber Millionen Unschuldiger sind verfolgt, bestraft und getötet worden, weil die Kirche den Einklang zwischen deren vernünftigem Denken und ihren eigenen Lehren bestritt, dem dogmatischen Verständnis der sogenannten Heiligen Schrift.
Erst der Bund mit Konstantin und der Verrat an den urchristlichen Lehren begründeten die geschichtliche Wirkung des Christentums. Eine religiöse Idee verwandelte sich in eine andere, fast gegenteilige. Erst mit der Konstantinischen Wende ging überdies die antijudaistische Saat auf, die in den Evangelien gesät worden war.
"Solange die Christen eine unterprivilegierte Randgruppe waren", so der amerikanische Exeget John Dominic Crossan in seinem vor kurzem erschienenen Buch "Wer tötete Jesus?", "schadeten ihre Passionserzählungen, welche die Juden als schuldig am Tode Jesu hinstellten, die Römer aber von jeder Schuld daran entlasteten, im Grunde niemandem. Doch als dann das Römische Reich christlich wurde, wurde die Fabel mörderisch."
Aber wie ist diese unerhört expansive, die Welt umgestaltende Kraft der christlichen Zivilisation zu erklären? Wohl vor allem aus der enormen Spannung zwischen polar entgegengesetzten Prinzipien: zwischen Übernatur und Realität, Heiligem und Profanem, Geistlichem und Weltlichem, Kirche und Staat; oder auch aus der Spannung zwischen Geschlechtsfeindlichkeit

und Sexualgier, zwischen Seele und Körper. Kultur bildet sich nach Sigmund Freud nur im ständigen Kampf zwischen Triebunterdrückung und Auflehnung dagegen.
Es war und ist das Geschäft der Religion, Gott und den Menschen gegeneinander auszuspielen. Niemand verstand und versteht es so wie die christlichen Kirchen, den Menschen mit Schuldgefühlen unter Spannung zu bringen. Ist der Druck auf einen kaum noch erträglichen Höhepunkt getrieben, konnten und können die Kirchen mit dem Gnadenmittel der Sündenvergebung zur Stelle sein. Vor allem die Kirche selbst fand so einen Weg, die christliche Lehre nicht zu befolgen und dennoch von den Folgen dieses Nichtbefolgens freigestellt, "erlöst" zu werden.
Sind nun diese Antriebskräfte, die eine Symbolfigur von der Größenordnung des Jesus Christus geschaffen haben, erschöpft, laufen sie jetzt leer? Was liegt brach, wenn keine mythische Phantasie einen mehr beflügelt, wenn Mythos, Magie und alles Heilige total aus dem Leben verschwinden; wenn es keine "letzten", keine absoluten sittlichen Werte mehr gibt?
Das Verlangen des Menschen, sich selbst und in seinem Dasein einen Sinn zu finden, ist ja geblieben. Es gibt ein Bedürfnis, das man nicht vorschnell "religiös" nennen sollte, das aber nach Sinn, Gerechtigkeit und Wahrheit, nach einem erfüllten Leben verlangt. Die moderne Theologie versucht zwar, dieses Bedürfnis zu befriedigen, aber es gelingt ihr nicht, sowenig wie es der sterilen Rückwärts-Theologie des Papstes und der anderen Bewahrer des Vergangenen gelingt.
In immer neuen Anläufen und mit immer neuen Abwandlungen verficht beispielsweise die Hamburger Theologin Dorothee Sölle über Jahrzehnte den Gedanken, Jesus sei der Stellvertreter des abwesenden oder toten Gottes. Weder sie noch ihre Mitstreiter bemühen sich, diese Stellvertreter-Figur von dem antiken Jesus von Nazaret abzuleiten. Sie nehmen ganz bewußt das von Paulus entdeckte Vorrecht in Anspruch, eine abstrakte Figur nach den Bedürfnissen der Menschen zu entwerfen. Der einstige Jesus/Jeschua bleibt wiederum unwichtig.
Natürlich ist es nur ein Gag, wenn Theologen Gott für tot erklären. Damit ist immer der alte Gott gemeint. Sie kneten sich ihren Christus zurecht und basteln sich ihren Gott, wie er nach ihrer Meinung beschaffen sein muß, damit er noch irgendwie in die heutige Welt paßt und damit sie ihn, wie lädiert auch immer, ins dritte Jahrtausend hinüberretten können. Jede, nicht nur die christliche, Theologie sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß Religion, wie sie von Kirchentreuen und -untreuen verstanden wird, keine Zukunft mehr hat - mit welchem Gott auch immer.
Es wird zum Beispiel darüber gestritten, ob Gott nun Mann oder Frau, ob er Mann und Frau oder ob er weder Mann noch Frau ist. Irgendein Sinn läßt sich in diesen Auseinandersetzungen nicht finden. Die Nöte in dieser Welt betrachtend, wird gesagt, man könne Gott nur noch eine von zwei Eigenschaften zuerkennen: entweder Allmacht oder Güte. Denn besäße er beide, würde er soviel Leid nicht dulden.
"Abschied vom allmächtigen Gott" war denn auch 1995 der Titel eines der Bücher, in denen diese Erkenntnis ausgebreitet wurde.
Es gibt keinen Gott, den wir erkennen oder über den wir reden könnten, auch keinen allmächtigen. Daß ein Gott vor 2.000 Jahren ein für allemal gehandelt hat, ist Mythos und Magie aus den Kindertagen der Menschheit.
Die Frage, ob man Jesus braucht, um an Christus glauben zu können, ist heute unter Fachleuten wieder aktuell geworden, sie ist "in". Die naheliegende Frage aber, ob er denn wirklich gelebt hat, ist "out". In keinem der einschlägigen zwei Dutzend Jesus-Bücher, die derzeit auf dem deutschen Markt sind, ist sie dem Autor mehr wert als einen Satz, oft nicht einmal den.
Aber es muß nicht unbedingt ein "Narr" sein, wie der Philosoph Paul Deussen 1913 kühn behauptete, wer an der Geschichtlichkeit der Person Jesu zweifelt. Solche "Narren" waren immerhin Napoleon und Friedrich der Große. Auch beim jungen Goethe finden sich Sätze star-

ken Zweifels. Der erste Theologe, der Jesus aus der Geschichte strich, war Bruno Bauer (1809 bis 1882), der daraufhin seine Lehrbefugnis verlor und einen Gemüseladen eröffnete.
Immerhin neun Prozent der erwachsenen Deutschen, gleich sechs Millionen Leute also, nehmen an, daß Jesus nie gelebt hat, so eine Umfrage in diesem Jahr (siehe Seite 222). Alles Narren?
Vieles spricht dagegen, daß es Jesus gegeben hat. Der ganze Jesus kann eine aus mehreren Figuren und Strömungen synthetisch geformte Erscheinung sein, von phantasievollen, hellenistisch gebildeten Juden bewußt oder unbewußt als eine personifizierte Heilserwartung des jüdischen Volkes erfunden. Die meisten seiner Züge, die in den Evangelien beschrieben werden, sind überindividueller Natur und auch vor ihm schon nachweisbar; die ihm zugedachten Eigenschaften entsprachen offenbar intensiven Bedürfnissen seiner Zeit- und Nachzeitgenossen.
Manches spricht aber auch dafür, daß es ihn wirklich gegeben hat. Es ist zum Beispiel schwer vorstellbar, daß die Evangelien ganz ohne personalen Anlaß hätten entstehen können, ohne Inspiration durch den gewaltsamen Tod eines Menschen. So kann wohl doch ein personaler Kern angenommen werden, sonst wäre die ungeheure Motorik der frühchristlichen Bewegung kaum verständlich, obwohl die nun allerdings ohne Paulus nicht zu denken ist. Es kann also durchaus einen Mann gegeben haben, den etliche seiner Mitjuden - einfache Leute wohl - mit Fähigkeiten ausgestattet glaubten, über die sie selbst nicht verfügten, dem sie einen Wechsel der Verhältnisse zutrauten.
Interessanteres als das Entstehen der christlichen Religion läßt sich in der Geistesgeschichte schwerlich finden. Der Prozeß, wie sich eine Religion aus einer anderen entwickelt und dann fast in ihr Gegenteil verkehrt, läßt sich wie in einem Fixierbad Schicht um Schicht sichtbar machen. Ob in der christlichen Religion am Anfang Jesus stand oder nicht, ist dabei nur einer von vielen Aspekten, wenn auch einer der wichtigsten. Es gilt aber zu verhindern, und dies aktuell im kommenden Christus-Jahr, daß die Frühgeschichte des Christentums geklittert, um nicht zu sagen verfälscht wird.
Würde man die frommen Gedanken des Papstes zum "Großen Jubeljahr", wie er es selbst bezeichnet, wiedergeben, so könnte man mit seinen eigenen Worten, die schon Hunderte Seiten füllen, allerhand Spott treiben. Leseprobe: "Nur mit Christus" gebe es "eine gerechtere und brüderliche Gesellschaft"; oder: Die "Solidarität unter den arbeitenden Menschen" habe "ihren Grund in der christlichen Botschaft"; und: "Die ganze menschliche Geschichte ist ein einziges großes Suchen nach Jesus."
Menschheit, Welt und Kosmos, drunter tut es Johannes Paul II. nicht, wenn er die Bedeutung Jesu preist. Anhand solcher Texte zu erörtern, ob und gegebenenfalls wie dieser Jesus die Weltgeschichte beeinflußt hat, dazu fehlt ihnen die Substanz.
Und doch hakt man an dem einen oder anderen Papstwort fest: Welch Geist steckt beispielsweise hinter dem Spruch, Christus sei "die Erfüllung der Sehnsucht aller Religionen der Welt"? Ob die Buddhisten oder die Muslime das wohl wissen? Glaubt es irgend jemand außer dem Papst, kann er es selbst überhaupt glauben?
Schwierig wird es, wenn man sich dem Papst als Religionshistoriker und als Exegeten zuwendet:
"Flüchtige, wenn auch bedeutsame Andeutungen" und "Hinweise auf Christus" gebe es in der "nichtchristlichen Geschichtsschreibung", behauptet er in einem seiner Rundbriefe. Aber er informiert nicht, er desinformiert: Den Juden Flavius Josephus (37/38 bis circa 100) nennt er, allerdings ohne ihn zu zitieren - aus gutem Grund.
Denn ein längerer Passus bei Josephus, das "Testimonium Flavianum", wurde früher für bedeutsam gehalten, weil dieser jüdische Historiker angeblich lobende Worte für "Christus" fand. Aber es gilt schon seit etlichen Jahrzehnten nach Meinung fast aller Experten als christ-

liche Fälschung. Allenfalls erwähnt Josephus den "Christus" an dieser und an einer anderen Stelle so beiläufig und wertfrei wie Johannes den Täufer.
Die Römer Tacitus, Sueton und Plinius den Jüngeren hingegen nennt der Papst in seinem Rundbrief nicht nur, sondern er zitiert sie auch. Aber sie gaben in der Zeit von 105 bis 122 nur wieder, was damals - etwa 75 bis 90 Jahre nach dem Tode Jesu - Christen über ihren Herrn erzählten.
Ehrlicher als der Papst ist da der katholische Bielefelder Theologe Willibald Bösen: "Die große Weltgeschichte nimmt von Jesus kaum Notiz", und "kaum" dürfte auch noch übertrieben sein. Sie nahm ihn nämlich gar nicht wahr.
Die Evangelien, so liest man nun wieder beim Papst, seien zwar "Glaubensdokumente", aber "auch als historische Zeugnisse nicht weniger zuverlässig". So einen kryptischen Satz würden deutsche Exegeten nicht einmal ihren Studenten durchgehen lassen. "Daß es sich bei den Evangelien um Lebensbeschreibungen Jesu handelt" und "das Adjektivum biographisch" mit Recht auf sie angewendet" werde, verbreitet weltweit mit einer "Handreichung" die für das "Heilige Jahr" zuständige Vatikan-Kommission.
Da sind die Hof-Theologen des Papstes um 90 bis 100 Jahre zurück. Daß die Evangelisten keine Biographen sind, hat schon 1906 Albert Schweitzer in seiner "Geschichte der Leben-Jesu-Forschung" ein für allemal festgestellt. Die Exegeten ziehen daraus seit Jahrzehnten die Konsequenz, so kann man im Jesus-Buch des katholischen Neutestamentlers Herbert Leroy (Augsburg) lesen: "Heute wird auf den aussichtslosen und unsachgemäßen Versuch verzichtet, eine Biographie Jesu zu schreiben."
Wenn es um Details geht, läßt sich vielleicht streiten, ob der Papst und seine engsten Berater jeweils 20, 100 oder 200 Jahre hinter der Zeit zurückgeblieben sind. Darin unterscheiden sich ihre Texte nicht vom 1993 erschienenen "Weltkatechismus", den eine Kommission unter Kardinal Joseph Ratzinger erarbeitete - offenbar spürbar vom Heiligen Geist erleuchtet (Kardinal Ratzinger: "Wir glaubten oft förmlich die höhere Hand zu spüren, die uns führte") - und den Johannes Paul II. eine "sichere Norm für die Lehre des Glaubens" nennt.
Jesus Christus sei der "Herr über den Tod", steht im "Weltkatechismus", und der Papst erklärt, was das heißt: "Dreimal gab er Toten das Leben zurück." Dazu Exeget Leroy: "Daß es sich nicht um historisch verifizierbare Ereignisse handelt, ist unbestreitbar."
Sogar als Herr über sein eigenes Leben und seinen eigenen Tod stellt sich laut Johannes-Evangelium Jesus selbst vor:
"Darum liebt mich mein Vater, weil ich mein Leben lasse, daß ich's wiedernehme. Niemand nimmt es von mir, sondern ich selber lasse es. Ich habe Macht, es zu lassen, und habe Macht, es wiederzunehmen."
Aber daß es Jesus ist, der hier spricht, glauben nur noch stockkonservative Exegeten. Für ziemlich alle anderen ist es der Evangelist Johannes, der Jesus diesen Satz in den Mund legt - wie alle anderen Jesus-Worte, die in seinem Evangelium stehen. Kein einziges stammt wirklich von Jesus.
Jesus Christus sei auch der "Herr über die Natur", heißt es im "Weltkatechismus" weiter, er stillt also Stürme, macht bei der Hochzeit zu Kana aus Wasser Wein - eine "Tatsache" nennt dies der Papst -, braucht nur fünf Brote für 5.000 Leute oder schafft dem Petrus "eine große Menge Fische" ins Netz. Dazu Bischof Kasper in seinem Jesus-Buch: "Sogenannte Naturwunder braucht man mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht als historisch anzusehen."
Mit dem Wojtyla-Papst als Bibelforscher ist keine ernsthafte Auseinandersetzung möglich. Als Exeget ist Johannes Paul II. so isoliert wie als Moralist. Für ihn stammen noch immer alle Menschen vom Urvater Adam ab, und sogar von der Himmelfahrt spricht er als einem "Ereignis", läßt aber offen, wie er es sich vorstellt.

Daß niemand weiß, wann Jesus geboren ist, deutet der Papst nur an: "Man sieht von einer zeitlich exakten Berechnung ab." Sicher ist lediglich, daß der 2.000. Jahrestag der Geburt im falschen Jahr gefeiert wird. Ein Jahr null hat es nicht gegeben, und im Jahre eins ist Jesus nicht geboren, wie im sechsten Jahrhundert der Mönch Dionysius Exiguus annahm, als er den Kalender umstellte, wobei er sich auch noch verrechnete.
Auf die vagen Angaben in den Evangelien ist kein Verlaß. Jesus muß nicht "zur Zeit des Königs Herodes" geboren sein, weil es bei Matthäus so steht, und auch nicht "zu der Zeit, als ein Gebot vom Kaiser Augustus ausging, daß alle Welt sich schätzen ließe", weil es bei Lukas so steht.
Herodes regierte von 37 bis 4 vor Christus. Eine "Schätzung", also eine reichsweite Steuererhebung, gab es erst 74/75 nach Christus. "Wahrscheinlich übertrug der Evangelist diese Erfahrung auf einen lokalen Zensus", so Gerd Theißen und Annette Merz in ihrem Lehrbuch "Der historische Jesus".
Und war Jesus wohl 30 Jahre alt, als er anfing, durch Galiläa zu ziehen? Das steht so im Lukas-Evangelium; wahrscheinlich aber nur deshalb, weil laut Altem Testament David mit 30 Jahren König wurde und man den angeblichen David-Nachfahren Jesus im selben Alter als Messias auftreten lassen wollte.
Daß Jesus nur ein Jahr umherzog, legen die drei älteren, die sogenannten synoptischen Evangelien Markus, Matthäus und Lukas nahe, mindestens zwei Jahre läßt das Johannes-Evangelium vermuten.
Auch das Todesjahr ist ungewiß. Gestorben ist Jesus spätestens 36 nach Christus, denn da endet die zehnjährige Amtszeit des römischen Prokurators Pontius Pilatus. Die Mehrheit der Exegeten hat sich für das Jahr 30 nach Christus entschieden, ohne daß für dieses Jahr wesentlich triftigere Gründe sprechen als für einige andere. Angemessener wäre es, die Amtszeit des Pilatus als den Zeitraum zu nennen, in dem Jesus irgendwann gestorben sein könnte.
"Als im wesentlichen unhistorische, rein theologische Darstellungen" betrachten die meisten deutschen Theologen - mittlerweile auch die katholischen - die Geburtsgeschichten, bedauert der konservative Neutestamentler Rainer Riesner. Denn historisch sind weder die Stammbäume, die Jesus als Nachfahren des Königs David ausweisen sollen, noch wurde er von einer Jungfrau geboren.
Weder war Bethlehem der Geburtsort, noch gab es einen Stern von Bethlehem. Weder gab es den Kindermord des Herodes noch die Flucht nach Ägypten; und der superkluge Zwölfjährige ist auch nicht im Tempel aufgetreten. Nur die Beschneidung, ein nicht gerade häufiges Motiv der sonst so fleißigen Jesus-Maler, dürfte wirklich erfolgt sein - nicht weil sie von Lukas erwähnt wird, sondern weil sie damals bei keinem jüdischen Knaben unterblieb.
Daß Jesus in Bethlehem geboren wurde, nehmen wie Johannes Paul II. auch 77 Prozent der Bundesbürger an. Es ist, soweit wir sehen, einer der wenigen Punkte, bei dem die meisten Deutschen mit diesem hinterwäldlerischen Papst übereinstimmen. Dabei ist für fast alle evangelischen Theologen schon seit vielen Jahrzehnten, für die meisten katholischen seit etwa 15 bis 20 Jahren klar, daß Nazaret die Geburtsstadt Jesu ist.
Der Papst glaubt an Bethlehem, weil es bei Matthäus und Lukas so steht, die Deutschen wissen es nicht besser. In ihren Kirchen haben sie es nie anders gehört, in vielen Büchern nicht anders gelesen. Denn noch immer gilt, was der Göttinger Neutestamentler Hans Conzelmann 1959 schrieb: "Die Kirche lebt praktisch davon, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Leben-Jesu-Forschung in ihr nicht publik sind."
Dabei ist Bethlehem nur bei Matthäus und Lukas als Geburtsort genannt, die beiden anderen Evangelisten gehen offenkundig von Nazaret aus. Und daß zwei Evangelisten Bethlehem nennen, hat keinen historischen, sondern einen theologischen Grund: Es ist die Stadt Davids. Im

Alten Testament verheißt der Prophet Micha der Stadt Bethlehem: "Die du klein bist unter den Städten in Juda, aus dir soll der kommen, der in Israel Herr sei."
Über den Stern von Bethlehem ist eine Menge geschrieben worden, obwohl es, wie der Kieler Neutestamentler Jürgen Becker in seinem Jesus-Buch schreibt, "keinen Stern gibt, der im Osten aufgeht, von Norden nach Süden, konkret: von Jerusalem nach Bethlehem, sich menschlichem Tempo anpassend, einen Weg zeigt, um dann über einem Haus stillzustehen". Gelegentlich wird diese Stern-Legende auf eine Planetenkonstellation im Jahre 7 vor Christus zurückgeführt, wie sie sich nur alle 800 Jahre ereignet.
An der Greuelstory vom Kindermord des Herodes ("alle, die zweijährig und darunter waren, in Bethlehem und in der ganzen Gegend") ist auch kein wahres Wort. Aber der Kölner Kardinal Joachim Meisner hält an dem Nicht-Ereignis fest, nutzt es sogar für die Agitation gegen die Abtreibung. Im Januar dieses Jahres predigte Meisner im Kölner Dom: "Zuerst Herodes, der die Kinder von Bethlehem umbringen ließ, heute unsere Gesellschaft, in der jährlich circa 300 000 unschuldige ungeborene Kinder getötet werden."
Und alljährlich begeht die katholische Kirche am 28. Dezember das "Fest der Unschuldigen Kinder". In einem 1982 erschienenen "Lexikon der Namen und Heiligen" werden diese Kinder als "Erstlingsmärtyrer" gefeiert und gleich noch durchgezählt: "vielleicht gegen 20".
Die ganze Legende vom Kindermord und von der Rettung Jesu wurde und wird vermutlich nur erzählt, weil im Alten Testament Mose, der jüdische Religionsstifter, als Kind wundersam gerettet wird und weil Jesus zum christlichen Religionsstifter und zum zweiten Mose stilisiert werden sollte.
Damit stoßen wir auf die Quelle, aus der viele Berichte in den Evangelien stammen, die deshalb nicht historisch sein können. "Nach Ansicht der Christen", schildert der amerikanische Exeget E. P. Sanders in seinem 1996 auf deutsch erschienenen Jesus-Buch das Verfahren der Urchristen, Elemente aus dem Alten Testament herauszulösen, "hatten die jüdischen Propheten von Jesus geredet, der gekommen war, die prophetischen Verheißungen zu erfüllen. Die Christen konnten deshalb die Propheten lesen und dort Dinge finden, die Jesus getan haben mußte."
"Ein Possenspiel" nannte Friedrich Nietzsche diesen Versuch, "das Alte Testament den Juden unter dem Leibe wegzuziehen mit der Behauptung, es enthalte nichts als christliche Lehren". Und Nietzsche fragte: "Hat dies jemals jemand geglaubt, der es behauptete?"
Die Schriftauslegung ging "natürlich nicht ohne Gewaltsamkeiten gegenüber dem Text vor sich", schreibt der Mainzer Neutestamentler Ludger Schenke: "Man war überzeugt, daß der Text vom Christus sprach, auch wenn der Wortsinn dem nicht entsprach."
Anders klingt es, wenn der Exeget auf dem Stuhl Petri sich hierzu äußert. Das Alte Testament hat dann seinen Wert nur oder fast nur als eine Art Christus-Prolog. Johannes Paul II.: "Der Heilsplan des Alten Testaments ist im wesentlichen darauf ausgerichtet, das Kommen Christi, des Erlösers des Heils, und seines messianischen Reiches vorzubereiten und anzukündigen."
Wie will man sich mit den Juden verständigen, wenn man ihre hebräische Bibel, die nur von den Christen "Altes Testament" genannt wird, derart zweckentfremdet und vereinnahmt?
Das Alte Testament ist die wichtigste, aber nicht die einzige Quelle für die Geburtsgeschichte. Die Vorstellung, Jesus sei als Gottes Sohn durch wunderbare Zeugung zur Welt gekommen, ist für Juden absurd. "Sie stammt aus dem Polytheismus und ist im Alten Orient und im Hellenismus weit verbreitet", so der "Grundriß der Theologie des Neuen Testaments" von Hans Conzelmann und Andreas Lindemann. Da gab es beispielsweise den Glauben, daß die ägyptischen Pharaonen, der makedonische König Alexander der Große, der römische Kaiser Augustus und die griechischen Philosophen Pythagoras und Plato von Gott gezeugt seien.
Mangels jedweden Hinweises in den Evangelien wird auch über andere Dinge gerätselt:

Sechs Kilometer von Nazaret, in Sephoris, gab es zum Beispiel ein griechisches Theater. Hat Jesus es je besucht? Sprach er also neben Aramäisch, seiner Muttersprache, auch Griechisch und/oder Hebräisch, wie damals die gebildeten Juden in Palästina?
Und wie sah Jesus überhaupt aus? Kein Wort steht darüber im Neuen Testament. Die ersten Kirchenväter bezogen eine Passage über einen leidenden Gottesknecht im Alten Testament auf ihn und übernahmen auch die Beschreibung, daß "seine Gestalt häßlicher war als die anderer Leute". Aber lange mochte man dabei nicht bleiben. Schon vom dritten Jahrhundert an war Christus nur noch schön.
Eine andere Frage: War Jesus verheiratet? Seine Ehefrau könnte, wenn wir uns an die Bibel halten, nur Maria Magdalena gewesen sein. Auf keine andere Spur setzen uns die Evangelien, wenn überhaupt auf eine. Darüber ist sehr viel geschrieben und spekuliert worden; es gibt alle Varianten der Zuordnung, vom Groupie im Musical "Jesus Christ Superstar" bis zur verlassenen Ehefrau. Maria Magdalena scheint eine treue Gefolgsfrau gewesen zu sein, ob sie mehr war oder sein wollte, wissen wir nicht. Wir hätten auch nichts davon, selbst wenn wir es wüßten.
Wie lebte Jesus? "Ohne festen Wohnsitz, ohne geregelten Broterwerb und ohne familiäre Bindung", schreibt der Kieler Exeget Becker. Mit seinen Jüngern bildete
er "eine Gruppe mit sozial abweichendem Verhalten", meint der Heidelberger Gerd Theißen. Christoph Burchard, ein anderer Neutestamentler, nimmt an, daß sich die Gruppe "durch Einladungen und Spenden unterhalten" habe; "daß sie gebettelt haben, ist nicht überliefert". Folgt man dem Evangelisten Lukas, ließ Jesus sich von vermögenden Frauen aushalten: "... und viele andere dienten ihm mit ihrer Habe".
Zum kargen Leben des "Herrn" will nicht so recht passen, daß Jesus angeblich als "Fresser und Weinsäufer" galt; seine Gegner sollen ihn so beschimpft haben. Heute ist das ein Lieblingszitat der Theologen, weil sie ihn damit volksnäher - nicht als Exorzisten und Wundertäter - präsentieren können.
Kann entwirrt werden, was die Anhänger des gestorbenen und nach ihrer Ansicht auferweckten oder auferstandenen Jesus sich zurechtgeglaubt haben, entwirrt werden von dem, was er war und von sich selber hielt? Genau das scheint unmöglich.
Wenn dieser Jesus nicht nur ein Mixtum compositum vieler Wünsche und Sehnsüchte seiner Zeit oder ein mehr zufällig Hingerichteter, wenn er also eine historische Figur war, dann müßte er ein ungestümer, von wilden Gedanken ergriffener Mensch gewesen sein. Einer, der sich über die ihm gesetzten Lebensregeln ärgerte; ein Provokateur, der sich einbildete, an ihm und an niemandem sonst entscheide sich die Herabkunft des Gottesreiches. Er müßte ein Mensch gewesen sein, der den Himmel auf die Erde ziehen wollte, der sich als Werkzeug eines höheren Willens verstand.
Dieser Jesus, über dessen Alter wir ja im Ernst nichts wissen, konnte nicht alt werden, soviel läßt sich nachfühlen.
Vorstellbar ist wohl, daß ein solcher Mann aus Nazaret wider die Reichen wetterte und sie zugleich bemitleidete, weil sie den anderen ins künftige Paradies nicht folgen konnten - sie hatten zuviel an den Füßen. Der Dichter Heinrich Heine nannte Jesus wegen dessen Einstellung zu den Reichen einen "göttlichen Kommunisten".
Die Liste, was Jesus vielleicht oder wahrscheinlich getan hat, ist kurz; die Liste, was er sicher nicht oder ziemlich sicher nicht getan hat, ist lang:
Er hat nicht getauft und kein Abendmahl gestiftet, er hat weder seinen Tod noch seine Auferstehung vorausgesagt. Weder hat er selbst Sünden vergeben, noch hat er eine Vollmacht erteilt, dies zu tun. Paulus jedenfalls weiß von dieser mächtigsten Waffe der jungen christlichen Kirche noch nichts.

Und Jesus hat seinen Jüngern auch nicht das Kommen und den Beistand des Heiligen Geistes versprochen. Er wußte von ihm nichts und auch nicht, daß er selbst und dieser Geist zu Bestandteilen einer Dreiergottheit erklärt würden.
Jubel und Trubel des "Heiligen Jahres" gelten also dem Christus des Glaubens - einem in den vier Evangelien dargestellten Unikum, das es so nicht gab: halb Mensch, halb Gott.
Mit diesem Jesus Christus des Glaubens hat der Mensch Jesus nur den Namen gemeinsam, über ihn weiß man so gut wie nichts. Trotzdem behauptet der katholische Neutestamentler und Jesus-Buch-Autor Joachim Gnilka (München), das Vertrauen der Forschung in die Zuverlässigkeit der Jesus-Überlieferungen sei gewachsen, und wie Gnilka denken auch andere Exegeten. Das muß Wunschdenken sein. Selbst wenn es keine 2.000-Jahr-Feiern gäbe, lohnte allein diese Behauptung, geprüft zu werden, denn sie stimmt nicht, wie immer man sie dreht und wendet.
Doch wieviel oder wie wenig man über den historischen Jesus weiß - der evangelische Theologe Heinz Zahrnt jedenfalls
braucht ihn nicht, um Christ zu sein. Das bliebe er auch, wenn man "den Nachweis brächte, daß Jesus von Nazaret nicht gelebt hätte". Und auch Paul Tillich, der wie Rudolf Bultmann, Karl Barth und Karl Rahner zu den großen Theologen dieses Jahrhunderts gezählt wird, scheint an Jesus nicht zu hängen: "Wenn er es nicht war, dann war es eben ein anderer."
Sogar zum "Verzicht auf Jesus" fordert der Berliner Theologe Walter Schmithals auf und steigert sich zu dem Satz: "Mag die Frage nach dem historischen Jesus auch historisch möglich und erlaubt sein, so ist sie theologisch doch verboten."
Wieso verboten? Das soll wohl heißen: Was immer über den Jesus erforscht wird, es ist für den Christus ohne Bedeutung.
Einen erstaunlichen Satz veröffentlichte auch Andreas Lindemann, Professor an der Kirchlichen Hochschule in Bethel: "Ob sich die Verkündigung und Theologie des Neuen Testaments in 'Anknüpfung' oder im 'Widerspruch' zu Jesus entwickelte, ist zwar historisch interessant, aber theologisch letztlich ohne Bedeutung." Grenzt das nicht an Schizophrenie, wenn der Historiker Lindemann, der er als kritischer Exeget ist, Widersprüche zwischen Jesus und Christus feststellt, der Theologe Lindemann sie aber für belanglos erklärt?
Was die Titel Jesu angeht, die in den Evangelien erwähnt werden, so gibt es nur einen einzigen, den nach Meinung der meisten Exegeten Jesus tatsächlich gebraucht haben soll: den mehrdeutigen Titel "Menschensohn". Im übrigen aber gilt als Ausweis moderner Gesinnung, mit traumwandlerischer Sicherheit zu behaupten, Jesus habe sich weder für den Messias - also den "Christus" - gehalten noch für den Sohn Gottes, noch für einen Nachkommen des Königs David.
Daß Jesus keinen dieser ihm später beigelegten Hoheitstitel selbst gebraucht hat, "ist ziemlich übereinstimmende Meinung der protestantischen und katholischen Bibeltheologen". So steht es im Jesus-Buch des katholischen Exegeten Herbert Leroy (Augsburg).
Doch woher rührt diese divinatorische Gewißheit? Wir wissen doch gar nicht, für was Jesus sich gehalten hat, wir können und werden es auch nicht wissen.
Der "Weltkatechismus" macht es sich wie immer leicht und verlangt kategorisch: "Um Christ zu sein, muß man glauben, daß Jesus Christus der Sohn Gottes ist."
Bischof Kasper löst den Widerspruch mit dem denkwürdigen Doppelsatz auf: "Nach den synoptischen Evangelien bezeichnet sich Jesus selbst nie als Sohn Gottes. Damit ist die Gottessohnaussage eindeutig als Glaubensbekenntnis der Kirche ausgewiesen."
Also: Was Jesus nicht gesagt hat, sagt die Kirche. Es ist mithin gleichgültig, was Jesus gesagt und was er nicht gesagt hat.

Kasper hat noch eine andere Sorge: "Hätte die Deutung des Todes Jesu als sühnende Hingabe an Gott und für die Menschen keinerlei Anhalt im Leben und Sterben Jesu selbst, dann rückte das Zentrum des christlichen Lebens in gefährliche Nähe von Mythologie und Ideologie."
Für eine wachsende Zahl von Exegeten steht fest, daß der Jude Jesus nicht im Traum und nicht am Kreuz daran gedacht hat und nicht daran gedacht haben kann, für die Menschheit zu sterben, mit seinem Tod alle zu erlösen, die an ihn glauben.
Es würde zu weit führen, näher darauf einzugehen, welchen Sinn Jesus in seinem
Tod gesehen haben mag, denn wie man es dreht und wendet, jeder Gedanke darüber zerbröselt: warum Jesus nach Jerusalem ging, was er dort wollte, wie er dort auftrat, was ihm vor und bei der Kreuzigung widerfuhr - wir wissen es nicht.
"Von keiner jüdischen Gruppe und von keiner römischen Behörde gibt es dazu ein Sterbenswörtchen", bestätigt Exeget Becker. Es gibt nur die Berichte in den Evangelien, und deren Überlieferung sei zwar ausführlich, aber literarisch stilisiert und theologisch überformt, so der Neutestamentler Burchard.
Fast alles, was an Konkretem in den Passionsberichten der Evangelisten vorliegt, scheint aus den Weissagungen und Psalmen des Alten Testaments herausgesponnen zu sein. Ob Jesus beigesetzt, also bestattet, oder ob er verscharrt wurde mit anderen zusammen, oder ob die Römer die Juden daran hinderten, ihn vom Kreuz zu nehmen und ihn "den wilden Tieren als Nahrung ließen", wie der schriftstellernde Bischof Eusebius (circa 260 bis 339) das schreckliche Ende von Hingerichteten beschrieb - auch das weiß man nicht. Gleiches gilt für nahezu jedes Detail der Passionsgeschichte in den Evangelien.
Seit 2.000 Jahren müssen es die Theologen für einen Irrtum erklären, daß Jesus als "König der Juden" angeklagt und hingerichtet wurde. Ob es einen Prozeß oder nur ein Verhör vor einer jüdischen Instanz oder weder das eine noch das andere gegeben hat - mit Recht ist dies alles strittig, weil es nicht zu klären ist.
"Mag er beiläufig hingerichtet worden sein; das ist das Wahrscheinlichste", meinte 1965 der Marburger Neutestamentler Ernst Fuchs. Kein anderer Exeget hat Fuchs seither beigepflichtet; auch die kritischsten halten daran fest, daß Pilatus gegen Jesus tätig wurde und seinen Tod beschloß, wenn auch vielleicht nicht in einem regulären Prozeß, und sicher anders, als es in den Evangelien steht. Jesus vor seinem Richter Pilatus - eine der großen Szenen der Weltliteratur im Johannes-Evangelium, aber eben nicht der Weltgeschichte.
Doch das eine - eine beiläufige Hinrichtung - und das andere - Pilatus entschied Jesu Tod am Kreuz - schließen sich nicht aus. Der Delinquent Jesus braucht dem Statthalter gar nicht vorgeführt worden zu sein; Jesus braucht nicht einmal Delinquent gewesen zu sein.
Es ist gut möglich, daß Pilatus, der als römischer Prokurator die üblichen Unruhen fürchtete, ein Exempel statuiert hat, indem er vor den Toren der Stadt einige Juden zur Abschreckung kreuzigen ließ, nachdem Jerusalem sich mit Passah-Pilgern zu füllen begann. Juden am Kreuz könnten als Vorsorge effektiver gewesen sein als Soldaten in der Stadt.
Doch wenn Pilatus einige jüdische Männer ans Kreuz hängen ließ, dann war es für ihn und seinen Zweck ziemlich belanglos, ob seine Soldaten wahllos oder gezielt zugriffen.
Was bleibt nun nach 2.000 Jahren von der Botschaft des Jesus oder des Christus?
Das "Reich Gottes" steht nach einhelliger Meinung der Theologen im Zentrum. Bischof Kasper spricht vom "Grundmotiv". Um so erstaunlicher ist es, daß nur in den drei älteren Evangelien von diesem "Reich Gottes", der "Königsherrschaft", dem "Himmelreich" häufig die Rede ist, vorher bei Paulus kaum, später im letzten, dem Johannes-Evangelium, nur ein einziges Mal.
Die Evangelien könnte man gleich wegwerfen, wenn man nicht für möglich hielte, daß Jesus das Hereinbrechen des Gottesreiches verkündet hat. Aber schon wer liest, was in den synoptischen Evangelien über das "Reich Gottes" steht, wird verwirrt angesichts der diffusen und

widersprüchlichen Sätze. Noch schlimmer wird es, wenn Jesus-Buch-Autoren uns darüber aufklären wollen, was jeweils gemeint ist.
Der Papst, als Exeget einsame Spitze, spricht vom "Reich Gottes" so, wie es ihm gerade paßt. Mal ist es "vor allem eine Person" - natürlich Jesus Christus -, mal wächst es "Tag für Tag in den Herzen der Glaubenden".
Jesus wollte das "Reich Gottes", gekommen ist die Kirche; mit diesem oft zitierten Wort beschrieb der französische Freigeist Alfred Loisy (1857 bis 1940) einen unauflöslichen Widerspruch.
Woher bezieht die Kirche ihre Autorität, wenn Jesus sie nicht gründen wollte, ja, ihm allein der Gedanke an eine Kirche fremd sein mußte? Wider alle Logik, überdies gegen den Sinn und den Wortlaut aller einschlägigen Stellen in den Evangelien brachte das Zweite Vatikanische Konzil im Jahre 1964 zusammen, was sich ausschließt: "Der Herr Jesus machte den Anfang seiner Kirche, indem er die Frohe Botschaft verkündete, nämlich die Ankunft des Reiches Gottes."
Ein großes Stück Literatur ist sicherlich die Bergpredigt im Matthäus-Evangelium. Aber fast alle Exegeten sind sich darüber einig, daß Jesus sie nie gehalten hat. Sie ist "eine vom Evangelisten Matthäus gestaltete Komposition", so der Berner Neutestamentler Ulrich Luz in seinem Matthäus-Kommentar, dem mit Abstand besten, den es derzeit gibt. Bei Lukas findet man eine "Feldrede", sie ist kürzer, und einiges liest sich anders.
Einige Passagen stimmen in der "Bergpredigt" und in der "Feldrede" in etwa überein. Aber während die meisten Exegeten meinen, hier "echte Jesusworte" entdecken zu können, muß auch bei diesen Texten bezweifelt werden, daß sie wirklich von Jesus stammen - schon weil Markus, der das älteste Evangelium schrieb, und Paulus, dessen Briefe älter sind als alle Evangelien, nichts von der Bergpredigt, der Feldrede und all ihren Teilen wußten.
Neben vielen Sprüchen, die gern zitiert werden, obwohl viele ihren Ursprung nicht kennen - beispielsweise, daß man nicht zwei Herren und auch nicht Gott und dem Mammon dienen kann, oder daß man Perlen nicht vor die Säue werfen soll -, steht auch mancher Unsinn in der Bergpredigt, wie der Rat, was zu tun sei, wenn einen die rechte Hand ärgert: "Hau sie ab, und wirf sie von dir."
Doch selbst wenn die Texte überwiegend Original-Ton Jesu wären, so wären sie größtenteils nicht originär. Am deutlichsten bezieht der Saarbrücker Theologe Karl-Heinz Ohlig Stellung: "Kein Thema der Predigt Jesu ist schlechthin singulär: Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Sünderliebe Gottes, all diese Motive finden sich schon im Alten Testament und der Sache nach zum Teil auch in außerchristlichen Religionen." Und: "Was es an Humanem bei Jesus und im Christentum gibt, findet sich auch sonstwo in der Welt."
Die Bergpredigt ist von der Kirche stets mißbraucht worden. Denn wer immer deren Autoren sind, ob Jesus und/oder Matthäus und/oder andere Urchristen, sie ist kein "Normenkatalog". Sie würde "mißverstanden, wäre sie damals oder würde sie heute in direkter Weise verwendet, um Jesu Normenverständnis für alle möglichen einzelnen Handlungsfelder daran abzulesen", so Theologe Becker.
Eben deshalb ist die Bergpredigt nicht, wie es im "Weltkatechismus" steht, "die Magna Charta der Moral des Evangeliums", und eben deshalb ist Jesus nicht, wie Johannes Paul II. erklärt, "der Lehrer für das moralische Handeln der ganzen Menschheit".
Die Kirche hat kein Recht, unter Berufung auf Jesus Christus zu behaupten, ihr komme es zu, wie sie es in ihr Gesetzbuch, den Codex iuris canonici (Buch III, Canon 747, Paragraph 2), schrieb: "immer und überall die sittlichen Grundsätze auch über die soziale Ordnung zu verkündigen wie auch über menschliche Dinge jedweder Art zu urteilen".

Seit den Tagen des Jesus und des Paulus ist die Welt nicht vorangekommen; die Menschen haben durch die 2.000jährige Wirkungsgeschichte der Christus-Legende, vor allem aber durch das segensreiche Wirken der Kirche, keine höhere Ethik oder Moral erlangt.
Die simple Ethik der alten Griechen oder einzelner Denker wie etwa des Gelehrten aus Jerusalem Rabbi Hillel (circa 30 vor bis 10 nach Christus) könnte für einen Wertekanon ausreichen - wollte man sich an einem solchen heute noch orientieren. Es bedürfte keiner "Christlichen Ethik", wie immer sie zustande gekommen sein mag - zumal sie, wie man sieht, ursprünglich nicht so neu und anders war, wie man vorzugaukeln versucht.
Daß allenthalben Ersatz für verlorengegangene Religion wie mit der Wünschelrute gesucht wird und daß der Religionsbegriff ungeahnte Ausweitung erfährt, weil jeder auf Sinnsuche ist - auch wenn er gar nicht weiß, nach welchem Sinn er suchen soll, kann jeder miterleben.
Da die Religion das Bedürfnis nach äußerlichem Pomp, den der Papst ja noch vorlebt, selten erfüllt, machen die Menschen aus der Jagd nach platten Erfolgen eine Religion.
Für Außenstehende ist schwer auszumachen, ob in der Zuwendung zu fernöstlichen, namentlich buddhistischen Vorstellungen mehr steckt als ein modischer Trend. Und wenn die Kirchen vor jenen "Sekten" warnen, die den nahen Weltuntergang ankündigen und von den apokalyptischen Ängsten leben, die sie selbst schüren, dann sollten sie sich daran erinnern, daß ihre eigene Geschichte vor 2.000 Jahren mit einem Irrtum und der düsteren Prophezeiung begann, mit der Welt sei es alsbald zu Ende.
Dahin könnte es ja sehr wohl kommen, aber die Kirchen hätten dann als Initiatoren nach Kräften mitgewirkt.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>**Streit und Hader um Gott**
Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen
Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.
Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...
Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...): >>**Christlichen Glauben schützen**
Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.
Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. November 2014: >>**Evangelische Lemminge**
Wer schon immer Zweifel am Geisteszustand der Führungsgremien der Evangelischen Kirche Deutschlands hegte, kann sich durch zwei Meldungen der vergangenen zwei Tage einmal mehr bestätigt sehen. Da verhaftet die Polizei nach einer Razzia eine Gruppe von Islamisten, die im Verdacht stehen, systematisch Kirchen und Schulen ausgeraubt zu haben, um mit dem Diebesgut die Reisekasse hier angeworbener Dschihadisten zu füllen, die sich in Syrien dem "Islamischen Staat" anzuschließen gedenken, um dortselbst Kirchen zu schänden und Christen zu massakrieren - und wie lautet die Antwort der evangelischen Amtskirche?
Genau: Die EKD-Synode in Dresden verlangt tags darauf von der Bundesregierung, die Mittel für den "Kampf gegen Rechtsextremismus" auf jährlich 70 Millionen zu verdoppeln, um unter anderem "islamfeindliche Hetze" besser bekämpfen zu können.
Der Wahnsinn hat Methode
Absurd? Es kommt noch besser: Die 70 Millionen Euro jährlich aus der Staatskasse für die Päppelung von allerlei "Berufs-Antifaschisten" sind nach Ansicht der EKD-Kirchenvertreter auch deshalb nötig, weil auf deutschen Straßen immer öfter "antisemitische Parolen" zu hören sind. Schon klar: Die fanatischen Jung-Muselmanen, die bei ihren Aufmärschen munter "Juden ins Gas" brüllen, sind wahrscheinlich mit dem deutschen Paß, den viele von ihnen ebenso wie die gerade in Köln verhafteten kirchenplündernden Salafisten in der Tasche haben dürften, per Einbürgerung zu echten deutschen "Nazis" mutiert.
Wer nun folgert, die evangelische Amtskirche habe nicht mehr alle Glocken im Turm und werfe sich lustvoll wie die Lemminge dem eigenen Untergang in die Arme, indem sie ihren erklärten Feinden auch noch generöse Subsidien aus anderer Leute Geldbeutel zustecken will, macht es sich freilich immer noch zu einfach. Der Wahnsinn hat Methode. Mag sein, daß der einfältige Durchschnitts-Synodale es tatsächlich für seine Christenpflicht hält, jeden fremden Eroberer hemmungslos zu umarmen, selbst wenn der Dolch schon gezückt ist, und unterwürfig jede verfügbare Backe hinzuhalten. …
Die Drahtzieher solcher Beschlüsse haben ganz anderes im Sinn. Nach Jahrzehnten erst roter und dann grüner Unterwanderung ist die EKD auf dem besten Weg, zur heillosen Polit-Sekte zu mutieren, die nicht dem Evangelium dient, sondern den ersatzreligiösen Götzen Schuldkult, "Antifaschismus" und Multikulturalismus.
Auch Päpste und Konzilien können irren, formulierte Doktor Martinus einmal einen Grundpfeiler lutherischer Überzeugung. Die Zusammenkünfte seiner unwürdigen grünroten Erben plagen solche Zweifel offenkundig nicht. Der ideologisch bornierte Unfehlbarkeitsglaube, mit dem sie die Realitäten ignoriert, die sie als Lobbyist dieses Zeitgeistes selbst mit geschaffen und verschuldet hat, trägt jedenfalls Züge des Wahnhaften. Wohl dem, der da nicht mittut.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016

(x887/...): >>**Kniefall gen Mekka**
Martin Luther wäre entsetzt - Schwach und liebedienerisch begegnet die evangelische Amtskirche dem Islam
Das große Jubiläum steht an. 500 Jahre Reformation gilt es zu feiern. Feiern? Tatsächlich scheint sich hier eher eine Glaubensrichtung mit großem Aufwand von sich selbst zu verabschieden. Exemplarisch dafür steht der Umgang mit der wohl größten Herausforderung des europäischen Christentums seit Langem: Einem übergriffigen, expansiven Islam auf dem Vormarsch.
Die Schlüssel seines Wagens gibt Roland Weißelberg vorher an der Rezeption des Augustinerklosters in Erfurt ab. Seine Frau kann sie dort leichter finden, wird er wohl gedacht haben. Der aus dem ostpreußischen Königsberg stammende Pfarrer im Ruhestand wird den Wagen selbst nicht mehr brauchen. Niemals mehr.
Während aus der Kirche des Klosters die Bachkantaten eines Gottesdienstes zu ihm herausklingen, steigt Weißelberg in eine Baugrube hinab. Er übergießt sich mit Benzin und zündet sich kurz vor 11 Uhr am Reformationstag des Jahres 2006 selber an. Andere Menschen, die sich nicht in der Kirche aufhalten, sehen den brennenden Weißelberg. Sie können die Flammen löschen. Schwerverletzt kommt er in eine Spezialklinik. 60 Prozent seiner Haut sind verbrannt. Einen Tag nach der tragischen Tat stirbt ein Mensch, den Angehörige und Freunde als humorvoll, engagiert, klug und mutig beschreiben.
Seiner Frau hat Weißelberg einen erklärenden Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die tiefe Sorge vor dem Islam, die ihn zu seiner Tat veranlaßt hat. Die Christen müßten sich viel stärker von ihm abgrenzen, sonst würden sie überrollt werden, schreibt Weißelberg, der sich intensiv mit dem moslemischen Glauben auseinandergesetzt hatte.
"Das Fanal, das keiner versteht", überschrieb der "Spiegel" damals ratlos einen Artikel über die Selbstverbrennung. Dagegen scheint es ziemlich genau zehn Jahre später, als habe der Pfarrer mit bestürzend klarer Voraussicht gehandelt.
Dabei begegnete die Evangelische Kirche in Deutschland dem Islam noch im Jahre von Weißelbergs Tod mit großer Distanz. "Klarheit und gute Nachbarschaft" hieß 2006 ein offizieller Text, in dem trotz des versöhnlichen Titels scharfe Kritik an zentralen muslimischen Vorstellungen geübt wurde. Respekt vor Andersdenkenden und die Achtung der Menschenrechte wurden da eingefordert. Der Islam müsse zeigen, daß der Gewaltverzicht zu seinem Selbstverständnis gehöre. Unmißverständlich ist auch die Ansage, daß Christentum und Islam in klarer Konkurrenz zueinander stünden. Jedem Anschein einer Religionsvermischung müsse entgegengetreten werden.
Wer würde heute solche Aussagen aus dem Mund des 2014 zum EKD-Ratsvorsitzenden gekürten Bischofs Heinrich Bedford-Strohm erwarten? Eine schleichende Islamisierung scheint in allen Lebensbereichen des Landes voranzuschreiten, und die Kirchen verlieren kaum ein Wort darüber. Manchmal ist ihr Schweigen so lautstark, daß man sich die Ohren zuhalten möchte. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bekundet, daß für ihn, den Katholiken, ein muslimischer Bundespräsident denkbar sei, wird diese Ungeheuerlichkeit von protestantischer Seite mit einvernehmlichem Schweigen kommentiert.
Gemeinsam biedert man sich den Anhängern des fremden Gottes bei jeder Gelegenheit an. Während einer Pilgerreise ins Heilige Land entledigten sich Bedford-Strohm und Reinhard Marx - als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland - gemeinsam ihrer Amtskreuze beim Besuch des Felsendoms in Jerusalem. Das christliche Symbol wäre als Provokation empfunden worden. Man habe sie auch von israelischer Seite dazu aufgefordert, behauptete Bedford-Strohm, nachdem die unheilvolle Geste in Deutschland für Entsetzen gesorgt hatte.
Ein israelischer Militärsprecher widersprach empört: Niemand habe die Bischöfe darum gebe-

ten. Im Gegenteil: "Es war vollkommen falsch, vor den radikal-muslimischen Forderungen einzuknicken."
Einknicken, wegducken, anpassen, nachgeben: Die übergriffige Religion aus dem Orient, "Gottes Rute und Peitsche", so Martin Luther, findet gerade im Protestantismus nur schwache Konkurrenz im Kampf um die Vorherrschaft des rechten Glaubens. So vieles wird kampflos hingenommen: die Drangsalierung von Christen in den islamisch dominierten Asylsucherheimen ebenso wie die rasant steigende Anzahl an Kirchenschändungen durch Muslime in Deutschland. In manchen Orten terrorisieren orientalische Jugendgangs ganze Kirchengemeinden.
Mit geradezu hysterischem Eifer wird dagegen der Stifter der eigenen Glaubensrichtung demontiert. Zum 500. Reformationsjubiläum wird dem großen Martin Luther alles angekreidet, was nicht ins zeitgeistige Weltbild paßt. Die Jubelfeier wird zum Tribunal. … Luther kannte ungeheuerlicherweise die Sprachvorschriften und Denkzwänge der Gutmenschen von heute nicht. Luthers wortstarke Predigten gegen den islamischen Feind, dessen osmanische Heerscharen damals Europa bedrängten, stünden der Begegnung und dem Dialog im Weg, heißt es von seiten der EKD.
Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Ein Vorschlag: Zum Beten wenden sich fortan an auch die Kirchenoberen gen Mekka. Vielleicht können sie dort sogar ein glühendes, tiefes Bekenntnis zum eigenen Glauben entdecken, das ihnen selbst längst abhanden gekommen zu sein scheint.
In Erfurt, der Stadt, in der sich Pfarrer Weißelberg verbrannte, ist unterdessen der Bau einer Moschee inklusive Minarett geplant. Ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben wurde jüngst von der Stadtverwaltung abgelehnt.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Januar 2017 (x892/…): >> **Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?**
… In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erweiterung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden.
Das eklatanteste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.
Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. …
Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.
Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die Vorväter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden - eben einer "Bevölkerung" -, die sich um die Vergangenheit nicht schert.
Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein

jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.
…
Es ist eine Tatsache, daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen. Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und - wie die Geschichte zeigt - flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht**

… Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben.

So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land. Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. …"

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst. …<<

Schlußbemerkungen: In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich erstaunlicherweise fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützt den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der jahrhundertealten "moralischen Werte" des Naturrechts und verherrlicht schließlich den Atheismus, gemeingefährliche Sekten und die Herrschaft von größenwahnsinnigen Öko-Hysterikern und falschen Klimapropheten (Öko-Inquisition).

Die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und die Zurückdrängung von christlichen Werten durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie fördern in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung von radikalen Sekten und totalitären atheistischen Organisationen.

Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems

> Die Natur hat einem jeden Menschen die besondere Anlage zu dem, was er sein soll, gegeben: Aber ihre Ausbildung und Vollendung hat sie ihm selbst anvertraut.
> *Christoph Martin Wieland (1733-1813, deutscher Dichter)*

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...):

>>**Demontage der Kultursprache Deutsch**

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird.

Hinzu kommt die von kulturpolitisch verantwortlichen Repräsentanten des Staates erklärte Abwertung der deutschen Sprache zu einer Art "Feierabendsprache" neben der "Arbeitssprache" Englisch, wie das unlängst durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger geschehen ist. Hierzu gehört auch die Forderung nach Englischunterricht von der ersten Klasse an, den ausgerechnet die Bundesbildungsministerin Annette Schavan erhob.

Wenn die Kinder im Grundschulalter besonders aufnahmefähig sind, wie das die Frau Ministerin richtig feststellt, dann müßten sie gerade in diesem Alter in der Muttersprache sattelfest werden, denn diese ist Ausdruck unverwechselbarer Identität, des Denkens und Fühlens und damit der Kultur. Auf solcher festen Grundlage ist dann das geistige Abenteuer einer oder mehrerer Fremdsprachen zu bewältigen, ohne die eigene kulturelle Persönlichkeit zu relativieren.

Die Dekadenz der deutschen Sprache geht einher mit zunehmender Alterung der Bevölkerung und rapidem Geburtenrückgang. Diese beiden Probleme sind nunmehr in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, nachdem sie weit mehr als zwei Jahrzehnte aus ideologischen Gründen unter den Verdacht einer reaktionären "Bevölkerungspolitik" gestellt und nur sehr zögerlich diskutiert worden waren. In jüngster Zeit zieht auch die Sprachproblematik zunehmendes Interesse auf sich. Nicht zuletzt ist das auf den 1997 vom Dortmunder Statistik-Professor Walter Krämer gegründeten "Verein Deutsche Sprache (VDS)" zurückzuführen, dem sich mittlerweile mehr als 25.000 Mitglieder angeschlossen haben.

So antwortete der Bevölkerungswissenschaftler Professor Herwig Birk gegenüber der "Berliner Zeitung" auf die Frage, was ihn mehr berühre "als die Frage nach dem Aussterben", wie folgt: "Das Verschwinden der deutschen Sprache und mit ihr des klaren Denkens. Das geschieht in einem weitaus atemberaubenderen Tempo als das demographische Verschwinden der Bevölkerung selbst ... Die Welt wird sehr viel ärmer, wenn es keine deutsche Kultur mehr gibt. Nehmen Sie große Ideen, wie die des "Weltfriedens" von Immanuel Kant. Man kann auf vieles verzichten, aber wenn man die zentralen Grundbegriffe verliert, weil niemand mehr Deutsch liest, dann ist das, als beseitige man in einem Haus die Grundmauern."

Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".

Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte

Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."
Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. Was von alledem als politische Erkenntnis bleibt, ist die Tatsache, daß die Verantwortlichen in Deutschland mit der deutschen Sprache und damit mit dem zentralen Gut deutscher Kultur leichtfertig umgehen.
Für die Lösung des Problems bleibt nur der Blick zu unserem Nachbarn Frankreich, der, vor den gleichen Problemen stehend, sich 1994 entschlossen hat, seine Sprache gesetzlich zu schützen. Das nach dem damaligen Kultusminister Jacques Toubon benannte Gesetz (loi Toubon) wurde seinerzeit in Deutschland als "Sprachchauvinismus" verächtlich gemacht, erst jetzt gewinnt es auch bei uns Interesse. Die Meldung, daß ein Gericht in Versailles einen US-Konzern zu 580.000 Euro Strafe verurteilt hat, weil die Firma ihren französischen Mitarbeitern nicht alle Unterlagen und Computerprogramme übersetzt, fand keine bösartige, sondern eher verständnisvolle Kommentierung.
Das Sprachgesetz hat in Frankreich zu einer besseren Bewahrung der Sprache beigetragen, zumindest ein Problembewußtsein geschaffen, wie es in Deutschland nicht vorhanden ist. Erstaunt nimmt der Deutsche zur Kenntnis, daß es in 120 Ländern der Welt Gesetze zum Schutz der Sprache gibt. Deutschland ist auf diesem Gebiet ganz offensichtlich ein Entwicklungsland, das auf diesem politischen Weg zur eigenen Sprache finden sollte.
Die Aufnahme der deutschen Sprache in das Grundgesetz ("Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch") sollte der Sprache Verfassungsrang geben, und auf dieser Grundlage sollte ein weltoffenes, der eigenen Kultur verpflichtetes Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.<<
Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>**Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!**
VON KLAUS-RÜDIGER MAI
Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler
Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschülern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!
Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschülern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. …
Niedrigeres Niveau für alle
Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch

dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.
Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. … Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.
… Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. …

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.
Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.
Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitsschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

Schlußbemerkungen: Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt.
Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man das umstrittene US-Diplom (Bachelor/Master) ein.
Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde zusätzlich die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache endgültig als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache auszuschalten.

Aufgrund der ständig geringeren Leistungsanforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie Aussetzung des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt.
Infolge der sogenannten "Inklusion" sollen z.B. geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulkassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw. alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.
Wegen des mangelhaften Schulunterrichtes besitzen heutzutage viele Schüler nicht mehr die erforderlichen Grundkenntnisse, die eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium gewährleisten.

Die Gender-Ideologie

> Die Auflösung der Familie … die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg … Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen … Die Arbeiter haben kein Vaterland … Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral.
> *Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)*

Im September 1995 wurde das sogenannte "Gender-Mainstreaming" während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**
Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.
Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. …
Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau …
Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipi-

en geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.
Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.
Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.
Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. …
Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. …
Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.
Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 (x887/...): >>**Ein Sozialexperiment**
Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen
Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.
In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.
Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.
Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielwiese einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.
Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.
Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie" ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>**Feindbild Mutter**
_ *von Tino Perlick*
Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.
Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozeß im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."
Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.
Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft

fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.
Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.
Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.
Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch Das Eva-Prinzip zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.
Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.
"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."
Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgen-

der Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschweren, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an.

Besonders dreist: Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschweren, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."
Eva Herman

Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschaßte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion *"Wir haben abgetrieben"* teilgenommen haben. Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerrang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.

Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschluß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".

Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.

Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Bergers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem

Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.
"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.
2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/…): >>**Gender - Was steckt dahinter?**
… In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff … die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.
Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird. …
Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx
Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß bereits das infame *Kommunistische Manifest* im Jahre 1848 den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.
Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:
In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgemerkt. …
Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft
Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:
"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes". …
Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa-Straßengewalt" - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-

ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt. …<<

Schlußbemerkungen: Beim sogenannten Genderismus geht es vor allem um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Es handelt sich um ein gemeingefährliches "Sozialexperiment" (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden formatiert werden.

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese schändliche Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wird besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

Die Abschaffung der traditionellen Familie

> Das erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das Kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie.
> *Adolf Kolping (1813-1885, deutscher Theologe)*

Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**

In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.

Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich

gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung. …

Krieg und seine Folgen

Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Menschen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)

Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück Normalität. …

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschluß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit.

Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan,** der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

Amerikanische Sozialwissenschafter und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte

nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.
Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen.
Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.
Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflußten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.
Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.
Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.
So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen. …

Zusammenfassung

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.
Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine

Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.
Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu. Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen.
Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen. …
Die Leidtragenden sind die entelterten Nachkommen.
Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann, Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. (…) Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."
Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen. …
Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2009 (x887/...): >>**Familie in akuter Gefahr**
Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schleichende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich "getraut". Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.
... Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt. Die Liberalen triumphieren und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, daß sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst. ...
Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistische Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.
Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.
Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in

Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler "Lindenstraße" in den 80er Jahren. Nicht nur, daß dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz. ...
Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder.
Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewußt selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.
Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall? ...<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Februar 2015 (x892/…): >>**Die systematische Zerstörung der Familie durch die Politik**
Am Samstag den 7. Februar veröffentlichte "Die Tagespost" einen ausgesprochen guten und mutigen Artikel von Martin Voigt unter dem Titel "Wer sind wir eigentlich?"
Der Beitrag … thematisiert den vollständigen Zerfall der Moral, die "Umwertung aller Werte" und vor allem die systematische Zerstörung von Ehe und Familie durch den Staat. Der Staat selbst wird damit zum Totengräber seiner eigenen Grundlage. …
Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen?", schreibt Martin Voigt, der als Jugendforscher mit dem Schwerpunkt Sexualisierung unter Teenegern arbeitet. Der Staat im Verbund mit Linksradikalen und den Medien unterließ nichts, um diesen Menschen den Mund zu verbieten, sie zu diskreditieren und nach der Methode der letzten 25 Jahre als "Nazis" zu beschimpfen.
Voigt stellt selbst nun die Frage, die vom politisch-medialen Komplex im Verein mit den Linksradikalen unterdrückt wird. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen? Ein Grund für den Zerfall von Pegida dürfte gewesen sein, daß die Teilnehmer und die Führung diese Fragen selbst nicht beantworten konnten.
Er schreibt: "Die Inventur unseres moralischen Zustands soll mit dem Programm jener Politiker beginnen, die sich weigern die Nationalhymne zu singen, die christliche Feiertage und Symbole abschaffen und den Gottesbezug aus der Verfassung streichen: Abtreibung als Menschenrecht, Babys in die Krippe, Alte in Heim, Sterbehilfe auf Rezept. Haben Politiker Schuld oder sind sie ein Symptom? Sie wollen das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld abschaffen und reden von "Nur-Hausfrauen" und "Heimchen am Herd". Sie fordern Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Abitur für alle. Sexuelle Vielfalt soll in jedes Schulbuch. "Habt Spaß, probiert alles mal aus", sagen die Pädagogen von *pro familia*."
Das ist in Kurzform das Programm der deutschen Politik. Dahinter steht eine Kulturrevolution, die bereits seit den 1960er Jahren betrieben wird, aber auf Karl Marx, den Sozialismus und Kommunismus zurückgeht. Daß Politiker einer Partei, die sich selbst "christlich" nennt, dabei nicht selten mitwirken, zeigt, wie weit dieses Denken heute gesellschaftsfähig geworden ist.

"Drei wesentliche Zielscheiben hat die Kulturrevolution: 1) Mutter-Kind-Bindung, 2) Familien, 3. Polarität der Geschlechter und stabile sexuelle Bindungen." Durch all dies werden Kinder und Jugendliche für sexuellen Mißbrauch leicht zugänglich, wie der Autor mit Bezug auf das Beispiel Rothenham zeigt.
"Die totalitären Tendenzen deutscher Familienpolitik beschreibt Hanne K. Götze in ihren Beiträgen zu den psychosozialen Spätfolgen der Krippenerziehung: "Die Bindung muß - je früher, um so wirksamer - gestört werden, denn instabile Persönlichkeiten mit unsicheren Bindungsmustern sind um so leichter manipulierbar." Rot-Grün weiß das nicht erst seit Manuela Schwesig. Schon 2002 schwärmte Olaf Scholz vom Ausbau der Ganztagsbetreuung und von einer SPD, die "die Lufthoheit über den Kinderbetten" und "die kulturelle Revolution" erreicht."
Ziel ist, wie gesagt, die Zerstörung jeder echten Eltern-Kind-Bindung, die Zerstörung der Familie als der grundlegenden Gemeinschaft, deren Manipulation nicht leicht möglich ist, da sie sich allen revolutionären Veränderungen widersetzt. Dies wußten schon Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, aber auch Hitler und seine nationalen Sozialisten. Dieses Ziel wird von den Revolutionären inzwischen immer mehr erreicht: "Die dritte Generation, die Enkel der 68er, entwickeln sich zu einem bindungsunfähigen, egozentrischen, konsumorientierten Proletariat, das auf einfache Reize reagiert, Universitäten an ihr Limit bringt, an Windenergie glaubt, irgend etwas "Soziales" wählt und den x-ten Ex via *WhatsApp* abserviert".
Es sind die Menschen, die bei der sogenannten Antifa mitlaufen, wenn es gegen Demonstranten geht, die für das Leben und gegen Abtreibung demonstrieren. In ihren Plakatsprüchen bringen sie eigentlich nur ihre eigenen biographischen Brüche und den daraus resultierenden Selbsthaß zum Ausdruck, wie Martin Voigt schreibt. "Der Haß auf die eigene Herkunft ist der gemeinsame Nenner jeglicher linker Couleur von den steuerfinanzierten Autonomen über Quer-Aktivisten bin zu Vertretern der evangelischen Kirche.
"Der Glaube ist heute zur Intimsphäre geworden, während wirklich Intimes überall publik gemacht wird", sagte der Dresdner Bischof Heiner Koch mit offensichtlichem Bezug zu Sigmund Freud: "Schamlosigkeit ist das erste Anzeichen von Schwachsinn".<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Juni 2015 (x892/…): >>**Argumentationshilfe gegen die schulischen Lehrpläne mit Gender Mainstreaming**
… Die bekannte und äußerst verdienstvolle Psychagogin Christa Meves hat für die Widerstandsbewegung niedersächsischer Eltern eine Argumentationshilfe verfaßt und wünscht ausdrücklich deren Verbreitung.
Christa Meves
Liebe Eltern, merkt auf!
Es sind befremdliche schulische Maßnahmen im niedersächsischen Ministerium anberaumt worden: Gender Mainstreaming soll hierzulande im Unterricht fächerübergreifend dem Unterricht hinzugefügt werden. Das heißt: Die Jugendlichen sollen nicht etwa nur in einem Fach über geschlechtliche Zusammenhänge aufgeklärt werden, sondern die Behörde will ihnen als eine HAUPTSACHE - so heißt das Wort Mainstreaming ins Deutsche übersetzt - eine neue Lehre über die Geschlechter in allen Schulfächern vermitteln.
Die Kinder sollen nun erfahren, daß es nicht mehr vorgegeben ist, daß Mann und Frau sich zusammenfinden, um mit den daraus erwachsenen Kindern eine Familie zu bilden, sondern daß ihnen als "Gender" eine Fülle weiterer Möglichkeiten geschlechtlichen Umgangs offen stehe. Den Schülern und Schülerinnen soll beigebracht werden, daß die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau nicht eine biologische angeborene Gegebenheit ist.
Sie sollen neu lernen, daß es gleichrangig möglich ist als Lesbe, Schwuler, Bisexueller, Trans-

sexueller, Transgender, Intersexueller oder als sexuell vielfach Wechselnder zu leben. Es soll damit ausgeschaltet werden, daß die Jugendlichen es nicht mehr für selbstverständlich halten, ihr Geschlechtsleben nach ihren angeborenen Körperformen auszurichten. Die Schüler sollen lernen, daß sie selbst die Form ihres Geschlechtslebens bestimmen können. Daß Mann und Frau angeboren und zur Ehe miteinander bestimmt seien, sei ein überholtes Vorurteil, das jetzt überwunden werden müsse.

Aber das ist eine Irrlehre!

Daß der Mensch als ein Mann oder als eine Frau durch diese Welt gehen soll, - so weiß es jetzt die Hormonwissenschaft ganz genau - wird bereits unmittelbar bei der Zeugung festgelegt und durch die Einwirkung von Geschlechtshormonen im ungeborenen Kind zur Entfaltung gebracht. Im Alter von 4 bis 7 Jahren merkt das Kind das dann und beginnt sich als Junge nach dem Vater und als Mädchen nach der Mutter auszurichten, um eines Tages ein Mann und ein Vater, als Mädchen eine Frau und eine Mutter werden zu wollen.

Neuerdings soll nun in der Grundschule den Kindern vermittelt werden, daß es auch anders gehen könne. Sie könnten auch hier schon wählen, was sie werden wollen, wenn sie erwachsen sind, z.B. als Junge eine Frau und als Mädchen ein Mann. Das aber sind und bleiben Abweichungen vom angeborenen vorgegebenen Geschlecht, die nach Gender Mainstreaming nun als normal gelehrt und angeregt werden sollen.

Liebe Eltern, Ihnen allen wird dieses neue Unterrichtsziel absurd erscheinen, und dieses Konzept als eine ausgefallene Mode, die, so denkt man bald wieder verschwinden wird. Aber dennoch kann diese Irrlehre für manche unserer Kinder heute zur Verführung werden. Wenn z.B. Jungen in diesem Alter keinen Vater haben, der ihnen ein Vorbild ist, oder den sie nicht nachahmen möchten, weil er säuft, schlägt oder einfach weg ist, während die Mama das Leben packt und gut drauf ist, kann der kleine Sohn in diese Schiene geraten und dann sogar später meinen, er hätte von Anfang an anders sein wollen als es sein Geschlecht vorgibt.

Im Jugendalter können solche Kinder dann doch aufgeschlossen sein für die neue Mode. Vielen Eltern in deutschen Ländern, aber auch in manchen anderen europäischen Ländern ist das aber gar nicht recht. Sie demonstrieren vor den Parlamenten; denn dieses Gender Mainstreaming wird in vielen Instituten der EU bereits öffentlich programmiert. Deshalb werden die Unterrichtsmaterialien jetzt bereits dieser Theorie entsprechend verändert.

Eltern! Mit dieser so international programmierten Lehre könnt Ihr nicht einverstanden sein!

Denn, wenn sie Erfolg hat, wird es immer weniger Familienbildung geben, und der Geburtenschwund wird immer größer werden. Damit wird die Hoffnung auf Zukunft in Wohlstand immer mehr gefährdet! Erst recht nicht könnt ihr dann auf Großelternschaft hoffen. Die Enkel bleiben dann aus! Dieser Hauptstrom, der jetzt eingerichtet werden soll, entspricht nicht den Wünschen, die die Mehrheit der Menschen heute in Europa hat: Sie wollen in gesunden zusammenhaltenden Familien leben.

Wehrt Euch, Ihr Eltern, gegen solche Schulpläne! Unser Grundgesetz sagt: Die Erziehung der Kinder liegt zuförderst in der Hand der Eltern. Das Recht zum Widerstand ist auf Eurer Seite! …<<

Schlußbemerkungen: Anstatt die bürgerliche Familie und ihre Rechte zu schützen und zu fördern, plant der Staat offensichtlich die komplette Abschaffung der bisherigen traditionellen Familie.

Die Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie wurde in erster Linie durch die Berufstätigkeit beider Elternteile und die frühzeitig Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen, wie z.B. Kindertagesstätten und Ganztagsschulen, ermöglicht.

Je früher die Krippenerziehung und die gezielte Manipulation (eigenmächtige staatliche Um-

setzung der Gender-Ideologie) von Kindern in Kindertagesstätten beginnt, desto wirksamer kann die Mutter-Kind-Bindung gestört werden. Aufgrund der fehlenden Mutter-Kind-Bindung entwickeln sich die Kinder zu instabilen Persönlichkeiten, die leicht zu manipulieren sind. Im Rahmen der "grünen" (kommunistischen) Ideologie entzieht man den Eltern grundlegende Erziehungsrechte, um die individuelle Persönlichkeit der Kinder durch spezielle Manipulationsmaßnahmen (perverse Sexualerziehung etc.) systematisch zu zerstören.
Die Spaltung und Zersetzung der bürgerlichen Familie führt letzten Endes zur Zerstörung der gesamten Gesellschaftsstruktur, denn die Familie bildete bisher die Basis (Keimzelle der Gesellschaft) für stabile Nationalstaaten.
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/…): >>**Gender - Was steckt dahinter?**
… **Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx**
Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß bereits das infame *Kommunistische Manifest* im Jahre 1848 den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.
Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:
In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgemerkt. …<<
Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 13. März 2019: >>**Buchtitel "Ein Leben frei von Kindern" sorgt nach wie vor für Schlagzeilen**
Muttersein, Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch. Eine Lehrerin aus Regensburg hat mit ihrem Buch eine neue Debatte ausgelöst: Sie will auf gar keinen Fall ein Kind - der Umwelt und sich selbst zuliebe. Nun gibt es erste Antworten auf ihr Statement.
Verena Brunschweiger ist Lehrerin, 38 Jahre alt und will keine Kinder. Damit macht sie im Moment Schlagzeilen, weil sie ein Buch darüber geschrieben hat. "Kinderfreie Frauen müssen von ihrem schlechten Ruf befreit werden", fordert sie.
Das Hauptargument ihres "Manifestes", wie sie das Buch untertitelt hat: Kinder sind schlecht für die Umwelt, die CO2-Bilanz. Ihr Fazit darum: Je weniger Kinder, desto besser. Ein ziemlich misanthropischer Ansatz.
"Herzlos-Lehrerin" nennt die "Bild-Zeitung" die Autorin. Unter ihrem eigenen Hashtag #Brunschweiger wird sie angefeindet.
Birgit Kelle, Autorin des Buches "Muttertier" und vierfache Mutter, antwortet in einem Gastbeitrag für focus.de auf die "Gebärstreik-Verena" und schreibt, steile Thesen seien immer gut, wenn man ein Buch verkaufen wolle.
Wenn man dann noch im Vorbeilaufen ein paar Millionen Eltern beleidigen kann und das ganze mit einer satten Portion moralischer Überhöhung untermauert, ist es fertig, das Buch für neurotische Frauen diesseits der Menopause."
Eine Nachricht des EU-Statistikamtes Eurostat dürfte Brunschweiger jedoch freuen: Die Gesamtzahl der Babys in der Europäischen Union sank von 5,148 Millionen im Jahr 2016 auf 5.075 Millionen im Jahr darauf. Das bedeutet im Schnitt 1,59 Geburten pro Frau. Deutschland lag sogar noch knapp unter dem EU-Durchschnitt.
Für Brunschweiger, die sich selbst Radikal-Feministin nennt, ist ihr kinderfreier Ansatz ein "bewußter, feministischer Akt". Sie nennt Kinder ein reaktionäres "Projekt" und Mütter, die

nur noch den Nachwuchs sehen, "Mombies" - Mama-Zombies.

Literatur-Trend

Mit dem Thema ist Brunschweiger Teil eines kleinen Literatur-Trends. Gerade ist auch das Buch "Mutterschaft" der kanadischen Schriftstellerin Sheila Heti auf deutsch erschienen, das - wenn auch in anderer Form - ebenfalls die selbstgewählte Kinderlosigkeit zum Thema hat.

Die Debatte darum erinnert ein wenig an den Aufschrei, der vor einigen Jahren vor allem durch die Online-Mütterforen dieser Welt ging. Damals räumten einige Frauen nach dem Erscheinen des Buches der israelischen Soziologin Orna Donath "Regretting Motherhood" erstmals öffentlich ein, daß sie es zumindest zeitweise bedauern, Mutter geworden zu sein. Das galt vielen als Tabubruch.

Mütter müssen alles schaffen

Kaum ein Thema wird so heftig diskutiert wie das Muttersein. Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch.

Frauen und vor allem Mütter seien in Deutschland ständig konfrontiert mit gewissen Erwartungshaltungen, sagt die Marburger Psychoanalytikerin Helga Krüger-Kirn, die zu Mutterschaft und Geschlechterverhältnissen forscht und unter anderem das Buch "Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung" auf den Markt gebracht hat.

"Gesellschaftlich ist eine Mutter anerkannt, wenn sie alles schafft, Beruf und Muttertätigkeiten optimal vereinbart und vor allem, wenn sie 'gelungene' - sprich erfolgreiche und leistungsfähige Kinder hat", sagt Krüger-Kirn.

Und so tritt auch die selbsterklärte Feministin Brunschweiger ihrer Ansicht nach mit der These, Frauen, die Kinder auf die Welt bringen, schaden der Umwelt, in eine altbekannte Falle: "Das ist so typisch: Mütter sind an allem schuld." (dpa)<<

Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 1

> Statt deine Feinde zu lieben, behandle lieber deine Freunde besser.
> *Edgar W. Howe (1853-1937, amerikanischer Schriftsteller)*

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>**Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler**
Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...
Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<
Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch berichtete im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" über die aggressive Expansionspolitik des Islam (x883/...): >>…
1683 standen die Türken vor Wien, der damaligen Metropole der Christenheit. Welch ein Gemetzel hätten die Christen erwartet, wenn man der alten Moslemregel gedenkt, mit Feuer und Schwert den Glauben an Allah zu verbreiten. Die Stadt wurde aber erfolgreich verteidigt durch den Grafen Rüdiger Starhemberg und den tapferen Bürgermeister Andreas Liebenberg. Diese Männer hielten die Belagerer ab, bis die Ersatzheere von Herzog Karl von Lothringen und dem Polenkönig Sobieski herangerückt waren und in der Schlacht am Kahlenberg gewannen und Wien befreiten. …
300 Jahre später stehen die Türken nicht nur in Wien, sondern genauso in München, Frankfurt, Paris, London und vielen anderen Städten des Westens. Diese stille Eroberung, gleichsam durch die Hintertüre, erfolgte ohne Blutvergießen. Wie war das nur möglich? Die geistlich immer schwächer werdende Christenheit erlaubte es dem Islam, Missionszentren in der westlichen Welt zu errichten.
So hat z. B. Zürich den Bauplatz für die Errichtung einer Moschee den Moslems geschenkt, obwohl viele Bürger dagegen protestierten. In Rom haben Libyen und Saudi-Arabien hoch oben auf dem Monte Mario eine Moschee gebaut. Gaddafi gab dazu 25 Millionen und die Saudis 50 Millionen. Der Papst konnte dieses Missionsprojekt im Herzen der katholischen Kirche nicht verhindern. England hat heute mehr als 200 Moscheen. In England und Frankreich sind die Moslems die zweitgrößte Religionsgemeinschaft.
Umgekehrt lassen die Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung den Bau von christlichen Kirchen nicht zu. So habe ich in Djakarta eine neuerbaute christliche Kirche fotografiert, obwohl das gefährlich war. Zwei Monate nach der Einweihung wurde die Kirche von den Moslems zerstört, obwohl die Regierung Religionsfreiheit proklamierte. …
In islamischen Ländern mußte weithin die christliche Missionsarbeit aufgegeben werden. Im Gegensatz dazu macht die islamische Missionsarbeit im Westen große Fortschritte. Darum sprechen die Moslems von einer Islamisierung des Abendlandes. Und Khomeini, der Führer Irans, spricht von einer Weltherrschaft des Islam als Fernziel. …
In einer Zeit, da durch den beängstigenden Geburtenrückgang durch den Mord an den Ungeborenen die Bevölkerung in Deutschland abnimmt, wachsen die Gastarbeiterfamilien durch ihre große Kinderzahl. Hier wird eine biologisch-genetische Schlacht verloren, die sich auch auf dem religiösen Sektor auswirkt.
… Die Moslems glauben mit außerordentlicher Leidenschaft Dinge, die das genaue Gegenteil von dem sind, was Christen glauben. Die meisten christlichen Glaubensaussagen halten die Moslems für Irrtümer und Gotteslästerungen:
Der Christ glaubt an die Erbsünde. Der Koran lehnt die Erbsünde grundlegend ab. Deshalb hält der Moslem die Erbsünde für einen Unsinn. …
Der Christ glaubt an die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus. Der Moslem lehnt die Fleischwerdung Jesu völlig ab …
Der Christ glaubt, daß Jesus Gottes Sohn ist. Für den Moslem ist das eine Gotteslästerung. Im Koran liest er: "Nicht steht es Allah an, einen Sohn zu zeugen." Sure 19, Vers 36

"Wahrlich, das sind Ungläubige, welche sagen: Allah ist doch Christus, der Sohn Marias." Sure 5, Vers 18.
Der Christ glaubt an die Dreieinigkeit Gottes. Im Koran steht: "Glaubt an Allah und seinen Gesandten, sagt aber nichts von einer Dreiheit. Vermeidet das." Sure 4, Vers 172
Der Christ glaubt fest an Jesu Kreuzigung und Auferstehung und an die Erlösung durch Jesus Christus. Im Koran liest der Moslem: "Sie haben ihn aber nicht getötet und nicht gekreuzigt, sondern einen anderen, der ihm ähnlich war ... Sie haben ihn aber nicht wirklich getötet, sondern Allah hat ihn zu sich erhoben …" Sure 4, Vers 158,159
So erfährt man, daß man im Islam die Erlösung durch Christi Blut völlig ablehnt. Für den Moslem gibt es keinen Heiland, keinen Erlöser. …
An der Heiligen Schrift gemessen, ist der Islam eine antichristliche, ja sogar gefährliche Religion. …
Mohammed wurde 570 in Mekka geboren. Zu seiner Zeit bestand schon der schwarze Stein, wahrscheinlich ein Meteor. Dieses schwarze Heiligtum war das Zentrum von 365 Göttern. …
Der schwarze Stein ist die Sühnestelle des Islam. Jeder Moslem muß einmal im Leben nach Mekka, um den schwarzen Stein zu küssen. Dann sind alle seine Sünden vergeben.
Die Berührung mit den beiden monotheistischen Religionen vermittelten Mohammed zahlreiche Kenntnisse, die er dann im Koran verwertete und dabei umdeutete. Um diesem Koran Autorität zu verleihen, wurde behauptet, er sei ihm vom Engel Gabriel diktiert worden. …
Durch seine Kontakte mit dem Monotheismus hat Mohammed viele Vorstellungen aus dem Alten und Neuen Testament in den Koran hineingetragen. Die Mohammedaner sind das auserwählte Volk, dem sich alle Völker und Religionen zu unterstellen haben. Atheisten und Christen, Juden und abgefallene Moslems müssen sich dem Islam beugen, oder es droht ihnen die Vernichtung. … Die Moslems sind also die Gegenspieler der Christen und Juden. Sie vertreten auch die christliche Vorstellung vom Propheten und Antichristen der Endzeit. …

Die Geschichte eines Moslemlehrers

In Madras/Südindien hörte ich die Geschichte von Iqbal dem Moslemlehrer. Ich lernte ihn persönlich kennen, als er bereits Christ war.
Iqbal stammt aus einer fanatischen mohammedanischen Familie. Die Eltern geben sich Mühe, ihre Kinder vor jedem christlichen Einfluß zu bewahren. Leider war an ihrem Ort nur eine christliche Schule. Lesen und Schreiben konnte er dort lernen, jedoch gegenüber dem christlichen Einfluß sollte er sein Herz verschließen. Das war aber nicht so einfach; denn an der Schule gab es einige gläubige Lehrer, die für alle Schüler beteten.
Immerhin schaffte es Iqbal, als überzeugter Moslem die Grundschule zu beenden und eine höhere Schule in Madras zu besuchen. …
Nach Abschluß der Collegezeit besuchte Iqbal die Universität. Dort lernte er einen echten Christen kennen, der sich auf keine Rededuelle einließ, sondern sein Christsein vorlebte.
Für den feurigen Moslem war das der erste echte Anstoß zum Nachdenken. Er merkte, daß es auch Christen gibt, die nicht nur über Lehren streiten, sondern ihren Glauben ausleben.
Aus Sympathie zu dem Kommilitonen ließ er sich eines Sonntags bewegen, eine Versammlung von Vater Daniel zu besuchen, der als christlicher Führer in Madras und in ganz Südindien einen Namen hatte. Der alte Bruder ist vor einigen Jahren heimgegangen. Ich war mit ihm befreundet.
In der christlichen, geistgewirkten Atmosphäre der Daniel-Bruderschaft geriet Iqbal in große Anfechtung. Er erlebte eine geistliche Kraft, die ihn verwirrte, bedrängte und an seinem bisherigen Glauben irre werden ließ.
Es war eine Entdeckung, die ihn geistig geradezu niederschmetterte, daß Mohammed kein Prophet war, sondern ein religiöser Hochstapler, ein Verführer der Menschheit. Er fühlte den Boden unter sich wanken. Bei dieser Revolution trat dann der in sein Leben, der in dem Zer-

bruch des Alten einen festen Boden unter die Füße gab: Jesus. …

Christophorus

Bei einer Konferenz in Java lernte ich Christophorus kennen. Kaum war er am Tagungsort angelangt, da rief ihn ein Telegramm nach Sumatra zurück. Die Moslems hatten wieder einen Mordanschlag gegen die Christen geplant.

Wo die Moslems die Herrschaft haben, sind sie brutal und grausam. Wo sie in großer Minderheit sind, benehmen sie sich freundlich und täuschen damit ihre Mitmenschen. …

Wer unter den Moslems sich bekehrt, muß täglich auf seinen Tod gefaßt sein. Es ist ein Leben in ständiger Todesbereitschaft. Das ist eine heilsame Lektion und Situation für die, die dort Christen werden. …

Die Moslems arbeiten mit allen Mitteln. Sie schleichen sich in geschlossene christliche Versammlungen ein, um die Christen auszukundschaften. Sie fälschen Ausweise. Sie schicken Polizei und Soldaten vor. Sie bringen Christen in die Gefängnisse. Gift und Brandstiftung - alles paßt in ihr Konzept. Sie isolieren die Christen. Sie entlassen sie aus den bisherigen Ämtern. Alle Regierungsstellen werden "sauber" gehalten. Wenn ein Moslem sich bekehrt, verliert er sofort seinen Posten. Und doch behält der Herr Jesus das letzte Wort. "Das Reich muß uns doch bleiben."

Trotz aller Bedrängnis festigt sich die Gemeinde der bekehrten Moslems. Es sind jetzt schon 1.400 Christen, alle ehemalige Moslems und Feinde des Kreuzes Christi. …

Die derzeitige Anzahl der Moscheen in Deutschland liegt im August 2016 bei ca. 2.200 Moscheen.<<

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bun-

desministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.
Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.
Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt. Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.
- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz. Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind z.B. die USA - die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern -, England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab.
Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber."
Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM ...
Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.
Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". So beträgt der jährliche Kulturetat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung.
Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen.
- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems und Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen.
Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer aus Nicht-EG-Staaten in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." … <<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.
Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<
Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massen-

mißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>… Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal

neun Prozent ausmacht. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...):

>>**Vor dem Bürgerkrieg**

Europa und die Expansion des Islam

... Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuordnung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.

Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.

Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.

Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. ...

Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irak-Krieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.

Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, einhergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.

Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. ...

Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.

Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekannten Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.

Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben. ...

Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu ver-

ringern.
Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Solschenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"
Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien - nicht direkt betroffen sind. ...
Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder deislamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.
Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.
Insbesondere in Bosnien - aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien - helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.
Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.
Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.
Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".
Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.
Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<
Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/…):
>>**Der Griff des Islam nach Europa**
Bei der Beschäftigung mit dem **"Griff des Islam nach Europa"** dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa,** und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.
Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa**

1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:
"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."
Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.
Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck **"Haus des Islam"** verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.
Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplitterungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.
Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.
1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.
Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran,** nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.
In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht**. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).
Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam,** der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt . Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der bösartigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.
d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.
Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -
Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln …"
Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.
Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.
e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.
f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der

OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat,** langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im bi-**

blischen Sinne in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat.** Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

… **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert,** mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. …<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete im Jahre 2004 über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, SPD, haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily, SPD, mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird. Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger, SPD, betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.
Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.
1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gittern ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge in Bayern sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."
In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.
Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 18. Juli 2005: >>**Ströme von Blut**
Unter den britischen Konservativen der Nachkriegszeit war Enoch Powell eine der faszinierendsten Gestalten. Er hatte bereits zwei ganz unterschiedliche Karrieren hinter sich, eine als Professor für Klassische Philologie, die andere beim Militär, wo er es innerhalb kurzer Zeit zum Brigadegeneral gebracht hatte, als er in die Politik ging und sich den Tories anschloß. Auch da stieg er schnell und stetig auf, so lange, bis er im Jahre 1968 seine Birminghamer Rede hielt, in der er die britische Einwanderungspolitik als tödliche Gefahr für die Zukunft seines Landes beschrieb. Die Folge war, daß ihn Edward Heath, damals Führer der Konservativen im Unterhaus, aus seinem Schattenkabinett verbannte. So wurde Powell, in dem viele schon den künftigen Premier gesehen hatten, zum Außenseiter der englischen Politik.
Seine Rede war ein Bekenntnis zu dem, was auch deutsche Politiker schwören, wenn sie ihren Amtseid leisten: zu der Verpflichtung, den Nutzen des Landes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten. In der forcierten Zuwanderungspolitik erkannte Powell einen Verstoß gegen diese Pflicht. Durch simple Hochrechnung sagte er seinen Landsleuten eine Zeit voraus, in der sie nicht mehr Herren im Haus sein würden. Den Multikulturalismus, der damals allerdings noch nicht so hieß, hielt er für einen gefährlichen Spleen, die Integration für gescheitert. Integriert zu sein bedeute, in allen Dingen des täglichen Lebens ununterscheidbar zu sein von seinen Mitbürgern: Wer von den Zuwanderern könne das schon, wolle das überhaupt, fragte Powell.
Der Tonfall seiner Rede war eher nüchtern; schließlich konnte er sich darauf verlassen, daß die Fakten, die er nannte, alarmierend genug wirken würden. Was sie dann ja auch taten, anders allerdings, als Powell sich das erhofft haben mochte. Am Ende griff er dann aber doch zu einem dramatischen Bild. Als guter Kenner der römischen Literatur zitierte er Virgil und bekannte, ähnlich wie dieser den Tiber "schäumend vom Blut" der Bürgerkriegsopfer vor Augen zu haben. Mit diesem politisch höchst unkorrekten Zitat ist Powell in die Geschichte eingegangen und seine Rede in Erinnerung geblieben.
Die Anschläge von London haben ihn mit unziemlicher Verspätung ins Recht gesetzt. Wenn die dortigen Bombenleger, ähnlich wie der Mörder Theo van Goghs, Angehörige der dritten Generation waren, im Lande selbst geboren und dort auch aufgewachsen, muß man die Integration als mißlungen ansehen.
Was angesichts der Mehrheitsverhältnisse, wie sie nicht nur in England, sondern auch hierzulande herrschen, aber nicht dazu führen wird, das Konzept aufzugeben. Im Gegenteil werden seine Anhänger fortfahren, statt von Bedrohung von Bereicherung zu reden, von einer Heimat Babylon zu fabulieren und jeden, der Vorbehalte äußert, als Fremdenfeind zu denunzieren.
Schon gar nicht werden sie sich fragen, ob Powell nicht recht hatte, als er die größte Gefahr nicht im Verlust an Sicherheit erkannte, sondern in dem unvermeidlichen Opfer an Freiheitlichkeit, an wechselseitigem Vertrauen und den zivilen Umgangsformen, die gerade den Eng-

ländern soviel bedeuten.
Die Schuld an diesen Opfern und Verlusten gab Powell aber nicht den Einwanderern, sondern denen, auf deren Einladung, mit deren Billigung, unter deren Schutz sie ins Land gekommen waren: den Leuten mit dem strahlenden Blick, die die Welt durch eine rosarote Brille betrachten und glauben, mit ein bißchen herrschaftsfreiem Dialog die Dinge schon in Ordnung zu kriegen. Sie werden nie verstehen, was Theo van Goghs Mörder während seines Prozesses den Richtern zurief: daß sie ihn nie verstehen werden. Nicht einmal das verstehen sie.<<
Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtete im Jahre 2005 über den Islam (x918):
>>**Das Kopftuch als Uniform**
Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"
Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:
1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform
Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:
1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.
Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:
- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.
2. Verschiedene Gesichter der Uniform
a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:
Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedekkung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33,59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:
- Sure 33,59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "… damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.
b. Die Uniform in utopischer Literatur
Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Ge-

sellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.
Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfügten uniformierenden Regeln nicht unterwirft.
Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.
Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."
Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.
Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.
Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.
Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen. Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die **"Kopfbedeckung"** einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort **"Hidjab"** als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedekkung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimeen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."
- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.
7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.

- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist

und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtsschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtsverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten,** die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine **"ererbte" Religion** - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.

Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).

Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.

Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadium, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"

Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."

Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."

Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kema**l **Ataturk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige De-

batten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.
Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.
Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern symbolisiert auch ihre Unterwerfung den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:
- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4,3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2,282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:
- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.
Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.
Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hinein-

ziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.
- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:
"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat … der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.
Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.
Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".
Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.
Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. …

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhöhrungen. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 2007 (x887/...):

>>**Wir sind im Krieg**

Europas falsche Toleranz gegenüber dem Islam

Udo Ulfkotte wird bestimmt von keiner muslimischen Vereinigung als guter Freund betrachtet werden, denn der ehemalige "FAZ-Redakteur" widmet sich seit einigen Jahren intensiv einem Thema, das sie nicht gut aussehen läßt: der Islamisierung der Welt. Mit "Krieg in unseren Städten" machte er sich bereits 2003 zahlreiche Feinde, und auch seine aktuelle Veröffentlichung wird ihm so manche Morddrohung einbringen.

"Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" lautet ihr Titel und verrät schon, wogegen Ulfkotte als einer von wenigen Warnern anschreibt. Doch wie immer, wenn jemand Einzelkämpfer ist, gibt es eine gewisse Neigung zur Einseitigkeit und zu Extremen, trotzdem überzeugt der Autor mit zahlreichen Fakten.
"Liest man die verschiedenen Bevölkerungsstudien zur Entwicklung Europas, dann ist der Trend klar: Europa wird immer stärker islamisch geprägt sein. Man mag darüber streiten, wie viele Muslime in welchem Jahr in Europa leben werden. Doch die kurzfristigen Prognosen sind eindeutig: Schon etwa um das Jahr 2025 herum wird jedes dritte in Europa geborene Kind muslimischen Glaubens sein."
Was an sich keine bedrohliche Entwicklung wäre, wenn eben die muslimischen Vereinigungen nicht schon seit Jahren Stück für Stück die Werte Europas unterwanderten. Ulfkotte belegt in seinem Buch, daß dies gar nicht so sehr die Schuld der Muslime ist, sondern viel mehr die jener europäischen Politiker und Regierungen, die die Zugewanderten gewähren lassen. Zumal, so Ulfkotte, die verschiedenen muslimischen Verbände jeweils nur einen sehr geringen Teil der europäischen Moslems verträten. Aber: "Deutsche Politiker reißen sich offenkundig darum, Begegnungsstätten mit dem Islam in Moscheen zu finanzieren."
Anhand zahlreicher Länderbeispiele führt der Autor an, wie sich die heimischen Gesellschaften anpassen. Von Krankenhäusern und Altenheimen nur für Moslems, in denen ihre religiösen Gefühle nicht verletzt werden, über Aushöhlung des Tierschutzes hin zur Anpassung des Scheidungsrechts an muslimische Geflogenheiten.
"Wer sich in Belgien öffentlich gegen die zunehmende Islamisierung stellt, muß mit Strafanzeige rechnen ... Jedes vollständig islamisierte muslimische Kind, das in Europa geboren wird, ist eine Zeitbombe für die Zukunft westlicher Kinder. Denn Letztere werden verfolgt werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind."
Das brachte Vater Samuel eine Strafanzeige ein. Das belgische Zentrum gegen Rassismus behauptete, Vater Samuel schüre den 'Rassenhaß'. Vater Samuel war bis dahin nicht bekannt, daß Muslime in Belgien als 'Rasse' gelten."
Ulfkotte nennt zahlreiche Beispiele, wie der Westen aus falsch verstandener Toleranz seine eigene Identität zu Gunsten des Islam verwässert. Angriffe auf westliche Werte würden zudem einfach überhört. Entschuldigungen, wie sie Moslems von uns bei angeblichen Verletzungen ihrer religiösen Gefühle verlangen, wagten wir nicht einzufordern.
"Als der oberste Führer der australischen Muslime, Scheich Taj el-Din el-Hilali, zum Ende des Fastenmonats Ramadan im Oktober 2006 unverschleierte Frauen mit 'rohem Fleisch' verglich, gab es in der westlichen Welt keine massenhaften Demonstrationen." Und das obwohl der Scheich darin indirekt sexuelle Übergriffe auf Frauen guthieß, denn schließlich würde man es auch keiner Katze übelnehmen, wenn sie auf der Straße liegendes Fleisch fräße.
Nach der Lektüre bleibt der Leser ziemlich verängstigt zurück, denn die vom Autor beschriebene Zukunft sieht alles andere als harmonisch aus. Und letztendlich befinden wir uns nach Meinung Ulfkottes schon längst im Krieg, auch wenn wir die offene Schlacht mit dem Islam zu vermeiden suchen, doch "ein Krieg beginnt nicht erst dann, wenn der erste Schuß gefallen ist".
Udo Ulfkotte: "Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht", ... Frankfurt/Main 2007 ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**
Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen … Ihr Sachbuch "Das Gesetz Allahs" ist soeben im Ulrike-Helmer-Verlag erschienen.
WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?
Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.
WELT ONLINE: Inwiefern?
Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus.
WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.
Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".
WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?
Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.
WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?
Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.
WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?
Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte schrieb am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Widerstandslose Aufgabe**
Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen

Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.
Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.
Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih-Moscheen" die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? Womöglich … eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?
Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.
Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.
Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2009 (x887/...): >>**Auf Wiedersehen Deutschland**
2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne ...
In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. ...
Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.
Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<
Horst Koch berichtete im Dezember 2009 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x958/…): >>**Minarette - Schwarze Wolken in Europas Himmel - ein arabisch-christlicher Islamwissenschaftler nimmt Stellung -**
Fouad Adel
Ja, zu den Türmen der Kirchen, Nein zu den Minaretten:
Nach der Volks-Abstimmung in der Schweiz vom 29.11.2009 mit dem Ergebnis von 57,5 %

für das Verbot zum Bau neuer Minarette, verbreitete sich die Nachricht in den westlichen und arabischen Medien wie ein Lauffeuer. Die Nachricht warf viele Reaktionen auf unter den Experten, Entscheidungsträgern. Multiplikatoren in Politik und Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis, daß der dritte Absatz in Artikel 72 der Schweiz. Bundesverfassung geändert werden muß in: "Der Bau von Minaretten ist verboten".
Neu auf der Ebene der Aufnahme von ungeliebten Nachrichten in islamischen Ländern ist, daß dieses Mal die Muslime bis jetzt kaum rebelliert haben gegen die Schweiz, deren Bevölkerung und Regierung. Sie haben nicht auf den Strassen protestiert, wie bei ähnlichen Gelegenheiten zuvor, zum Beispiel im Falle der Mohammed-Karikaturen. Scharfe Kritik gab es nur von ein paar radikalen muslimischen Diktatoren, in deren Ländern Menschenrechte und Demokratie keine Bedeutung haben.
Aber in verschieden Zeitungen und Medien der Schweiz war einerseits die Rede von "Angst und Unwissenheit" und "Verwirrung zwischen Unwissenheit und Verirrung", betreffend die Frage, welche Schweizer wirklich damit einverstanden sind, den weiteren Bau von Minaretten in ihrem Land zu verbieten. Auf der anderen Seite gehen die Schweizer Volkspartei und europäische Rechts-Parteien davon aus, daß der Versuch, Europa zu islamisieren der Hauptgrund ist für dieses Ergebnis: "Nein zu den Minaretten."

Ich hasse dich, weil du anders bist:

Es ist vielfach nicht unbedingt eine Frage der momentanen "Stimmung der Schweizer", die vielleicht nicht so gerne die Minarette in den Himmel des Alpenlandes ragen lassen wollen. Also die Frage ist weniger, wie manche denken, die der naiven Konfrontation: "Ich verbiete dir, weil ich das Sagen habe!" oder gar "Ich hasse dich, weil du anders bist!"
Gemäß meiner Erfahrung (und der arabischer Christen über Jahrhunderte) - geht es im Grunde, bewußt oder unbewußt, um sehr viel mehr. Nein, es ist ein Verbot für den Geist, der sich hinter der Minarett-Kultur verbirgt. Es steht für die Absage an vielgesichtige islamische Mentalitäten, die für Allahs Weltherrschaft leben, die bedingungslos der Lehre des Korans glauben: "Ich erhalte Herrschaft über deine Kultur, über dein Land, über deine Politik, über dein christliches Erbe, über deinen Glauben, und über deine Identität". Einfacher gesagt:
"Gib mit mir dem Allah des Korans (auch) Respekt bzw. Ehre" bedeutet für Muslime nicht "Toleranz auf Augenhöhe", wie unter europäischen Humanisten anscheinend selbstverständlich, sondern bestätigt sozusagen auf kleinstem Nenner: "Ich habe dich besiegt, ich habe dich erniedrigt" - sozusagen als erstes Djihad-Ergebnis.
Nicht umsonst sagte der biblische GOTT im Alten Testament zu seinem Volk: "Der Fremdling, der bei dir ist, wird über dich steigen und immer oben schweben; du aber wirst heruntersteigen und immer unterliegen. Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird das Haupt sein, und du wirst der Schwanz sein. (5. Mose 28,12)

Eine scharfe Debatte.

Die Geschichte der ersten Minarette in der Schweiz: Als erste Schweizer Moschee mit Minarett wurde 1963 die Mahmud-Moschee in Zürich eingeweiht. Damals reagierte die Bevölkerung wohlwollend auf das Bauwerk. Es zeigte in den Augen vieler die Weltoffenheit Zürichs. Mittlerweile sind drei weitere Moscheen mit Minarett dazugekommen:
Das zweite Minarett gehört der Islamischen Kulturstiftung in Genf (am Wohnort des saudischen Königs Faisal bin Abdul Aziz in 1972) und wurde auf Initiative des 1953 verstorbenen saudischen Königs Khaled bin Abdul Aziz Al-Saud gebaut und 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Schweiz, Willy Ritschard, eingeweiht. Die Kosten für das Grundstück, den Bau und die Ausstattung im Umfang von rund 21 Millionen Schweizer Franken wurden von der Regierung Saudi-Arabiens allein getragen. Die zwei anderen Moscheen mit Minarett stehen in Winterthur und Wangen bei Olten. Daneben gibt es in der Schweiz rund 150 öffentliche Gebetsstätten.

Der Beginn der scharfen Debatten über die "Prävention von Minaretten" in der Schweiz ist im Januar 2005, als eine türkisch-islamische Organisation in Wangen bei Olten das Projekt bekanntgab, "ein symbolisches Minarett" von fünf bis sechs Metern Höhe zu bauen. Das Projekt wurde von den kantonalen Behörden abgelehnt, weil "die Minarett-Höhe nicht die Benutzung des Platzes für religiöse Zwecke und die Praxis der zeremoniellen Gebete" erhöht oder verringert, wie es sinngemäß in der Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts hieß.

Minarette - Symbol der islamischen Herrschaft:

Die Geschichte des Minaretts, wie sie aus historischen und islamischen Quellen hervorgeht, zeigt, daß Minarette als "Symbol der islamischen Herrschaft " dienten, die später erfunden wurden, um den islamischen Sieg über die eroberten Länder zu beweisen.

So war zum Beispiel die Masjid al-Nabawi Moschee in Medina (zweitheiligste Stätte der Verehrung für Muslime nach der Großen Moschee in Mekka), 88 Jahre lang ohne ein Minarett. Dort hatte der Prophet des Islam gesagt: Das Gebet in meiner Moschee ist besser als tausend Gebete anderswo, außer in der Heiligen Moschee / Sahih Muslim: Nr. 1394). Das war zur Zeit der Moschee-Gründung während der ersten Migration des Propheten in Medina am 12. März 622 n. Chr. Erst der Omajjadenkalif Walid bin Abdul Malik befahl in Medina dem Omar bin Abdul Aziz, vier Minarette an den Ecken der Moschee zu bauen.

Andere muslimische Glaubensrichtungen sind in islamischen Ländern verboten:

In Ägypten wurden und werden (akut nach der Schweizer Initiative) nicht nur die Kopten verfolgt, auch der bahaitisch-islamische Glaube ist verboten und es ist ihnen nicht erlaubt, Gebetsräume zu eröffnen. Ähnlich wie den Christen der Kirchenbau, ist in Ägypten auch schiitischen Muslimen der Bau eigener Gebetsräume untersagt. Einzig die radikal-sunnitische Muslimbruderschaft fordert die Vereinigung von Sunniten und Schiiten zum Kampf gegen die "Kuffar = Lebensunwürdigen = Juden und Christen", vgl. *http://de.qantara.de/webcom/-show_article.php/_c-468/_nr-1147/i.html*

Andererseits ist im Iran der Bau von sunnitischen Moscheen verboten. Wiederum in anderen arabischen Ländern mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit ist es verboten, schiitische Moscheen "husseiniyyas" zu erbauen: Die saudischen Behörden z.B. haben im Juni 2008 in der Provinz Khuber drei schiitische Moscheen geschlossen.

Interessant zu unserem Thema ist, was *www.Jihadwatch.org* schreibt: "Tatsache ist, daß saudi-wahhabitische Moscheen keine Minarette haben, weil diese als eine Lästerung (bid'a) betrachtet werden." Moscheen können also sehr gut funktionieren ohne Minarette. In der Schweiz gibt es übrigens seit Jahren mindestens 150 Moscheen!

Das erste Minarett.

Einige Autoren schreiben den ersten Bau eines "Minaretts" um das Jahr 705 n. Chr. der Regierungszeit des Umayyaden-Kalifen Walid zu. Die Umayyaden verlegten damals die Hauptstadt des politischen Islam von Mekka nach Damaskus. Dieses "Minarett der Braut" (es ist auch bekannt als Minarett Alclasp oder "Das weiße Minarett") in der großen Umayyaden-Moschee ist demnach das älteste und erste Minarett in der Geschichte des Islam.

Das Minarett ist auch ein politisches Symbol:

Vorgänger der heutigen Umayyaden-Moschee in Damaskus war der ca. 31 vor Chr. gebaute Jupitertempel als "hoher Platz", es folgte im 4. Jh. eine Basilika, die Johannes dem Täufer geweiht wurde. Nach der islamischen Eroberung der christlichen Hauptstadt Damaskus 635 n. Chr. und dem Eindringen von Khaled bin Waleed und Abu Obeida elgarah wurde die Hälfte als Moschee weggenommen, aber die andere Hälfte blieb zunächst Kirche. Muslime sowie Christen verehrten dortige Reliquien von Johannes dem Täufer. Bis 705 n. Chr. wurde dann im Auftrag des Omajjadenkalifs Walid bin Abdul Malik das ganze Gebäude zur Moschee umgebaut.

Der Bau von Minaretten begann als Reaktion auf die Türme der christlichen Kirchen in Län-

dern, die der Islam eroberte. Sie kommen nicht aus der islamischen Geschichte selbst, wie viele glauben, nicht als integraler Teil der Moschee. Die Kirchtürme ihrerseits waren Symbol für die Erhabenheit des Ortes, in dem die Lehre Jesu Christi gepredigt wird, damit Menschen zum ewigen Jesus - der im Himmel ist - finden können und durch IHN den Weg zur Gemeinschaft mit GOTT als Vater.
Daher das entsprechende Bild der Kirche, der Kathedrale, die als ein "hoher Platz" auf die "Höhe von Christus" hinweist, und der Weg durch diesen hohen Raum zu dem Hohen GOTT. Aber diesen Inhalt kennt der Islam nicht und lehnt ihn vehement ab.

Das Minarett - Islamische Herrschaft über das christliche Damaskus:

Wenn wir die Geschichte von Damaskus, wo die ersten Minarette "gepflanzt" wurden, lesen, sehen wir, daß der Ort vor der Eroberung durch die islamische Armee für die Christen zentral war, um die Lehre Christi zu predigen.
Damaskus fiel im Jahre 333 v. Chr. in die Hände von Alexander dem Großen, dem dann die römischen und griechischen Zivilisationen folgten. Später wurde Damaskus ein wichtiger christlicher Ort, zur Wiege des Christentums, die viele Heilige und Apostel "hervorbrachte, welche die Lehre JESUS überall in der damaligen Welt predigten, vor allem Apostel Paulus, der sich in Damaskus zu dem Herrn Jesus bekehrt hat" (Apostelgeschichte 9).

Das Minarett-Symbol geschichtlich verstehen.

Nachdem Damaskus in die Hände der muslimischen Eroberer gefallen war, erschien es notwendig, den Charakter der Stadt von Grund auf zu ändern. Mit ihrem ehemals führenden christlichen Charakter wurde sie zu einem "Ort des Islams". Das bezieht sich auf die Identität des Siegers. Das Minarett, als "Symbol des neuen Ortes der Sieger ", wurde auf den Ruinen des vormaligen "Großen Doms" als Ort, der ein für allemal besiegt sei, erbaut. Hiervon kann man das symbolische "Minarett-Verständnis" in die heutige Geschichte des politischen Islam übertragen, das Minarett als Symbol für den "Ort der Starken, der Sieger" oder für den "Ort der Eroberer".
Jedenfalls wurde Damaskus Stück für Stück von der "Heimat der Christen" in das "Haus des Islam" transformiert. Ein anderes Beispiel, der Qutb Minar in New Delhi (Indien): Nach dem Sieg der Moslems über die Hindus um das Jahr 1200 begonnen, zwischen 1211 und 1236 als Siegesturm bzw. Minarett fertig gestellt, zum Zeichen der Herrschaft des Islams über besiegte Hindus. Die Osmanen führten die Tradition fort. In Jahrhunderten entstand so ein Islamischer Code:
Minarette als Demonstration des islamischen Codes, das Land zu erobern, bzw. das Land zu islamisieren. Denn nichts anderes ist heilige Pflicht der Muslime. Das Minarett ist bei Weitem mehr als ein "architektonischer Dekor", es ist ein Beweis des islamischen Sieges und der Herrschaft über dieses Land. Man erinnere sich nur an Erdogans Rede in Köln vor wenigen Jahren. Nicht umsonst sagen uns türkische Nachbarn recht freundlich: "Diesmal erobern wir Euch und Europa über die Geburtenrate".
Jonathan Bloom, Professor für Geschichte an der "Boston University" und Spezialist für die Geschichte der Minarette, bezeichnete Minarette als (zunächst) "stille Symbole". Man kann sie als ein Signal verstehen des Wachstums des Islam, der den Sieg hat über alle anderen Religionen und (aus Sicht des Islam) degenerierten Kulturen.
Die deutsche FAZ schreibt am 1.12.2009: "Die Frage, ob ein Minarett die Verkörperung aggressiven islamischen Herrschaftsdrangs oder nur das harmlose Symbol einer friedlichen Religion sei, hätte Sultan Mehmed II. vermutlich nicht einmal verstanden. Selbstverständlich ließ der Osmanenherrscher nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 die Hagia Sophia, schon damals ein jahrhundertealtes Zentrum der Christenheit, umgehend in eine Moschee umwandeln.
Zu den ersten Befehlen des Sultans nach der Einnahme der Stadt gehörte deshalb die Anord-

nung, der Hagia Sophia als unübersehbares Zeichen der neuen Herrschaft ein Minarett aus Holz hinzuzufügen. Bald wurde die hölzerne Übergangslösung durch vier Minarette aus Stein ersetzt, die noch heute das Aussehen des weltberühmten Bauwerks prägen.
Bei dem mittelalterlichen Siegeszug der Osmanen über die orthodoxen Staaten des Balkans, also über Bulgarien und Serbien, aber auch später über die katholischen Ungarn war es nicht anders. Die Errichtung von Minaretten in früheren Kirchen gehörte zu den ersten Manifestationen einer Herrschaft, die zumindest in den südlichen Gebieten des Balkans bis 1912 dauern sollte. Daß die aufständischen Balkanvölker in ihren Kämpfen gegen die Türken dann bevorzugt Moscheen und Minarette zerstörten, war die Kehrseite."

Muslime versagen sich sozialer Integration:

Die Plakate der "Volksinitiative zu Minarett-Verbot" zeigten die Minarette so, wie sie seit Jahrhunderten sind. Die schwarze Farbe warnte davor, die Schweizer Kultur "durchlöchern" zu lassen. Die schwarz vermummte Frau symbolisierte, was letztlich die Schweiz und Europa erleben dürfen, wenn das Scheitern der Integrationspolitik in Europa fortschreitet.
Immer mehr Muslime, gerade auch Frauen, versagen sich der Integration, verstärken über die "Kulturvereine" ihre islamische Mentalität - als muslimisch "Aktive" mißbrauchen sie die europäischen Bürgerrechte, und ihre Staatsbürgerschaften um sich gegen europäische Standards (Sprache, Kultur, Denkweise, eine Philosophie des Lebens) abzugrenzen.

Sorge über europäische Identität:

Ausgehend von Fehlern in der europäischen Politik der Integration und dem Mythos der Entwicklung zum "europäischen Islam" begann die aktuelle Debatte. Zur Hilflosigkeit gegen Terrorakte gesellen sich für den Europäer die Sorgen über die Zukunft der europäischen Freiheits- und Privatsphäre sowie die Vermischung mit den Identitäten der Immigranten, vor allem der "islamischen Identität", deren Gewicht in Europa von Tag zu Tag zunimmt.
Trotz aller staatlichen Bemühungen ist es mit diesem Anliegen nach den Ereignissen vom September 2001 kaum besser geworden. Nachdem Europäer zum Islam konvertieren und die Muslime ihre Identität vermehrt demonstrativ vorführen (z.B. Kopftuchstreit. Drohbotschaften in den Medien), entwickelt sich zunehmend "echte Angst" vor dem Islam.

Keine theoretische Angst:

Es ist offensichtlich, daß die Muslime, die blind an die Lehren des Koran glauben, den terroristischen "Jihad" als Allahs gegeben Weg erklären, um Europa zu islamisieren.
Im Zusammenhang mit der Angst vor der Islamisierung Europas und vor der islamischen Lehre, die mit der Kultur des Minaretts bewaffnet ist, einer "Kultur der Eroberung" gegenüber der europäischen Kultur, die offen ist, entstanden Meinungen, daß eine solche europäische Angst vor dem Islam eine faschistoide Angst vor jedem Anderen, was immer "fremd" erscheint, sei.
Daß die Angst in Europa diese Ansicht nicht unterstützt, sondern widerlegt, zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz den Tempeln anderer Religionen (Hindus, Buddhisten oder der orthodoxen Kirche und anderen nicht die gleiche Haltung wie der "Kampagne zur Minarett-Verbot" gegenüber steht. Dies zeigt, daß die Angst der Schweizer und der übrigen Europäer vor dem Islam in diesem selbst begründet ist.

Gründe für das Minarett-Verbot:

Jean-François Mayer, als religiöser Soziologe einer der bedeutendsten Experten zur Zukunft der Religionen und Autor von "Internet- und Religionsfreiheit" (2008), gibt vier Hauptgründe an, welche die Mehrheit der Schweizer bei der Abstimmung motivierten:
Die Minarette gehören nicht zur Schweizer Kultur und Gesellschaft;
Der Islam ist mehrheitlich intolerant (Bauverbot von Kirchen in islamischen Ländern, massive Christenverfolgungen bzw. Zwangsislamisierung);
Angst vor den Auswirkungen der weiteren Ausbreitung des Islam;
Muslime sollen sich anpassen und wirklich integrieren.

Eigenartiger, muslimisch-orientalischer Wahrheitsgeist:
Der Koran gilt als absolute von Allah gegebene Wahrheit, die nicht hinterfragt werden darf. Aber: Nach der muslimischen Lehre - wenn zwei Muslime übereinkommen, was wahr sei, darf dies als anerkannte Wahrheit gelten. Der Muslim darf in bestimmten Fällen und wenn erforderlich untreu sein und lügen, so im Heiligen Krieg zur Ausbreitung des Islam bzw. gegenüber den "Kuffar = Lebensunwürdigen". Die Scharia als muslimisches Glaubens-, Politik- und Rechtssystem steht über allen anderen Systemen.
Den Grünen "Multi-Kulti-Freunden" sind derlei Grundhaltungen entweder unbekannt oder einfach zu unglaublich. Globale Heilsprediger wiederum malen sich eine friedliche "Neue-Welt-Ordnung" aus, nach Barack Hussein Obamas Devise "We all are ONE, each in its individual divine nucleus". …
Europäische Abwehrhaltungen der Elite und Leute auf der Straße vor der "Kultur der Minarette" besagen, daß ihre Sorgen sich nicht gegen Muslime richten, weil diese ihren Allah verehren. Viele Europäer sind nur bestürzt über "einen muslimischen Geist und das muslimische Denken", der unbedingt alle Gedanken in sein Denken zieht, alle Himmel in seinen Himmel und alle Höhe unter seine Minarette.
Mein Fazit:
Alles ist meinerseits weniger eine Frage der "Freiheit der Religionsausübung" oder "Freiheit zu verehren, wen oder wie man möchte oder was man will", sondern es ist eine Frage der Menschenrechte - also bitte: "Laßt mir meine Freiheit, die ich lebe, Freiheit, die meine Kultur ist, die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist."
Pastor Fouad Adel M. A., Dezember 2009 …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2011 (x892/…): >>**Islamkritik: Staatliches und göttliches Recht**
Bei der säkularen Kritik des Islam in Deutschland und Europa wird häufig gefordert, daß sich alle Anhänger einer Religion den staatlichen Gesetzen beugen müssen, auch wenn diese Gesetze gegen die Gebote dieser Religion verstoßen. Mit diesem Grundsatz werden indirekt auch Katholiken angesprochen. Und vermutlich liegt es in der Absicht der säkularen Islamkritiker, zu denen auch Thilo Sarrazin oder der niederländische Politiker Geert Wilders gehören, göttliche Gebote und damit auch das Naturrecht, den staatlichen Gesetzen unterzuordnen.
Nach Auffassung der überlieferten katholischen Soziallehre kann es im Prinzip keinen Konflikt zwischen dem Naturrecht und dem göttlichen Recht auf der einen Seite und einem gerechten staatlichen Gesetz geben. Viele europäische Verfassungen, so auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche Länderverfassungen nehmen direkt oder indirekt Bezug zum Naturrecht, oder, was dasselbe ist, dem natürlichen Sittengesetz.
Der Islam nun erkennt eine ganze Reihe von Gesetzen des natürlichen Sittengesetzes bzw. des Naturrechts nicht an. Dazu gehört zum Beispiel die rechtliche Gleichheit von Mann und Frau. Insbesondere die Scharia verstößt in mehreren Gesetzen gegen das Naturrecht. Sie kennt zum Beispiel keine echte Toleranz, wie sie das Naturrecht kennt. Auch die Gewaltanwendung gegen Menschen oder das, was der Islam als "heiliger Krieg" bezeichnet, steht im Gegensatz zum Naturrecht. Die darüber hinaus für den Katholiken wesentliche Feindesliebe ist dem Islam völlig fremd. …
Das Naturrecht ist keineswegs eine "katholische Erfindung", wie die Säkularisten und Atheisten nicht müde werden zu behaupten, ohne einen Blick in die Geschichte zu wagen. Wesentliche Grundlagen des Naturrechts finden sich bei den griechischen Sophisten, bei Aristoteles, bei Cicero und ganz besonders im Römischen Recht. Daß die Lehren dieser Philosophen katholisch waren, wird wohl selbst ein halbgebildeter Atheist nicht behaupten wollen.
Die Kritik am Islam muß sich deshalb auf dessen falsche religiösen Lehren und dessen

"Recht" konzentrieren, insofern dieses gegen das Naturrecht verstößt. Und es sind insbesondere die Rechtsauffassungen und die Traditionen des Islam, die nicht mit dem Naturrecht vereinbar sind und deshalb auch mit den Verfassungen europäischer Staaten in Konflikt geraten.
Und da zum Naturrecht auch die Pflicht und das Recht zur Verehrung des wahren Gottes gehört, die Religion des Islam aber objektiv falsch ist, da sie nicht den wahren, dreifaltigen Gott der Liebe verehrt, kann der Islam auch kein Recht auf Verbreitung seiner falschen Lehren beanspruchen. Das Gebot der Toleranz gestattet den Mohammedanern nur die Duldung der Ausübung ihrer religiösen Praxis.<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2011: >>**Migration & Erpressung: Die neue Superwaffe**
Nicht die Distanzierung vom Terror war der entscheidende Grund zur Annäherung des Westens und Gaddafis. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Das Ergebnis einer Erpressung?
Jetzt mögen sie ihn nicht mehr. Dabei haben gerade die Europäer Muammar al-Gaddafi jahrelang hofiert - weil er ein Garant für die sichere Ölversorgung war und weil er ihnen die Migranten vom Leib hielt. Als die Außenminister der EU Mitte Oktober 2004 übereinkamen, sämtliche noch bestehenden Sanktionen gegen den jahrzehntelang als Paria firmierenden Wüstenstaat außer Kraft zu setzen, honorierten sie damit auf den ersten Blick die Aufgabe des libyschen Programms zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, die öffentliche Absage an den Terrorismus sowie nicht zuletzt die Übernahme der Verantwortung für den Bombenanschlag auf den Flug Pan Am 103, dem im Dezember 1988 beim schottischen Lockerbie 270 Menschen zum Opfer gefallen waren.
Tatsächlich spielten diese Maßnahmen jedoch für den Entschluß der Europäer nicht die entscheidende Rolle. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des rasant anschwellenden Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Nicht Geschosse oder Bomben, sondern Menschen waren die Waffen, mit denen Gaddafi die "größte politische und wirtschaftliche Gemeinschaft der Welt" zum Nachgeben gezwungen hatte.
So sieht es die amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill, die mit ihrem Buch die "erste systematische" Untersuchung "dieser in höchstem Maße regelwidrigen Methode der Überredung" vorlegt. Nicht zufällig lehnt sich der Titel - "Weapons of Mass Migration", also "Massenmigrationswaffen" - phonetisch eng an den geläufigen Fachbegriff aus der Welt der Militärs an.
Wenn die Autorin auch betont, daß es sich nicht um eine "Art von Superwaffe" handle, suggeriert der Titel gleichwohl, daß die Migrationswaffen gewissermaßen die "Massenvernichtungswaffen", jener Akteure sind, die nicht über solche verfügen. Für die einen wie die anderen Waffen gilt, daß sie vor allem eine Funktion haben: Sie sind Druckmittel. …
Außer Frage steht, daß der Einwanderungsdruck in den betroffenen Staaten nicht selten genutzt wird, um nach innen wie außen Forderungen durchzusetzen, die mit dem eigentlichen Thema wenig oder nichts zu tun haben. Außer Frage steht auch, daß in aller Regel die den Exodus forcierenden Akteure das Geschehen bestimmen.
In fast drei Viertel der hier untersuchten Fälle waren sie damit jedenfalls teilweise erfolgreich, und zwar entweder auf dem direkten Weg, nämlich durch die Überforderung der Aufnahmekapazitäten in den Zielländern oder aber durch eine mehr oder weniger kaschierte Erpressung, die sich deren moralische oder auch gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme verfolgter Menschen zunutze macht.
Der erste Weg ist für die aufnahmefähigen Staaten der unmittelbar brisantere, der zweite ist für die Akteure der langfristig erfolgversprechendere, jedenfalls gegenüber "liberalen, demo-

kratischen Zielen". Denn zum einen finden die westlichen Gesellschaften bislang kaum zu einer tragfähigen Antwort auf die Frage, ob und unter welchen Umständen man "Menschen gegen ihren Willen zur Rückkehr in ihre Heimat zwingen" darf; zum anderen - und nicht zuletzt deshalb - verfügen sie offenbar über keine geeigneten Mittel, um Regierungen wie die libysche von der Drohung mit der "Migrationswaffe" abzuhalten. So gesehen, berichtet Kelly M. Greenhill auch über die Dilemmata von Demokratien im Zeitalter der Globalisierung. …<<

Der deutsche Professor für Soziologie, Franz Kromka, berichtete am 15. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Entmündigt im eigenen Land**

Wilhelm Röpke, ein Vater unserer Marktwirtschaft, stellte vor mehr als 50 Jahren fest, daß "eine Welt wandernder Nomaden das letzte wäre, was wir wünschen sollten". Ein Blick in einschlägige Statistiken zeigt indes, daß es diese Welt - auch bei uns - längst gibt: 2009 waren rund 28 Prozent der in Deutschland lebenden Personen Ausländer, Eingebürgerte oder Personen mit "Migrationshintergrund". Gegen die Zuwanderung wäre wenig einzuwenden, wenn sie nicht vielfach an die Grenzen integrativer Kraft stieße und sie nicht nur den Einwanderern, sondern auch den Einheimischen nützte.

… Das Beispiel der relativ autonomen Schweizer Gemeinde und des damals gewöhnlich inländischen Zuwanderers vor Augen, schien es Röpke vernünftig, "wenn den Gemeinden und Kantonen oder Ländern eines Staates eine gewisse Geschlossenheit dadurch bewahrt wird, daß nicht jeder, der zuzieht, von vornherein die gleichen Rechte wie die Einheimischen genießt". Alexander Rüstow forderte ein kommunales Kooptationsrecht; denn wenn die Gemeinde "den Zuzug jedes beliebigen Fremden dulden muß, wirkt das auf ihren Gemeinschaftscharakter schlechterdings sprengend".

Nach deutschem Gesetz, das mehr und mehr von sogenannten nichtdiskriminierenden EU-Vorgaben geprägt wird, dürfen Gemeinden Rechte und Ansprüche, die sie den Ortsansässigen zugestehen, den inländischen, aber sehr oft auch den ausländischen Zuwanderern von allem Anfang an nicht vorenthalten. …

Die äußerst verlockenden Sozialleistungen sind neben der Hoffnung auf gut bezahlte Arbeit denn auch die Hauptursache dafür, daß vornehmlich größere Kommunen zur Zufluchtsstätte von Wirtschaftsflüchtlingen geworden sind - nicht selten gegen den Willen vieler Bürger. …

Die Gründerväter hätten sich dagegen ausgesprochen, daß in das "Ideal der komfortablen Stallfütterung" nun gleichsam grenzüberschreitend alle armen Menschen dieser Welt einbezogen werden.

Sie hätten aber nicht die Teilung des heimischen Wohlstandes als das zentrale Problem angesehen - obzwar es auch längst um die Grenzen der materiellen Hilfe geht -, sondern sie hätten uns vor Augen geführt, daß, so Röpke, durch diesen nun immer mehr Menschen zugänglichen "Weg einer mechanisierten Massenfürsorge das Krankheitsbild einer vermaßten Gesellschaft" gewissermaßen globale Züge annimmt. Die staatliche Versorgung hat im Übrigen nichts mit echter Wohltätigkeit zu tun, die immer nur eine freiwillige Hilfe sein kann.

Den Absichten der Marktwirtschaftsväter entspräche es, wenn die immer noch ziemlich planlos verlaufende Einwanderung stärker reglementiert würde. Hinsichtlich der Einwanderung besteht, wie Röpke betonte, "zweifellos nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht jeder Nation, sie einer qualitativen Kontrolle zu unterwerfen, die das geistige Erbe, die politische Tradition, den ethnisch-sprachlichen Charakter und die soziale Struktur des Landes vor einer unter diesen Gesichtspunkten unerwünschten Einwanderung schützt". Gewiß kann die Zuwanderung auch positive Folgen haben, vor allem ökonomische.

… Aber die vielen, die ohne qualifizierte Ausbildung dem tristen Dasein ihrer Heimat entflohen sind, füllen in den westlichen Staaten keine Lücken im Arbeitsfeld. Sie senken vielmehr

die Gesamtelastizität des Wirtschaftssystems.
Aus den Einsichten der Gründerväter folgt, daß der heutigen Einwanderung soziale Sprengkraft innewohnt. Die westlichen Länder sollten sich ihrer Gefährdung bewußt werden …<<
Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**
Super, Deutschland schafft sich ab!
In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.
Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!
Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.
Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.
Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen
Noch erfreulicher: Die Ossis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz … und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.
Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen - "totaler Krieg", "Vollkornbrot" -; wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.
Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: …
Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden. …
Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/…): >>**Islamische Menschenrechtserklärungen**

Die islamischen Menschenrechtserklärungen entstanden vornehmlich aus der Kritik muslimischer Organisationen an der Allgemeingültigkeit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Die Gegenentwürfe basieren denn auch auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den in den UNO-Konventionen enthaltenen Menschenrechten, weichen in einzelnen Punkten aber von diesen ab. Insbesondere sehen die islamischen Menschenrechtserklärungen einen Vorrang des islamischen Rechts vor und räumen Kollektivrechten einen höheren Stellenwert ein.

Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990

Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.

In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). …<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/…): >>**Der Kontext des islamischen Rechts**

Das "islamische Recht" ist kein staatliches Recht, sondern wird je nach Kodifikation in den verschiedenen islamischen Ländern sehr unterschiedlich gelesen und angewandt.

Scharia, Koran & Co.

Sinngemäß bedeutet das arabische Wort *Scharia* "Weg zur Tränke/Wasserquelle" und wird als Überbegriff aller aus dem Koran abgeleiteter Gesetze in einem islamischen Idealstaat verwendet, oft auch als islamisches Gesetz oder islamisches Recht übersetzt. Die Scharia ist aber nicht einfach eine Gesetzessammlung, sondern vielmehr eine Methode zur Rechtsschöpfung. Sie ist dabei Gegenstand … der islamischen Rechtswissenschaft.

Hauptquelle der Scharia ist der *Koran*. Die Heilige Schrift des Islams besteht aus 114 Suren, welche nicht chronologisch, sondern der Textlänge nach geordnet und in sich wiederum in Versen aufgeteilt sind. Weitere Quelle der Scharia ist die *Sunna*, also die Sammlung der Handlungsweisen des Propheten Mohammed; die einzelnen Überlieferungen des Propheten werden *Hadith* genannt.

Bruch mit der Stammeskultur

Die im islamischen Recht niedergelegten Vorstellungen stellten zur Zeit ihrer Einführung im 7. Jh. nach Christus einen Bruch mit den Traditionen der vor-islamischen Gesellschaft dar. Dies betraf insbesondere das Familien- sowie das Strafrecht - auch heute noch die beiden Kernbereiche des islamischen Rechts. Den Frauen verschaffte das islamische Familienrecht teilweise eine bessere Rechtsstellung: So beschränkte der Koran zum Beispiel die Polygamie auf vier Ehefrauen und verlieh den Frauen begrenzte Erbrechte, was in gewissen vorislamischen Rechtskulturen nicht der Fall gewesen war. Das islamische Strafrecht brachte außerdem mit dem vereinheitlichten Strafrecht eine gewisse Rechtssicherheit.

Von europäischen Gesetzen zur Re-Islamisierung

Mit dem Ende des 9. Jh./Anfang des 10. Jh. gilt das klassische islamische Recht als ausgeformt. Im 19. Jh. wurde das islamische Recht nach westlichen Expansionen und Eroberungen weitestgehend durch Kodifikationen europäischen Rechts ersetzt - mit Ausnahme des Familienrechts, welches damit auch zum Symbol islamischer Identität wurde. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. führte die Abgrenzung zu den früheren Kolonialmächten in zahlreichen Staaten - etwa Iran, Libyen, Pakistan, Sudan - zu einer Re-Islamisierung der Gesetze und Verfassun-

gen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 3. April 2014: >>**"Wir haben einen veritablen Bürgerkrieg in Deutschland"**
Der Erfolgsautor Akif Pirinçci schreibt in seinem neuen Buch "Deutschland von Sinnen" gegen das "Irrenhaus Deutschland" an. Im Interview mit der JUNGEN FREIHEIT erklärt Pirinçci, warum er Deutschland liebt und was er gegen "Migrantenindustrie, schwachsinnige Politiker und geisteskranke linke Medienleute" hat.
Sein neues Erfolgsbuch "Deutschland von Sinnen" habe er "in einem dreimonatigen Wutanfall zusammengedonnert", sagt Pirinçci. Hart geht er mit den Grünen ins Gericht, die Deutschland in einen "verkommenen Zustand" gebracht hätten und eine "Mischung aus Schämt-euch-Attitüde, Technikfeindlichkeit, Kindersex-Sehnsüchten, Selbsthaß auf alles Eigene und Deutsche und Überhöhung des Anderen" seien.
"Wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander"
Es gebe ein "links-grün versifftes Dogma, daß Zuwanderung, namentlich islamische, automatisch ein Segen für Deutschland sei". Die Grünen seien dafür verantwortlich, daß sich Einwanderer heute nicht mehr assimilierten. "Das funktioniert aber nicht, spätestens wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander. Dann hat er sich ausgetanzt, der Karneval der Kulturen", betonte Pirinçci.
Zur These, daß junge Muslime durch ihre Gewalttaten lediglich ihre Minderwertigkeitskomplexe abreagieren würden, erklärt Pirinçci, "daß nichts und niemand so viel Selbstbewußtsein hat wie ein Araber oder Türke, der einem Deutschen am Bordstein das Hirn aus dem Schädel tritt. Und ich glaube, daß die Zahl der so Ermordeten bewußt geheimgehalten wird, da sonst offenbar werden würde, daß es sich um einen veritablen Bürgerkrieg handelt."<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. Oktober 2014: >>**Unsere Straßen, ihr Kampf**
In Celle sind Moslems und Jesiden mit Knüppeln, Steinen und Flaschen aufeinander losgegangen. In Hamburg drohten Kurden und Salafisten sich die Köpfe mit Eisenstangen und Macheten ein- und abzuschlagen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders, sprach sichtlich geschockt von Bürgerkriegsszenen und äußerte die Erwartung, daß dies erst der Anfang sei.
In Mainz, Hamburg und im Ruhrgebiet konnten Bahnhöfe nicht angefahren werden, weil Kurden die Gleise besetzt hielten. In München wurde die CSU-Parteizentrale besetzt, in Köln das Gebäude der Deutschen Welle gestürmt. Auslöser ist der Terror der Armee des "Islamischen Staates" im Nahen und Mittleren Osten. Deutschland soll durch die Aktionen zu einer aktiveren Politik veranlaßt werden.
Es wird noch schlimmer kommen
Was in jenen Regionen geschieht, ist schlimm. Doch das überstrapazierte Wort von der "deutschen Verantwortung" ist völlig fehl am Platze, denn weder ist der Konflikt eine Konsequenz deutschen Handelns, noch existiert eine politische Ethik, die einem Land befiehlt, sich in die Geiselhaft externer Konfliktparteien zu begeben und die Politik von ihnen bestimmen zu lassen. Trotzdem sind wir Geiseln - und zwar durch das schiere gewaltfähige Massenpotential, das sich aus der ungesteuerten, zumeist muslimischen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ergibt.
Und es wird noch schlimmer kommen. Denn nicht über die verübten Land- und Hausfriedensbrüche wird diskutiert, nicht über den Zustand vollendeter Erpressung und vor allem nicht über die Notwendigkeit, die Zuwanderung endlich zu drosseln, sondern darüber, immer mehr Neuankömmlinge flächendeckend über das ganze Land zu verteilen. Es wurde sogar beschlossen, die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei zu intensivieren und auf diese Weise zu signalisieren, daß man sich mit der Ausweitung der muslimischen Zuwan-

derung abgefunden hat.

Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos?

Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos und gestattete anderen Völkern, ihre Konflikte herein- und unter religiösem Vorzeichen hier auszutragen? Im Kalten Krieg bildeten die beiden deutschen Staaten jeweils das vorgelagerte Gelände für die verfeindeten Supermächte und waren ihre Nukleargeiseln. Eine andere Vergleichsgröße ist der Dreißigjährige Krieg, als Deutschland das Schlachtfeld für die Machtkämpfe der Nachbarstaaten bildete.

Noch sind es Stellvertreterkriege, die auf unseren Straßen ausgetragen werden, doch ihre Methodik kann auch benutzt werden, um etwa die Gleichberechtigung der Scharia oder Autonomierechte in Deutschland einzufordern. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht auf uns, sie betrifft ganz Westeuropa. Vermeintliche Realisten beschreiben sie als Teil einer neuen, globalisierten Normalität, an die man sich eben gewöhnen müsse. Doch auch sie scheuen sich, die schon sichtbaren Folgen der Entwicklung auszuformulieren. Wir haben es mit mehreren Tendenzen zu tun, die sich überlagern und gegenseitig dynamisieren, ohne deckungsgleich zu sein. …

Karl Marx hatte im "Kommunistischen Manifest" die Beseitigung aller historischen Bindungen, Traditionen und Grenzen durch den Kapitalismus gefeiert, weil er darin die Voraussetzung für eine weltweite Gemeinschaft freier Menschen erblickte. 150 Jahre später begnügte der Neoliberalismus sich mit der Vision des gleichgeschalteten globalen Einheitskonsumenten. Diese ökonomisch determinierte Ideologie ist von Globalisierungsplanern in eine politische überführt worden.

Der amerikanische Militärstratege Thomas Barnett beispielsweise plant die Welt von morgen als "multikulturelle Freihandelszone", in der Frieden, Freiheit, Demokratie und Ausgewogenheit gedeihen. Die Staaten fungieren lediglich als durchlässige Einheiten für Waren-, Kapital- und Menschenströme, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Angleichung sorgen. Es ist eine total vernetzte, aber keineswegs herrschaftsfreie Welt. Die Macht liegt bei denen, die die Kommunikations- und Handelswege, die Datenarchive und die globale Begriffsbildung kontrollieren. In dieser Perspektive erscheinen die europäischen Nationalstaaten als sentimentaler Plunder, und die Migrationsströme bilden eine Humanwaffe zu ihrer Entmachtung. …

Allerdings hat diese Politik unvorhergesehene Nebenwirkungen. Die islamische Welt verknüpft mit der Globalisierung ganz eigene Absichten. Sie ist, um einen Ausspruch des türkischen Präsidenten Erdogan zu variieren, der Zug, auf den sie aufspringt. Hilflos erleben die Europäer, wie das Demokratie- und Menschenrechtsvokabular sich gegen sie wendet.

Die Verteidigung der "nationalen Priorität" und "nationalen Identität" sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte, die Europäer hätten die Zuwanderung, die Migrantenrechte und die multikulturelle Zukunft ihrer Staaten gefälligst zu akzeptieren, tönt der UN-Menschenrechtsrat, wo die islamischen und Dritte-Welt-Staaten die Mehrheit haben. Die immer schärferen Gesetze gegen "Volksverhetzung" und "Haßverbrechen", der Kampfbegriff "Islamophobie" … oder das aufdringliche Loblied auf die Beiträge des Islam zur europäischen Kultur sind keine Zufälle oder Einzelentscheidungen. Sie beruhen auf langfristigen Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit.

Dies geschieht einem Europa, das von historischen Schuldgefühlen geplagt und in Terrorfurcht erstarrt ist, das sich in jeder Hinsicht - auch auf seinem ureigenen Territorium - auf dem Rückzug befindet. Erst von hier aus erschließt sich die volle Bedeutung dessen, was dieser Tage auf unseren Straßen passiert ist, ob in Celle, Hamburg oder anderswo.<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>… Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch

nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 27. Mai 2015 (x893/…): >>**Totalitäre Tendenzen im Islam und ihre Gegenstrategien - Islam und Gewalt**

Der Islam ist nach Mohammeds Beispiel und Weisungen ein religiös-politisches System, das verfassungsfeindliche und totalitäre Tendenzen enthält. Der freiheitlich-demokratische Staat hat die Pflicht, diese politischen Dimensionen von Koran und Islam zu bekämpfen.

1. Das Programm des salafistischen Islam ist verfassungsfeindlich

… Mit Recht schätzt die hessische Regierung den salafistischen Islam als eine politisch-religiöse Kraft ein, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, indem sie die Verfassung und Rechtsordnung durch ein koranbasiertes Scharia-System ablösen will.

2. Totalitäre Tendenzen im politisch-religiösen System des Islam

Der Salafismus ist eine radikal-islamische Sammlungsbewegung, zu der mit graduellen Unterschieden die Taliban oder Al-Quaida, der Islamische Staat, Boko Haran, aber auch der saudi-arabische Wahabismus, die ägyptische Muslimbruderschaft und andere Islam-Gruppen gehören. Sie wollen die Lehren und Institutionen des Frühislam wiedereinführen – einschließlich einer strikten Anwendung der Scharia.

Die Orientierung an den Weisungen und Taten Mohammeds impliziert einen politischen Islam als religiös orientiertes Herrschaftssystem: …

Die Nachfolger Mohammeds sahen sich als religiös-politische Machthaber, die Allahs Herrschaft über Muslime und Nichtmuslime durchzuführen hatten. Dazu erließen sie die koranbasierten Scharia-Gesetze, setzten Scharia-Richter ein und kontrollierten die Durchsetzung, also eine Staatsführung in Gewalteneinheit.

Diesem System ist eine Mitbeteiligung der Bürger, politische Willensbildung auf Interessenbasis, Wahlen und parlamentarische Repräsentanz fremd, von dem Recht auf Opposition ganz zu schweigen.

Denn die Scharia-Grundordnung legt einerseits die Formen staatlicher Institutionen und deren Handeln fest - etwa die Strafbestimmungen für die Untertanen, andererseits stellt sie die 'Unterworfenen' - Islam heißt 'Unterwerfung' - in ein umfassendes System von privat- und zivilrechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Regelungen, die das Leben der Untertanen bis in letzte Verästelungen regulieren. Aus diesen beiden Ansätzen ergeben sich die totalitären Tendenzen, die bei radikal-islamischen Gottesstaaten festzustellen sind.

Die Scharia läßt weder eine Pluralität von Meinungen noch von Interessen oder Lebensformen. Aus dem theologischen Ansatz der allumfassenden Oberherrschaft Allahs ergibt sich, das es Menschen- und Freiheitsrechte 'von Natur aus' im Islam nicht geben kann.

Mohammed bestimmte durch sein Vorbild und seine Weisungen, daß die Muslime für die Herrschaft des Islam bzw. Allahs Herrschaft als einzig wahre Religion auch mit Gewalt gegen die "Ungläubigen" kämpfen sollten.

Es ist unübersehbar, daß eine programmatische Propagierung des klassischen Islam als ein politisch-religiöses System frontal gegen alle wesentlichen Elemente der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung unseres Gemeinwesens gerichtet ist.

3. Junge Muslime werden in deutschen Moscheegemeinden zu islamisch motivierter Gewaltbereitschaft - und damit auf den Dschihad vorbereitet

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß in Koran und Islam selbst eine religiös fundierte Gewaltbereitschaft ebenso wie Distanz und Ablehnung unserer Verfassungsordnung angelegt ist. Aus dem Ansatz des klassischen Islam zu Gottesstaat und Gewalt erwachsen immer wieder neu die gewaltbejahenden Bewegungen wie der Salafismus.

Die verwunderte Frage von Politikern, warum derzeit so viele junge Moslems sich so leicht

und so schnell zunächst den salafistischen Predigern und dann den IS-Dschihadisten zuwenden, ist leicht zu beantworten: Der Radikalisierungsprozeß ist auf dem Boden des in Deutschland gelehrten Islam gut vorbereitet.
Neuere Untersuchungen bestätigen die Ergebnisse der früheren Studie von Heitmeyer und anderen zur politisch-religiösen Disposition von muslimischen Jugendlichen: Zwischen 30 und 50 Prozent aller muslimischen Jugendlichen, die in der islamischen Kerngemeinde sozialisiert wurden, sind von einer verhängnisvollen Trias geprägt:
Islamisch fundierter Überlegenheitsanspruch: "Der Islam ist die einzig rechtgläubige Religion. Alle andere Religion sind nichtig und falsch, deren Angehörige 'Ungläubige'." Zustimmung: 56 Prozent.
… Bis zu 40 Prozent der muslimischen Jugendlichen in Deutschland befürworten physische Gewalt, Erniedrigungen und auch Tötung feindlicher Ungläubiger, "wenn es der islamischen Gemeinschaft dient."
Distanz bis Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates, der säkularen Justiz- und Rechtsordnung, Ablehnung von Wahlen und Parlament, Befürwortung der Todesstrafe bei Konversion vom Islam …
… Die hauptsächliche Triebkraft für die deutschen Muslime, die nach Syrien in den Dschihad ziehen, besteht - im Islam. "Ich bin wegen der Religion des Islam hier in Syrien", hatte der kürzlich in Frankfurt verurteilte Syrien-Rückkehrer Kreshnik B. seiner Schwester gesagt.
Eine politisch-gesellschaftliche Strategie gegen salafistische Werbung zum Dschihadismus wäre demnach völlig unzureichend, wenn sich die Bekämpfung nur gegen die Prediger und Theorien des Salafismus' richten würden, ohne die Politik- und Gewaltansätze des Islam in Koran und Scharia zu berücksichtigen.
In den Moscheen der sogenannten gemäßigten Muslime wird der gleiche Islam gelehrt wie in denen der Salafisten. Das zeigen die oben angeführten Befragungsergebnisse bei muslimischen Jugendlichen. …
Bisher hat die Bundesregierung durchweg Schriften und Schreiber gefördert, die Loblieder auf alle Schattierungen des Islam sangen und Kritik als Islamophobie diffamierten. Beispiel für die staatlich unterstützten und gewollten Tendenzschriften ist das Sammelwerk des Deutschen Kulturrates mit dem Titel: Islam-Kultur-Politik vom Januar 2011. Nachdrucke von diesen und anderen Islam-Schmeicheleien erschienen im September 2013.
Einer der Desinformatoren zum Islam ist Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Er schreibt: "Der Islam mit seiner 1.400-jährigen Geschichte belegt ja nur allzu deutlich, daß er friedliche Absichten hat, niemand kann das leugnen."
Für de Maizière gilt Mazyek als Vertreter eines "aufgeklärten Islam", in Wirklichkeit zeigt dieser Mann, daß er und die deutsche Muslimschaft noch im islamischen Mittelalter stecken geblieben sind, als man die Leute mit Märchen und Legenden beeindrucken konnte.
Mazyek läßt von realistischer, gar selbstkritischer Sicht auf den Islam keine Spur erkennen. In der aktuellen Islam-Debatte vertritt er die Meinung, daß der Salafismus, also die strikte Anwendung von Koran und Scharia, nichts mit dem "wahren Islam" des Korans gemein hätte. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/…): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**
Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht."*

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.
Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. …
Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.
Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaubwürdigen Parole."*
Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.
Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampfgemeinschaft entwickelt haben.
"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."
Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."
"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."
Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.
Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich,

um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. "*In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*
Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*
Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.
Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.
"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspiriert hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."
In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.
Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, "*war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution.*"
Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.
Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure "*enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*
Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.
"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. … Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."
"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."
"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift

sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".
Das Endziel ist erst erreicht, "*wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*
"*Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.
Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.
Der Dschihad "*als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*
Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.
"*Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren. In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist "*die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren* (vom 7.-8. Jahrhundert) *ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*
Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. "*Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*
"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syra-

kus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).
Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."
Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."
"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."
Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: "*Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*
Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfene streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.
"*In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfene, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.*
Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."
Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort
Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.
Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auf-

trag an die Muslime.
Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.
Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.
So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:
"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."
Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1800 Mitglieder." (Wikipedia)
Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.
Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".
"*Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei *von Hause aus* - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.
"*Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.
Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.
Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: "*Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die ´Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2015 (x887/...): >>**Blutiger Wahnsinn**

Einwanderungsgesetz: Was die Protagonisten in Wahrheit anstreben

Nun unterstützt auch CDU-Chefin Merkel ein Gesetz zur Einwanderung. Was damit bezweckt wird, führt geradewegs ins Chaos. …

Vordergründig geht es um die Bündelung der bislang in zahllosen Gesetzen und Verordnungen zersplitterten Zuwanderungsregelungen, die es Ausländern ermöglichen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. In der Tat hat sich hier ein gesetzlicher Dschungel ausgebreitet, der nicht selten zu Ergebnissen führt, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Warum sollte hier nicht endlich Klarheit geschaffen werden?

Doch die Kritiker in der Union sind nicht etwa gegen Klarheit, sie ahnen vielmehr, daß es in Wahrheit um etwas anderes geht. Protagonisten von SPD, Grünen und Linkspartei sagen offen, was sie wirklich anstreben: Auf keinen Fall solle so ein Gesetz das bisherige Ausmaß von Zuwanderung begrenzen. Das Wichtigste sei, daß es nicht weniger, sondern mehr Einwanderung gebe, schallt es aus den Reihen von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei. …

Strenge Auswahlkriterien, die nur solche Ausländer ins Land lassen, die Deutschland benötigt, die integrationswillig und -fähig sind, werden gerade von den Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes verbissen bekämpft. Also dürfte ein Gesetz entstehen, das die deutschen Belange ganz hinten anstellt.

Dies in einem Land, in dem die Integration vieler schon hier lebender Einwanderer krachend gescheitert ist. Dieser Tage erst tauchte ein internes Polizei-Papier aus Nordrhein-Westfalen auf, das Dramatisches enthüllt:

In etlichen Städten habe die Polizei die Kontrolle über ganze Straßenzüge an arabische, türkische, rumänische und bulgarische Clans verloren. Sie herrschen jetzt dort, Anwohner und Geschäftsleute werden eingeschüchtert, schweigen aus Angst.

Dies ist nur eine Meldung von Tausenden, die zeigen: Wenn Einwanderung nicht endlich klar gesteuert und begrenzt wird, droht ein blutiges Desaster. Die Antwort der Politikermehrheit darauf aber lautet: "Mehr Einwanderung!" Das Resultat einer solchen Politik heißt Bürgerkrieg.<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin, Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat, berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHE" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>**Europa schafft sich ab**

Als vor fünf Jahren mein Buch **"Deutschland schafft sich ab"** erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele

persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte. …

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert. …

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn. …

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.
Dies aber wiederum ist irreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen. …
Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar. Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.
3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.
Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.
Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.
Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen.
Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt - ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging -.
4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe - genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber - Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demographischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.
Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch Problemleugnung will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen,

daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

Der US-amerikanische Investor George Soros berichtete am 2. Oktober 2015 in der Tageszeitung "Die Welt": >>**Plan für Europas Flüchtlingskrise**

Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden. …

Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen

Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.

Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.

Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.

Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.

Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling

Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. …

Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg. …

Orbáns Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln. …

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/…): >>**Die Völkerwanderung**

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

DIE VÖLKERWANDERUNG

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orban, werden als Rechtsradikale verschrien. …

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylanten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert? Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas.

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.

Frau Aydan Özoguz, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen. …<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

… Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. … "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!"

Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.
Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit vom 11.9.2015. Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang. …
In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.
Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."
In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar.
Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.
Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen. …
Immer öfter wird … die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. …
Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.
Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.
Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.
Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das

nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.
War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?
Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? …
Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften. Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.
Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet des Nahen Ostens ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen."
Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." - Sure 61, Vers 9 -
Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden. Ernst genommen haben das nur wenige, leider.
Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft - siehe Sure 61, Vers 9 -. Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten juden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.
Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke.
Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung bzw. der Einwanderungs-Dschihad ein probates Eroberungsmittel war, das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 nach Christus anwendete. Nach

seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand. Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben."
Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.
Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. … Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah bzw. Weltgemeinschaft und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen."
Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.
Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. …
Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.
Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als einstmals bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:
"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister.
"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister.
"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.
"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen.
"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin.
"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments.

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"
Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.
Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.
Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.
Auch ein Volk kann sich ändern, und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.
Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zu Gunsten des Islam zurückzudrängen.
Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.
Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greueltaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle. …
Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.
Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.
Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen

Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:
"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde."
Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa. Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. …<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**
Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.
"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.
Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichtsdeterminismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>**Islam - Wo der Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet**
Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.
Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi
Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild. …
"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran
Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise rechts und links Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."
Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.
Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, Vers 6-7, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irregehen!" Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

Das Erbe von Medina

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma - die Gemeinschaft der Muslime - wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe.
Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dementsprechende Praktiken hervor. …
Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. …
Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<
Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>… Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**
- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.
- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.
- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.
Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Ex-**

empel statuiert werden

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migranten-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein *FAZ*-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulurrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), straffällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden.

Hierzu fehlt allein der politische Wille.
Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.
Wann endlich handelt diese Regierung?
Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.
Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!
Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!
An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg
Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.
Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 20. Januar 2016 (x893/…): >>**Der Islam gehört nicht zu Deutschland, da er den Grundrechten widerspricht**
Der Islam, Deutschland und das Grundgesetz
Nicht erst seit den Kölner Vorfällen bestehen Zweifel, ob sich Menschen aus dem islamischen Kulturkreis in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung integrieren lassen - oder das überhaupt wollen. Selbst liberal geltende Islam-Verbände verstecken ihre Vorbehalte gegenüber Grundgesetz und Menschenrechten in wohlklingenden Formeln - eine Form der islamisch erlaubten Taqyya-Täuschung. Aus diesem Grunde wäre es politisch verantwortungslos, den Islam-Verbänden einen staatsrechtlichen Status im Sinne von Artikel 7 GG zu geben.
Zwischen der SPD und der Partei der Grünen wurde kürzlich ein Dissens deutlich zu der Frage, wie die staatsrechtliche Stellung der muslimischen Verbände einzuschätzen sei. Justizminister Heiko Maas sprach sich dafür aus, die muslimischen Verbände bald als Körperschaften öffentlichen Rechts anzuerkennen.
Der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir nannte solche Pläne abenteuerlich. Er möchte die bestehenden Islam-Verbände nicht als Religionsgemeinschaften im Sinne von Artikel 7 des Grundgesetzes aufwerten. …
Menschenrechte sind von Natur aus gegeben und damit unveräußerlich …
Die europäischen Menschenrechte sind im 17. Jahrhundert auf der Basis der christlich inspirierten Naturrechtslehre formuliert worden. Das heißt, die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums

gelten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie gelten als angeboren und das heißt: von niemandem gewährt. Sie können deshalb auch nicht entzogen werden. Das wird mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Da die Menschenrechte vorstaatlichen Charakter haben, steht der Staat in der Pflicht, sie zu gewährleisten.

… Islamische Rechte werden von Allah gewährt - und entzogen

Die koranbasierten Individualrechte dagegen werden als von Gott kommend behauptet. Sie werden ausdrücklich als gewährte Rechte eingestuft, die logischerweise auch wieder entzogen werden können. Insofern sind sie überhaupt keine einklagbaren Rechte, sondern Gaben oder Geschenke von Allah. Als solche werden die sogenannten islamischen Menschenrechte der Kairoer Erklärung von 1990 auch formuliert - z.B.: *Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Deshalb ist es verboten, einen Menschen zu töten, außer wenn es die Scharia verlangt*.

Grundsätzlich werden alle islamischen Menschenrechte unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Die im Koran verankerten vermeintlichen Individualrechte, in Wirklichkeit gegebene - *positive* - islamische Gesetze, stehen also im eklatanten Widerspruch zu den westlichen Menschenrechten. Das ist der Grund, warum die muslimischen Verbände keine vorbehaltlose Anerkennung zu den Grundrechten unserer Verfassung abgeben. …

Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

… Er wurde abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 28. Dezember 2015

… Millionen einwandernde Muslime kommen nach Europa mit Identitätsvorgaben, die mit den Grundprinzipien der westlichen Welt und ihren nationalen Identitäten nicht vereinbar sind.

Wie sollen diese Migranten in unsere politische Kultur integriert werden, wenn schon die seit Jahrzehnten angeblich "integrierten" Muslime die westlichen Menschenrechtsgrundsätze nicht akzeptieren?

In der Islamischen Charta, 2002 vom Zentralrat der Muslime in Deutschland verabschiedet, wird im Artikel 13 behauptet, die "im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechte" seien von gleicher Art wie die "westlichen Menschenrechtserklärungen". Doch die von Natur aus oder von Geburt an bestehenden Menschenrechte werden von niemandem "gewährt" und können deshalb auch nicht entzogen werden.

Als "unverletzliche" vorstaatliche Rechte hat der Staat sie zu "gewährleisten". Was dagegen - koranbasiert - von Gott gewährt wird, sind überhaupt keine einklagbaren Rechte, allenfalls Gaben und Geschenke.

Als solche werden diese sogenannten Individualrechte auch in der Kairoer Erklärung der islamischen Länder von 1990 bezeichnet - und unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Somit wird klar, dass selbst die deutschen Muslim-Verbände nicht die westlichen Grund- und Menschenrechte vorbehaltlos akzeptieren und anerkennen wollen. Wie soll es dann "geschafft" werden, Millionen muslimische Einwanderer in unsere grundgesetzliche Leitkultur zu integrieren? …<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6

Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.
Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.

Herausforderung für den Arbeitsmarkt

Die Bundesagentur für Arbeit geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."
Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<

Die deutsch-französische Analystin Florence Gaub berichtete am 22. Februar 2016 in der deutschen Internetzeitung "IPG-Journal" (x899/…): >>**Was den "Islamischen Staat" zur Sekte macht**

… Immer wieder betonen Politiker wie der amerikanische Präsident Barack Obama und sein Außenminister John Kerry, dass der "Islamische Staat" eine Sekte sei. Aber sie sagen nicht, warum und was dies bedeutet - für den Verfassungsschutz, die betroffenen Familien und natürlich auch für jene, die sich ihm anschließen. Denn was Sekten so gefährlich macht, ist nicht unbedingt ihre Weltanschauung, sondern die Art und Weise wie sie ihre Mitglieder rekrutieren, behandeln und einsetzen.
Religionen und Sekten unterscheiden sich nicht in der Theologie - nicht umsonst ähneln sich die Rhetorik des IS und der saudischen Kleriker -, sondern in der Gestaltung der Beziehung zu ihren Mitgliedern. Während Religionen ein Mindestmaß an Diskussion und Interpretation zulassen, legt in Sekten einzig die Führungsriege die allgemeingültige spirituelle Wahrheit fest. Während Religionen einen Verstoß gegen die Grundsätze nicht oder nur milde bestrafen, werden in Sekten brutale Strafen verhängt und vollzogen.
Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft wird zwar nicht gern gesehen, ist jedoch möglich. Bei Sekten kann der Austrittswunsch zu Verfolgung und Tod führen. Wenngleich der Islam die Todesstrafe für Apostasie vorschreibt, wird dies in den wenigsten muslimischen Staaten auch umgesetzt; in den letzten 20 Jahren sind nur zwei Muslime hierfür hingerichtet worden, 1994 im Iran und 2014 im Sudan.
Der Grund für all diese Maßnahmen ist simpel: Während Religionen das Wohlergehen der Gläubigen zum Ziel haben, streben Sekten autoritäre Systeme an, in denen sie die totale Kontrolle über die Mitglieder haben. Zu diesem Zweck versuchen sie, ihre Mitglieder so weit wie möglich von deren ursprünglichem sozialen Umfeld zu isolieren und diese Bindungen durch Kontakte mit der Sekte zu ersetzen. Die Sekte gibt dem Leben Struktur und Sicherheit, macht es durch klare Regeln vorhersehbar. Die Sekte vermittelt dem Mitglied ein Wir-Gefühl und gibt seinem Leben einen Sinn. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. April 2016: >>**Soros und die Menschenschlepper**

In einem Interview benannte der ungarische Premier (Viktor Orban) die treibenden Kräfte hinter der Flüchtlingsinvasion: Ein internationales Netzwerk aus Aktivisten, Ideologen und

Geschäftemachern betreibt die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten.
Schauen Sie es sich an, nicht nur die Völker Europas sind dabei, zu erwachen, sondern jetzt formulieren auch schon immer mehr Regierungen, daß die Grenze keine schlechte Sache ist, sie dürfe aber nicht offen sein, die Grenze müsse kontrolliert werden. Und es taucht auch eine andere Frage auf - im Laufe der Zeit erhält sie ein immer größeres Gewicht:
Wer hat die Führer Europas oder einige seiner Führer dazu ermächtigt, solch eine Politik zu betreiben? Wann ist das geschehen und wer hat es getan? Dies ist ein demokratischer Kontinent, wann hat man und wer hat darüber abgestimmt, daß hierher illegal millionenfach Menschen von außerhalb unseres Gebiets hereingelassen und diese dann verteilt werden? Wo haben wir hierüber entschieden? Weder im Rahmen nationaler Parlamentswahlen ist solch eine Entscheidung gefällt worden, noch ging es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament um solch eine Frage.
Das, was heute geschieht, entbehrt der demokratischen Grundlage. Mag sein, daß es liberal ist - wie das in Brüssel viele glauben -, doch es ist keinesfalls demokratisch. Man kann die Meinung der Menschen nicht negieren, sie außer Acht lassen, man muß sie zu einem gewissen Maße - natürlich am besten so stark wie möglich -, man muß die Meinung der Menschen in die politische Entscheidungsfindung einbauen. Es gibt keine europäische Politik ohne den Respekt für die Meinung der Bürger in den Mitgliedstaaten. Heute geschieht dies aber, und hieraus können auch eine innere Spannung und eine Krise der Demokratie in Europa entstehen, was wir vermeiden sollten.

Sturz in die Anarchie

Und es gibt noch eine Erscheinung, die man ansprechen muß, denn schließlich: Worauf war unser Kontinent stolz? Selbstverständlich war er stolz auf seine wissenschaftlichen Entdeckungen, auf seine Hochkultur, stolz auf seinen Wohlstand. Wenn auch im Weltmaßstab im Wettbewerb die von unserer Wirtschaft eingenommene Position schwächer wird, so sind wir immer noch der Kontinent in der Welt, auf dem es sich am besten leben läßt. Es gibt einiges, auf das wir stolz sein können, doch worauf wir am meisten stolz waren, war, daß man hier frei sprechen konnte, daß hier Gedanken-, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Rede herrschten. Jetzt schauen Sie sich nur an, wohin wir gekommen sind.
Das Wort "Zaun" kann man nicht mehr aussprechen. Nicht, weil der österreichische Bundeskanzler dieses Wort nicht kennt oder seine Lautbildungsorgane auf einmal gelähmt wären! Sondern es hat sich in Europa ein Meinungsklima, ein Hauptstrom, ein solcher Druck herausgebildet, eine derartige Meinungsunterdrückung, daß die Politiker es gar nicht wagen, im Zeichen einer anderen Konzeption, eines anderen Gedankenganges das Wort zu ergreifen. Grenze, Zaun, Kontrolle, Nationalstaat - dies sind heute in Europa für die gewählten führenden Politiker gefährliche Ausdrücke. Nun, so weit sind wir gekommen…

Gier und Ideologie

Heute bewegen meiner Ansicht nach zwei Dinge den Flüchtlingsstrom, diese Migrantenflut, diese Invasion. Das eine ist das Business, das Geschäft. Heute ist also der größte Auftrieb nicht der Krieg und nicht das Elend und die Unsicherheit, denn sie kommen gar nicht mehr aus einer Kriegsregion. Aus der Kriegsregion sind die Menschen schon in Flüchtlingslager gegangen, wo sie heute in keiner unmittelbaren Lebensgefahr mehr sind. Es strömen also Menschen, die in keiner unmittelbaren Lebensgefahr sind, nach Europa hinein, und dies ist deshalb so, weil die Menschenschlepper ein Schleppernetz aufgebaut haben, das mehrere zehntausend Menschen beschäftigt.
In Deutschland sind auch Schätzungen über die Größenordnung der Summe veröffentlicht worden, die im Laufe eines Jahres auf der ganzen Welt und auch gesondert in Europa bewegt wird. Dies ist eine riesige Summe, und heute ist dies das Geschäft, so wie wir dies auch auf zahlreichen anderen Gebieten der Welt, das heißt auf anderen Gebieten des Lebens, sehen:

Das Geschäft und das Geld bewegen diesen Strom. Die Menschen werden geradezu angeworben, damit sie kommen.
Und die zweite Sache sind die Aktivisten. Es gibt eine Denkweise in Amerika und in Europa, im Westen, sie verfügt über ein ausgebautes Netz von Aktivisten. György (George) Soros - nur damit auch wir Ungarn erwähnt werden - steckt da mit drin, sein Name symbolisiert vielleicht am stärksten jene, die alles unterstützen, was die Nationalstaaten schwächt, alles unterstützen, was die gewöhnliche europäische Lebensweise verändert, von den Fragen der Lebensweise bis hin zur Einwanderung.
Diese Aktivisten, die den Einwanderern helfen, werden im Grunde unwillentlich Teil dieses internationalen Menschenschleppernetzwerkes. Diese beiden Dinge schieben die Menschenmassen hoch nach Europa, während in Brüssel Menschen sitzen, die vorerst ratlos sind, Papiere fabrizieren und keine Entscheidungen fällen, und unter denen sich im Übrigen ebenfalls sehr viele Menschen befinden, die wie diese Aktivisten denken.
Nicht aus dem Blickwinkel der nationalen Verantwortung, der Verantwortung gegenüber der eigenen Nation, der Verantwortung für die kulturelle Identität Europas betrachten sie diesen Prozeß, sondern ganz anders: in einer abstrakten Menschenrechtsdenkweise. Die hat ihre eigenen Theorien, diese sind niedergeschrieben und veröffentlicht worden. Worüber ich spreche, ist keine Wahnidee, sondern ein publizierter, niedergeschriebener Gedanke, von sehr ernsthaften, sehr hochgeschätzten europäischen linken Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern.
Von dem aus gesehen ist das, was jetzt geschieht, diese Einwanderungsflut, keine schlechte Sache, sondern eine gute Sache, die ihnen dabei hilft, daß ein von ihnen erdachtes Europa entsteht. Wir verstehen dies nicht, denn es steht im Gegensatz zur Vernunft, wir denken ganz anders. Es ist schwer, einem ungarischen Menschen zu erklären, was jetzt geschieht: daß von außen, durch eine Invasion, gegen unseren Willen die kulturelle Identität unseres Kontinents und unserer Heimat verändert wird. Was ist gut daran? Wir verstehen das nicht, aber es gibt Menschen, die davon leben, hierüber Theorien herzustellen, Bücher zu schreiben, Aktivisten auszubilden und diese dann in den verschiedenen Teilen der Welt zu stationieren und sie im Zeichen dieses Gedankens und dieses Geistes wirken zu lassen. Dies ist heute ein Bestandteil der modernen Welt.<<
Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**
Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.
Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.
"Moscheen sind unsere Kasernen"
Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:
"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."
Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2016 (x887/...):

>>**Gemetzel statt Grundgesetz**

Der Islam sei verfassungsfeindlich, behauptet die AfD - Staatsrechtler und Religionswissenschaftler stimmen zu

Das Grundgesetz nimmt die Religionen in Schutz, aber wer schützt eigentlich das Grundgesetz vor der Religion? Als göttlich legitimiertes Rechtssystem mit totalitärem Ansatz, als hochpolitische Glaubensrichtung mit Weltherrschaftsanspruch tritt der Islam auf. Mit dem Grundgesetz vereinbar ist er in dieser Form ebensowenig wie Kommunismus oder Faschismus. …

Wie aber paßt der Islam ins hochgepriesene Rechtsgefüge? Die Antwort erscheint einfach. Artikel 4 des Grundgesetzes sichert die Religionsfreiheit: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich", heißt es dort und im nächsten Satz: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet."

Was ein Mensch glaubt oder nicht glaubt, ist also ganz allein seine eigene Angelegenheit. Der Staat hat sich nicht darin einzumischen. Mehr noch: Er muß die Entscheidung für oder gegen eine Glaubensrichtung sogar schützen. Ohne Religionsfreiheit gibt es keine wahre Freiheit.

Was aber, wenn ein Mensch nicht nur glaubt, sondern auch gemäß seinem Glauben lebt, und wenn ihm dann eine göttliche Offenbarung Dinge vorschreibt, die im krassen Widerspruch zum Grundgesetz stehen?

Im Islam ist genau dies der Fall. Die Gewalt gegen Andersdenkende beispielsweise gehört zu den Grundlagen dieser Religion. "Als die schlimmsten Tiere gelten bei Allah diejenigen, die ungläubig sind und nicht glauben werden", heißt es in Sure 8, Vers 55. Darüber, wie mit diesen abscheulichen Geschöpfen umzugehen ist, läßt der Koran keine Zweifel. In Sure 9, Vers 5 ist zu lesen: "Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Ungläubigen, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen auf!" An anderer Stelle ist von "Kopfabschlagen" und "Gemetzel" die Rede.

Gewalt ist auch in der Ehe ein probates Mittel. "Die Männer stehen über den Frauen, und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie", empfiehlt Sure 4, Vers 34.

Daß Männer und Frauen gleichberechtigt seien, wie es Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes vorsieht, muß in den Ohren eines korangläubigen Moslems so fremdartig wie das Urbi et orbi des Papstes zu Ostern klingen. Bei Zeugenaussagen vor Gericht etwa gilt das Wort eines Mannes so viel wie das zweier Frauen.

Auf westliche Leser wirken solche Feststellungen barbarisch und wie aus der Zeit gefallen. Für gläubige Moslems dagegen sind sie Gottes Wort und nicht verhandelbar. Wer daran etwas ändern will, wird in ihren Augen zum Murtad, zum Verräter und Abtrünnigen. Dafür sieht die geltende islamische Rechtsauslegung auch heute noch die Todesstrafe vor. Nicht umsonst stehen prominente Vertreter eines gemäßigten, westlich orientierten Islam unter Polizeischutz, etwa Mouhanad Khorchide, der bekannte aus Palästina stammende Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster. …

Als Professor Ruud Koopmanns vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung vor einigen Jahren 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund in sechs europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, nach ihren religiösen Einstellungen befragte, stieß er auf Ansichten, die ebenso aus der Zeit gefallen zu sein schienen wie die Suren des Koran.

Fast die Hälfte der Befragten befand, daß es nur eine gültige Auslegung des heiligen Buches geben könne, daß die Muslime zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollten und daß religiöse Gesetze über weltlichen stünden - also selbstredend auch über dem Grundgesetz.

In welcher Dimension Islam und westliche Wertevorstellungen miteinander kollidieren, zeigt

auch der Blick über Europas Grenzen hinaus. 1990 trafen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, um in Kairo über das Thema Menschenrechte zu debattieren.
In der OCI haben sich alle 56 Staaten zusammengeschlossen, in denen der Islam Staatsreligion oder Glauben einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe ist. Länder wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien, aber auch Albanien gehören dazu. 45 OCI-Außenminister unterzeichneten in Kairo schließlich eine Erklärung, die den westeuropäischen Menschenrechtsbegriff, wie er etwa in Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes festgelegt ist, geradezu pervertiert. Die Scharia, das religiöse Gesetzeswerk des Islam, wird zur alleinigen Grundlage der Menschenrechte erklärt. Das heißt "Ja" zur freien Meinungsäußerung - außer man wagt es, Gott zu lästern, dann droht die Todesstrafe. Das heißt "Nein" zur Folter, außer man begeht Ehebruch, dann sind Peitschenhiebe fällig.
Im deutschen Grundgesetz aber wird weder zur Peitsche noch zum Schwert gegriffen. Kein Gesetzesbrecher muß um seine Hände, Füße oder den Kopf fürchten. Wer die Scharia befürwortet, wer den Koran als unmittelbares Gotteswort versteht, wer "Ungläubige" für Tiere hält, steht daher nicht auf dem Boden der deutschen Verfassung, auch wenn er in Berlin-Kreuzberg, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Wilhelmsburg seit Jahrzehnten wohnt, arbeitet und betet. Der Berliner Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider: "Der Islam ist in allen seinen Formen nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar."<<
Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/…): >>**Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote**
Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?
Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.
Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.
Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.
Afrika
Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.
Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.
Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**
Christen
Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasi-

ens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

Buddhisten

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben.

Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 15. August 2016: >>**"Der Islam ist nicht mehr Weltreligion, sondern Sekte"**

Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Weltreligion. Die meisten der 1,6 Milliarden Anhänger leben in Asien - mehr als 200 Millionen in Indonesien.

Der moderne Islam büßt seine Seele ein. Er könnte sich mit Demokratie und Humanismus versöhnen, so Autor Zafer Senocak.

Senocak warnt Deutschland davor, eine Gesellschaft am Reißbrett konstruieren zu wollen, ohne die Menschen mitzunehmen.

Die Religion in der Hand demagogischer Politiker sei fast genauso gefährlich wie die Atombombe. …

Die Welt: In unserer Gesellschaft verlieren die christlichen Kirchen Mitglieder. Und wir sehen auf der anderen Seite die Vehemenz muslimischer Artikulation. Sind wir etwa unterschwellig neidisch?

Senocak: Neidisch vielleicht nicht. Dazu ist das Bild, das die Muslime abgeben, einfach zu erbärmlich. Aber die Frömmigkeit erinnert uns natürlich an die spirituelle Dimension unserer Existenz. Es gibt auch Spiritualität jenseits der Kunsttempel und jenseits des Fußballstadions. Aber eine Spiritualität, die ihre Nähe zur Kunst und Ästhetik leugnet, wird oft zu einer kruden, barbarischen Angelegenheit. Glauben ist keine Suche mehr, sondern Rechthaberei.

Die Welt: Islam und Islamismus erleben wir einzig als Bedrohung und terroristische Gefahr, auch wenn die Kirchen immer wieder in toleranter Großzügigkeit die Gleichwertigkeit dieser Weltreligion betonen. Ist das negative Sentiment aber nicht zwangsläufig, wenn man auf all die autoritären und gewalttätigen Strukturen in muslimischen Gesellschaften schaut?

Senocak: Der Islam ist zur Geisel in der Modernitätskrise geworden. Er ist anders als die beiden anderen monotheistischen Religionen Christentum und Judentum gedanklich, geistig sehr

schlecht aufgestellt, um reale Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu geben. Er hat die Neugierde, die das Auge der Wahrheit ist, getötet. Da fällt es leichter, mit vergangenen Zeiten zu kommunizieren und zu Mitteln der Gewalt zu greifen. Außerdem ist diese Religion inzwischen Kanonenfutter der Geopolitik geworden. …

Die Welt: Es gibt keinen CS, keinen "Christlichen Staat", der weltweit religiös motivierte Verbrechen begeht. Woher rührt der Wahn des IS und wie kann man andere Religionen als "Ungläubige" bezeichnen?

Senocak: Man muß zum Dreißigjährigen Krieg zurück, um das alles aus unserer westlichen Perspektive aus zu verstehen. Die Dschihadisten bekämpfen ja nicht nur den Westen, sondern auch andere Muslime, die in ihren Augen Ketzer sind. Hier sieht man, was für ein Segen Säkularisierung und Aufklärung sind. Es gibt zu ihnen keine Alternative. Die Religion in der Hand demagogischer Politiker ist in nicht aufgeklärten Gesellschaften fast genauso gefährlich wie die Atombombe. …

Die Welt: Braucht eine Gesellschaft überhaupt Religion? Reicht der Humanismus nicht?

Senocak: Religiöser Glaube ist einfach da. So wie Luft und Wasser da sind. Ich habe damit kein Problem. Er wird zum Problem, wenn er zum Herrschaftsinstrument wird, das niemals zu kontrollieren ist. Religiöser Faschismus ist nicht nur irrational, er schließt auch jeglichen Kontrollmechanismus aus. …

Die Welt: Ihr Vater ging am Ende seines Lebens nicht mehr in die Moschee zum Beten.

Senocak: Mein Vater war, er verstarb 2010, sehr vereinsamt. In der Tat ging er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens nicht mehr in die Moschee. Aber er verrichtete seine Gebete. Die Moscheen waren für ihn zu einem Hort des Zwists unter den Muslimen geworden, zu einer Bühne für politische Intrigen. Ich verstehe heute, wo fast überall auf der Welt Muslime einander verfolgen, und irrsinnig gewordene Attentäter mit Allahu-Akbar-Rufen morden und brandschatzen, sehr gut, was er gemeint hat. … Man kann sagen, dass der Islam keine Weltreligion mehr ist, sondern er hat Züge einer Sekte angenommen. …

Die Welt: Kann man Aufklärung nachholen? Könnte der Islam aufholen?

Senocak: Der Islam muß nichts aufholen. Er ist eine Offenbarungsreligion, verkündet im siebenten Jahrhundert nach Christus. Es liegt an den Muslimen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Sie müssen endlich anfangen, Fragen zu stellen, die den Menschen heute und hier dienen.

Die Welt: Warum nehmen viele Muslime nicht die freiheitlichen Angebote unserer Gesellschaft an? In Europa können sie doch frei denken. Warum lassen sie sich von einer fremden Religionsbehörde wie der Ditib anleiten? Deren Sprache, sagen Sie, "gleicht dem Morsealphabet auf einem sinkenden Schiff".

Senocak: Ich hoffe, dass dies zunehmend geschehen wird. Es gibt ja Versuche an deutschen Universitäten, Lehrer und Imame auszubilden. Das ist unbedingt erforderlich. Aber das ist nicht nur eine deutsche oder türkische Angelegenheit. Das ist inzwischen eine internationale Frage, die in Paris genauso viel zählt wie in Mogadischu.

Das Verhältnis des Islam und der Islamgläubigen zur Moderne, zu den Fragen unserer Gegenwart kann nur in einem Kollegium der Gelehrten geklärt und weiterentwickelt werden. Das ist eine Generationenaufgabe. Es garantiert keinen Erfolg. Aber es könnte helfen, die Gewalttäter weiter zu isolieren und auch dubiose, konspirative Figuren wie Gülen oder politische Irrläufer wie Erdogan, die eine Instrumentalisierung der Religion vorantreiben wollen, zu ächten. …

Zafer Senocak wurde 1961 in Ankara geboren. Er wuchs in Istanbul und München auf und lebt seit 1989 in Berlin. Er ist Lyriker, Essayist und Romanautor und arbeitet in deutscher und türkischer Sprache. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September

2016 (x892/…): >>**Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören**

Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes Luxemburg hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.

"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechtigte Boote und Schiffe versenken.

Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.

Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum über die Aufnahme von Einwanderern dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.

Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.

Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.

Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."

Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.

Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister …: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.

Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzei-

tung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>**Kein Zurückweichen**
Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.
Es ist der öffentliche Raum, den wir mit unseren Steuern mitfinanzieren. Der Staat müßte dafür Sorge tragen, daß dieser Raum nicht zur Aushöhlung unseres Rechtsstaates und unserer freiheitlichen Bürgerrechte genutzt wird. Dieser Staat tut das aber nicht.
Religiös motivierter Terror wird als Einzelfall abgetan und tausende Dschihadisten, Salafisten, whahabitische Fundamentalisten und Erdogan-treue türkische Imame der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. DITIB dürfen auf deutschem Boden tun und lassen, was sie wollen.
Allumfassendes Gesellschaftssystem
Ich möchte diese archaische Kultur und die entwürdigende Sicht auf die Frau nicht in meinem Land verankert wissen. Wo alle Feministinnen, Grünen und linken Gutmenschen kläglich versagen, setze ich mich gegen die Unterdrückung der Frau, der Homosexuellen, der Juden, der Christen und anderer Religionsgruppen, die in den Augen des Islams minderwertig sind, ein.
Moscheevereine, Islamverbände und auslandsfinanzierte politische Gruppen, die Einfluß auf die deutsche Rechtsetzung und Rechtsprechung nehmen, betreiben durch ihre gezielte Lobbyarbeit die stetige Aushöhlung unseres Verfassungsstaates. Das sollte eigentlich ausreichen, um zu erkennen, daß der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern vielmehr ein allumfassendes Gesellschaftssystem, welches das Recht und die Politik umfaßt.
Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.
Islam bedeutet Unterwerfung
Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.
Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.
Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.
Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.
Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.
Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam
Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die

gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.
Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.
Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.
Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. …
Muslime sind in der Bringschuld
Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. Solche Reformbestrebungen von innen heraus sind in Deutschland erkennbar, werden aber durch die gutmenschliche Toleranz in der Politik konterkariert und geschwächt.
Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden.
Abschiedskultur vom politischen Wunschdenken
Die Willkommenskultur, welche mantraartig Toleranz für den Islam sowie dessen Gleichstellung proklamiert, fällt genau den liberalen Kräften der Muslime in den Rücken, welche ihn reformieren wollen. Wir müssen aber genau diese Kräfte stärken, die den Islam reformieren wollen. Genau darum brauchen wir keine undifferenzierte Willkommenskultur, sondern eine Abschiedskultur vom politischen Wunschdenken und realpolitischen Pragmatismus. Eine Rückkehr zur Verantwortungsethik.
Wir müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen die Aushöhlung desselben einschreiten. Denn in der Rechtslehre gibt es die Idee der wehrhaften Demokratie, die vor ihren Gegnern, den Feinden einer offenen, toleranten Gesellschaft, nicht zurückweicht, sondern ihnen entschieden entgegentritt.
Nur so können die westlichen Werte wie Gleichberechtigung, die Trennung von Kirche und Staat, Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung bewahrt werden. Wir Bürger haben ein Recht auf eine regelgebundene, soziale und friedliche Ordnung, auf die wir uns verlassen können. Staatsaufgabe ist, diese Rechte zu wahren und zu verteidigen - zum Wohle des deutschen Volkes. So wahr Gott helfe.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>**Merkels Verachtung**
Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin
Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.
Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachts-

zeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorgetäuscht ist.
Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie − insbesondere durch Merkels Politik selbst − gestellt werden.
Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.
Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.
Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.
Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".
Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>**Strategе der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung**
Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.
Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.
Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UDSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.
Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei!
Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.
Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" …<<
Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017: >>**Bürgerkrieg in Europa: Die Lunten lodern an allen Enden**
Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen
Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht.
Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.
Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren in Frankreich, Großbritannien und Schweden … waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.
Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden. …

Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland. Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.
Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten. …
In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.
Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.
Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Lunten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.
Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. …<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/…): >>**"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam**
Isik Abla: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."
Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Abla, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.
Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. … Abla warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. …
Es gehe … nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Abla.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.
… Der Dschihad sei aber nicht nur das.
"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad …Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."
"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."
Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.
… Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.
Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. …
Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.
… "Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."
Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:
"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."
Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime. Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie

erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt" …<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 22. März 2017: >>**Gott will Blut sehen**

Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist."

"25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen - das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:
"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."
"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."
"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."
Die Folgen für das Zusammenleben:
"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."
"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."
Geburtsfehler des Islams
"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt - das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."
Reformer haben Angst
Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:
"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."
"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017: >>**"Deutschland ist ein failed state"**
Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik
Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. …
Preußische Allgemeine Zeitung: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?
Tibi: … Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.
Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. …
Preußische Allgemeine Zeitung: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. …
Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. …
Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmuddelecke gestellt.
Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. …
Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<
Der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer berichtete am 17. Juni 2017 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**Der Gefahr ins Auge sehen**
… Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft - wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, … Vorschub geleistet.
Zeichen gelungener Integration?
Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren …
Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?
Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.
Ziel ist die Weltherrschaft
Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."
In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Saaten darauf

verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat: "Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich." Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu: "Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind." …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein Respekt**

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch der Muslimin Zana Ramadani, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje in Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". …

Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so

tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."
Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Aleventum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".
Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."
Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird". …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Milliardengeschäft Asylindustrie**
Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.
Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.
Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.
Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.
Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.
Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.
Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.
Von einem "Konjunktureffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll. …
Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundes-

tags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.
Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverbund mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**
Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière, CDU, im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten von rd. 6,3 Millionen habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.
- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen
Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte nicht anerkannte Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen - 2015: 5,7 Prozent -. Tendenz stark steigend!
Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.
Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen der Deliktzunahmen:
- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.
Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:
- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.
- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche - also 14-mal so oft! …
In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.
Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfmotiven. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-

Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/…): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, "*verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, "*was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt",* setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. "*Wir können von ihnen auch lernen",* sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht".*

Damit meine er *"auch die Toleranz".* Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden*", sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung*". *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker",* sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: " *'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. … Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: "*Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraus-*

setzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."
Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.
Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.
Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.
Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.
Daher heißt es in der 19. Sure: "*Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: "*Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern* (der Staub) *sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.
"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."
Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, "*daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. … Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia*."
Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemach-

te Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.
Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.
Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.
Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.
In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. "*Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach* Joh. 5, 20.
Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. "*Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). "*Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).
Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.
Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingegebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.
Denn wie dargelegt, "*gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen*

in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."
Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die … um sich gegriffen hätten."*
Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.
Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, "*und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*
Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*
Er stellte den Islam "*als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. …*" Der Islam sei "*kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*
Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.
Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. "*Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*
"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. …
Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."
Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. … Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in

klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion … für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß "*die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind,

den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:
"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. … Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.
'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) *vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*
Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.
Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*
Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.
Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.
Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.
Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.
Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.
Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines

angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt". Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, scheißegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft". Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvolker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz, SPD, der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<
Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>…
Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<
Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Nichts ist mehr wie es war …**
Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.
Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. …
Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war …
Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.
Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.
Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.
Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.
Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.
Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpollerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 01/2018 berichtete im Januar 2018: >>**"Das Abendland hat sich verbraucht"**
_Professor David Engels im Gespräch mit Marc Dassen
Wird die europäische Zivilisation untergehen wie vor 2.000 Jahren die römische Republik? Als Althistoriker und Buchautor hat David Engels die geschichtlichen Parallelen untersucht und eine eindringliche Warnung im Gepäck.
Wann sind Sie das erste Mal auf den Gedanken gekommen, daß sich heute etwas wiederholen könnte, was vor 2.000 Jahren in der römischen Republik schon einmal geschah?
David Engels: Schon immer hat mich Geschichtsphilosophie interessiert, allen voran zyklische Konzepte, wie ich sie bereits in meiner Jugendzeit im Denken Nietzsches und Spenglers oder in den Romanen Thomas Manns kennengelernt habe.

Meine Beschäftigung mit der Antike hat mich dann sehr schnell in der Überzeugung bestätigt, daß alle menschlichen Hochkulturen in ihrer Entwicklung mehr oder weniger parallele Phasen durchlaufen, wobei es vor allem die Entwicklung Europas und der EU seit dem Fall der Mauer war, welche in mir massive Assoziationen mit dem Niedergang der römischen Republik im 1. vorchristlichen Jahrhundert wachgerufen hat: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Familienzerfall, Bevölkerungsniedergang, Schwinden der etablierten Religionen, Masseneinwanderung, Wertewandel, Fundamentalismus, asymmetrische Kriege, Technokratie, Staatsschulden, Finanzmärkte, Brot und Spiele - all das gab es schon vor mehr als 2.000 Jahren und führte langfristig in den Bürgerkrieg und einen autoritären Staat. …

Masseneinwanderung und Islam

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Massenzuwanderung in diesem Konflikt ein? Hat sich Europa die eigenen Eroberer - genau wie Rom damals - selbst eingeladen? Wird der Bürgerkrieg sich auch entlang religiöser und ethnischer Linien entwickeln?

David Engels: Die zunehmende Präsenz nicht oder doch nur teilweise assimilierter Parallelgesellschaften mit Migrationshintergrund verstärkt die gegenwärtige Krise natürlich ungemein und wird zweifellos auch in den künftigen Auseinandersetzungen eine große, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt leben doch schon viele in ethnischen Ghettos nach ganz eigenen Regeln und haben den Staat faktisch entmachtet. Ob nach dem zu erwartenden Zerfall der nächsten Jahrzehnte aber nun die "säkularen Werte", ein oberflächliches Kulturchristentum oder gar, wie von Tschudinowa … oder Houellebecq befürchtet, der Islam die Bruchlinien des Kontinents kitten werden, wer kann es wissen?

Deutlich ist jedenfalls, daß wir uns langfristig irgendwie mit der massiven Präsenz des Islams in Europa arrangieren müssen und eine Stärkung der eigenen Traditionen brauchen, sollen sie irgendwie langfristig überlebensfähig sein. Das ist aber eben nicht durch Betonung des unpersönlichen säkularen Mottos "one size fits all" zu erreichen, sondern vielmehr durch das positive Bekenntnis zum eigenen, christlichen Herkommen, das ja schließlich überhaupt erst die Entwicklung des gegenwärtigen, inklusiven Gesellschaftsmodells ermöglicht hat. Denn selbst dieses zehrt letztlich vom rasch verblassenden Geist christlicher Kultur; sobald dieser gänzlich schwindet, wird auch von "Toleranz" und "Säkularismus" nicht mehr viel übrig bleiben. …

Sie sagen in einem Artikel, der kürzlich erschien: "Der Westen, oder was davon noch übrig ist, sitzt auf einem stetig wachsenden Berg aus reinem Sprengstoff, dessen Entschärfung mittlerweile so unwahrscheinlich geworden ist, daß eine kontrollierte Zündung schon fast als Gnade erscheint." Was genau meinen Sie damit?

David Engels: Ich bin überzeugt, daß es bereits zu spät ist, die Explosion zu vermeiden. Je früher sie also erfolgt, desto geringer wird die Masse des stetig anwachsenden Sprengstoffes sein, und desto größer die Hoffnung, daß das Eine oder Andere doch noch unversehrt bleiben könnte. Das bedeutet konkret: Je länger die zwar dringend nötigen, aber mit den Mitteln des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu verwirklichenden Reformen unseres Kontinents aufgeschoben werden, desto schwieriger dürfte es sein, die zahlreichen Krisenfaktoren überhaupt noch eines Tages in den Griff zu bekommen. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2018: >>**Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"**

Von Katja Wolters

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauderbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-

Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.
Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen."
Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.
"Einzigartig, unfaßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylindustrie".
Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.
Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolge- oder Austauschmigration.
Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!"
Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<
Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über zukünftig drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/…): >>**Bürgerkriege voraussehbar**
"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."
Helmut Schmidt (SPD) 1981
Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.
Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.
Auseinandersetzungen der Einheimischen
In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des

Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.
Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.
In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.
Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, "*die aber",* so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, "*mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen.*
Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."
Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.
Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsbekundungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*
Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen

Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

Kein wirklicher Integrationsprozeß

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. "*Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrlichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapituliere vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

CIA-Studie

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den

Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden.

Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergange gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."

Gegenwart

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "*Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt"*, notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.
Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.
Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die "sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.
Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.
Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.
Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.
Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.
Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.
Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.
"*Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. … Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."*
"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaff-

nete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. *"Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

Was bedeuten Bürgerkriegszustände?

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.

Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.

Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.

Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.

Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."

Der Staat bereitet sich vor

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete

führen würden.
"*Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele … derzeit noch völlig ruhig … erscheinen mögen. … Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. … Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."*
Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: "*Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff*", was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.
Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).
"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch", berichtete kürzlich RT-Deutsch.
Auch "*die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei "vom Menschen verursachten Katastrophen",* meldete der Schweizer Rundfunk. …
"*Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."*
Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?
Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

Totalitäre Neuordnung

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünewald erwartet:
"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.
Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität

ausgeht
Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.
In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.
Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."
Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2018: >>**Rückzugsgefecht der Gesinnungstaliban**
Die *Zeit*-Redakteurin Mariam Lau erlebt gerade einen Shitstorm übelster Art. Ausgelöst wurde er durch ihre Stellungnahme zu den sogenannten Seenotrettern im Mittelmeer. Auf der dritten Seite der Hamburger Wochenzeitung hielt sie fest, daß die NGO-Aktivisten nichts zur Problemlösung beitrügen.
Im Gegenteil, sie seien fest eingeplante Akteure im Geschäftsmodell der Schlepper. Die Schiffbrüchigen hätten zwar Anspruch auf Rettung, aber nicht auf ein Zielland ihrer Wahl. Die NGOs handelten aus angemaßter moralischer Überlegenheit heraus, ohne einen Gedanken an die Folgen ihres Tuns zu verschwenden.
Angebot für eine längst fällige Debatte
"Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?"
So weit, so bekannt. Der Text ist maßvoll in der Form und in der Sache. Er ist Angebot für eine längst fällige Debatte. Die abschließende Frage müßte man allerdings zuspitzen: Wie lange würde es dauern, bis auch die letzten europäischen Metropolen zu Kalkutta geworden sind, mit allen sozialen, kulturellen, zivilisatorischen Konsequenzen?
In der *Süddeutschen Zeitung* reagierte Heribert Prantl erwartbar aufgebracht wie sachfremd: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Satz muß der sicherste aller sicheren Sätze sein und bleiben." Repräsentativ für die Reaktionen auf Twitter ist der Tweet, den der Chef der Satire-Zeitschrift *Titanic*, Tom Wolff, abgesetzt hat: "Wer bei der *Zeit* arbeitet und nach diesen Sätzen von Mariam Lau ... ihr nicht täglich brühend heißen Kaffee ins Gesicht kippt, ist für mich moralisch gestorben."
Frustration und Desorientierung des Juste milieus
Bernd Ullrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit* und grüneingefärbter Linksausleger, zeigte sich geschockt über die aggressiven Rückmeldungen. "Ich habe heute am eigenen Leib

mitbekommen, wie es ist, wenn die flüchtlingsfreundliche Gemeinde ins Gefecht zieht. ‚Arsch offen, Zeit-Redakteure töten? Zivilisationsbruch, die *Zeit* aus dem Diskurs raus, mit Kaffee verbrühen, maßlose Enttäuschung‘."
In einem zweiten Tweet ergänzte er: "Ich kann besser erspüren, warum Leute aus Trotz weiter nach rechts gehen. Ich bin kein fragiles Gemüt, bei mir wird das nicht passieren. Aber man sollte schon mal überlegen, ob Humanismus mit nichthumanem Sprechen erreicht werden kann. Gute Nacht Freude".
In der enthemmten Sprache entladen sich die Frustration und die Desorientierung des Juste milieus, deren Leitorgan die *Zeit* nach wie vor ist. Dieses Milieu ahnt, daß seine hypermoralische Haltung zu einer suizidalen Gefahr geworden ist, möchte diese Einsicht aber noch von sich schieben, auch weil das Eingeständnis mit einem Prestige-Verlust verbunden wäre.
Okay. Beitrag zur Versachlichung: Ich möchte natürlich NICHT "Zeit-Journalisten" auf offener Straße erschießen - sondern irgendwo im Mittelmeer, auf internationalen Gewässern, wo keiner so genau hinschaut und die rechtliche Lage eine andere ist.
- Tim Wolff (@titatimwo) Juli 12, 2018

Bevölkerungsexplosion in Nigeria

Einige reagieren darüber hinaus mit Verhärtung und der Radikalisierung ihrer Gesinnungsethik. Jede Abweichung von der reinen Prantl-Lehre, Zweifel, Kritik, der Appell an die Verantwortungsethik, gelten ihnen als Verrat. Und Verrätern schüttet man heißen Kaffee ins Gesicht. Mindestens!
Aus der Distanz betrachtet, handelt es sich bei diesem medialen Aufruhr um - kalten Kaffee. Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn hat kürzlich wieder eine Rechnung aufgemacht: Nigerias Bevölkerung ist seit 1950 von 40 auf 200 Millionen Menschen angestiegen, von Platz 14 der bevölkerungsreichsten Nationen auf Platz 3. Deutschland ist in dieser Zeit von Platz 7 auf Platz 24 gefallen.
Die attraktiven Weide- und Ackerflächen im Land sind längst knapp geworden. Außerdem hat Nigeria gegen die überlegene asiatische Konkurrenz 40 Prozent seiner Industrieproduktion eingebüßt. Bis 2050 werden sogar 410 Millionen Einwohner erwartet.

Ein Hoffnungsschimmer

Der Bürgerkrieg um die fruchtbaren Flächen richtet sich momentan gegen die Christen, doch auch innerhalb der Religionsgemeinschaften werden Konfliktlinien aufbrechen, denn: "Durchgehend müssen 4.500 bis 5.000 Jünglinge von 15 bis 19 Jahren um die Positionen und Ländereien von 1.000 Männern zwischen 55 und 59 Jahren kämpfen. Vorwände für Gewalt finden sich dann allemal auch zwischen Verehrern derselben Gottheit."
Allein in Nigeria werden also zig Millionen persönlicher Fluchtgründe generiert, die Europa weder vor Ort beheben noch bei sich befrieden kann. Die gesinnungsethischen Taliban in der Bundesrepublik werden sich durch solche Berechnungen keineswegs beeindrucken lassen. "Die Menschen sprengen sich für Allah in die Luft - weshalb sollen sie dann nicht ihre Gesellschaft für die Menschenrechte zerstören?" fragte Rolf Peter Sieferle in seiner Studie "Das Migrationsproblem". Wenn eine profilierte *Zeit*-Redakteurin dagegen die Stimme der politischen Vernunft erhebt, ist das ein Hoffnungsschimmer.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>**Das Leid unserer Schüler**

_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.
Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der

Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.



Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandererranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker

Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migranten Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

Archaische Stammeskämpfe

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantenanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre … Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigerter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

Flucht auf Privatschulen

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampen bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 allgemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.
Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen … überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018: >>**Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"**
Mit der Wahrheit lügen … Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."
Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten … Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden …
Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. - Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"
COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**
_ von Daniell Pföhringer
Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.
Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird

bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosporus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosporus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte.

Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen

Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.
Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>**Der Soros-Plan**
_ von Daniell Pföhringer
… Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:
Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.
Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treiben-

de Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.
Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.
Organisierte Asylflut
… Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...
Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine Conditio sine qua non für den Erfolg".
Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...
Brüsseler Spitzen
Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet.
Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wühlarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<